

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig Mai/Juni 1995



3/95

4. Jahrgang
ISSN 0944-7989

Themen:

Sozialistische
Intelligenz

und andere

Mit Beiträgen von

Dieter Koop
Rainer Land &
Ralf Possekkel
Peer Pasternack
Siegfried Prokop
Eberhart Schulz
Ralph Jessen
Sabine Gries &
Dieter Voigt
Klaus von Lampe
Sabine Kebir
Klaus Werner

und anderen

hochschule ost 3/95

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit

beim StuRa der Universität Leipzig

Verantwortlich: Peer Pasternack

Redaktion: Sonja Brentjes, André Debüser, Frank Geißler, Monika Gibas,
Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener, Dirk Siebert

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig, Hausanschrift:
Augustusplatz 11, 04109 Leipzig, Tel. (0171) 614 61 64, (0341) 97 37 850, Fax (0341)
97 37 859. E-Mail: hso @ stura.uni-leipzig.d400.de

hso erscheint zweimonatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und
läuft jeweils von September bis August.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 13,50 zzgl. Versand. Jahresabonnement (6 Ausga-
ben) DM 80,-. PrivatabonnentInnen DM 39,-. Nichtverdienende DM 28,- (Abo-Gebüh-
ren incl. DM 9,- Versandkosten).

Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises
HPÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein (möglichst mit Diskette). Ein
Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

Gem. § 33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und
Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespei-
chert haben.

ISSN 0944-7989

INHALT

Editorial	7
-----------------	---

THEMA: Sozialistische Intelligenz

<i>Dieter Koop:</i> Intellektuelle in der DDR oder Die Kunst beherrscht zu werden	9
<i>Rainer Land & Ralf Possekel:</i> "Symbolhafte Verweigerung" und "Konspirativer Avantgardismus". Abgrenzungen in politischen Diskursen von DDR-Intellektuellen	18
<i>Peer Pasternack:</i> Kopfarbeiter im Umbruch und Wissenschaft im Umbau. Drei Typologisierungen	29
<i>Siegfried Prokop:</i> Aspekte der Sozialgeschichte der ostdeutschen intellektuellen Elite (1945 - 1949/50)	44
<i>Eberhart Schulz:</i> Künstler und Wissenschaftler der DDR und ihre Organisationen in den Jahren von 1949 bis 1962	53
<i>Ralph Jessen:</i> Die „Entbürgerlichung“ der Hochschullehrer in der DDR - Elitewechsel mit Hindernissen	61
<i>Sabine Gries & Dieter Voigt:</i> Reisekader der DDR - Kundschafter und Erfüllungsgehilfen der SED	73
<i>Klaus von Lampe:</i> Einige Anmerkungen zur politischen Stellung der Wissenschaftler im System der DDR. Interessenartikulation und Interessen- durchsetzung am Beispiel der Gentechnik	86
<i>Sabine Kebir:</i> Bertolt Brecht als archetypischer DDR-Intellektueller	94
<i>Klaus Werner:</i> Zum "subversiven" Potential der ostdeutschen Literatur. Möglichkeiten seiner Beschreibung	100

FORUM

<i>Karl Lewin, Ulrich Heublein, Dieter Sommer & Heidi Cordier:</i> Studienabbrecher - ihre Motive und Perspektiven. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung im Studienjahr 1993/94	108
<i>Sabine Manning:</i> Westeuropa im Blickfeld ostdeutscher Bildungsforscher	122

BERICHTE

Mecklenburg-Vorpommern: Neue Landeshochschulplanung vorgelegt (<i>Kultusministerium MV</i>)	128
Neuestes zum Standort Heiligendamm (<i>Kultusministerium MV</i>)	130
Sachsen: 183 Frauen zu Professorinnen berufen (<i>SMWK</i>)	131

DOKUMENTATION

Die Hochschul- und WissenschaftspolitikerInnen in ostdeutschen Regierungen und Landtagen	132
Brandenburg: „Die Hochschulen konsolidieren - Hochschulen und Forschung enger verknüpfen“ (<i>Friedrich Buttler</i>)	140
<i>Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst:</i> Bundesarbeitsgericht bestätigt: Abwicklung ideologisch belasteter Einrichtungen ist rechters	143
<i>Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst:</i> Zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts Dresden, sächsische Berufungen seien nicht rechters	144

PUBLIKATIONEN	145
---------------------	-----

ZUM SCHLUSS

Greifswald: Hannelore Kohl wird trotz Senatsablehnung Ehrendoktorin der Medizin (<i>Bert Lingau</i>)	151
---	-----

Ulbricht habe keinen *sex appeal*, hat Ernst Bloch am Ende der 50er Jahre einmal gesagt, als er noch zu der Gruppe gehörte, um die es im Themenschwerpunkt dieses Heftes geht: zur (sozialistischen) Intelligenz in der DDR. Sein knappes Diktum deutet freilich bereits das ganze Dilemma dieser - in sich gewiß differenzierten - Gruppe an. Als dem aufmüpfig-deskriptiven Spruch einige weitere Sätze und Bücher folgten, gehörte Bloch nämlich schon recht bald nicht mehr dazu. Er hatte mit solcherart geäußerten Gedanken das öffentliche Stillhalten als Konstituante der Gruppenidentität aufgegeben.

Nun werden erotisch Feinsinnige nicht in Abrede stellen, daß es auch heute eine Menge hochrangiger Personen gibt, denen man ohne weiteres dasselbe Verdikt unters Wahlplakat schreiben könnte. Lassen wir einmal beiseite, daß sich in professoralen Kreisen dennoch niemand findet, der solche Urteile - wie einst Bloch - als kritische Würze seiner Vorlesungen verwendet; lassen wir zudem beiseite, daß die Spektabilitäten verschiedener Bereiche lieber über Ehrenpromotionen für die Betroffenen - wie jüngst in Leipzig im Falle Heitmann - oder ihre Gattinnen - wie noch jünger in Greifswald im Falle Kohl - nachdenken; wir uns mithin genötigt sehen zu vermuten, daß der *sex appeal* einer hochsitzen- den Person als Gegenstand akademischer Kritik offenkundig vergangenen Zeiten angehört: Lassen wir diese Aspekte also auch beiseite, so gelangen wir dennoch zum Epizentrum des (Selbst-)Verständnisses der Intelligenz in der DDR: Wie intellektuell war diese Intelligenz? Oder "andersrum": Wie sozialistisch war die sozialistische Intelligenz?

Soziologisch gesehen zählen zu den Intelligenzlern zunächst alle Angehörigen von Intelligenzberufen. Intellektuelle jedoch werden nur jene Intelligenzler genannt, die Kritik üben, wie im vorliegenden Heft der Aufsatz von Koop erhellt. Soweit so gut. Wir könnten das Problem an dieser Stelle damit abtun, daß es diese mengentheoretisch festzumachende Unterscheidung in jeder modernen Gesellschaft gibt, also auch die Intelligenz der DDR nur insofern intellektuell war, wie sie auch kritisch zu sein versuchte. Anders formuliert: Die Schnittfläche der Teilmengen bildet das identitäre Epizentrum.

Welche Subtilitäten sich dabei eröffnen, beleuchten die Beiträge von Lampes am Sachbeispiel der DDR-Gentechnikdebatte und Kebirs am Personalbeispiel Brecht. Problematisch wird es mit unserer klinisch anmutenden Trennung von Intelligenzlern und Intellektuellen, wenn wir die unter den DDR-Umständen immanente Ausdünnung der Schnittmenge betrachten. Ein Intelligenzler unterscheidet sich schließlich in seiner Intellektualität von der Gemüsefrau oder dem Friedhofsgärtner, indem er in seinem und um seinen (Intelligenz-)Beruf kritisch ist. Verhielt sich jedoch ein DDR-Intelligenzler kritisch im Sinne echter Kritik, dann war er meist bald darauf keiner mehr. Das heißt: Er war entweder Intelligenzler in einem anderen Staat. Oder er war nur noch Intellektueller in der DDR, da hauptberuflich eben fortan mit dem Verkauf von Gemüse oder der Pflege von Gräbern beschäftigt. So zumindest lautet ein einsichtig-einschlägiges Argument.

Die Betrachtung scheint vom unterstellten Kritikbegriff abhängig zu sein. Es könnte freilich einen Unterschied im Echtheitsgrad von Kritik in offenen und geschlossenen Gesellschaften geben. Land/Possekel und Werner bieten uns hier Anregungen zur Auflösung des mengentheoretischen Dilemmas.

Wie in der gesamten neuesten DDR-Forschung verteilen sich auch die Betrachtungen zur DDR-Intelligenz auf drei Diskurse. Normativistisch sondernder Quellenempirismus fließt neben historiographischer Erinnerungsarbeit dahin. Der eine betont vor allem die seinerzeitigen Schaumhauben. Die andere legt Wert auf die im verschmutzten Gewässer trotz allem überlebende renitentere Fauna. Zwischen den von beiden Strömen abgelegten Steinen plätschert analytisch das Springbächlein der kritisch-immanenten Betrachtung. Gegenüber der gleichnamigen Richtung vormalig-westdeutscher DDR-Forschung genießt es den Vorteil, um die Kenntnis der historischen Flußmündung bereichert zu sein. Und *hochschule ost* bleibt das Bett, in dem Flüsse und Bächlein unvermischt zusammenfließen.

f.g. & p.p.

THEMA: Sozialistische Intelligenz

Dieter Koop (Leipzig):

Intellektuelle in der DDR oder Die Kunst beherrscht zu werden

Für den Intellektuellen sei bezeichnend, daß er „seine Existenz und sein Verhältnis zu seiner gesellschaftlichen Umwelt auch gedanklich zum Ausdruck bringen muß“. /1/ Das bedeutet aber nicht, sich selbst beständig zum Gegenstand zu erheben. Ist die Reflexion die „ursprüngliche Aufgabe“ der Intellektuellen, so ist die Selbstreflexion „ihre konstante Bedrohung“ (Lepenis). Es muß also gute Gründe geben, wenn in einer öffentlichen Debatte über die Rolle der Intellektuellen nachgedacht wird. Einer dieser Gründe liegt in den gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen seit dem Herbst 1989 und in der danach einsetzenden kontroversen Bewertung der Aktivitäten und Unterlassungen der Intellektuellen.

Ein Strang der Diskussion verweist auf die Vergangenheit der Intellektuellen in der DDR und geht soweit, daß sogar Zweifel angemeldet werden, ob es Intellektuelle in der DDR überhaupt gegeben

habe /2/ und wenn ja, ob das intellektuelle Potential „unter dem Friedhofspersonal“ nicht größer gewesen sei als in wissenschaftlichen Instituten.

All dies deutet darauf hin, daß der Begriff des Intellektuellen eine starke normative Aufladung erfährt, daß mit ihm auch ein bestimmter moralischer und politischer Anspruch verbunden wird. Es werden ihm Attitüden beigegeben, die dem Intellektuellen-Sein wesentlich sind und auf deren Gültigkeit der historische und sozio-kulturelle Kontext keinen Einfluß zu haben scheint.

Im folgenden soll anhand der Entwicklung des Intellektuellenbegriffs und einiger soziologischer Konzeptionen die Stellung des Intellektuellen in der Gesellschaft reflektiert werden, Überlegungen angestellt werden, die zu einer Rationalisierung der Argumente führen und die über die unübersehbaren Eigeninteressen, die in der Diskussion mitschwingen, hinweghelfen können.

I. Die Begriffe *Intellektuelle* und *Intelligenz*

Um die Jahrhundertwende kam der Begriff des „Intellektuellen“ auch in Deutschland in Mode, der ursprünglich im Verlauf der Dreyfus-Affäre zur Bezeichnung der um öffentlichen Einfluß bedachten, fortschrittlichen und kritisch denkenden, zugleich auch Partei ergreifenden Publizisten, Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in Frankreich diente. Damit stellte sich u.a. die Frage nach dem Verhältnis der Intellektuellen zur Intelligenz, da im öffentlichen Sprachgebrauch der Intelligenzbegriff durch den Intellektuellenbegriff nicht einfach substituiert wurde. Dies schien auch schon deshalb nicht möglich zu sein, da es sich beim ersteren um einen Kollektivbegriff, beim letzteren um einen Individualbegriff handelt.

Es gab daher zum einen die Bemühungen, die Gesamtheit der Intellektuellen mit der Schicht der Intelligenz gleichzusetzen, so etwa in den soziologischen Arbeiten von Robert Michels, der die Mitglieder der Intelligenz als Intellektuelle bezeichnete. Dabei wurden, ausgehend von der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, höhere Bildung und geistige Berufsarbeit zu den entscheidenden Merkmalen der Intellektuellen. Zum anderen gab es Versuche, beide Begriffe voneinander abzusetzen, indem verschiedene zusätzliche Attribute zur „Geistesarbeit“ hinzukamen wie kritisches Denken, schöpferische und zweckfreie Tätigkeit, so daß die Intellektuellen zwar zur Schicht der Intelligenz gehörten, durch eine nähere Qualifizierung aber nur eine bestimmte Teilmenge bildeten.

Als bedeutsames, vorrangig soziologisches Problem erwies sich die schwierige Zuordnung der Intelligenz zu bestimmten Gesellschaftsklassen. Die Abwesenheit spezifischer Klasseninteressen wies ihr eine besondere Rolle im öffentlichen Leben zu, machte sie aber auch verdächtig als Koalitionspartner in sozialen Auseinandersetzungen. Aus der klassenmäßig nicht eindeutigen Zuordnungsbarkeit und der offensichtlich nur unvollständig gelungenen Integration in die Gesellschaft, entstand das Bild vom „entwurzelten Intellektuellen“. Der Begriff „Intellektueller“ bekam eine, besonders auch in Deutschland, pejorative Konnotation. Besonders intensiv und kontrovers wurde in der Sozialdemokratie und später in der kommunistischen Bewegung das Intellektuellen-Problem debattiert.

Bekannt ist der Ausspruch von August Bebel auf dem Parteitag der SPD 1903 in Dresden, wo er sagte: „Seht Euch jeden Parteigenossen an, aber wenn es ein Akademiker ist oder ein Intellektueller, dann seht ihn Euch doppelt und dreifach an.“

Auf dem Hintergrund einer vulgärmaterialistischen Interpretation von Sein und Bewußtsein und eines ökonomischen Reduktionismus im Verhältnis von Basis und Überbau verstärkte sich die pejorative Sicht auf die Intelligenz bei Lenin und Stalin, zumal dabei auch eine spezifisch russische Tradition verarbeitet wurde.^{/3/} Bei Stalin heißt es: „In unserer, in der Sowjetzeit rekrutiert sich die Intelligenz hauptsächlich aus den Reihen der

Arbeiter und Bauern. Doch ist die Intelligenz, wie sie sich auch rekrutieren und welchen Charakter sie auch tragen möge, dennoch eine Zwischenschicht und keine Klasse.“^{/4/} Dementsprechend schien es schwer, den Klassencharakter der Intelligenz zu bestimmen. Schon Lenin ordnete die Intelligenz der Bourgeoisie, dem Kleinbürgertum und dem Proletariat zu, wobei die Aussagen zur kleinbürgerlichen Intelligenz zum Synonym für den intellektuellen Habitus schlechthin wurden.

„Niemand wird zu leugnen wagen, daß die *Intelligenz* als *besondere Schicht* der modernen kapitalistischen Gesellschaft im großen und ganzen gekennzeichnet ist *gerade durch den Individualismus* und die Unfähigkeit zur Disziplin und Organisation... hierdurch unter anderem unterscheidet sich diese Gesellschaftsschicht ungünstig vom Proletariat; darin besteht eine der Erklärungen für die Schwächlichkeit und Unbeständigkeit der Intellektuellen, eine Eigen-

II. Die scheinbare Kontroverse

In den Arbeiten von Jens Reich und Wolf Lepenis wird das spezifische Dilemma der Intellektuellen in der DDR thematisiert, das jenseits einer moralischen und politischen Bewertung liegt. Es geht hier nicht in erster Linie um den Intellektuellen als Mensch und Bürger, sondern um seinen Status als Intellektuellen.^{/6/}

Für Reich hinterläßt „der Exitus des bürokratischen Kommandosystems“ in Osteuropa, das den „Decknamen Sozialismus“ führte, „viele Enttäuschte und De-

schaft, die das Proletariat so oft zu fühlen bekommt; und diese Eigenschaft der Intellektuellen steht in unlösbarem Zusammenhang mit ihren gewöhnlichen Lebensbedingungen und Erwerbsverhältnissen, die in sehr vielem den *Existenzbedingungen des Kleinbürgers* ähnlich sehen...“^{/5/}

Den „*Intellektuellen, die durch und durch vom bürgerlichen Individualismus durchtränkt sind*“, sollte Mißtrauen entgegen gebracht werden, zumal es sich ja um intellektuelle Überläufer aus dem bürgerlichen Lager handelte, Abtrünnige, die schon einmal die Fronten gewechselt hatten. Zwischenstellung, Zwitterstellung und Wankelmütigkeit werden so kennzeichnend für den Habitus der Intellektuellen, der erst durch ein klares Klassenbekenntnis aufgehoben werden kann. So nimmt Lenin die rechte Gesinnung zum ausschlaggebenden Kriterium für die bipolare Bewertungsskala der Intelligenz: wahr-proletarisch-gut und falsch-bourgeois-böse.

primierte. Unter ihnen ist auch eine soziale Schicht... die Intelligenz.“(S.7) Für sie gilt, daß sie „strukturell-sozial das System stützte, sich aber benachteiligt, entmündigt, marginalisiert sah.“(S.9)

„Das Paradoxon ist, daß genau die wahrhaftige Verkenning der objektiven sozialen Funktion die Intelligenz befähigte, Auslöser und Subjekt der Revolution zu werden.“ Das führte zur „friedlichen Selbstabwicklung des Systems.“ Es lag also der Verdacht nahe, „daß die Intelli-

genz sich lediglich unterdrückt wähnte, es aber nicht war, daß ihre tatsächliche Rolle in der Struktur der Gesellschaft eine ganz andere war als in der Einbildung. Daß also subjektive Empfindung und objektive Lage auseinanderklafften.“ (S.11) Eine Schlußfolgerung aus dem Verlust ihrer Rolle aus der Wendezeit ist, daß die „Helden der Revolution“ nur noch als „Narren“ überleben können.

„Der Narr ist unsere Rolle. Der Narr transzendiert das System im Wort. Er greift nicht zur Waffe, riskiert, mit Fußtritten bedacht zu werden. Stets wird er ausgelacht. Aber er spricht unbeirrt die Antithese aus, die er für die Wahrheit hält. Es läßt sich nicht immer klären, ob es die Wahrheit ist, was er da zu wissen meint. Aber es verhindert, daß sprachloses Weitermachen die Bühne besetzt.“ (S.173)

Lepenis macht die Intellektuellen in der DDR zu „Helden für fünf Tage“ vom 4. bis zum 9. November, von der Großdemonstration in Berlin bis zur Öffnung der Berliner Mauer. Was eine „wirkliche Revolution unter Anleitung der intellektuellen Avantgarde hätte werden können“ „degenerierte“ „zur Implosion eines Regimes“. (S.57)

Aus dieser Zeit speist sich ein „Mythos der verpaßten Gelegenheiten“ besonders bei den Intellektuellen, die für einen „radikal-asketischen Sozialismus“ optierten. „Die Revolution in der DDR wurde weder von einer Gewerkschaft erkämpft noch von Intellektuellen vorbedacht. Die Helden dieser Revolution waren Hunderte, schließlich Tausende von Men-

schen, die...in die Botschaften von Prag und Budapest flohen,...die sich beharrlich und ohne Anwendung von Gewalt auf den Straßen von Leipzig und Dresden versammelten.“ (S.58f.)

Es schien so, „als sprächen die Intellektuellen und das Volk auf den Straßen im östlichen Deutschland ein und dieselbe Sprache.“ „Es ist für die Intellektuellen der früheren Deutschen Demokratischen Republik schmerzlich, an diese Fehleinschätzung erinnert zu werden. Was die Dinge noch schlimmer macht: Intellektuelle hatten sich auf dem Felde ihrer urreigensten Kompetenz geirrt. Sie hatten weder eine politische Struktur verkannt noch falsche ökonomische Voraussagen abgegeben: sie hatten die Bedeutung von Worten mißverstanden. Der Mißerfolg der Intellektuellen in der DDR war ... das Desaster der interpretierenden Klasse.“

So unterschiedlich die Darstellungen der Ereignisse bei beiden Autoren im einzelnen sind, beide diagnostizieren spezifische *intellektuelle Fehlleistungen* bei den Intellektuellen in der DDR. Wohlgemerkt, es handelt sich hierbei um idealtypische Betrachtungen, von der der Einzelfall natürlich abweichen kann.

Um eine auf den Status der Intellektuellen zielende Definition von Lipset zu verwenden, sind Intellektuelle jene, „die Kultur, d.h. die symbolische Welt des Menschen, einschließlich Kunst, Wissenschaft und Religion, schaffen, verteilen und anwenden.“⁷⁷ Das setzt den „selbstständigen“ und „bewußten“ Umgang mit Worten voraus, Worte, die immer schon ein „Stück Distanz von der Realität“ im-

plizieren (Dahrendorf). Genau das ist aber, was den Intellektuellen in der DDR offensichtlich fehlte oder was ungenügend ausgeprägt war. Es wäre aber zu kurz gegriffen, wollte man dies auf mangelhafte Fähigkeit reduzieren und die systemischen Zusammenhänge unberücksichtigt lassen.

Dennoch bleibt festzuhalten: Es war die Wirklichkeit des Herbst 1989, die die

III. Das offizielle Intellektuellenbild

Einiges deutet darauf hin, daß als Vorlage für die Politik der SED gegenüber den Intellektuellen neben den Lehren von Lenin und Stalin Erfahrungen der Weimarer Republik verarbeitet wurden. Eine ganze Reihe von Veröffentlichungen in den 40er Jahren, in der „Einheit“, im „Forum“, im „Aufbau“ und in der „Pädagogik“, setzen sich explizit mit den Weimarer Verhältnissen und mit den Intellektuellenkonzeptionen jener Zeit auseinander, einschließlich mit dem „Versagen“ im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtergreifung. Bezugspersonen, an denen die Kritik entwickelt wird, sind Max Weber, Karl Mannheim und Theodor Geiger.

Gegenstand der Auseinandersetzung ist die Figur des „unpolitischen Intellektuellen“, des über den Dingen stehenden „Nur-Fachmanns“, sowie die Dichotomie von „Geist und Macht“. Insofern ist die „Intelligenzpolitik“ der SED nicht voraussetzungslos oder pragmatisch auch nicht geprägt durch die marxistisch-leninistischen Dogmen und das sowjetische Vorbild. Es werden in einer spezifischen

angehäuft ideologischen Konstruktionen und die vielen Versatzstücke, die an die Stelle der Ideale getreten waren, wie ein Kartenhaus zusammenbrechen ließ und nicht die Intellektuellen, deren eigentliches Geschäft es gewesen wäre. „Rationalisierung“ und „Entzauberung“ gelten für Max Weber als intellektuelle Leistungen. Wo sie nicht erbracht werden können, deutet alles auf ein „Opfer des Intellekts“ hin.

Weise Weimar und die Folgen verarbeitet.

Eine sehr gute Darstellung über die „Struktur und Funktion der Intelligenz während der Weimarer Republik“ gibt Jenö Kurucz.^{8/} Er unterscheidet zwischen einer „kulturtragenden Intelligenz“ und einer „technisch-organisatorischen Intelligenz“, denen er jeweils zwei Unterformen zuordnet, die „schöpferische“ und „vermittelnde“ Intelligenz. Unter Verwendung des Mannheimischen Begriffs von der „relativ freischwebenden Lage“ der Intelligenz verweist auch Kurucz auf die unterschiedliche soziale Herkunft und die verschiedenen Arten der Erwerbstätigkeit dieser Gruppe. „Sie stellen insofern eine heterogene Gruppe dar, als sie Rentner, Beamte, Angestellte oder Träger von freien Berufen sind. Sie können sich jedoch - dank ihrer gemeinsamen Bildung - über besitzmäßige, berufliche Differenzen erheben. Sie sind also sozial insoweit 'freischwebend', als sie weder durch ihre soziale Herkunft noch durch die Art ihrer Erwerbstätigkeit streng determiniert sind.“ (S.47f)

Von hier aus postuliert Kurucz für die Intelligenz als konstitutives Mittel eine „unvollkommene gesellschaftliche Integration“, die sie dafür qualifiziere, die „Welt öffentlich zu deuten“. Ein Teil der Intelligenz wird damit zur *Deutungselite* der Gesellschaft, im engeren Sinne sind sie die Intellektuellen. Ihre Gewohnheit, nach Sinnzusammenhängen zu suchen, machte sie im Kontext der Modernisierungsvorgänge und der Modernisierungskrise zu „volksfremden“, dem Volk entfremdeten Intellektuellen.

Die Kommunikation zwischen Intellektuellen einerseits und Massen und Funktionären andererseits gestaltete sich so immer schwieriger und wurde schließlich unmöglich und dies trotz „fieberhafter Steigerung der geistigen Aktivitäten“. Am Ende gab es eine Vielzahl von Gruppen und Untergruppen, die sich allein im Besitz der richtigen Sicht zu glauben wähnten und allen anderen das Recht zur öffentlichen Weltauslegung aberkannten. Dieses Verhalten verstärkte das Image der Intellektuellen. Zurück blieb aber auch die Furcht der kommunistischen Bewegung vor dieser Deutungsmacht. An ihre Stelle setzte man spätestens mit der Erringung der Staatlichkeit das Deutungsmonopol der Partei.

Ist die Reflexion das Geschäft der Intellektuellen, so ist Distanz dafür eine notwendige Bedingung. Genau da aber begann für die SED im Umgang mit den Intellektuellen das eigentliche Problem. Sie forderte von ihnen Distanzlosigkeit ein und nannte das Parteilichkeit. Die Kampagnen gegen „Objektivismus“ und

„Kosmopolitismus“ waren Einübungen in diese Verhaltensweisen, die der Disziplinierung und der Entmündigung der Intellektuellen dienten und zur Uniformierung des Denkens beitrugen. Sehr aufschlußreich sind die frühen Resolutionen, die in einer noch unverschlüsselten Sprache den potentiellen „Bündnispartner“ charakterisieren und die Aufgaben der „Intelligenzpolitik“ formulieren. Dabei schwingt als Begleitmusik bereits ein anderes taktisches Kalkül mit, wenn in der Entschließung „Intellektuelle und Partei“ von 1948 zu lesen ist, daß streng darauf zu achten sei, „daß nicht durch die Verletzung der Überparteilichkeit dieser Bewegung das Vertrauen der Geistes-schaffenden in die Aufrichtigkeit unseres gesamt-nationalen und demokratischen Wollens gefährdet wird.“/9/

Parallel dazu gab Heinz Kamnitzer im „Forum“ eine Charakterisierung des Intellektuellen als potentiellen Bundesgenossen: „Erkennt der Intellektuelle seine wirklichen Interessen und seine moralischen Verpflichtungen, so erfolgt eine Annäherung an die Arbeiterbewegung, vielleicht sogar Einreihung in die politische Phalanx des Proletariats.“ Aber er ist in der Regel ungeduldig und erwartet zu viel:

„Das Ergebnis unvermeidlicher politischer und persönlicher Enttäuschung ist oft die Abkehr von der neu gewonnenen Einsicht. Entweder zieht sich der Intellektuelle melancholisch in die 'Innerlichkeit', in den Elfenbeinturm zurück, oder er wird ein erbitterter Zyniker, der sich allzu bereit als literarischer Landsknecht

und technischer Söldner verdient. Die weite Verbreitung dieses geistigen Nihilismus hat tausende deutscher Wissenschaftler und Techniker dazu verleitet, ohne allzuviel Gewissensbisse dem Faschismus zu dienen.

Mit Fug und Recht schenkt der Intellektuelle sein Augenmerk der Form, aber zu Unrecht stellt er sie häufig... über den Inhalt. Auch kennt die Logik des Gehirns nicht die Umwege und Schranken, die die Wirklichkeit ständig aufbaut. Den Geist hindert nichts, die Schwierigkeiten mittels einer Überlegung aus dem Wege zu räumen, und die geistige Lösung verleitet zu der Annahme, daß man auch in der Praxis das Ergebnis mit der gleichen

IV. Intellektuelle und Kritik

„Kritik als Beruf“ (Lepsius) kennzeichnet die Profession des Intellektuellen. Darin liege auch die Differenz zwischen Intellektuellen und der Intelligenz. Ausführlich charakterisiert Joseph Schumpeter in seiner „Soziologie des Intellektuellen“ dessen Verhalten./11/

Er verfügt über „die Macht des gesprochenen und des geschriebenen Wortes“. Seine kritische Haltung setzt er ein, um seine Erfolgsaussichten in der Gesellschaft zu steigern. Diese wiederum hängen ab von „seinem tatsächlichen oder möglichen Wert als Störungsfaktor“. (S.236f)

Als soziale Gruppe sind die Intellektuellen durchaus heterogen. Was sie eint, ist die Tatsache, „daß ihr Geist stets auf ähnliche Weise abgerichtet ist“ und ih-

oder ähnlichen Geschwindigkeit erreichen kann.“/10/

Kamnitzer beobachtet die Grundbefindlichkeit der Intellektuellen durchaus richtig. Er bleibt aber bei der Charakterisierung ihrer Widersprüchlichkeit nicht stehen, es geht ihm um die deren Beseitigung durch die Aufhebung der „isolierten Geistesarbeiten“ und die Überwindung der von der Klassengesellschaft her geprägten Trennung von körperlichen und geistigen Tätigkeiten. Insofern kommt die Intelligenz letztlich als ein transitorisches Phänomen in den Blick; das zum Gegenstand der Politik und zum Erziehungsobjekt der marxistisch-leninistischen Partei ward.

nen „das gegenseitige Verständnis“ dadurch erleichtert. Schumpeter verbindet die Rolle der Intellektuellen mit seiner Theorie der Feindseligkeit gegenüber dem Kapitalismus. Die kapitalistische Entwicklung „schafft, erzieht und subventioniert... unvermeidlich und Kraft gerade der Logik seiner Zivilisation ein festgewurztes Interesse „an sozialer Kritik und sozialen Unruhen. Dem Intellektuellen kommt die Aufgabe zu, dieses Potential - gewissermaßen das „Rohmaterial“ -, zu „stimulieren“ und es in „Worte zu fassen“.

Zugleich unterliegt die Kritik einer Dynamik, die sich von außen und von innen speist. Zum einen steigt mit wachsenden Leistungen der kapitalistischen Entwicklung auch das Potential der Kritik, zum anderen unterliegt sie selbst einer

Eigenrationalisierung durch die Intellektuellen.

Die Gruppe der Intellektuellen kann gar nichts anderes als „kritteln, da sie von der Kritik lebt und ihre ganze Stellung von einer Kritik abhängt, die schmerzhaft trifft; und eine Kritik an Personen und laufenden Ereignissen wird in einer Situation, in der nichts heilig ist, mit Notwendigkeit in eine Kritik an Klassen und Institutionen ausmünden.“ (S. 244)

Der Ansatz von Schumpeter ist interessant, läßt man seinen polemischen Antiintellektualismus einmal beiseite, da er versucht, die Funktion der Intellektuellen in der Gesellschaft zu objektivieren, und dabei auch die sozio-ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, unter denen Kritik artikuliert wird, berücksichtigt.

Eine interessante Typologie der „Verhaltensweisen“ der Kritiker entwickelt Raymond Aron.^{12/} Er unterscheidet die „Kritik an den Methoden“, wo man sich an die Stelle derjenigen stellt, die regieren. „Man beruft sich jedoch nicht auf eine ideale Ordnung, auf eine strahlende Zukunft, sondern auf Resultate, die mit mehr Verstand und mehr gutem Willen erreichbar wären.“ (S.258)

Die „moralische Kritik“, die auf einer Gegenüberstellung dessen, was ist, und dessen, was sein sollte, beruht, und die dadurch schon genügt, daß sie offen ausspricht, was von Übel ist. Die „ideologische oder historische Kritik“, die sich „mit der bestehenden Gesellschaft im

Namen einer kommenden Ordnung auseinandersetzt“ und alle Übelstände „der bestehenden Ordnung zu Last“ legt.

Gleichwohl geht es Aron bei dieser Typologie der Kritik um eine Folgeabschätzung und um die Wirksamkeit derselben. Dabei ist klar, daß die Art und Weise der Artikulation von Kritik und die Konsequenzen in der demokratisch und diktatorisch verfaßten Gesellschaften höchst unterschiedlich sind. „Regimekritik war prinzipiell entweder ‚immanent‘ oder ‚transzendent‘, reformerisch oder systemüberwindend. Die zweite Variante artikuliert sich nur selten, weil sie leichter zu erkennen und leichter zu kriminalisieren war.“^{13/}

Kritik setzt Distanz voraus. Distanz macht unbeliebt. Indem sie relativiert, macht sie sich verdächtig. Sie wird zur Opposition. Der intellektuelle Kritiker kann mit dem Status quo schlecht leben. So wird er zum natürlichen Widerpart derer, die ihn handelnd verteidigen. Gleichzeitig stellt sich ein intimes Verhältnis zwischen Kritikern und Akteuren her, indem unerschwellig die Vorstellung im Raum ist, daß man es besser machen könne. Das führt dazu, daß der Antiintellektualismus der Handelnden einhergeht mit der Praxissehnsucht der Intellektuellen. (Hofstadter) In diesem widersprüchlichen Verhältnis liegt viel - oft auch die Selbstpreisgabe der Intellektuellen.

Dieter Koop, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig

Anmerkungen:

- /1/ K.Sontheimer, Das Elend der Intellektuellen, Hamburg 1976, S.264
- /2/ vgl. W.Engler, Die ungewollte Moderne, Frankfurt a.M., S.144
- /3/ O.W.Müller, Intelligencija, Frankfurt a.M. 1971
- /4/ J.W.Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin 1951, S.636
- /5/ W.I.Lenin, Werke Bd.7, Berlin 1956, S.266f
- /6/ J.Reich, Abschied von den Lebenslügen. Die Intelligenz und die Macht, Berlin 1992; W.Lepenis, Aufstieg und Fall der Intellektuellen in Europa, Frankfurt a. M. 1992, die obigen Seitenangaben beziehen sich auf diese beiden Ausgaben
- /7/ zitiert nach R.Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1966, S.309
- /8/ J.Kurucz, Struktur und Funktion der Intelligenz während der Weimarer Republik, Köln 1967
- /9/ Dokumente der SED Bd.1, Berlin 1952, S.277
- /10/ H.Kamnitzer, Intelligenz und Arbeiterbewegung, *Forum* 8/1948 S.1f
- /11/ J.Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen 1987
- /12/ R.Aron, Opium für Intellektuelle, Köln 1957
- /13/ J.Reich, a.a.O. S.144

“Symbolhafte Verweigerung” und “Konspirativer Avantgardismus”

Abgrenzungen in politischen Diskursen von DDR-Intellektuellen

Was ist politisches Bewußtsein? Unsere Untersuchungen¹ widmen sich der *diskursiven Formierung* politischer Identität in der DDR - konzentriert auf die achtziger Jahre - und gehen der Frage nach, wieweit die vor 1989 entstandenen Wahrnehmungs- und Handlungsmuster in die Zeit der deutschen Einheit hineinwirken und die aktuellen politischen Formierungsprozesse in Ostdeutschland beeinflussen. Dabei konzentrieren wir uns auf Intellektuelle. Im Allgemeinen gelten *Intellektuelle* als etwas “Besonderes”. Wir verstehen darunter zunächst ganz simpel die Personen, die nicht nur rezeptiv an politischen Diskursen teilnehmen, sondern selbst versuchen, Neues in die öffentliche Debatte hineinzubringen.² Der Sinn- oder gar Wahrheitsgehalt dieser “intellektuellen Innovationen” ist für diese funktionale Betrachtung zunächst unerheblich, auch ihre Rolle in der Gesellschaft unterlegen wir nicht mit einem normativen Wert (kritisch oder machtdistanziert). Wir sagen einfach: Intellektuelle sind professionelle Geschichtenerzähler. Geschichten, *Narrationen*, behandeln wir als die ursprünglichen Elemente von Diskursen. Dabei gibt es Geschichten, die in den

Kommunikationsgemeinschaften als sinngleich gelten, weil sie in ihrer kommunikativen Bedeutung austauschbar sind. Solche Geschichten lassen sich zu einem *Code* verallgemeinern.

Politische Identität war auch in der DDR weder bloß unmittelbarer Reflex von Systemstrukturen des Staatssozialismus noch bloße Verlängerung individueller Erfahrungen. Politische Identität wird vielmehr in *Kommunikationsgemeinschaften* erzeugt. Weil ein und die selbe gesellschaftliche Realität durchaus verschieden deutbar ist, kann es nicht einfach „das“ politische Bewußtsein „des“ DDR-Intellektuellen oder gar „des“ DDR-Bürgers geben. Deutungen müssen sich in Kommunikationsgemeinschaften bewähren, weshalb es auch nicht einfach eine unendliche Vielheit nur individueller politischer Auffassungen gibt. Wir finden vielmehr verschiedene distinkte *Diskurse* über die politische Deutung der DDR-Realität, die jeweils ein anderes gemeinsames politisches Bewußtsein hervorbringen.

Wir haben politische Diskurse im weiteren Umfeld der SED und der evangelischen Kirche vergleichend untersucht.

In aktiver Auseinandersetzung um die Deutung von Erleben und Handeln in der DDR formierten sich in diesen beiden Bereichen gegensätzliche politische Identitäten, deren Deutungen gesellschaftlicher Realität nicht einfach als gültig oder ungültig, wahr oder falsch klassifiziert werden können. Dies muß man insbesondere gegen Sichtweisen betonen, nach denen die Individuen in staatssozialistischen Gesellschaften nicht als schöpferische Subjekte, sondern allein als Objekte behandelt werden, die dem System ausgeliefert waren, die vom System geformt wurden bzw. sich von ihm formen ließen und gesellschaftliche Realität allenfalls noch

„richtig“ oder „falsch“ wahrnehmen konnten. Nischen, Anpassungen, Privatsphäre, Eigensinn etc. sind u.E. nicht einfach als Residuen systemischer Strukturen zu interpretieren, sondern müssen auch als Ausdruck für die *aktive* Erzeugung eigener Lebenswelten in einer Diktatur gewertet und als schöpferisches Handeln von Menschen, die sich unter solchen Bedingungen konkrete Freiräume schaffen, untersucht werden.

Unseren Studien liegen narrative Interviews zugrunde, die nach einer spezifischen, auf das Auffinden diskursiv gebildeter Codes gerichteten Methode ausgewertet wurden.

Diskurse

Politische Identitätsbildung in der DDR verlief in **Paralleldiskursen** - SED einerseits, Umfeld der evangelischen Kirche andererseits - und in **Generationen**, wobei nicht Menschengenerationen gemeint sind, sondern Diskursgenerationen. *Neue* Diskurse entstehen durch eine selektive Negation von Codes der existierenden Diskurse. Paralleldiskurse hingegen deuten gleiche Wirklichkeiten unterschiedlich, ohne daß sich die jeweiligen Codes für die Wirklichkeitsdeutung bzw. -erkenntnis überhaupt aufeinander beziehen müssen.

Für die 40 Jahre DDR lassen sich insgesamt sechs politische Diskurse unterscheiden. Im Umfeld der Staatspartei:

1. Der Diskurs der Altkommunisten, der mit dem Ende des zweiten Weltkrieges und der Rückkehr aus dem Exil und den Gefängnissen begann. Er drehte sich

um die Konsequenzen aus dem Faschismus und den Weg zum Sozialismus. Der eigene Gestaltungsanspruch wurde vor allem *moralisch* aus dem Widerstand heraus begründet. Drei Debatten bestimmten diesen Diskurs. Erstens die Debatte um einen nichtsozialistischen Weg zum Sozialismus z.B. auf der Basis der Thesen von Anton Ackermann. Zweitens die Diskussion um den „Neuen Kurs“ im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953. Und drittens die Diskussion des 20. Parteitages um die Überwindung des Stalinismus.

Der Diskurs der Altkommunisten lief Anfang der 60er Jahre aus, aber ein großer Teil vor allem der älteren SED-Mitglieder hat ihre Wurzeln in diesem Diskurs und benutzt dessen Codes für Wirklichkeitsdeutung und Handlungsleitung.

2. Der Diskurs der Aufbaugeneration begann Ende der 50er Jahre und drehte sich um die Art und Weise der Umgestaltung der Gesellschaft in Industrie, Landwirtschaft, Wirtschaftsregulation (Planung), Recht, Kunst, Kultur, Bildung und Wissenschaft. Das erklärte Ziel bestand dabei darin, die Vorzüge des Sozialismus durch kompetentes Handeln gegenüber der Bundesrepublik zur Geltung zu bringen. Die Debatten dieses Diskurses finden ihren Höhepunkt in den großen Reformprojekten der 60er Jahre, vor allem dem Neuen Ökonomischen System. Systemische und funktionalistische Durchgestaltung der verschiedenen Bereiche der Gesellschaft und eine Orientierung an praxisrelevanten und praktikablen Modellen waren die entscheidenden Ideen. Dieser Diskurs scheiterte Ende der 60er Jahre - parallel zum Prager Frühling -, weil die Gefahr der Destabilisierung der Macht die Parteiführungen der KPdSU und SED vor einer Umsetzung dieser Reformvorstellungen zurückschrecken ließ. Aber auch die Deutungen und Handlungsmaximen dieses Diskurses bestehen weiter und spielten noch im Herbst 1989 eine Rolle. Beide Diskurse wurden von uns in einer Vorarbeit³ auf Grund von Texten (veröffentlichte Interviews, biographische und autobiographische Literatur, Dokumente) beschrieben.

3. Der dritte Reformdiskurs im Umfeld der SED begann Mitte der 70er Jahre und drehte sich um die Deutung des immer offensichtlicher werdenden Scheiterns der realsozialistischen Entwicklung. Verbunden mit einem avantgardistischen Selbstverständnis sahen sich seine Ver-

treter als diejenigen, die die Entwicklung des Sozialismus in eine neue Richtung zu wenden hätten. Auch dieser Diskurs scheiterte, konnte also seine Ideen nicht gesellschaftlich durchsetzen, weder kommunikativ noch praktisch.

Parallel dazu gab es drei verschiedene Diskurse im Umfeld der evangelischen Kirche.

1. Der „Überwinterungsdiskurs“, der mit der Besetzung Ostdeutschlands durch die Sowjetarmee und der anschließenden Gründung der DDR begann, orientierte auf „Abwarten“. Die Kommunisten werden scheitern, bis dahin müsse man sich raushalten und die eigene Identität bewahren. Dieser Diskurs verlor in den 50er Jahren allmählich seine Integrationskraft auf die nachfolgende Generation, weil er keine Antwort darauf geben konnte, wie man sich nun praktisch zu der DDR-Wirklichkeit verhalten sollte.

2. Der Diskurs „Kirche im Sozialismus“ war ein Versuch, eine kritische und zugleich konstruktive Art des Umgangs mit der DDR zu finden. Er begann sich vor allem nach dem Mauerbau 1961 zu entwickeln und hatte seinen Höhepunkt Anfang der siebziger Jahre. Dieser Diskurs bestimmte die offizielle Kirchenpolitik noch bis 1989. Seine Integrationskraft verlor er jedoch bereits in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, als sich zeigte, daß das Hin und Her zwischen Kritik und Engagement eben doch keine greifbaren Veränderungen im System brachte.

3. Das war dann auch der Ansatzpunkt für den dritten Diskurs, wie er vor allem

von den politisch-alternativen Gruppen im Umfeld der Kirche entwickelt wurde, die Anpassung und Kompromiß mit dem System ablehnten und eine auf Verweigerung setzende Gegenstrategie formulierten. Die Bürgerbewegungen des Jahres 1989 wurden durch diesen Diskurs

vorbereitet. Die hier entstandenen politischen Identitäten sind für die Deutung und das Handeln in Wende und Revolution und für die politischen Auseinandersetzungen seit 1990 ebenso entscheidend, wie es der dritte Reformdiskurs im SED-Umfeld für die PDS ist.⁴

Codes und Narrationen

„Codes“ sind ursprünglich Narrationen, Geschichten, in Erzählungen dargestelltes Verhalten mit Sinngehalt. „Ideen“ und „Werte“ sind hingegen als abgeleitet zu betrachten, aus Narrationen abstrahierte Formen politischer Identität. Nicht durch den Vergleich abstrakter Werte oder politischer Ideen, sondern durch das Erzählen einander ähnlicher Geschichten erkennen sich die Teilnehmer eines Diskurses als Angehörige einer Diskursgemeinschaft, erzeugen und erkennen ihren Unterschied zu anderen Diskursgemeinschaften.

Für den Diskurs der dritten SED-Reformergeneration hat unsere Untersuchung Geschichten gefunden, die sich u. a. um folgende zentrale Codes gruppieren lassen⁵:

1. Das Dilemma des Sozialismus - die Divergenz zwischen den Idealen einer freien, sozial gerechten, effizienten Gesellschaft und einer undemokratischen, unfreien, von permanenten Mangel und Irrationalität gekennzeichneten Wirklichkeit - läßt sich nur durch eigenes Engagement für „die Sache“ auflösen. Nur wer sich *innerhalb* der gesellschaftlichen Strukturen engagiert und sich zum Sozialismus bekennt, ist zur Kritik legitimiert.

2. Nach 1976: Die Stagnation und die Reformunfähigkeit der SED können nicht mehr zufällig, sondern müssen strukturell bedingt sein. Das Projekt der Elterngeneration, die Realität durch praktische Reformen den Idealen näher zu bringen, hat nicht funktioniert. Nötig ist ein Neuanfang, nicht nur personell, nicht nur in Hinblick auf die bessere praktische Umsetzung der kommunistischen Ideale, sondern auch konzeptionell bezogen auf diese Ideale selber.

3. Ein Neuanfang muß die strukturellen Blockaden des politischen Systems und der Wirtschaft diskutieren, indem er z. B. die Frage nach den Bedingungen für die Konstitution freier und autonomer Subjekte stellt (z. B. „Freie Entwicklung eines jeden ist die Bedingung für die freie Entwicklung aller.“) Diese Suche führt allmählich zu einer Umbewertung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft, zu einer neuen Sicht auf die Emanzipationschancen im Westen (SED-SPD-Papier) und zur Forderung, die Blockfeindschaft zu überwinden („Neues Denken“).

4. Die Verwirklichung eines Neuanfanges muß mit gesellschaftlichen Struktur-reformen beginnen, die nur von der „Macht“ selbst ausgehen können. Reine

Opposition hingegen verbaut diesen Weg. Es gilt zu versuchen, Reformer an die Macht zu bekommen, die einen solchen Neuanfang durch eine Reform von oben („Perestroika“) umsetzen.

Die Codes des Diskurses der politisch-alternativen Gruppen im Umfeld der Kirche lassen sich in etwa so beschreiben:

1. Das Leben in der DDR ist durch einen permanenten Konflikt mit dem System, mit dem Anspruch der SED auf ein Macht- und Wahrheitsmonopol geprägt. Gesellschaftliches Engagement in den politischen Organisationen der DDR ist sinnlos, weil dort wirklich abweichende Meinungen keine Chance auf Realisierung erhalten und statt dessen Disziplinierungs- und Anpassungszwänge wirken. Nur wer sich verweigert, kann intellektuell und moralisch überleben.

2. Eine Reform des Systems von innen ist nicht in Sicht und strukturell ausgeschlossen. Das System muß nicht reformiert, sondern verändert werden. Die Eltern haben ihre Hoffnung auf Veränderung verloren. Auch wenn diese Hoffnungslosigkeit an sich zu teilen ist, darf man sich nicht einfach einrichten. Gleichermaßen zu kritisieren sind die „Überwinterungshaltung“ wie auch die Praxis der Kirchenleitungen, mit dem Staat hinter verschlossenen Türen vertrauensvoll zu verhandeln.

3. Aus der individuellen Verweigerung muß eine *symbolhafte* Verweigerung des Gehorsams werden, die ein Zeichen für andere zu setzen vermag. Aus der Verweigerung muß Einmischung werden, auch dann, wenn nicht abzusehen ist, daß damit an der Realität etwas Grund-

legendes geändert werden kann. Der Sinn einer Einmischung in die gesellschaftlichen Angelegenheiten liegt vielmehr in der Bewahrung der eigenen Integrität und in einem Zeugnis gegen die Diktatur. Dafür sind immer mehr Menschen zu gewinnen.

Die zentralen Codes beider Diskurse nehmen jeweils bestimmte Momente ihrer jeweiligen Vorgängerdiskurse auf, andere Momente hingegen werden verworfen. So übernahm etwa die dritte SED-Reformergeneration die kritische Sicht der Eltern auf die Differenz von Ideal und Wirklichkeit, die zentrale Orientierung auf das politische Engagement innerhalb der SED und die Option auf die politische Macht. Zugleich wurde der Diskurs der Eltern kritisch negiert: So hat es sich als sinnlos erwiesen, auf eine bessere, kompetentere, klügere Umsetzung der sozialistischen Ideale in die Praxis zu hoffen. Sinnvoller schien es vielmehr, die sozialistischen Ideale selbst noch einmal kritisch zu prüfen und gegebenenfalls neu zu konzipieren.

Auf ähnliche Weise entstand auch die Position der „symbolhaften Verweigerung“. Von den vorhergehenden Diskursen wurde die Ablehnung des Systems und die persönliche Entscheidung, sich in Kernfragen dem System nicht unterzuordnen, übernommen. Zugleich wurden aber auch die bisher eingeübten Praktiken kritisiert: Es hatte sich sowohl als sinnlos erwiesen, in verbalem Antikommunismus einfach auf die Wiedervereinigung zu warten als auch über Verhandlungen mit dem Staat Einfluß auf die gesellschaftlichen Zustände in der DDR erlangen zu wollen. Verglichen da-

mit schien es viel sinnvoller, neben den offiziellen Strukturen eigene, autonome, Strukturen zu bilden und immer mehr Menschen dazu zu bewegen, sich dem offiziellen politischen Betrieb der DDR zu verweigern und sich statt dessen in den autonomen Gruppen zu engagieren.

Individuen belegen ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Diskursgemeinschaft, indem sie Geschichten erzählen, in denen zentrale Codes dieser Diskursgemeinschaft reproduziert werden. So erzählen etwa alle Vertreter der dritten SED-Intellektuellengeneration vom Vergehen der Reformhoffnungen in den siebziger Jahren, von der Biermannausbürgerung und dem darauf folgenden Weggang wichtiger intellektueller Identifikationsfiguren. Individuell kann dabei sowohl Distanz, Ablehnung als auch Anhängerschaft gegenüber Biermann artikuliert werden. Auch können durchaus unterschiedliche Folgerungen in Hinblick auf sinnvolles Handeln gezogen werden. Aber der Code gilt für alle: Nach der Biermannausbürgerung war klar, daß die Reformhoffnungen der frühen siebziger Jahre nicht mehr aufrechterhalten werden konnten.

Der zentrale Code des dritten SED-Diskurses lautete: „Die Zustände des Realsozialismus sind mies und verdorben. Daher muß man was tun, sich einbringen, um Änderung zu bewirken.“ Auch die Geschichten, die diesen Code transportieren, sind wiederum verschieden. Der eine erzählt von den stalinistischen Verbrechen und ihrem Verschweigen. Der andere beschreibt die Fehlschläge in der Wirtschaft. Ein dritter berichtet

über korrupte Funktionäre und der vierte über dümmliche Methoden an der Schule. Und auch hier sind die Handlungsoptionen durchaus verschieden: Der eine findet, daß er deshalb die Universität verlassen sollte und geht in einen Betrieb, um mit Arbeitern von unten her etwas in Gang zu setzen. Der nächste macht umgekehrt an der Universität einen intellektuellen „Zirkel“ auf, um Trozki zu studieren. Der dritte entscheidet sich für den Gang durch die Institutionen und der vierte erzählt, wie er illegale Zirkel und „Gang durch die Institutionen“ zu einem Doppelleben kombiniert. Bedienen all diese verschiedenen Erzählungen einen gemeinsamen Code? Immer gilt: „Nur wer die sozialistischen Ideale gegen die Wirklichkeit verteidigt, hat das Recht, die Wirklichkeit zu kritisieren.“ Wenn es aber einen gemeinsamen Code gibt, dann muß er auch selektiv wirken können, d.h. er kann sehr viele Geschichten, darf aber auch nicht jede Geschichte zulassen. Es muß auch welche geben, die diesen Code nicht bedienen. Und es gibt sie! Wer über die Misere der Wirtschaft berichtet, um klar zu machen, daß der Sozialismus zum Scheitern verurteilt ist und man sich daher zurückziehen oder in den Westen gehen sollte, bedient diesen Code nicht mehr und distanziert sich somit von der Diskursgemeinschaft.

Ein Vergleich der Codes des dritten SED-Reformdiskurses mit denen der politisch-alternativen Gruppen ergibt differente, oft geradezu entgegengesetzte Deutungen: Aus der Misere der Wirklichkeit wurde in den Geschichten des dritten SED-Reformdiskurses die Notwendig-

keit eines Engagements *in der Partei* für Veränderungen abgeleitet. Der entsprechende Code des anderen Diskurses hingegen fordert Verweigerung. Man muß immer mehr Leute dazu bringen, sich nicht mehr anzupassen, sondern sich zu verweigern. Verweigern aber wäre im dritten SED-Diskurs eine der „unmöglichen“ Geschichten, mit der man die Diskursgemeinschaft verläßt.

Orientierte der Neuanfang des SED-Diskurses auf eine *theoretische* Neubegründung von Sozialismus, so fragte des Diskurs der politisch-alternativen Gruppen nach einer *moralischen* Instanz für Handeln. Codierte die SED-Reformer Macht als Mittel der Veränderung und der Durchsetzung ihrer politischen Optionen, so war es gerade die Negativität von Macht, die im anderen Diskurs identitätsstiftend wirkte. Besonders konträr war natürlich das in die Machtproblematik eingeschlossene Verhältnis zur „Stasi“. Der SED-Diskurs codiert eine zumindest künftige Inanspruchnahme des Parteiapparates für die eigenen politischen Optionen, weil anders Machterhalt und Machterringung nicht vorstellbar sind. In diesem Kontext bildete der Apparat der Staatssicherheit keine prinzipielle Ausnahme. Der Gegendiskurs sah hingegen in der Staatssicherheit die Speerspitze eines repressiven Systems und es stand „für alle“ fest, daß man sich mit diesem Gegner nicht einlassen dürfe.

Beide Diskurse nahmen sich als *Diskurse* nicht wahr. Sie können im jeweils anderen nur die Verlängerung einer Struktur erkennen, nicht aber den kom-

munikativen Vorgang einer anderen, der eigenen ähnlichen und insofern „gleichwertigen“, Kommunikationsgemeinschaft. So unterstellten die SED-Reformer, daß mit denen aus der Kirche „kein Staat zu machen“ sei, weil sie sich eben nicht „einbringen“. Die Verweigerungshaltung erschien ihnen als bloßer Mangel an Engagement, als privatistischer Rückzug aus gesellschaftlicher Verantwortung. Und wo es Aktivität gab, war auf undurchschaubare Weise auch immer der „Gegner“ - als anonyme Struktur - präsent. Bestenfalls konnten den Leuten aus der „Kirche“ lautere moralische Absichten zugebilligt werden, „objektiv“ hingegen wurde ihr Wirken als kontraproduktiv angesehen. Auf der anderen Seite schloß der Diskurs der politisch-alternativen Gruppen von den Strukturen der SED auf das Verhalten ihrer Mitglieder. Die diskursiven Auseinandersetzungen innerhalb der SED waren von außen nicht wahrnehmbar oder blieben zumindest undurchschaubar, daher unterstellten die „Verweigerer“ jene Motive, die aus der Perspektive *ihrer* Diskurses erklärten, warum es für jemanden sinnvoll sein könne, sich in der SED zu engagieren: Anpassung, Karriere, Verzicht auf gesellschaftliche Kritik.

Wo immer es zwischen beiden Gruppen zu „Berührungen“ kam, wurde mit regelmäßigem Erstaunen festgestellt, daß das eigene Bild von den anderen so nicht stimmte. Doch falsifizierten solche Erfahrungen nicht etwa die eingespielten eigenen Deutungsmuster, denn immer lag der Ausweg nahe, sie auf individuelle Ausnahmen - Ausnahmen von der Regel - zurückzuführen: auch in den

kirchlichen Gruppen gäbe es einzelne Personen mit gesellschaftlichem Verantwortungsgefühl, die sich - an falscher Stelle - für den Sozialismus einsetzen; auch in der SED gäbe es kritische Personen, die ernsthaft an einen besseren Sozialismus glaubten und - auf verlorenem Posten - dafür arbeiteten. Das

Abgrenzungen

Beide Diskurse erzeugten und erzeugen gewissermaßen automatisch, hinter dem Rücken der Individuen Abgrenzungen, sobald sie aufeinander treffen. Verantwortlich dafür sind die jeweiligen Codes, die jeweils ein anderes Verhalten als sinnvoll und sinnlos auszeichnen. Sagte der eine Diskurs beispielsweise: „Wenn man etwas verändern will, muß man sich in der Partei engagieren!“ so implizierte der entsprechende Code des Gegendiskurses: „Nur wer sich verweigert, kann ein anständiger Mensch bleiben.“ Beim Aufeinandertreffen beider Diskurse entstand die merkwürdige Situation, daß plötzlich völlig gegensätzliche Handlungsimperative für sich jeweils *gleichermaßen* den Rang einer vielfach bestätigten Gewißheit in Anspruch nehmen. Kommunikation scheint nur noch möglich zu sein, wenn dieser Anspruch des anderen Diskurses auf gleiche Geltung *demontiert* wird, in dem er z.B. als Ausdruck bornierter unausgesprochener Interessen, von Verblendung, intellektueller oder charakterlicher Deformation, bloßer Unverschämtheit, mit Nachsicht zu behandelnder Dummheit, von zu bekämpfender Asozialität und dergleichen mehr erkannt wird. Wenn z.B. im Diskurs der SED-Reformer die Zusammen-

jeweils andere konnte daher das repressive „System“ bzw. die vom Gegner benutzte „Kirche“ bleiben. Ein Perspektivwechsel - aus dem eigenen Diskurs auf eine Beobachterperspektive und von da auf die Perspektive des anderen Diskurses - gelang in einem breiteren Maße weder vor noch nach 1989.

arbeit mit der Staatssicherheit als nicht von vornherein abzulehnende, sondern als eine mögliche *politische* Option galt, um eigene Reformvorhaben abzusichern und Machtzugänge offen zu halten, so steht für den Gegendiskurs fest, daß Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst verwerflich ist. Dabei wird die Stasi-Affinität vieler SED-Reformer auch heute noch nicht als *politisches* Verhalten, über dessen Sinn sich diskutieren läßt, beurteilt, sondern oft z.B. als individuelle menschliche Schwäche psychologisiert. Nicht eine politische Strategie wird widerlegt, sondern Charakterschwäche, Eitelkeit, Karrierestreben, Erpreßbarkeit u.ä. gelten als Gründe, die zu behandeln seien.

In seltener Klarheit hat das Konrad Weiß in einer Rundfunkdiskussion über den Fall des ORB-Journalisten Lutz Bertram deutlich gemacht. Er behauptete, es gab und gäbe ein aufgeschlossenes öffentliches Klima, das jedem IM die Möglichkeit eröffne, sich zu offenbaren und nicht auf die „Enttarnung“ durch die Gauck-Behörde zu warten. Er verwies darauf, daß man seinerzeit am Runden Tisch sogar über ein Resozialisierungsprogramm für Stasi-Mitarbeiter und IM dis-

kutiert hätte. Resozialisierung sei nötig, denn es handle sich ja um *Asoziale*. Hier geht es also nicht mehr um die Auseinandersetzung zwischen zwei politischen Handlungsstrategien, denen ein gleicher Anspruch auf das von sinnvollem Verhalten zugebilligt werden kann. Vielmehr wird die beunruhigende diskursive Konstellation in so etwas wie ein Arzt-Patientenverhältnis umgegossen, in ein Verhältnis der Unterordnung. Bemerkenswerterweise scheint Konrad Weiß dabei nicht zu bemerken, wie er kommunistische Diskurspraktiken reproduziert, die, man denke nur an die unmittelbare Nachkriegszeit, ebenfalls das zu Erziehende, zu kontrollierende, zu formende Individuum unterstellten. Mehr noch, die Frage nach der "Behandlung von Asozialen" liegt auch dem Rollenverständnis der Staatssicherheit zugrunde, die ebenfalls darauf angewiesen war, Abrenzungen in Verhältnisse der Unterordnung (wir wissen, was für die Bürger, für die Gesellschaft gut ist) umzugießen.

Abgrenzungen und daraus folgende Kommunikationsblockaden lassen sich an einer Vielfalt von Geschichten aufzeigen. So gibt es z.B. Erzählungen von Personen, die einen Spagat zwischen Opposition, Reformdiskurs und Staatssicherheit versuchten (wir reden hier nicht von den Agenten, die eine Identifikation mit der Opposition nur vorgetäuscht haben), in denen ein Handeln als sinnvoll beschrieben wird, daß der Staatssicherheit vor allem Informationen *unpolitisch* Natur, darunter auch aus dem Privatleben zukommen läßt, um nichts erzählen zu müssen, was auf eine politische Gegnerschaft hinweist. Hier scheint

es sinnvoll zu sein, politisches Verhalten in Berichten an die Staatssicherheit eher zu entpolitisieren und als Auswuchs an sich harmloser persönlicher Probleme darzustellen. Aus der Perspektive des anderen Diskurses hingegen erscheint gerade dies als völlig sinnlos und daher verwerflich: Daß jemand mit der Stasi zusammengearbeitet hat, ist an sich schon schlimm, daß dann aber noch nicht einmal über die politischen Sachen berichtet wurde, sondern vor allem über private Probleme, ist völlig absurd. Das Argument, dem liege eine akzeptable politische Absicht zugrunde, kann nur als billige wenn nicht gar empörende Ausflucht angesehen werden. Eine solche Konstellation ist ausweglos, ein sachliches Urteil scheint unmöglich und die Argumentation appelliert an persönliche Gewißheiten: "Ich wollte niemanden schaden" - "So etwas tut man nicht."

Aber auch weitere Codes erzeugen Gegensätze. Waren die Welfestspiele aus der Sicht der SED-Reformer einer der wenigen Höhepunkte, die zeigten, wie Sozialismus wirklich hätte sein können und sein sollen, so galten sie im anderen Diskurs entweder als bloßer Massenaufmarsch der Staatsjugend oder da, wo sie positiv erlebt wurden, als trügerische Ausnahme, die das System der Welt so zeigen sollte, wie es nicht war und auch nicht sein konnte.

Ein anderes Beispiel sind Erzählungen über das Westfernsehen. Beide Gruppen haben - bis auf wenige Ausnahmen - Westrundfunk und Westfernsehen intensiv verfolgt. Die einen erzählen, daß sie es wenn nicht gar als permanente Lüge und Hetze gegen die DDR so doch

als verzerrte und voreingenommene Berichterstattung erlebten. Jeder, der die DDR von innen kannte, hätte sehen müssen, daß diese Darstellungen nicht stimmten. Die anderen erfuhren gerade im Westfernsehen die Wahrheit über das System DDR, eine für sie praktisch überprüfbar, mit ihren Erfahrungen übereinstimmende Wahrheit.

Die Monopolisierung und Kontrolle der Kommunikationsmedien durch die SED-Führung hat eine medial vermittelte Kommunikation zwischen den Gegendiskursen ausgeschlossen. Die Gegensätzlichkeit der Codes ist daher auch nicht primär aus einer bewußten kommunikativen Entgegensetzung zu erklären. Sie haben sich vielmehr in voneinander relativ unabhängigen Prozessen im Umfeld der SED und im Umfeld der evangelischen Kirche herausgebildet. Im Herbst 1989 aber hatte dies praktische Konsequenzen. Es kam zu keiner Verständigung, weil nun erstmals im großen Maßstab stattfindende Berührungen vor allem „Mißverständnisse“ und Abgrenzungen produzieren mußten. Der plötzliche Zugang zu den Medien hat zunächst nicht zu einer wechselseitigen Relativierung eigener Sichtweisen geführt, sondern vor allem zur medialen Verstärkung der Diskursdifferenzen. In der gesamtdeutschen Konstellation seit 1990 finden sich beide Diskurse in einer marginalisierten Position, die es erschwerte, sich gegenüber konkurrierenden Deutungen zu öffnen. Dafür fehlt bisher eine entscheidende Voraussetzung: die Begründung eines *neuen*, dritten Diskurses nach 1990, aus dessen Perspektive auf die vorherigen Diskurse zurückge-

blickt werden könnte. Solange politische Identität überhaupt nur erhalten werden kann, indem die Codes des eigenen Diskurses gegen Zersetzung geschützt werden müssen und solange man dies in einer sich verändernden Wirklichkeit nur tun kann, indem man bestehende Diskurse selbstreferentiell abschließt, gelingt ein Perspektivwechsel allenfalls einzelnen Individuen. Die Rede von der "Bewahrung der eigenen Biographie" ist so z.B. ein Code, unter dem heute in beiden Diskurslinien der Perspektivwechsel abgeblockt wird.

Die in den Diskursen der DDR-Spätzeit formierten Codes bilden heute noch einerseits den Kitt für den Zusammenhalt und das politische Selbstbewußtsein der PDS und andererseits die Identität der aus der Bürgerbewegung kommenden Politiker, die sich zum Beispiel im Umgang mit der „Stasi“-Thematik, mit der SED bzw. der PDS, mit den „alten Eliten“ oder der geschichtlichen Bewertung der DDR zeigt. Doch die Konfliktlinie zwischen beiden Diskursen verläuft nicht nur zwischen organisatorisch getrennten Seiten. Nicht wenige der damaligen Aktivisten beider Seiten treffen heute auch innerhalb politischer Organisationen aufeinander und müssen dabei mit den Abgrenzungsimplicationen des eigenen Diskurses in Bezug auf die jeweils anderen umgehen. So kommt es nicht nur zwischen der PDS, dem Bündnis90/Die Grünen und der SPD, sondern auch innerhalb dieser, ja sogar in der CDU oder der FDP, in Gewerkschaften und Kommunalvertretungen zu Konflikten zwischen konkurrierenden Deutungsmustern bezogen auf die DDR, die na-

türlich nicht ohne Auswirkungen auch auf politische Optionen und Möglichkeiten bleiben.

Spätestens seit 1990 ist jedoch jene Wirklichkeit, die beide Diskurse zu deuten versuchten, verschwunden. Dennoch erfolgt u.E. bislang keine innovative Neuformierung politischer Identitäten. Neue Diskurse im Sinne des hier vorliegenden Ansatzes sind nicht erkennbar. Zwar versuchen viele einzelne, sich neu zu orientieren und die Grenzen ihrer aus der DDR herrührenden politischen Identität zu überschreiten. Aber sie müssen dabei die Erfahrung machen, daß sie zunächst nur Bindungen an eine Diskursgemeinschaft verlieren ohne automatisch neue hinzugewinnen. Abgrenzungen wirken zudem auch nach dem Verlassen einer Diskursgemeinschaft weiter, sind doch die Codes auch in die Deutung der persönlichen Lebensgeschichte eingelassen. Den Versuchen zum Ausbruch stehen daher auch immer Rückbewegungen gegenüber.

Die Integrationskraft der politischen Identität der Bürgerbewegungen ist erheblich zurückgegangen, insbesondere ihre Anziehungskraft auf die nächste Generation. Eine wachsende Popularität der PDS auch unter der jungen Generation könnte darauf hinweisen, daß es hier

eine etwas offenere Konstellation gibt. Unsere Untersuchungen aber zeigen, daß der die PDS zusammenhaltende Kompromiß zwischen den „Modernisten“ der Führung - den eigentlichen Vertretern des dritten SED-Reformdiskurses - und den unideologischen Pragmatikern - aus dem früheren Apparat stammend - vorläufig nur zur Moderation von Gegensätzen nicht aber zu einer Öffnung der politischen Identität geführt hat. Wir sehen daher beide Diskurse, den der Ex-SED-Reformer wie den der Bürgerbewegung, in einer selbstreferentiellen Blockade. Im Bemühen, eine eigene, ostdeutsche, politische Identität in die Bundesrepublik einzubringen, wird das Bewußtsein einer vergangenen Zeit mit seinen Abgrenzungen und „blinden Flecken“ zementiert - eine „DDR-Nostalgie“, die bewirkt, was sie gerade verhindern soll: den Weg in die politische Marginalisierung.

Rainer Land, Dr.sc.phil., Soziologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (SFZ). Ralf Possekel, Dr. phil., Historiker, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH (GSFP) Berlin

Anmerkungen:

- ¹ Forschungsprojekt "Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR und ihre Entwicklung nach 1989". Gefördert von der DFG.
- ² Vgl. Bernhard Giesen, Die Intellektuellen und die Nation, Frankfurt/M. 1993, S.79-85.
- ³ Rainer Land und Ralf Possekel, Namenlose Stimmen waren uns voraus, Bochum 1994.
- ⁴ Auch in dieser Linie haben wir bisher nur den dritten Diskurs mit eigenen Interviews analysieren können. Für den „Überwinterungsdiskurs“ und die „Kirche im Sozialismus“ verweisen wir auf unsere o.g. Vorarbeit.
- ⁵ Die Interviews zur Ermittlung dieser Codes werden nach Abschluß des Projektes 1996 publiziert.

Peer Pasternack (Leipzig):

Kopfarbeiter im Umbruch und Wissenschaft im Umbau Drei Typologisierungen

1989/90 gewann das marktdominierte demokratische System nach Punkten gegen ein plandominiertes und demokratisches System. Der Wissenschaftsumbau in Ostdeutschland hatte als wesentlichste Bedingung die dadurch ausgelöste Systemtransformation, mithin externen Wandlungsdruck. Als zweite Bedingung des ostdeutschen Wissenschaftsbaus ist ein interner Faktor zu verbuchen: der - differenziert ausgeprägte - Wille zur Veränderung bei einheimischen Akteuren. Diesem Wollen war jedoch - zumindest als ermöglichende Bedingung seiner Umsetzung - der externe Transformationsdruck vorgeschaltet. Infolgedessen bewegten sich die Handlungsmuster der ostdeutschen Akteure des Wissenschaftsumbaus im Rahmen der allgemeinen kollektiven und individuellen Bewältigungsstrategien innerhalb des Wandels. Auszumachende Spezifika lassen sich im wesentlichen als Ableitungen der allgemeinen Strategien bestimmen.

Sowohl aus den je verschiedenen Stellungen im offiziellen Sektor wie im informellen Sozialisationsbereich der DDR-Gesellschaft ergaben sich dabei diffe-

renzierte personale Dispositionen. Diese begründeten abgestufte Fertigkeiten im Umgang mit den neuen Verhaltensanforderungen. Äußerlich lassen sie sich an den zwischenzeitlich (nicht) erreichten Positionen im Beschäftigungssystem ablesen. Die einen behaupteten sich erfolgreich. Andere erprobten einen Wechsel des Tätigkeitsfeldes, der sich als erfolgreich oder sehr erfolgreich erwies. Die nächsten retteten sich mit Mühe auf eine untergeordnete Stelle, um dort bis zur nächstbesten Pensionierungsmöglichkeit ausharren zu können. Ein größerer Teil schließlich fiel aus den Strukturen heraus, hinein in die - z.T. extra gespannten - sozialen Sicherungsnetze unterschiedlicher Komfortabilität.

Was waren die Ursachen? Träger welchen soziokulturellen Charakters waren diejenigen, die sich 1989 an den DDR-Hochschulen und -Instituten aufhielten? Was konnten sie folglich billigerweise an Aktions- und Reaktionsmustern ausbilden? Mit welchem mobilisierten, ggf. angepaßten oder erweiterten Verhaltensrepertoire mithin wurde der Gang der Dinge zu beeinflussen versucht?

1. Die Intelligenz und die DDR

1.1. Internalisierte DDR

Die zwischenzeitlich zahlreich vorliegenden Beschreibungen der Ausgangsbedingungen ostdeutschen Akteurshandelns gehen notwendigerweise von der Situation in der DDR und den daraus resp. in Reaktion darauf entstandenen sozialen Handlungsmustern aus.

„Maßgeblich für die persönliche Identitätsfindung war primär... die unvermittelte und unmittelbare Konfrontation und Auseinandersetzung mit dem gesamten System, seiner offiziellen Öffentlichkeit, seinen Akteuren und Institutionen. Obwohl durchaus vorhanden, wurden soziale Differenzierungen, Abhängigkeiten und Distinktionen von der Dichotomie zwischen Herrschenden und Beherrschten überlagert“, lesen wir bei Häuser (1992, 139). Engler (1992, 42) sieht die DDR-Gesellschaft nicht über einen „zivilisatorischen Kernprozeß“ hinausgelangt. Dessen Zentralstück sei die „Bildung stabiler Gewaltmonopole“ gewesen. In allen solchen Gesellschaften folge „die Verhaltenszivilisierung einem fremdzwangdominierten Muster“: „Gehorsam und Pflichterfüllung lassen den Selbststeuerungsfähigkeiten der Menschen, ihrem eigenen Urteil, nur wenig Raum zur Entfaltung.“ (Ebd.)

Zugleich wird vor Legendenbildung in bezug auf die Wirkung der sozialen Fremdzwänge gewarnt: Bei „nicht wenigen (entwickelte sich) eine Art mentaler 'Vorhaltungswinkel', mit dem sie ihren sozialen Handlungsraum instinktiv so pro-

jektierten, daß er die Grenzen des Zulässigen kaum berührte, geschweige denn sprengte.“ (Marz 1991, 1306) Bei anderen findet sich der Rückzug ins Private zum stillen Widerstand verklärt. Die Projektion *Totalitarismus* auf die DDR z.B. schaffe hier im nachhinein die Möglichkeit zur Verklärung: Sie „ist dann das Angebot einer Legende, als hätten sie [die Menschen - p.p.] in der DDR nie einen individuellen Spielraum gehabt (Entlastung) oder als wären sie immer oppositionell gewesen (Heroisierung).“ (Krüger 1991)

Zutreffender sei festzuhalten, daß die Mehrheit der Ostdeutschen beides getan habe: „die alte Ordnung formell mitgetragen und sie zugleich informell unterlaufen.“ (Ebd.) Dies akzeptierend muß auch die wenigstens ansatzweise Möglichkeit zu individueller Entscheidung unterstellt werden: mithin zumindest bedingte subjektive Verantwortlichkeit für individuelles Handeln und Unterlassen in der DDR.

Nun, im „Übergang von einem fremdzwang- zu einem selbststeuerungsdominierten Zivilisierungsmuster“, führe der Weg „von der stets präsenten physischen Gewalt und unmittelbarer sozialer Kontrolle zu vergleichsweise friedfertigen und indirekter wirkenden Fremdzwängen: zum Zwang, mit anderen zu kooperieren, d.h. kooperations-, aber auch konfliktfähig zu sein; zum Zwang, Probleme auszudiskutieren, sich in die Perspektive des/der anderen hineinzuversetzen...“ Hier wirkten „Fremdzwän-

ge, die nicht so sehr blinden Gehorsam prämierten, sondern Initiative, Risiko und Lernbereitschaft.“ (Engler 1992, 43) Dafür waren und sind die Ostdeutschen unterschiedlich disponiert.

Diese differierenden Dispositionen finden sich wesentlich bestimmt durch die sozialen Rollen, welche die Einzelnen in der DDR ausgefüllt hatten. Versuche, jene sozialen Rollen zu typologisieren, sind gleichfalls in reichlicher Zahl vorhanden und ähneln sich inhaltlich jeweils stark.¹ In der anschaulich erläuterten Begrifflichkeit von Maaz (1990, 104ff.) wollen wir hier unterscheiden²:

- die *Machthaber* (die Partei- und Staatspitze, abgesondert, geschützt und bewacht mit entsprechendem Realitätsverlust);

- die *Karrieristen* (denen Erfolg wichtigstes Ziel war, das alle Mittel heiligte, obwohl sie von Bildung und Erfahrung her durchaus in der Lage zu zutreffender Realitätswahrnehmung gewesen waren);

- die *Mitläufer* (die „gehemmten Charaktere“, in denen Subalternität, Anpassung und Abhängigkeit ihren brauchbaren Platz gefunden haben);

- die *Oppositionellen* (deren „verbindende Gemeinsamkeit ... unbewußter Protest [war], meist getarnt durch Intellektualität und rationalisiert durch überzeugende Sachargumente“);

- die *Flüchtlinge und Ausreisenden* (die für sich keine Zukunft in der DDR mehr sahen) sowie

- die *Utopisten* (die christliche, humanistische und/oder sozialistische Ideale und Überzeugungen durch alle Anfeindun-

gen hindurch hochhielten und „Kraft und Geschick besaßen, gegen den Strom zu schwimmen oder das Fähnchen der Gerechten über den stickigen und müffigen Winden der Opportunisten keck wehen zu lassen“).

1.2. Sozialistische Intelligenz

Die Funktionsbestimmung für die Kopfarbeiter durch den ideologisch-gesellschaftswissenschaftlichen Mainstream in der DDR war rein instrumentell: als *sozialistische Intelligenz*. Diese seien „jene Menschen..., die vorwiegend geistige, eine hohe Qualifikation erfordernde Arbeit leisten“ und zudem „heute noch im Massenumfang die Spezifik dieser Arbeit mit einer bedeutenden Anzahl anderer sozial wesentlicher Eigenschaften, mit Besonderheiten in den Bedürfnissen und Interessen, ihrer Lebensweise usw.“ verbänden. (Aßmann/Stollberg 1979, 147) Differenziert wurde zwischen wissenschaftlicher, pädagogischer, medizinischer, künstlerischer, wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Intelligenz. (Wörterbuch m.-l. Soziologie 1983, 307) Andernorts trat die „Intelligenz in den bewaffneten Organen“ als siebte Gruppe hinzu. (Winkler 1987, 212) Die „höher gebildete Geistlichkeit“ fand lediglich als „bedeutende Intelligenzgruppe“, in der Zeit des Feudalismus“ Erwähnung. (Wörterbuch m.-l. Soziologie 1983, 307)

Die Arbeit der Intelligenz sei im Sozialismus „objektiv zu einem wichtigen Beitrag zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ geworden. (Ebd., 309) Funktional wurde die „soziale Schicht

der Intelligenz" als Trägerin der geistigen Produktion eingestuft. (Winkler 1987, 212) Eine retrospektive Insidereinschätzung finden wir bei H. Meyer (1990, 9): „Sie [die Intelligenzangehörigen - p.p.] sollten als gut funktionierende und nicht so leicht erschöpfbare Kraftreserve, zufrieden mit einem stagnierenden und sich allmählich verschlechternden Lebensstandard, als eine Armee von Arbeitskräften auf Billiglohn-Niveau, dem Wirtschaftsdirigismus der Parteiführung einsatzfreudig zur Verfügung stehen.“

Für eine eigenständige öffentliche resp. politische Funktion der Intelligenz im staatssozialistischen System war - in der Theorie - kein Platz: Insofern als die SED aus dem überkommenen Anspruch, „theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus" zu haben (Marx/Engels 1983, 474), gesamtgesellschaftlich einen auch geistigen - „ideologischen" - Führungsanspruch ableitete.

Die DDR-Intelligenz war sektoral und hierarchisch differenziert. Sektoral meint die Verschiedenheit der Tätigkeitsinhalte. Hierarchisch hebt vor allem auf die jeweilige Nähe zur Macht ab. Die sektoriale und die hierarchische Differenziertheit überschneiden sich. Diese Überschneidungen in Rechnung stellend, wollen wir dreierlei Typen innerhalb der DDR-Intelligenz unterscheiden (innerhalb derer es wiederum Überlappungen gab): (a) die Funktionseleiten, (b) die Positionseleiten und (c) die kulturellen Eliten.³

Funktionseleiten umfaßten die wissen-

schaftliche, technische, medizinische, pädagogische, ökonomische und juristische Intelligenz auf nicht herausgehobenen Stellungen: Sie *funktionierten* zur Aufrechterhaltung von gleichsam - in der Eigenwahrnehmung - „wertfreien" Reproduktionsabläufen der Gesellschaft. Die Funktionseleiten waren zumindest spezialistisch gebildet. Doch weder Kritik an noch Einmischung in außerhalb ihrer unmittelbaren Zuständigkeit liegende(n) Dinge(n) konnten hier beobachtet werden. In den Worten Jens Reichs (1992, 37): „Mit Parteibuchparolen allein kann man keine Großprojekte meistern. Und als Auftragnehmer war die Intelligenz ein Ensemble von ängstlich-beflügelten gehorsamen Erfüllungshelfern.“

Wer aus dieser Gruppe Bildung mit Kritik und Einmischung verband, brauchte dafür einen anderen Referenzrahmen, als ihn das hier vorhandene bürokratisch-technokratisch orientierte Milieu bot. Folglich fanden sich die wenigen, für die das zutraf, zugleich im Bereich der subkulturellen Milieus. Sie waren mithin auch Angehörige der *kulturellen Eliten* (s.u.).

Zu *Positionseleiten* zählen wir diejenigen Intelligenzangehörigen, welche ihre jeweilige Funktion mit einer Position verbanden, die sie zu Vermittlern der Macht werden ließ. Sie waren stellvertretende Machtausübende, ohne Machthaber (*Machtelite*) zu sein. Hierzu gehörte auch die im politischen Raum (Funktionäre im Apparat) sowie in Militär, Polizei und Geheimdienst tätige Intelligenz unterhalb der eigentlichen Machthaber-Ebene.⁴ Die Nähe zur Macht verursachte einerseits Loyalitäten, Befangenheiten oder/und Korruptionen. Sie eröff-

nete andererseits zugleich Einsichten in Funktionsmechanismen des Machtapparates und verschaffte Informationen, die anderen unerreichbar waren. Daraus konnte im Einzelfall und dann oft temporär auch Kritik und Einmischung resultieren: innerhalb einer prekären Situation von „selber eingegrenztem Opportunismus und ... selber inkonsequent gehaltener Distanz". (Krüger 1992, 73) Als Motive für das fortgesetzte Aushalten dieses Spannungsverhältnisses nennt Ruge (1992, 12) die „Furcht, dem 'Ganzen' zu schaden und auch, weil wir meinten, durch unsere mögliche Kaltstellung... nur den Politbürokraten Vor-schub zu leisten“.

Zwischen diesen *Positions-* und den folgenden *kulturellen Eliten* war ein Typus angesiedelt, den wir hier zusätzlich einführen müssen, um die Markierungen nicht ungenau zu setzen. Dieser trat insbesondere im akademischen Bereich auf - wenngleich nicht in der Häufung, wie es im „retrospektiv gewendete(n) Deutungskampf ehemals institutionell eingebundener Intellektueller" (Bialas 1993, 85) den Anschein macht. Land/Possekel (o.J., 21) beschreiben ihn kollektivgesamtheitlich als den „'konspirativen Avantgardismus' der dritten Generation": „Zwischen Unterordnung und Parteidisziplin auf der einen Seite und Avantgardismus und Individualisierung auf der anderen Seite entstand eine Reformidentität ohne direkte Opposition innerhalb der SED."⁵

Bei Engler (1993) werden zwei Spezifikationen dieses Zwischentypus beschrieben: Zum einen „der Intellektuelle als reformkommunistischer Häretiker“, der

die „Kritik an der staatssozialistischen Herrschaftspraxis mit einer unkündbaren Selbstverpflichtung auf die kommunistischen Ideale verband"⁶. Zum anderen der „etablierte Außenseiter“, der eine „Option für das Wissen" gewählt hatte. Dessen Dilemma habe sich „in der bis zuletzt verneinenden Antwort auf die Frage zusammen(gefaßt), ob der Zeitpunkt schon gekommen sei, den intellektuellen Respekt, über den man nach und nach gebot, auch politisch zur Geltung zu bringen, in einen definitiven Bruch mit den Herrschenden umzumünzen. Gute Gründe, die Entscheidung zu ver-tagen, fanden sich stets."⁷

Kulturelle Eliten waren diejenigen, die eine irgendwie geartete sinnstiftende Tätigkeit mit der Residenz in staatsferneren Räumen verbanden. Dazu zählten insonderheit Künstler und Geistliche, daneben aber auch Bürgerrechtler ohne Berücksichtigung ihrer sozialen (z.T. proletarischen) Existenzweise. Letzterer intelligenzspezifischer Entfaltungsraum war das subkulturelle Milieu gewesen. Land/Possekel (1992, 86) nennen sie die „im Staatssozialismus marginalisierten Intellektuellen“.

Das Merkmal „in staatsferneren Räumen" - so schwammig wie der Gegenstand - zielt auf Abgrenzung von dem, was Bialas als den „institutionell eingebunden Intellektuellen" bezeichnet. Wir sagen nicht „staatsfern" anstelle von „staatsferner", weil die Interdependenzen von kulturellen/subkulturellen Milieus - einschließlich kirchennahen Gruppen, Kirchgemeinden wie Amtskirchen - und politischem Raum zu stark waren. Das ist letztlich auch der Hintergrund für die

nach-89er Polemiken gegen die „Großschriftsteller“ und „Kulturintelligenzija“ (Lepenes 1992), also den sog. Literaturstreit gewesen.

Uns interessiert hier vorrangig das wissenschaftliche Personal. Diesbezüglich wollen wir mit dem Begriff der „akademischen Intelligenz“ operieren: Damit diejenigen bezeichnend, die an Hochschulen und staatlichen Wissenschaftseinrichtungen der DDR forschend und lehrend tätig waren.

1.3. Die akademische Intelligenz in der DDR

Wie nun verhielt es sich an den Wissenschaftseinrichtungen? Auch an ihnen schien es ja, wie in der gesamten Gesellschaft, im Herbst 1989, als reiße die massenhafte Emanzipation ein. Doch selbst bezüglich derjenigen, für die der Befund als tatsächlich zutreffend gelten darf, galt: Sie wurden in ihrem vordergründig emanzipatorischen Handeln nachhaltig geprägt durch genau das, wovon sich zu emanzipieren war. Freilich stand die individuelle Emanzipation auch keineswegs durchgehend im Vordergrund. Viel stärker wurde nach einer neuen, zwar rechtmäßig-legitimen aber doch Herrschaft in den Wissenschaftseinrichtungen gestrebt. Dem entsprach die Wirksamkeit eines Mentalitäts-, Deutungs- und Handlungsrepertoires, das der DDR-Sozialisation und -Alltagsbewältigung entstammte. Hier können wir die akademische Intelligenz im Jahre 1989 zunächst mit dem für die DDR-Bevölkerung insgesamt gebildeten Muster beschreiben, wobei wohl ebenso

die Quantitäten übereinstimmen. (Vgl. oben; Maaz 1990, 104 ff.)

„Machthaber“ sowie „Flüchtlinge und Ausreisende“ kamen in der akademischen Intelligenz fast nicht vor. Wer aus dieser Population heraus das eine oder das andere wurde, gehörte meist augenblicklich nicht mehr dazu.

„Oppositionelle“ innerhalb der akademischen DDR-Intelligenz zeichneten sich dadurch aus, daß sie nach dem Outing in der Regel schnellstmöglich exkommuniziert wurden: „Die Befehlsausgabe lautete dahin, künftige Abweichler zu sichten und auszustoßen, bevor sie ihre 'Alternative' verfaßt hatten... Mit der Folge, daß der DDR-Dissident der achtziger Jahre politisch von sich reden machte, *ehe* er sich einen Namen als Philosoph, Wissenschaftler... erwerben konnte.“ (Engler 1993) Sofern die hierzu Gehörenden im Lande blieben, wurden sie in der Folge oft zu Protagonisten des subkulturellen Milieus, gehörten dann also zu den kulturellen Eliten.⁹

Vorkommend, wenngleich in beschränktem Maße, waren die „Utopisten“: diejenigen, die Ideale und Überzeugungen durch alle Anfeindungen hindurch hochhielten und „Kraft und Geschick besaßen, gegen den Strom zu schwimmen oder das Fähnchen der Gerechten über den stickigen und muffigen Winden der Opportunisten keck wehen zu lassen.“ (Maaz 1990, 132 f.) Der obigen Unterscheidung folgend zählten dazu vor allem jene „institutionell eingebundenen Intellektuellen“ (Bialas), die *zwischen Positions- und kulturellen Eliten* angesiedelt waren. Parallelexistenzen dieser

in den (sub)kulturellen Milieus waren sehr selten. Sie wurden einerseits durch kulturell verwurzelte Kommunikationsbarrieren erschwert. Andererseits waren sie mit der Sanktionsdrohung des sozialen Stellungsverlustes versehen.

Im Ausnahmefall gehörten zur Gruppe der *Utopisten* auch Vertreter der *Positionselite*. Diese positionierten sich dann freilich i. d. R. kaum kritisch-politisch, sondern verfolgten eine quasi subversive, wissenschaftsorientierte Strategie: im Versuch, wissenschaftliche Leistung gegen den bornierten Apparat und ebensolche Kollegen zu setzen. Die Vertreter dieser Gruppe waren im Verlaufe ihrer Laufbahn meist mehrfach Opfer politischer Abstrafung geworden, ohne daß sie endgültig die Wissenschaft hatten verlassen müssen.⁹ In ihnen können wir sehen, was Engler „Intellektuelle als reformkommunistische Häretiker“ genannt hatte, die die „Kritik an der staatssozialistischen Herrschaftspraxis mit einer unkündbaren Selbstverpflichtung auf die kommunistischen Ideale“ verbanden.

Für die Gruppe der an staatlichen Wissenschaftseinrichtungen tätigen *Utopisten* gilt: Anpassungen wurden vollbracht, um die wissenschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten zu sichern (und diese nicht allein den internen Gegenspielern zu überlassen). Insofern waren sie Opportunisten. Doch gab es je individuell bestimmte, normativ gesetzte Grenzen dieser Anpassung. Zur begrifflichen Sonderung dieser Gruppe gegenüber solchen Utopisten, die sich außerhalb der akademischen Intelligenz befanden, weil sie dafür nicht hinreichend anpas-

sungsbereit waren, wollen wir sie *normativ gebremste Opportunisten* nennen.

Das innerakademische Gegenstück dazu bildeten die *ungebremsten Opportunisten*. Darunter verstehen wir jene, deren Anpassungen an die karrierefördernden Notwendigkeiten durch keinerlei normativ gesetzte Grenzen gebrochen werden konnten: Da sie sich durch dispositionelle Moralfreiheit auszeichneten. Es waren dies die *zweckrational* Orientierten, alltagssprachlich jene, „die immer oben schwimmen“. Zu diesen gehörte ein Großteil derer, welche den folgenden beiden Gruppen zuzuordnen sind:

Gehäuftes Auftreten ist den „*Karrieristen*“ zu bescheinigen: Also jenen, denen Erfolg wichtigstes Ziel war, das alle Mittel heiligte, „obwohl sie von Bildung und Erfahrung her durchaus in der Lage zu zutreffender Realitätswahrnehmung gewesen waren“. (Maaz) Hierzu gehörten die weitaus meisten derjenigen, welche wir die *Positionselite* genannt hatten. Das waren ein bedeutender Teil der Hochschullehrerschaft: vornehmlich diejenigen (mit wenigen Ausnahmen), die im akademischen Betrieb gehobene Leitungsfunktionen innehatten. Neben den *ungebremsten Opportunisten* waren hier auch die reinen *Gesinnungstäter* zu finden.

Den größten Teil machten, wie in der Gesamtbevölkerung, auch unter der akademischen Intelligenz die „*Mitläufer*“ aus: Die „gehemmten Charaktere“, in denen Subalternität, Anpassung und Abhängigkeit ihren brauchbaren Platz gefunden haben. (Maaz) Hier dürfen wir

den größten Teil der Angehörigen wissenschaftlicher Einrichtungen verorten (nicht zuletzt, als Sonderfall, auch die Studierenden). In unserer intelligenzspezifischen Terminologie ist dies die akademische *Funktionseélite*.

Auf eine Differenzierung muß allerdings hingewiesen werden: In die Gruppe der *Mitläufer* gehörten auch diejenigen, die zwar tatsächlich oder vermeintlich notwendige politische Minimalanforderungen erfüllten - insofern *Mitläufer* waren -, die jedoch moralische Standards ver-

2. Subjektive Dispositionen und Akteurshandeln im Wissenschaftsumbau

2.1. Die akademische Intelligenz im Herbst '89

Medial vermittelt fand sich ein auffälliger Unterschied der akademischen Intelligenz zu anderen Bevölkerungsteilen in der Kernphase des Herbstes 1989 - also bis zum 9. November -: die Unfähigkeit, zu einer Artikulation als Gruppe zu finden. Dies ist zunächst nicht untypisch für Kopfarbeiter. Zudem waren die Artikulationen als Gruppen seitens etwa der Arbeiter oder der Künstler zu einem bedeutenden Teil projektive (Medien-) Inszenierungen. Allerdings handelte es sich seinerzeit bei der akademischen DDR-Intelligenz nicht um „typische“ Kopfarbeiter: Sie waren arbeitsorganisatorisch kollektiviert. Von daher hätte es eine wichtige Voraussetzung für die Konstituierung als wahrnehmbarer Akteursgruppe gegeben.

Systemverändernde Umbrüche verlang-

innerlicht hatten, welche ihnen die Überschreitung bestimmter Grenzen (etwa SED-Eintritt) unmöglich machte. Sie müssen einerseits zu den *normativ gebremsten Opportunisten* gezählt werden. Sie gehörten andererseits nicht zu den *Utopisten*, da sie keinen dezidierten Veränderungsanspruch gegenüber den Verhältnissen erhoben. Der akademische Aufstieg war für sie unabhängig von Leistung und Leistungsfähigkeit i.d.R. unterhalb der Hochschullehrerebene beendet: auf unbefristeten Assistenten-/Oberassistentenstellen.¹⁰

gen kollektive Akteure. Deren Handeln nur kann von individuellen Protagonisten repräsentierte Programme durchsetzen oder verhindern. Das Akteursein ist dabei nicht ins Belieben seiner Träger gestellt: Wer nicht zu den aktiven Akteuren gehört, verhilft dann als passiver Akteur bestimmten Intentionen zum Durchbruch bzw. verhindert die Umsetzung anderer, indem diese schwach bleiben.

Mit Ausnahme der in Berlin konzentrierten Institute der Akademie der Wissenschaften dominierten an den Wissenschaftseinrichtungen in der Kernphase des Herbstes 1989 zwei Verhaltensmuster: (a) atomisiertes Engagement in den gesellschaftlichen Bewegungen und/oder an der jeweiligen Einrichtung bzw. (b) verunsicherte Passivität. Eine Artikulation *als Gruppe* konnte so nicht zustande kommen.

Wer die Kollektivierung der Intelligenz

für begrüßenswert hält, kann darob markante normativ grundierte Vorwürfe formulieren wie: „Die Helden dieser Revolution waren, mit wenigen Ausnahmen, keine Intellektuellen. Im Gegensatz etwa zur Tschechoslowakei waren Künstler und Studenten¹¹ in der DDR keineswegs die Speerspitze der Revolte.“ (Lepenius 1991, 13)¹² Es waren dagegen *atomisierte Intellektuelle*, die sich engagierten - und dann oft als Wortführer -, nicht die Intelligenz als soziale Gruppe. Korrekterweise hätte die Polemik auf die „institutionell eingebundenen Intellektuellen“ (Bialas) zielen müssen.

In dem Beschriebenen manifestierte sich freilich nicht nur eine vermeintliche Differenz zu anderen Bevölkerungsteilen. Es zeigte sich darin vor allem eine signifikante *Übereinstimmung*: Übergreifend für alle soziale Gruppen in der DDR war zu diagnostizieren, daß Minderheiten aktiv agierten und daß die jeweilige Mehrheit als passive Akteure den entsprechenden Referenzrahmen bot. Nicht *die Arbeiter*, nicht *der Mittelstand* haben die Staatsmacht herausgefordert, sondern - wenn auch erhebliche - Minderheiten dieser (und anderer) Gruppen: ein im übrigen nicht ungewöhnliches Element gesellschaftlicher Umbrüche.

Der Vorwurf an die akademische Intelligenz, sich ungenügend in die Implosionsprozesse eingebracht zu haben, hat in einem Punkt jedoch eine empirische Grundlage: Aus keiner anderen Gruppe wurden derart viele und deutliche Bedenken gegenüber den eingang gesetzten Entwicklungen formuliert wie von Angehörigen der akademischen Intelligenz.¹³

2.2. Verhaltensstrategien im Wissenschaftsumbau

In den „Verhaltensdispositionen der Ostdeutschen sind Modifikationsmöglichkeiten, Brücken angelegt, die die Menschen an jenes Verhaltensrepertoire heranführen, das sozial erfolgreiches Handeln verheißt“, ist bei Koch (1993, 191) zu lesen. Es kann dies für unsere Kohorte durchaus in besonderem Maße gelten: Infolge eines auch in der DDR stärker selbstbestimmten Elements wissenschaftlicher gegenüber sonstiger Tätigkeit konnten trotz aller Fremdwangdominanz Selbststeuerungspotentiale durch die Wissenschaft Treibenden ausgebildet werden. Bei Karrieristen wie bei Nonkonformisten verband sich dies mit trainiertem Durchsetzungsvermögen und Konfliktfähigkeit. Bei letzteren insbesondere kam individuelle Autonomie und kreative Verhaltensflexibilität hinzu. Mitläufer konnten ihre Selbststeuerungspotentiale einsetzen zur flexiblen Verhaltensanpassung an die neuen Rahmenbedingungen, solange diese strukturelle Ähnlichkeiten zu den vorangegangenen aufwiesen.

Koch (ebd., 192ff.) untersetzt seine „Modifikationsmöglichkeiten“ mit der Bestimmung fünf unterscheidbarer Handlungsstrategien, mittels derer die Ostdeutschen auf die „Entwertung ihrer Alltagsroutinen reagieren“:

(a) die Handlungsstrategie „*weitemachen wie bisher*“, praktiziert vornehmlich dort, wo die Interdependenzketten noch dünn, die soziale Kontrolle schwach und die Regeldichte für die sozialen Akteure unüberschaubar seien;

(b) die Strategie „alles (zu) ändern“, was sowohl als Überanpassung an Altbundesrepublikanismus wie auch als „weitermachen wie bisher“ unter veränderten Bedingungen aufträte;

(c) Verhaltensstrategien *partieller Anpassungen*, die gleichsam die Mitte zwischen „weitermachen wie zuvor“ und „alles ändern“ zu halten suche;

(d) die Handlungsstrategie des „So tun als ob“, um die Diskrepanzen zwischen Verhaltensrepertoire und Verhaltensanforderungen einer Situation oder eines sozialen Feldes (kurzzeitig) zu überbrücken;

und schließlich (e) die Strategie „das Leben als ein Glücksspiel betrachten“ als praktizierte Variante, mit der Offenheit der Lebensperspektiven fertig zu werden.

Die akademischen *Positionseliten/Karrieristen* neigten mental häufig zum „weitermachen wie bisher“. Sie mußten ihre Handlungsmuster jedoch an die Bedingungen der verstärkten sozialen Kontrolle adaptieren. Sofern sie primär auf schlichte Herrschaftssicherung aus waren, modifizierten sie ihr Repertoire mit *Überanpassung*.

Beispiele dafür waren etwa die schnell einsetzenden Versuche zur Rekonstruktion der Ordinariatenuniversität, bald darauf die frühzeitige Orientierung am westdeutschen Hochschulrahmenrecht. Klare Hierarchie und akzeptierte Amtsautorität dienten ihnen als verlässliche Kontinuitätslinien zur Adaption der Strukturen. Dementsprechend fand sich etwa auch das durch die soeben verschiedene Parteiautorität hinterlassene Vaku-

um an Symbolik gefüllt mit den Insignien der Ordinariatenuniversität. Talare wurden zur allgemeinen Freude der meisten Beteiligten aus den Magazinen geholt, Amtsketten zu allen, also auch unpassenden Anlässen angelegt, das Titelwesen ist verbreitet. „Spectabilis“- und „Magnifizen“-Anreden im täglichen Umgang führten regelmäßig zu versteckter Heiterkeit bei aufgeklärteren westdeutschen Gästen.

Sofern dagegen Teile der Positionselite eher nach Füllung des Legitimationsdefizits ihrer Positionen strebten, bemühten sie sich mehr um *partielle Anpassungen*. Dies äußerte sich in der großzügigen Akzeptanz neuentstandener Tatbestände, etwa die Inrechnungstellung studentischer Forderungen.

Die *akademischen Funktionseiliten/Mitläufer* verfolgten überwiegend die Strategie der *partiellen Anpassung*. Bei einem Teil gehörte dazu auch die Anpassung an die *Überanpassung* ihrer Vorgesetzten, sofern sie sich davon subjektiv Vorteile versprachen. Bei einem anderen Teil, den *normativ gebremsten Mitläufern*, verband sich diese Strategie mit moralisch gespeisten Forderungen nach Veränderung: zur Beseitigung der als unerträglich empfundenen Anpassung der bisherigen Positionselite an die neuen Handlungsparameter. Es zielte in der Regel auf Entmachtung der Amtsinhaber.

Emanzipatorisch kann dies aber, wie erwähnt, kaum genannt werden. Denn es war in erster Linie auf die Etablierung einer neuen, allerdings rechtmäßig-legi-

timen Herrschaft gerichtet. Auch hier blieb die Orientierung an Hierarchie und Autorität verlässliches Orientierungsmuster. Mangelhaft ausgeprägte Konfliktfähigkeit führte - bei Auseinandersetzungen innerhalb der Einrichtung - zum schnellen Ruf nach dem Eingriff der (ministerialen) Autoritäten bzw. - bei antizipierten Auseinandersetzungen mit diesen ministerialen Autoritäten - zu vorauseilendem Gehorsam. Solche Muster entfalteten Wirksamkeit insbesondere dadurch, daß sich die neuen Positionseliten zum wesentlichen Teil aus bisherigen Funktionseiliten rekrutierten.

Die Strategie des „So tun als ob“, „den Schein für das Sein ausgeben“, „um die Diskrepanzen zwischen Verhaltensrepertoire und Verhaltensanforderungen einer Situation oder eines sozialen Feldes (kurzzeitig) zu überbrücken“, hatte eine untergeordnete Bedeutung für die internen Prozesse an den Wissenschaftseinrichtungen. Angewandt wurde sie dagegen durchaus bei nach außen gerichteten Aktivitäten, etwa der Drittmittelinwerbung.

Die Verhaltensstrategie „das Leben als ein Glücksspiel betrachten“ als Variante, mit der Offenheit der Lebensperspektiven fertig zu werden, fand immer erst dann Anwendung, wenn keine Alternative mehr blieb: mithin nach dem Herausfallen aus den gesicherten akademischen Institutionszusammenhängen. Dann aber wurde sich der Strategie meist erfolgreich bedient. Ausnahmen bilden hier lediglich Teile der ehemaligen *Positionselite*. Ursachen dafür könnten - in Verbindung mit fortgeschrittenerem Le-

bensalter und einer zumindest einigermaßen hinreichenden finanziellen Grundversicherung dank der Vorruhestandsregelungen, die von Existenzsicherungsanstrengungen entthob - sein: Der Positionsverlust und der Wegfall des utopisch befrachteten Orientierungsrahmens „Aufbau der sozialistischen Gesellschaft“ wurden zugleich als nicht kompensierbarer Sinnverlust empfunden. Für diese Gruppe gilt, daß sie, in der Bourdieuschen Terminologie, sowohl ihr ökonomisches, ihr soziales wie ihr kulturelles Kapital verloren hat.

Insgesamt: Die dominierenden Handlungsmuster lassen sich unter dem Stichwort eines *adaptierten Opportunismus* zusammenfassen. Freilich war dies nicht allein der Tatsache, daß jedes Leben in Gesellschaft Anpassungen erzwingt, und den beschriebenen subjektiven Dispositionen geschuldet. Hinzu kamen die Wirkungen objektiver Umstände.

2.3. Objektive Einflußfaktoren

Die Wissenschaftler - das wurde schneller klar als in anderen Bereichen, auch wenn es sich hier größtenteils erst später als dort realisiert fand - hatten mehr zu verlieren als ihre Ketten. Nicht allein der Gewinn wissenschaftlicher Freiheit stand ins Haus. Sondern auch - zumindest für einen Großteil - der Verlust des Arbeitsplatzes: aufgrund tatsächlicher und aufgrund vermeintlicher politischer Belastungen, wegen negativer fachlicher Evaluation wie infolge des absehbaren Personalabbaus, bedingt durch die (zunächst antizipierten und schließlich auch so oder deutlicher getroffenen) haushaltspolitischen Entscheidungen.

Dies resultierte dann in eine spezifische Form der allerorten in Ostdeutschland beobachtbaren Verschränkung von sozialen Abstiegsprozessen mit sozialen Aufstiegsprozessen. (Pollack 1992, 504) Die mangelnde Berechenbarkeit der Prozesse durch ungeklärte oder unklare Bewertungs- und Entscheidungsmaßstäbe war keine geeignete Grundlage für massenhaftes Engagement, gar nonkonformistisches oder konfliktorientiertes Verhalten.¹⁴

In diesem Rahmen muß auch ein späterhin häufig vernommener Vorwurf gesehen werden, der lautete: Die ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen, insbesondere die Hochschulen, hätten trotz genügender Zeit keine zureichenden Anstrengungen zur Selbsterneuerung unternommen. (Wobei hier gerechterweise die Frage zu behandeln wäre, inwieweit Hochschulen überhaupt und namentlich deutsche je hinlängliche Selbsterneuerungskapazitäten auszubilden vermochten.) Ein Teil der - wenn auch nicht die - Erklärung dafür ist: Es wurde von politischer Seite eine solche hochschulinterne Selbsterneuerung verlangt, die eine soziale, berufliche, akademische Perspektive für die potentiellen Erneuerer nicht garantierte. Dies begründete neben den beschriebenen subjektiven Prägungen die Beschränktheit der Aktionsfähigkeit der internen Akteure. Sie äußerte sich insbesondere darin, daß passive Akteure den Gang der Dinge wesentlich mitbestimmten, sowie daß sich Passivität und Aktivität von Beteiligten und Betroffenen phasenweise und themenspezifisch überlagerten.

2.4. Wir halten fest:

Die verschiedenen angewandten Akteurshandlungsmuster innerhalb des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus lassen sich bei den internen Akteuren im wesentlichen auf die zwei Grundtypen der Verhaltensdispositionen zurückführen: einerseits den *ungebremsten Opportunismus* und andererseits den *normativ gebremsten Opportunismus*. Ersterer vereinte Karrieristen und Mitläufer. Letzterer wurde getragen von den Gruppen zum einen insbesondere derjenigen, die in der DDR „Utopisten“ waren, und zum anderen bedingt auch der normativ gebremsten Mitläufer.

Konfliktfähigkeit, Durchsetzungsvermögen, individuelle Autonomie und kreative Verhaltensflexibilität fanden (und finden) sich vorrangig bei Karrieristen wie bei Nonkonformisten. Anpassung, Hinnehmebereitschaft, Subordination und Autoritätsfixiertheit waren (und sind) vor allem bei der Gruppe der Mitläufer zu beobachten.

Karrieristen scheiterten nur dann trotzdem an den neuen Verhältnissen, wenn die gesinnungsethische Komponente - von der die meisten nicht *völlig* frei waren - nicht hinreichend individuell aussteuerbar war. Derart paralysierte der empfundene Utopie-, mithin Sinnverlust die vorhandenen Flexibilitätspotentiale. Nonkonformisten scheiterten zwar vielfach auch. Allerdings nur im Wissenschaftsbereich: Weil die mangelnde Marktförmigkeit der dortigen Beziehungen die Patronage der *ungebremsten Opportunisten* ermöglichte. Dagegen

landeten die Nonkonformisten fast ausnahmslos erfolgreich in anderen Arbeitsmarktfeldern.

Da die Verhaltensanforderungen auch unter den neuen Bedingungen keineswegs einheitlich sind, gibt die Scheidelinie: Karrieristen und Nonkonformisten einerseits, Mitläufer andererseits nicht per se Auskunft über Erfolg oder Nichterfolg in den neuen Strukturen. Übergreifende Notwendigkeit für Erfolg scheint Flexibilität zu sein: sektoral und hierarchisch je verschieden als kreative

Beweglichkeit oder aber als anpasserische Wendigkeit. Der entscheidende Unterschied zwischen beiden Flexibilitätsformen ist: Die Träger der ersteren suchen sich ggf. ihre Möglichkeiten selbst. Die Träger der letzteren jedoch müssen die Möglichkeiten geboten bekommen. Andernfalls versagen die ihnen zur Verfügung stehenden subjektiven Handlungspotentiale vor den Anforderungen der geänderten Bedingungen.

Peer Pasternack, Dipl.pol., promoviert in Leipzig, Oldenburg und Kassel

Anmerkungen:

¹ Die publizistisch wirkungsvollsten Typologisierungen wollen wir hier wegen ihres Mangels an Erklärungskraft außer acht lassen. Es sind dies dreierlei, die auf einem einheitlichen Grundmuster beruhen: (a) Täter und Opfer; (b) Täter-Opfer und Opfer-Täter - nach jeweiliger Dominanz -; (c) Täter - Mitläufer - Opfer.

² Wobei pflichtschuldig darauf hingewiesen sei, daß jede Typologie eine differenzierte Realität unterkomplex widerspiegelt. Für unseren Zweck soll dies hier aber hinreichend sein.

³ Den Elite-Begriff verwenden wir hier unter Ignorierung der diesbezüglichen Debatten und folgen der Begriffsbestimmung von Endruweit (1987, 13): „Elite ist ein soziales Subjekt, dessen Mitglieder für das Sozialsystem charakteristische soziale Prozesse entscheidend beeinflussen und dadurch den anderen Mitgliedern des sozialen Systems überlegen sind. Teileliten haben nur innerhalb eines sozialen Sektors (sektorale Eliten) oder für einen Teil des Staatsgebietes (lokale Eliten) Elitefunktion. / Mitteleliten üben zwar gegenüber der Nichtelite Elitefunktionen aus, haben aber nur einen von der Elite abgeleiteten und nur in ihrem Namen ausgeübten Einfluß.“

⁴ Stärker politisch prononciert ist die schlichte Dichotomie Bahros (1990, 237) „zwischen Spezialisten und Ideologen“, in die er die staatssozialistische Intelligenz untergliedert.

⁵ Und weiter: „Einerseits wurde der offizielle Betrieb 'normal' realisiert: Parteiberichte geschrieben und Parteirituale befolgt. Zugleich aber entstanden besonders an den Universitäten und Hochschulen Projekte, Zirkel, Studiengruppen, die unter dem Etikett normalen Tuns eine geistige Neuorientierung versuchten. Das eine oder andere dieser Projekte flog auf, es gab Maßregelungen, mancher resignierte, andere fingen woanders wieder an. Wenige nur vollzogen den Bruch und fanden sich nach Parteiverfahren als Dissidenten im Westen oder im Diskurs der Kirche wieder...“ (Land/Possekel o.J., 23)

⁶ und der nach Engler ausnahmslos den akademischen Bereich verlassen mußte, was wir für unzutreffend halten.

⁷ Dieser zweiten Spezifikation, der sich Engler selbst zurechnet(e), wird unterstellt, ihr hätte bereits „Mitte der achtziger Jahre“ „DDR und Sozialismus gestohlen bleiben“ können. (Engler 1993) M.a.W.: ein bemerkenswert früh formulierter Wunsch nach dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit, sofern wir unterstellen, daß andere Varianten (etwa das Aufgehen der DDR in einem kapitalistisch neuorganisierten Vereinigten Osteuropa nach einer rubelbasierten Währungsunion) schlicht zu abwegig schienen, als daß sie in Betracht gezogen worden wären.

⁸ Um es mit Namen zu illustrieren: Werner Schulz, Vera Wollenberger, Ulrike Poppe z.B.

⁹ Beispiele sind Walter Markov, Wolfgang Heise, Manfred Lötsch. Ein Sonderfall in mehrfacher, aus Platzgründen hier nicht zu erörternder Hinsicht ist Jürgen Kuczynski.

¹⁰ Wobei es auch hier Ausnahmen gab, diese aber mit erheblicher Anstrengung durch etablierte Förderer durchgesetzt werden mußten.

¹¹ Zur individuellen Beteiligung der Studierenden an den 89er Herbst-Demonstrationen - ein denkbarer Indikator für die Aktivitätsmessung - geben Heublein/Brämer (1990, 1403) in einer Auswertung der Untersuchung „STUDENT 90“ an: „Im Durchschnitt hat sich jeder DDR-Studierende an vier Demonstrationen beteiligt, jeder fünfte sogar an mehr als fünf.“

¹² Es muß wohl unterschieden werden, ob die Intelligenz *beteiligt* war oder aber als heroische *Avantgarde* aufgetreten ist. Da Lepenies im Publizistischen bleibt, kann dies hier anhand seiner nicht näher unteretzten Begrifflichkeit der *Helden* und *Speerspitzen* nicht weiter diskutiert werden. Zum Verhältnis von Intellektuellen und sonstiger Bevölkerung im Verlaufe des Systemzusammenbruchs vgl. Land/Possekel (1992, 92 - 94): „Die nichtintellektuelle Bevölkerung reagierte im Dezember und Januar 1989/90 auf das andauernde Fehlen für sie nachvollziehbarer Perspektiven mit Forderungen nach Wiedervereinigung. [...] Nicht platte Kolonialisierungsabsichten der West-BRD sondern Unterschiede zwischen Identitäten und Kulturen der Intellektuellen und anderer Gruppen der DDR-Bevölkerung erklären diese Wendung.“ (93)

¹³ Vgl. etwa exemplarisch in Leipzig die (veröffentlichten) Leserschriften in der lokalen Tagespresse im Oktober und November 1989.

¹⁴ Koch (1993, 173): „Offensichtlich fixieren die Herausforderungen, Verhaltenszumutungen und Effekte der Transformation... die Energien der Menschen auf Fragen der Existenzsicherung.“

Literatur:

- Aßmann, Georg/ Stollberg, Rudhard (1979) (Hg.): Grundlagen der marxistisch-leninistischen Soziologie. Berlin (DDR).
- Bahro, Rudolf (1990): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Berlin (DDR).
- Bialas, Wolfgang (1993): Vom Eigensinn der DDR-Intellektuellen. Von Parteiarbeit und Dissidenz zur Normalität der scientific community. In: *Berliner Debatte Initial* 4/1993. S. 77 - 88.
- Endruweit, Günther (1987): Wissenschaftler als potentielle Elite in der DDR. In: Dieter Voigt (Hg.): Elite in Wissenschaft und Politik. Empirische Untersuchungen und theoretische Ansätze. Berlin (West) 1987. S. 13 - 24.
- Engler, Wolfgang (1992): Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus. Frankfurt a.M.
- Engler, Wolfgang (1993): Jenseits des Machtprinzips. In: *Die Zeit*, 9.4.1993. S. 67.
- Häuser, Iris (1992): Lebensstile und politische Kultur in der DDR-Gesellschaft der achtziger Jahre. In: Thaa, Winfried/ Häuser, Iris/ Schenkel, Michael/ Meyer, Gerd: Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Tübingen. S. 123 - 240.

Heublein, Ulrich/ Brämer, Rainer (1990): Studenten im Abseits der Vereinigung. Erste Befunde zur politischen Identität von Studierenden im deutsch-deutschen Umbruch. In: *Deutschland Archiv* 9/1990. S. 1397 - 1410.

Koch, Thomas (1993): Die Ostdeutschen zwischen Einheitsschock und „doppeltem Zukunftshorizont“. Deutungs- und Handlungsmuster sozialer Akteure im Transformationsprozeß. In: Rolf Reißig (Hg.): Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland. Frankfurt/New York 1993. S. 159 - 200.

Krüger, Hans-Peter (1991): Eine Krake im Kampf mit sich selbst. War die DDR der siebziger und achtziger Jahre noch ein totalitärer Staat? In: *F.A.Z.*, 13.6.1991. S. 35.

Krüger, Hans-Peter (1992): Ohne Versöhnung handeln, nur nicht leben. Zur Diskussion um DDR-Intellektuelle. In: ders.: Demission der Helden. Kritiken von innen 1983 - 1992. Berlin 1992. S. 64 - 78.

Land, Rainer/ Possekel, Ralf (o.J.) (1992): Intellektuelle aus der DDR. Diskurs und Identität. Hrsg. von der KSPW. Halle/S.

Land, Rainer/ Possekel, Ralf (1992): Intellektuelle aus der DDR. Kulturelle Identität und Umbruch. Hypothesen für ein Forschungsprojekt. In: *Berliner Debatte Initial* 1/1992. S. 86 - 95.

Lepenies, Wolf (1991): Fall und Aufstieg der Intellektuellen in Europa. In: *Neue Rundschau* 1/1991. S. 9 - 22.

Lepenies, Wolf (1992): Ressentiment und Überheblichkeit. Die Intellektuellen im deutschen Einigungsprozeß. In: *F.A.Z.*, 7.3.1992. o.S.

Maaz, Hans-Joachim (1990): Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. Berlin.

Marz, Lutz (1991): Die innere Kluft. Eine (Bild-)Betrachtung im Jahre Eins. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/1991. S. 1302 - 1312.

Marx, Karl/ Engels, Friedrich (1848) (1983): Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 4. Berlin (DDR). 719 S.

Meyer, Hansgünter (1990): Wissenschaftspolitik, Intelligenzpolitik. Das Personal für Wissenschaft, Forschung und Technik in der DDR. In: ders. (Hg.): Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR. Berlin/New York 1990. S. 1 - 51.

Pollack, Detlef (1992): Zwischen alten Verhaltensdispositionen und neuen Anforderungsprofilen. Bemerkungen zu den mentalitätsspezifischen Voraussetzungen des Operierens von Interessensverbänden und Organisationen in den neuen Bundesländern. In: Volker Eichener/Ralf Kleinfeld, et al. (Hg.): Organisierte Interessen in Ostdeutschland. Marburg 1992. S. 489 - 508.

Reich, Jens (1992): Abschied von den Lebenslügen. Die Intelligenz und die Macht. Berlin.

Ruge, Wolfgang (1992): Unverständene Bitternis. In: *Die Weltbühne* 1-2/1992. S. 10 - 13.

Winkler, Gunnar (1987) (Hg.): Lexikon der Sozialpolitik. Berlin (DDR).

Wörterbuch m.-l. Soziologie (1983) = Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie. Hrsg. von Georg Aßmann, Wolfgang Eichhorn I et al. Berlin (DDR).

Aspekte der Sozialgeschichte der ostdeutschen intellektuellen Elite (1945 - 1949/50)

Die Ausgangssituation im Jahre 1945

Die deutschen intellektuellen Eliten glichen am Ende des größten aller bisherigen Kriege der Menschheitsgeschichte in mancher Beziehung der Ruinenlandschaft der Städte. Hatte der eine Teil mit Widerstand und äußerer bzw. "innerer" Emigration nicht erreicht, das Ungemach des NS-Regimes aus eigener Kraft zu überwinden, so war mit dem verlorenen Krieg für jene, die all dies gestützt und befürwortet hatten, eine Welt zusammengebrochen. Der materiellen stand die geistige Not nicht nach. Die deutsche Wissenschaft, die bis Anfang der 30er Jahre die führende Position im Weltmaßstab besaß, hatte diese für immer oder für lange Zeit eingebüßt. Da die Mehrheit der verfügbaren Intelligenz wegen der Verstrickung in das NS-System nicht nahtlos weiter beschäftigt werden konnte, verschärfte sich das Problem.

An manchen Universitäten waren bis Mai 1945 weit über 50 Prozent der Professoren Mitglied der NSDAP. 71,7 Prozent der 39348 Schullehrer der sowjetischen Besatzungszone waren ehemalige Mitglieder der NSDAP. Die im Amt befindlichen Lehrer hatten das hohe

Durchschnittsalter von 52 Jahren, 21,2 Prozent von ihnen waren über 60 Jahre und 7 Prozent über 65 Jahre.¹ Nicht weniger schwierig gestaltete sich die Situation bei Ingenieuren und Technikern. Auf den hohen Grad der Verstrickung vieler Vertreter der technischen Intelligenz in verantwortlichen Funktionen der NSDAP deutet die Tatsache hin, daß an der Technischen Hochschule Dresden nach Kriegsende auf 67,1 Prozent der Professoren und 95,4 Prozent der Assistenten nicht mehr zurückgegriffen werden konnte.² Diese Zahlen bringen zugleich einen auch ansonsten zu beachtenden Aspekt zum Ausdruck. Sie zeigen, daß die älteren Jahrgänge der Intelligenz (hier die Professoren) nicht in dem Umfange wie die jüngeren (Assistenten) dem Nationalsozialismus anheimgefallen waren.

Erschwerend wirkte sich in der Ausgangssituation aus, daß in der sowjetischen Zone nur ein Torso des technischen Hochschulwesens Deutschlands vorhanden war. Es gab am Anfang nur drei technische Hochschulen, die TH Dresden, die Bergakademie Freiberg und die Bauhochschule Weimar. Ge-

schichtlich war das Profil der Hochschulen durch die Arbeitsteilung im deutschen Hochschulwesen und durch das industrielle Einzugsgebiet geprägt worden.³ Nicht nur industriell, auch vom Standpunkt der technischen Ausbildungsstätten, hatten die Westzonen eine qualitativ günstigere Ausgangssituation. In der sowjetischen Besatzungszone verfügte nur ein Teil der Industriezweige über den erforderlichen Hintergrund an Hochschulinstiuten und Lehrstühlen. Andere verfügten über kein oder nur über ein ungenügend ausgebildetes wissenschaftliches Hinterland. Ungünstig war auch die Verteilung der Ingenieure und Techniker im Vergleich der Besatzungszonen untereinander. Die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 zeigen, daß allein die britische Zone bei etwa 8,8 Millionen Erwerbstätigen über annähernd doppelt

soviel Ingenieure und Techniker verfügte wie die sowjetische Besatzungszone, die etwa 8,1 Millionen Erwerbstätige hatte.

Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, daß - wie in allen anderen Zonen - Spitzenkräfte der Wissenschaft im ersten Nachkriegsjahrzehnt in der UdSSR, in den USA etc. für die Wiedergutmachung tätig waren. Die Zahlen sind noch nicht völlig stichhaltig ermittelt. Bisher wird von 450 deutschen Spitzenwissenschaftlern in der UdSSR gesprochen und von 2000 (unter Hinzurechnung der Familienangehörigen) in den USA.⁴ Diese Ziffern geben eine Vorstellung davon, wie schwer es nach 1945 war, wieder an den internationalen Forschungsstand heranzukommen. Innerhalb der Intelligenz war die Berufsgruppe der Mediziner infolge der Ver-

Tabelle 1: Intelligenzberufe der sowjetischen und der britischen Zone (nach VBZ 1946)

	sowjetische Zone*	britische Zone
Wohnbevölkerung	17 313 734	22 304 509
Erwerbstätige	8 139 574	8 759 060
Erwerbslose	keine Angaben	191 427
Ingenieure und Techniker	61 474	123 996
Gesundheitsdienst- und Körperpflegeberufe	172 028	233 711
Erziehungs- und Lehrberufe, Seelsorger	118 381	132 347
Bildungs- und Forschungsberufe	14 381	28 536
Künstlerische Berufe	46 021	58 450
Von den Erwerbstätigen entfallen auf die Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk (in%)	42,0	42,8

* ohne Berlin

brechen der KZ- und SS-Ärzte am meisten in Verruf geraten. Von den Ärzten hätten etwa 65 Prozent der NSDAP angehört. In der sowjetischen Zone betreute im Januar 1947 ein Arzt etwa 2400 Patienten.⁵

Unter günstigerem Vorzeichen als bei den behandelten Gruppen der Intellektuellen gestaltete sich die Ausgangssituation in mancher Beziehung bei der künstlerischen Intelligenz. Viele der bekanntesten Schriftsteller waren in die Emigration gegangen und hatten aktiv gegen Hitler gekämpft. Vielen Künstlern hatte das „Dritte Reich“ Berufsverbot und Repressalien gebracht. Aber selbst Künstler, die ihr Talent den Nazis zur Verfügung gestellt hatten, durchlebten noch vor Kriegsende eine persönliche Schaffensmisere. Im Ergebnis der „zweiten totalen Mobilmachung“ waren ab 1. September 1944 die Theater und Vergnügungseinrichtungen geschlossen und die Buchproduktion eingestellt worden. Nur die Filmindustrie, der die Nazis für die Verbreitung ihrer Durchhaltepropaganda große Bedeutung beimaßen, durfte mit auf 60 Prozent reduziertem Per-

Aspekte der sozialen Transformation der Intelligenz

Am Beginn der sozialen Transformation der Intelligenz der sowjetischen Zone stand die Entnazifizierung, wofür der Alliierte Kontrollrat und die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz die Grundlagen geschaffen hatten. In Entnazifizierungsverfahren wurden die nazistisch belasteten Vertreter der Intelligenz festgestellt und für zunächst unbestimmte Zeit aus der bisherigen Tätigkeit entlas-

sonalbestand weiterarbeiten. Nicht wenige freigesetzte Künstler waren an die Front geschickt worden oder mußten in der Rüstungsindustrie schwere körperliche Arbeit leisten. Ihre berufliche Identität als Künstler stand in Frage. Vielen Kunst- und Kulturschaffenden fiel es nicht schwer, den Nationalsozialismus als Ursache ihrer unbefriedigenden Lage zu erkennen. Vor allem in der Gruppe der vielen durchschnittlichen Vertreter der Künstlerschaft hatte das nazistische Gedankengut Wurzeln geschlagen. Aus dieser Gruppe waren nicht wenige Schauspieler und bildende Künstler bewußt oder unbewußt in die Fänge der NSDAP geraten. Zusammenfassende Zahlen dazu konnten bisher nicht ermittelt werden. An den Mecklenburgischen Theatern waren 54 Prozent der beschäftigten Schauspieler Mitglieder der NSDAP.⁶ Da der Geist des Widerstands im Vergleich zu den anderen Gruppen der Intellektuellen in der künstlerischen Intelligenz am stärksten verbreitet war, bestanden hier trotz der geistigen und materiellen Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus relativ günstige Bedingungen für einen Neubeginn.

sen. In der sowjetischen Zone geschah dies konsequenter als in den anderen Zonen in der Zeit zwischen 1945 und 1948, was insgesamt dennoch Defizite in der Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Krieg einschloß.⁷

Sowjetische Besatzungsorgane und die neuzugelassenen Parteien gingen davon aus, daß die Erneuerung des Bil-

dungswesens von der Schule bis zur Universität Hauptschwerpunkt ihrer Tätigkeit ist. Bedeutende soziale Veränderungen vollzogen sich bis 1948/49 in der pädagogischen Intelligenz, der quantitativ stärksten Intellektuellen-Gruppe. Über den Weg der kurzfristigen Ausbildung von Neulehrern wurden die ausscheidenden nazistisch belasteten Lehrer ersetzt. Von den 65000 Lehrern an den Grund- und Oberschulen der sowjetischen Zone waren Mitte 1949 68 Pro-

zent als Neulehrer und 32 Prozent als Altlehrer tätig.⁸ In diesem Schuljahr verstärkten erstmals 7500 Absolventen der 1946 errichteten Pädagogischen Fakultäten die Lehrerschaft. Schon 1948 übertraf die Zahl der Lehrer den vergleichbaren Stand von 1938. Das Experiment der Rekrutierung der Lehrer aus allen sozialen Schichten hatte sich aber vollends erst noch zu bewähren. Für die meisten der Neulehrer standen die erste und zweite Lehrprüfung noch aus.

Tabelle 2: Der Lehrkörper der wissenschaftlichen Hochschulen in der sowjetischen Besatzungszone⁹ (Universitäten bzw. Hochschulen insgesamt)

Zeit	ordentl. Professoren	sonst. Professoren	Dozenten	Lehrbeauftragte	Lektoren	Oberassistenten u. Oberärzte	wiss. Assistenten
Winter-Semester 1932/33	646	629	520	127	100	92	328
Winter-Semester 1939/40	602	622	396	131	96	105	466
Winter-Semester 1944/45	615	697	449	240	122	130	621
Winter-Semester 1945/46 bzw. Sommer-Semester 1946	279	110	56	166	47	58	462
Sommer-Semester 1947	332	142	90	257	78	66	542

An den Universitäten war es nicht so schnell möglich, die 843 wegen nazistischer Belastung entlassenen Hochschul-Lehrer zu ersetzen. Angesichts der langen Ausbildungszeiten für Hochschul-Lehrer konnte bis 1949 der quantitative Rückgang des Hochschullehrkörpers nicht in dem Maße kompensiert werden, wie es die steigende Zahl der Studenten erfordert hätte.

Mit der Schaffung der Arbeiter und Bauernfakultäten (ABF) und der Einführung der wissenschaftlichen Aspirantur entstanden 1949 erst die Voraussetzungen für die Schließung der während der Entnazifizierung und durch Abwanderung entstandenen Lücken.

In der Justiz vollzog sich eine dem Schulwesen vergleichbare Entwicklung. Bis zum Frühjahr 1946 mußten die belasteten Richter und Staatsanwälte ihren Dienst quittieren. Als sozial neuer Typ des Juristen betrat der Volksrichter die Tribüne; ähnlich wie die Neulehrer in Kurzlehrgängen ausgebildet und über Fern- und Abendstudium im Verlaufe des ersten Nachkriegsjahrzehnts nachqualifiziert. Die Einsetzung von schlecht ausgebildeten Volksrichtern war unvermeidlich mit einem Verlust an Rechtskultur verbunden: „Die Gesetzmäßigkeit wurde in erster Linie als Instrument zur Durchsetzung des revolutionären Umgestaltungsprozesses gesehen. Nicht zuletzt unter dem sowjetischen Einfluß wurde eine Reihe von Maßnahmen getroffen, wie etwa die Waldheimer Prozesse des Jahres 1950, und vieles im politischen Strafrecht oder die Aussiedlung aus den Grenzgebieten, in erschrek-

kendem Maße dem eigenen Recht widersprachen und in tiefem Widerspruch zu den humanistischen Anliegen des Sozialismus standen.“¹⁰

Etwas anders vollzog sich die Entwicklung in der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz und bei Ärzten. Ihre zu geringe Zahl im Vergleich zu dem enormen Bedarf und die Unmöglichkeit, Ersatz durch Kurzlehrgänge zu schaffen, führte zu modifizierten Maßstäben. Die Spezialisten, die nur als nominelle Mitglieder der NSDAP galten, die sich nachweislich nicht an Verbrechen beteiligt hatten, wurden weiterbeschäftigt. Unter bestimmten Voraussetzungen konnten sogar SS-Ärzte in Seuchen- und Hygienelagern als Ärzte weiter arbeiten. Der Ärzte- und Ingenieurmangel konnte in Ostdeutschland im gesamten ersten Nachkriegsjahrzehnt nicht behoben werden. Der Vorkriegsbestand wurde erst später erreicht.

Auch die Zahl der Künstler und Schriftsteller verringerte sich von 1945 bis 1949. Die Maßstäbe für die Anerkennung als Schriftsteller und Künstler wurden im Verlaufe dieser Jahre objektiviert. So konnten manche, die sich wegen der günstigeren Lebensmittelkarte 1945 als Schriftsteller oder Maler ausgegeben hatten, diesen Status bis 1949 nicht aufrechterhalten. Von Bedeutung war, daß viele namhafte Emigranten - auch solche, die aus Westdeutschland stammten - sich für die Rückkehr in die sowjetische Zone entschieden. 1946 kamen der Filmregisseur Slatan Dudow, die Schauspieler Wolfgang Langhoff und Curt Trepte und die Schriftsteller Jan

Petersen und Max Zimmering, Walther Victor, Hans Marchwitza, Stephan Hermlin, Maximilian Scheer, Ludwig Renn und Anna Seghers kamen 1947, Bertolt Brecht, Arnold Zweig und Bodo Uhse folgten 1948. Heinrich Mann starb, bevor er die Absicht seiner Rückkehr nach Ostberlin verwirklichen konnte.

Die Volks- und Berufszählungen von 1946 und 1950 lassen annäherungsweise einige Aussagen über die quantitative Entwicklung der Intelligenz der sowjetischen Zone und der DDR zum Zeitpunkt ihrer Gründung zu. Demnach stieg der Anteil der Intelligenz an den Gesamtbeschäftigten von 2,3 Prozent im Jahre 1946 auf etwa 3,1 Prozent im Jahre 1950. Ihr Gesamtbestand erhöhte sich von 1946 (=100 %) bis 1950 auf 119,4 Prozent.¹¹ Das bedeutete, daß sich die Intelligenz als beruflich stark differenzierte soziale Schicht noch weitgehend als marginale Elite entwickelte. Erst ein Jahrzehnt später setzte sich wie auch in anderen Ländern in Ost und West die explosionsartige Vergrößerung zur sozialen Massenschicht durch.

Die soziale Entwicklung der Intelligenz in der sowjetischen Zone vollzog sich in einem vielschichtigen, widersprüchlichen und komplizierten Prozeß. In der unmittelbaren Nachkriegszeit noch stark in Anlehnung an die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und beeinflusst von einsichtigen sowjetischen Kulturoffizieren wie Alexander Dymshitz und Sergej Tjulpanov schien sich anfangs ein wirklicher Erneuerungsprozeß Bahn zu brechen. In der Organisation der Intelligenz war trotz des Verbots der An-

knüpfung an die alten Strukturen und der politischen Neueinbindung ein gewisser Freiraum fürs Experimentieren gegeben, wofür als Beispiel der Bund der Medizinalberufe und die Kammer der Technik genannt sein sollen. Viele Vertreter der Intelligenz spürten bis 1949 nicht, daß das ab 1948 sich herausbildende politische System - in dem Maße wie die SED ihre führende Rolle basierend auf den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ durchsetzte - mit einem Strukturdefekt ausgestattet war: Entgegen der Verfassungsproklamation, die Demokratie verhieß, ging es in Wirklichkeit um die Errichtung der Diktatur.¹²

Zugleich waren die allerersten Nachkriegsjahre durch eine beispiellose Gleichmacherei und unsagbare materielle Not der großen Mehrheit der Intelligenz gekennzeichnet. Die Lage änderte sich ab 1948/49 mit der Vorbereitung und dem Erlaß einer Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission, die vor allem angesichts der mit dem Aufkommen des kalten Krieges verschärfenden Systemauseinandersetzung Vertretern der Spitzenintelligenz materielle Privilegien einräumte; wie z.B. bevorzugte Zuweisung von Häusern, Ehrenrenten, Urlaubsplätzen, Einzelverträgen und IN-Scheinen.¹³

Gemäß den Zielsetzungen des 1949 beginnenden Zweijahrplans verlagerte sich der Schwerpunkt der Förderung von den Lehrern auf die Techniker und Ingenieure. Dies war auch die Zeit der Oktroyierung des sowjetischen Gesellschaftsmodells auf die sowjetische Zone¹⁶, was in der Folge mit Repressio-

Tabelle 3: Förderung von Intellektuellen durch den FA¹⁴ (Stand: März 1951)¹⁵
 [Anspruchsberechtigte: 250000 Angehörige der Intelligenz, darunter 140000 Lehrer, 30000 Techniker und Ingenieure (besonders geförderte Gruppe ist die Spitzen-Intelligenz: etwa 3-4000)]

60000 IN-Scheine ¹⁶	8-15 % an Ingenieure und Techniker (4800 bis 9000)	18000 an staatlich angestellte Ärzte, darunter 2000 an frei praktizierende Ärzte
Sanatorien, 220 Plätze im Monat	7000 Mark Zuschuß pro Bett im Jahr	Tagessatz von 10 Mark pro Kopf und Tag
Darlehen, Beihilfen und Bezugsscheine 20 % des Kulturfonds der DDR (1950= 3 Mio Mark, wegen zu hoch empfundener Zinsen nicht ausgeschöpft)	1148 Personen erhielten ein Darlehen von etwa 1000 Mark (3000 hätten vergeben werden können, wegen zu hoher Zinsen Kontingent nicht ausgeschöpft)	662 Beihilfen in durchschnittlicher Höhe von 900 Mark 1800 Bezugsscheine, die nur in Berlin eingelöst werden konnten
Eigenheime	300 Eigenheime, galt als nicht nennenswerter Fortschritt, bisherige Regelungen wurden als nicht vorteilhaft angesehen	
Altersversorgung	68 von 1066 Hochschulprofessoren erhalten eine Altersversorgung; 22 Techniker und Ingenieure	221 Ehrenpensionen und 214 Nationalpreisträger Ziel von 40000 ist noch lange nicht erreicht
Einzelverträge	13000 (bedeutet u.a. ein um 35 % erhöhtes Gehalt)	

nen (verbunden mit Kampagnen: Westemigration, Sozialdemokratismus und Kosmopolitismus, Zionismus, Formalismus usw.) für nicht wenige Intellektuelle verbunden war.¹⁷ Erste signifikante Gegenreaktionen wurden sichtbar mit der Abwanderung des Schriftstellers Theodor Plivier und von Dr. Kurt Gehlhoff,

einem der führenden Vertreter der Kammer der Technik, im Jahre 1948. Rudolf Schottländer reagierte auf seine Kündigung durch die Technische Hochschule Dresden im Jahre 1949 mit dem Wechsel an ein Westberliner Gymnasium. Wohl oder übel mußte die SED, die schon 1948 sozialistische Ziele für die

Intelligenz zu formulieren ansetzte, vorerst die Pflöcke zurückstecken und - zumindest per Proklamation - weitere Jahre an antifaschistisch-demokratischen Zielen festhalten.

Siegfried Prokop, Prof. Dr. phil., arbeitet im Bereich Deutsche Zeitgeschichte am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin

Anmerkungen:

- ¹ Vgl. BArch.P., R-2, Nr. 2, Bl. 91.
- ² Vgl. Rolf Sonnemann (Hrg.), Geschichte der Technischen Universität Dresden, Berlin 1978, S. 174.
- ³ Vgl. Wolfgang Mühlfriedel/Eberhard Wächtler, Zur Geschichte der wissenschaftlich-technischen Intelligenz der DDR in den Jahren 1945 bis 1952, in: *Neue Bergbautechnik*, 5. Jg., H. 1, Freiberg 1975, S. 59.
- ⁴ Gelegentlich werden für die UdSSR die Zahlen 1225 bzw. 2370 genannt. Vgl. Ulrich Albrecht, Andreas Heinemann-Grüder, Arend Wellmann, Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945. Berlin 1992, S. 39. Burghard Ciesla nennt als Maximalwert 3500. In: Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 49-50/93, S. 24.
- ⁵ Carl Coutelle, Die ersten Schritte in der Zentralverwaltung für Gesundheitswesen, in: *humanitas*, 1985, Nr. 9, S. 9.
- ⁶ Renate Rätz, Mecklenburgische Theater während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945-1949). Diplomarbeit Humboldt Universität zu Berlin 1989, (MS.), S. 53.
- ⁷ Vgl. Siegfried Prokop, Deutsche Zeitgeschichte - Neu befragt. Sowjetische Besatzungszone Deutschlands/ Deutsche Demokratische Republik (1945 bis Anfang der 60er Jahre), Berlin 1990, S. 46/47.
- ⁸ Vgl. BArch.P., R-2, Nr. 14, Bl. 46.
- ⁹ BAP, R-2, Nr. 866, Bl. 100 (vom 7. Aug. 1947)
- ¹⁰ Uwe-Jens Heuer, Macht, Recht und Unrecht in Geschichte und Gegenwart, in: *Utopie kreativ*, H. 29/30, Berlin 1993, S. 29. Vgl. ferner: W. Eisert, Die Waldheimer Prozesse: Der stalinistische Terror 1950 - Ein dunkles Kapitel der DDR-Justiz. 1993.
- ¹¹ Vgl. Archiv der Zentralverwaltung für Statistik der DDR, Nr. 0005/05 und 0005/09.
- ¹² Dazu ausführlicher vgl. Jürgen Kocka, Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40/94, S. 35.
- ¹³ 1953 wurden die Möglichkeiten einer Privilegierung der Spitzenintelligenz überreizt. Die Eröffnung von sog. Intelligenz-Läden zwischen Mai und Juli 1953 wurden mit Protestdemonstrationen in verschiedenen Städten beantwortet. Im Zentrum Schwe-

rins z.B. demonstrierten im Juli Arbeiterfrauen gegen den Intelligenz-Laden. Danach erfolgte die Umwandlung in für alle zugängliche HO. Vgl. BArch SAPMO, KB, Nr. 1182. (nicht paginiert)

¹⁴ Der Förderausschuß für die deutsche Intelligenz verfügte 1951 über einen Apparat von 200 ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern. 140 arbeiteten in den Landkreisen, 20 in den Stadtkreisen und 40 in Berlin beim Ministerpräsidenten. Der Apparat benötigte eine Lohnsumme von rd. 1,8 Millionen Mark im Jahr.

¹⁵ Vgl. BArch SAPMO, ZPA, NL 90/418, Bl.85.

¹⁶ Den gravierenden Unterschied zwischen den unmittelbaren Nachkriegsjahren und der Zeit ab 1948 hob auch Rudolf Schottländer in seiner Biographie hervor: „Von 1945 bis 1948 war ich mit der Gesellschaft ausgesöhnt“, in: Rudolf Schottländer, Trotz alledem ein Deutscher. Mein Lebensweg seit Jahrhundertbeginn. Freiburg i.Br. 1986, S.54.

¹⁷ Ausführlicher Ralph Jessen, Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, in: Sozialgeschichte der DDR. Hartmut Kaelble u.a. (Hrsg.), Stuttgart 1994, S. 217-253.

Eberhart Schulz (Jena):

Künstler und Wissenschaftler der DDR und ihre Organisationen in den Jahren von 1949 bis 1962

Künstler und Wissenschaftler zählten in der DDR zweifellos zu den sozialen Gruppen, denen Partei und Staat stets große Aufmerksamkeit widmeten. Diese war jedoch recht verschiedenartig begründet und ausgestaltet. Wenn diese Künstler und Wissenschaftler heute vielfach als „staatsnah“ oder als „Staatskünstler“, was immer das heißen mag, bezeichnet und damit verunglimpft und herabgesetzt werden sollen, dann ist damit bestenfalls *eine* Seite dieser obrigkeitlichen Beachtung erfaßt. Die SED ging zu Recht von der Tatsache aus, daß ohne die aktive und schöpferische Mitarbeit der Intellektuellen weder die Kriegsfolgen beseitigt noch gar der Aufbau einer neuen Gesellschaft bewerkstelligt werden konnte. Sie unternahm deshalb große Anstrengungen, um die Intellektuellen, die zum größten Teil aus bürgerlichen Verhältnissen kamen, für die Lösung dieser Aufgaben zu gewinnen und eine neue, aus den werktätigen Klassen und Schichten stammende Intelligenz heranzubilden. Zugespitzt ausgedrückt hieß das, die SED sorgte für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der Intellektuellen und erwartete als Gegenleistung das tatkräftige Mitwirken am Aufbau der DDR.

Dieses Mitwirken sollte so bewußt wie

möglich erfolgen, so daß die Aufmerksamkeit, die Partei und Staat den Intellektuellen widmeten, noch eine zweite, die erzieherische Seite besaß. Hier lag das wichtigste Wirkungsfeld des Kulturbundes, der Künstlerverbände, der Gewerkschaften Kunst und Wissenschaft sowie in begrenztem Maße auch der Deutschen Akademie der Künste und der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Zwar waren die Künstlerverbände und die Gewerkschaft Kunst aus Interessenverbänden einzelner Berufsgruppen der Künstler hervorgegangen und auch die Akademien der Künste und der Wissenschaften hatten ideelle Vorgänger. Dennoch brachte ihre Neukonstituierung oder Umformierung in der zweiten Hälfte der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre eine Änderung ihrer Funktionen mit sich. Neben der Vertretung allgemeiner und spezieller Interessen der Berufsgruppen, die diese Organisationen - wenn auch nicht unbeschränkt - weiterhin wahrnahmen, erhielten sie in wachsendem Maße politisch-ideologische Aufgaben zugewiesen.

Im wesentlichen ging es darum, die zunächst fast ausschließlich bürgerlichen Intellektuellen für die Politik der SED zu gewinnen, sie als eine gesellschaftliche

Kraft zu formieren, die bereit war, an der Errichtung einer neuen Gesellschaft mitzuwirken. Dabei erlebten die Organisationen und Institutionen selbst einen Wandel ihres Wesens. Damit sie die ihnen von der SED zugedachte Funktion möglichst effektiv ausüben konnten, war die Partei bestrebt, ihren direkten Einfluß in ihnen auszuweiten. So vollzog sich seit Anfang der fünfziger Jahre ein schleichender Prozeß des Ausbaus der aus hauptamtlichen Mitarbeitern bestehenden Apparate, der Sekretariate und ihres Einflusses auf die Leitung und die Arbeit dieser Organisationen, mit dem eine allmähliche Zunahme des Zentralismus in ihnen und eine immer strengere, mitunter kleinliche Kontrolle durch den Parteiapparat verknüpft war. Sie wurden immer stärker aus Organisationen der Intellektuellen zu von der SED gelenkten Organisationen für Intellektuelle.

In der Gewerkschaft Kunst dominierten die Funktionäre recht frühzeitig, weil die Künstler sich nur ungern zu leitenden politischen Funktionen bereit fanden. Ähnlich war das in der erst 1953 gegründeten Gewerkschaft Wissenschaft. Für den Kulturbund hatte sein Präsident Johannes R. Becher die Tendenz zur Bürokratisierung schon 1951 beklagt.¹ Von den Künstlerverbänden scheint der Verband Deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler als erster diese Entwicklung genommen zu haben, denn ab 1953 trat statt des Vorsitzenden fast nur noch der 1. Sekretär führend in Erscheinung. Bei den anderen Künstlerverbänden vollzogen sich ähnliche Vorgänge, die ab 1957 forciert wurden und Anfang

1959 im wesentlichen abgeschlossen waren. Auch im Kulturbund war spätestens nach dem Ausscheiden Bechers als Präsident 1958 die Herrschaft des Bundessekretariats und des 1. Sekretärs gesichert. Am längsten, bis 1962, konnte die Deutsche Akademie der Künste ihren ursprünglichen Charakter bewahren.

Obwohl die genannten Entwicklungen die Selbstverwirklichung der Intellektuellen ernsthaft beeinträchtigten, obwohl durch die Politik der SED generell so wesentliche Interessen der Künstler und Wissenschaftler wie die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Freiheit der Information und der Meinungsäußerung permanent und tiefgreifend verletzt wurden, bestand eine weitgehende Akzeptanz offizieller Zielstellungen der SED-Politik. Die Gründe dafür sind vielfältig und differieren außerdem bei den Intellektuellen vor allem nach ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft. Eine bedeutende Rolle spielte weithin der Wunsch, ein neues Deutschland zu errichten, in dem die Wurzeln des Faschismus und des Militarismus ein für allemal getilgt waren, der Wunsch, die deutsche Geschichte anders verlaufen zu lassen als bisher und einen dauerhaften Frieden zu erreichen.

Es ist einfach unwahr, wenn behauptet wird, der antifaschistische Ursprung der DDR sei eine „Legende“ genauso wie die Völkerfreundschaft, die innergesellschaftliche Solidarität und die „soziale Wärme“.² Der Traum vieler engagierter Antifaschisten, Demokraten und humanistisch eingestellter Menschen selbst

bürgerlicher Herkunft von einer sozial gerechten Gesellschaft wurde ja weitgehend Wirklichkeit. Es gab viele Chancen für die sozial Schwachen, für die „kleinen Leute“. Die als Alternative zum Kapitalismus aufgefaßte neue Gesellschaftsordnung setzte eben nicht auf Konkurrenz, sondern auf Zusammenschluß, auf das *gemeinsame* Verfolgen bestimmter Ziele. Freilich kam dabei viel Autoritäres und Paternalistisches zum Tragen, ergaben sich enorme Verzerrungen, verkam manches zum bloßen Ritual, aber sozialistisch-humanistische Überzeugungen blieben stets präsent.³ Für die Generation, die im faschistischen Deutschland herangewachsen war und den 2. Weltkrieg erlebt hatte, stellte die marxistische Weltansicht geradezu eine Faszination dar. Sie wurde allerdings in der simplifizierten und teilweise verfälschten Form des „Marxismus-Leninismus“ vermittelt, erschien den jungen Menschen nach dem Zusammenbruch ihres bisherigen Weltbildes, nach den furchtbaren Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur und dem 2. Weltkrieg jedoch als unfehlbarer Ratgeber, um die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen, um ein zutreffendes Bild von den gesellschaftlichen Zusammenhängen zu gewinnen.⁴

Seit Ende der vierziger Jahre kam ein weiteres Moment hinzu. Die Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten mit gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen ließ die Sorge um die Einheit der Nation entstehen und wachsen. Viele Intellektuelle, gerade auch aus dem Bürgertum, unterstützten aus nationalen Motiven vor allem in der ersten Hälfte

der fünfziger Jahre die auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als eines friedliebenden und demokratischen, antiimperialistischen Staates und auf die Erhaltung der Einheit der deutschen Kultur gerichtete Politik der SED.

Ein weiterer Grund, die Politik der DDR zu akzeptieren, war diejenige Seite ihrer Kulturpolitik, die darauf abzielte, den Volksmassen die Errungenschaften der Kultur zugänglich zu machen. Die staatliche Förderung der Wissenschaft, des Bildungswesens, der Buchproduktion, des Theater- und Filmwesens und anderer Kulturbereiche fand breite Zustimmung der Künstler und Wissenschaftler, denen gute Arbeitsbedingungen zuteil wurden. Die SED-Führung hat einen hohen Stand der Künste und der Wissenschaften ernsthaft gewollt, nicht nur aus wirtschaftlichen oder repräsentativen Gründen, sondern auch aus der Überzeugung heraus, damit einem bedeutsamen ethisch-moralischen und zugleich revolutionären Anspruch gerecht zu werden, einen Beitrag zu einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft zu leisten..

Die Förderung der Kunst und der Wissenschaft waren allerdings damit verknüpft, daß diese „in das gesellschaftliche System integriert, zunehmend den Prinzipien der staatlichen Planung und Leitung unterworfen und von der Zielstellung her mit der marxistischen Theorie und Ideologie verbunden“⁵ wurden. Besonders bei Schriftstellern fand sich frühzeitig die Illusion der Einheit von Geist und (neuer) Macht. Es ist zweifellos eine faszinierende Vorstellung, daß Humani-

tät und Demokratie so stark werden, um das Leben der Gesellschaft zu bestimmen. Besonders in verschiedenen Äußerungen Johannes R. Bechers aus den frühen fünfziger Jahren kam diese Wunschvorstellung plastisch zum Ausdruck. Doch kann es eine völlige Übereinstimmung oder gar Einheit zwischen beiden Erscheinungen niemals geben. Becher hat das in gewissem Sinne schon gesehen, aber er glaubte, die Gefahr des „Verschlingens“ der Kunst durch die Politik bestehe dann nicht, wenn die Kunst selbst auf *ihre Art* politisch werde und die Macht auf die Entwicklung der Menschheit abziele.⁶ Doch Machtausübung ist *immer* mit Gewalt verbunden. Bestenfalls kann es ein produktives Spannungsverhältnis zwischen beiden Polen geben, eine widersprüchliche, *dialektische* Einheit.

Die weitgehende Akzeptanz offizieller Zielstellungen der SED-Politik durch Künstler und Wissenschaftler schloß Kontroversen nicht aus, die sich unter bestimmten Bedingungen auch zu ernsthaften Konflikten ausweiteten, wie besonders 1953 und 1956/1957, in abgeschwächter Form auch 1951 und nach der Bitterfelder Konferenz 1959. Diese Zwißigkeiten resultierten auch aus dem inneren Widerspruch der Organisationen der Künstler und Wissenschaftler der DDR, die einerseits Instrumente der SED darstellten, um deren Ziele verwirklichen zu helfen, und andererseits die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten hatten. Die meisten Opponenten waren dennoch keine Gegner der DDR, stießen sich aber an bestimmten *Methoden* der Politik, besonders an verschie-

denen Elementen dessen, was als „sozialistische Kulturpolitik“ deklariert wurde, und wollten *andere Wege* zum gemeinsamen Ziel beschreiten. Dieser Widerspruch zwischen den eigenen Vorstellungen von Kunst und Wissenschaft und dem Umgang mit Kultur in der SED war vielen Künstlern und Wissenschaftlern bewußt. Sie wollten jedoch beidem gerecht werden, wurden mit dem Widerspruch allerdings nur schwer fertig, ertrugen die daraus resultierenden Erschwernisse aber, weil sie überzeugt waren, sie müßten mit ihrer Arbeit die Menschen ein Stück weiter bringen.⁷

Der Kritik und den Reformbestrebungen waren besonders bei den Parteimitgliedern unter den Künstlern und Wissenschaftlern enge Grenzen gesetzt. Praktische Erfahrungen aus politischen und sozialen Kämpfen hatten den Wert solidarischen Verhaltens, der „Einheit der Arbeiterklasse“ und der „Geschlossenheit der Partei“ oft drastisch vor Augen geführt. „Für viele war es undenkbar, in irgendeiner Form gegen die SED, gegen den Staatsapparat öffentlich aufzutreten, trotz des Unrechts, das ringsum geschah“⁸, schrieb ein ehemaliger Dozent für Marxismus-Leninismus an der Humboldt-Universität zu Berlin, der 1958 verhaftet und dann zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Viele übten Parteidisziplin, ordneten die eigene Person der Partei unter, weil sie außerhalb der Partei für sich keine sinnvolle Möglichkeit sahen, für den gesellschaftlichen Fortschritt zu wirken. Bei dieser Selbstdisziplinierung ist außerdem die Härte der Systemauseinandersetzung zu berücksichtigen, die Sorge, mit heftigen

Vorstößen gegen die Spitzen von Partei und Regierung dem Gegner Vorteile zu verschaffen.

Insgesamt kann man sagen: Die meisten Künstler und Wissenschaftler empfanden die Reglementierung, den Druck der Politik gegenüber ihrer Arbeit zwar als äußerst lästig, ertrugen sie jedoch im Hinblick darauf, eine komplexere Aufgabe erfüllen zu wollen.⁹

Allerdings muß gesagt werden, daß zwischen der Identifikation mit der neuen Gesellschaft und der Opposition zu ihr ein breiter Raum liegt, daß es vielfältige Abstufungen in den Haltungen zur Gesellschaft, zum Staat und zur SED gab. Im groben ließen sich etwa folgende Grundeinstellungen festhalten:

1. Die uneingeschränkte, bedingungslose Identifikation nicht nur mit dem System, sondern auch allen oder vielen seiner Erscheinungsformen.
2. Die eingeschränkte Identifikation, gekennzeichnet durch das grundsätzliche Einverständnis mit der neuen Gesellschaft und mit ihren Zielen, ohne allen Mitteln, Methoden und konkreten Erscheinungsformen zuzustimmen, wobei die Kritik und der zum Teil damit verbundene Reformwille vom Wunsch nach *Verbesserung* und *Vervollkommnung* der neuen Ordnung geleitet waren.
3. Die Loyalität gegenüber Partei und Staat, wobei das grundsätzliche Einverständnis vielfach ein bloßes Sich-Damit-Abfinden war, verbunden mit Skepsis gegenüber dem Neuen.
4. Die einfache Anpassung bei innerlicher Distanzierung, das Sich-Heraushalten-Wollen aus jedem politischen

Engagement.- 5. Die offene Opposition, die häufig mit dem Weggang aus der DDR verbunden war, was mitunter auch für Personen galt, die zu den unter 3. und 4. genannten Gruppierungen gezählt werden können.

Zu bedenken ist dabei, daß die Übergänge zwischen den einzelnen Charakteristika fließend waren und daß einzelne Persönlichkeiten zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Situationen unterschiedlich reagierten.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Intellektuellen keineswegs als eine einheitliche soziale Schicht zu betrachten sind. Sie unterschieden sich im einzelnen beträchtlich, sowohl von der beruflichen Tätigkeit her als auch hinsichtlich der sozialen und politischen Herkunft und Stellung. Auch ist zu beachten, daß sich im Laufe der fünfziger Jahre politische und soziale Veränderungen in der Zusammensetzung dieser Schicht vollzogen. Vereinfachungen sind also nicht am Platze, auch aus anderen Gründen nicht. Die politischen Auseinandersetzungen vollzogen sich nicht etwa schematisch zwischen den Funktionären der SED und des Staates einerseits und den Künstlern und Wissenschaftlern andererseits oder zwischen SED-Mitgliedern und Mitgliedern anderer Parteien oder Parteilosen. Die Wirklichkeit war weit differenzierter.

So bestanden sowohl Gegensätzlichkeiten innerhalb dieser Gruppen als auch Übereinstimmungen zwischen Persönlichkeiten aus verschiedenen Gruppen. Auch ein Funktionär konnte ein tiefes

Verständnis für Probleme des künstlerischen Schaffens oder der Forschungstätigkeit haben, so wie es unter Künstlern und Wissenschaftlern manchen gab, der engherzige und dogmatische Auffassungen rücksichtslos vertrat. Vielfach wurden gerade einzelne Parteimitglieder unter den Intellektuellen von der Parteiführung heftiger angegriffen als ausgesprochene Vertreter der bürgerlichen Intelligenz.

Es ist wissenschaftlich unvertretbar zu behaupten, die Intellektuellen in der DDR seien ein Teil der herrschenden Klasse, Intellektuelle und Politbürokraten lediglich verfeindete Brüder gewesen¹⁰; „Gehilfe(n) und Komplize(n) des alten Systems“¹¹ waren sie allerdings, wenn man auch den abwertenden Ton dieser Aussage nicht akzeptieren sollte. Denn der Geistesarbeiter *muß* sich anderen Menschen zur Dienstleistung anbieten. Im Kapitalismus bleibt dem geistig Tätigen der Staatsdienst als Lehrer, Wissenschaftler, Verwaltungsbeamter usw., die Arbeit in der Wirtschaft als Forscher, Ingenieur oder Techniker oder er wirkt freischaffend, wobei er darauf angewiesen ist, daß die Vermögenden seine Werke kaufen, daß das Publikum seine Werke annimmt, und schließlich könnte er selbst als Unternehmer auftreten. In jedem Falle ist er direkt oder indirekt abhängig von den Auffassungen seiner Auftraggeber, seiner Dienstherren oder von der öffentlichen Meinung und vom Publikumsgeschmack, die beide manipulierbar sind.

Auch in der Gesellschaft der DDR waren die Intellektuellen darauf angewiesen,

sich den Sachzwängen zu beugen und die ihnen von den Auftraggebern - jetzt der Staat oder einzelne Organisationen oder Betriebe - angebotenen Aufgaben zu übernehmen. Dabei blieben ihnen gewisse Möglichkeiten, die konkrete Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu beeinflussen. Doch mußten sie dabei manche Winkelzüge in Kauf nehmen. Viele, auch namhafte Künstler und Wissenschaftler machten kleinere und größere Zugeständnisse an die offizielle Politik, um auf ihrem Gebiet möglichst ungestört wirken zu können. Die wirklichen oder vermeintlichen Privilegien und auch die Tätigkeit in den verschiedenen Vorständen und leitenden Gremien nutzten in vielen Fällen der Arbeit. Allerdings muß man einräumen, daß sie in diesem Wirken einer großen Illusion unterlagen: Sie hielten die Mißstände für vorübergehende Erscheinungen, die durch ihre engagierte Tätigkeit überwunden werden könnten, so daß die sozialistischen Ideale letztlich zu verwirklichen seien. Sie erkannten nicht, daß viele dieser Fehlentwicklungen systemimmanent waren.

Trotz all dieser Einschränkungen ist jedoch festzustellen, daß Künstler und Wissenschaftler der DDR einen beachtlichen Beitrag zur Gestaltung dieser Gesellschaft geleistet haben. Es sind bedeutende künstlerische Werke entstanden und bemerkenswerte wissenschaftliche Leistungen erbracht worden. In den Organisationen gab es umfangreiche Diskussionen zu Schaffensproblemen, wenn sie auch vielfach - wie bei dem nichtendenwollenden Streit um den „sozialistischen Realismus“ - scholasti-

schen und sophistischen Charakter annahmen. Künstler und Wissenschaftler konnten in bestimmten Gremien, wie dem Künstlerisch-Wissenschaftlichen Beirat des Ministeriums für Kultur oder im Forschungsrat der DDR Einfluß nehmen auf staatliche Entscheidungen, waren als Leiter staatlicher Institutionen selbst in bestimmtem Umfang Entscheidungsträger. Sie konnten über ihre Organisationen Erleichterungen für die konkrete Arbeit erzielen, erreichten - allerdings nur sehr allmählich und durchaus nicht kontinuierlich - die Aufweichung bestimmter Dogmen, zum Beispiel hinsichtlich der ursprünglich außerordentlich engen Auffassung des kulturellen Erbes. Die Organisationen bündelten vielfach die Klagen ihrer Mitglieder über Mißstände und Fehlentwicklungen und konnten punktuell und vorübergehend Abhilfe erreichen; besonders deutlich nach den Juniereignissen 1953. Dennoch waren die Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Systems in der DDR relativ begrenzt.

So wird das Dilemma der demokratischen und sozialistischen Intellektuellen deutlich. Die Künstler und Wissenschaftler der DDR identifizierten sich mit denjenigen Aspekten der Kulturpolitik der SED, die darauf gerichtet waren, dem *ganzen* Volk den Genuß der kulturellen Güter zu ermöglichen, die schöpferischen Kräfte *aller* Menschen zu entwickeln und damit die Kluft zwischen Kultur und Volksmassen zu schließen. Damit akzeptierten sie auch den Anspruch, mit kulturellen Mitteln auf die gesellschaftliche Entwicklung der Menschen einzu-

wirken. Dadurch sahen sie sich jedoch mit den immer stärker werdenden Forderungen der SED konfrontiert, die Kultur, besonders die Kunst und die Geisteswissenschaften vordergründig als gewichtiges Mittel der Bewußtseinsentwicklung der Menschen zu handhaben. Dem Widerstand gegen solche Bestrebungen, die eine enorme Einflußnahme der SED auf das künstlerische Schaffen und die Entwicklung der Geisteswissenschaften sowie eine erhebliche Einnengung der Kreativität mit sich brachte, waren allerdings enge Grenzen gesetzt.¹² Denn die Verwirklichung der von den fortschrittlichen Künstlern und Wissenschaftlern gewollten kulturpolitischen Ziele waren an *das* gesellschaftliche System gebunden, in dem die SED die beherrschende Stellung einnahm.

Eine Gesellschaft, wie sie sich in der Bundesrepublik entwickelt hatte, kam als Alternative für sie nicht in Frage, denn die dortigen Macht- und Eigentumsverhältnisse verhinderten ja gerade das erstrebte kulturelle Leben. Außerdem hatten sich viele aktive Diener des untergegangenen nationalsozialistischen Regimes dort wieder häuslich eingerichtet, wurde eine neue Militarisierung in Angriff genommen.

Die Sozialisten unter den Intellektuellen wußten - in den Vorschlägen, die Wolfgang Harich 1953 und 1956 ausgearbeitet hatte, kam das besonders deutlich zum Ausdruck -, daß es ohne die SED die DDR nicht geben würde; sie sahen zugleich, daß so wie die SED konkret agierte, die DDR aber nicht auf Dauer würde existieren können. Ihr Widerstand

gegen die einer wirklich demokratischen und sozialistischen Kulturentwicklung feindliche Politik der SED-Führung blieb daher systemkonform und auf die *Reformierung* von Partei, Staat und Gesellschaft begrenzt. Das mündete schließ-

lich in eine Ausweglosigkeit, weil sich das System insgesamt als nicht reformierbar erwies.

Eberhart Schulz, Dr. sc. phil.,
Hochschuldozent a. D., lebt in Jena

Anmerkungen:

1 Vgl. Johannes R. Becher: Diskussionsbeitrag auf dem Dritten Bundeskongreß des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. In: Ders.: Gesammelte Werke. Bd. 17, Berlin und Weimar 1979, S. 575/576.

2 Vgl. Jens Reich: Abschied von den Lebenslügen. Die Intelligenz und die Macht, Berlin 1992, S. 19/20.

3 Vgl. Harry Nick: Warum die DDR wirtschaftlich gescheitert ist. Hefte zur DDR-Geschichte. Nr. 21, Berlin 1994, S. 53; Und außerdem war es ihr Leben. Interview mit Elfriede Brüning. In: *Neues Deutschland* (ND), 8. November 1994; Wolf Schröter: Die personifizierte Dialektik. In: Freitag, 5. August 1994; „Ich soll fraglos glücklich sein - das ist die Zwangslage“. Interview mit Armin Stolper. In: *ND*, 10. Januar 1995.

4 Vgl. Franz Fühmann: Zweiundzwanzig Tage oder Die Hälfte des Lebens, Leipzig 1980, S. 84/85.

5 Helmut Korch: Der wissenschaftliche Zweifel - über einen Aspekt der Erkenntnis-situation in den Gesellschaftswissenschaften der DDR. Schriften des Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 1994, S. 19.

6 Vgl. Johannes R. Becher: Über Literatur und Kunst. Hrsg. v. Marianne Lange, Berlin 1962, S. 56 - 58, 64/65.

7 Vgl. Silvia Schlenstedt: Stephan Hermlin. Schriftsteller der Gegenwart. Bd. 2, Berlin 1985, S. 13 - 15.

8 Herbert Crüger: Verschwiegene Zeiten. Vom geheimen Apparat der KPD ins Gefängnis der Staatssicherheit, Berlin 1990, S. 160.

9 Vgl. Harry Nick: Warum die DDR ... , S. 53; Was von den Träumen blieb. Eine Bilanz der sozialistischen Utopie. Dokumentiert v. Thomas Grimm, Berlin 1993, passim.

10 Vgl. Jens Reich: Abschied von ... , S. 24 u. 40.

11 Ebenda, S. 8.

12 Vgl. dazu auch: Helmut Korch: Der wissenschaftliche Zweifel ... , S. 17 - 19; „Warum haben Sie niemals den Stalinismus angeklagt?“ Interview mit dem Komponisten Friedrich Schenker. In: *ND*, 1./2. Oktober 1994.

Ralph Jessen (Berlin):

Die „Entbürgerlichung“ der Hochschullehrer in der DDR - Elitewechsel mit Hindernissen

Die Errichtung der SED-Diktatur und die Revolutionierung der ostdeutschen Gesellschaft brachten einen beispiellosen Wechsel der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Führungsgruppen innerhalb weniger Jahre mit sich. Die ersten tiefen Schnitte in die überkommene Sozialstruktur wurden dabei noch gar nicht als Maßnahmen des sozialistischen Gesellschaftsumbaus, sondern als antifaschistische Säuberungen und Struktur-eingriffe legitimiert, die die sozialen Wurzeln der nationalsozialistischen Barbarei treffen sollten. Auch später gingen retrospektiv antifaschistische und zukunftsorientiert sozialistische Begründungsweisen ineinander über.

Die politische Elite einschließlich großer Teile des höheren Verwaltungspersonals der Nationalsozialisten wurden als erste schnell und gründlich entmachtet. Hier setzte die Entnazifizierung sofort ein und hier lassen sich auch die frühesten Bemühungen der KPD/SED erkennen, eigene Leute gezielt an freigewordenen Schaltstellen der Macht zu platzieren.[1] Die ländliche Besitzklasse der großen Agrarier war durch die bekannten „SMAD-Enteignungen“ entmachtet und verdrängt worden, und auch erheb-

liche Teile des Wirtschaftsbürgertums verloren Einfluß und Eigentum noch in der Ägide der „Antifaschistisch-Demokratischen Umwälzung.“[2] Gegenüber den bildungsbürgerlichen Schichten verlief der Zugriff zunächst selektiver: Ein nahezu vollständiger Personalaustausch wurde nur bei einigen, für Herrschaft und Ideologievermittlung hochrelevanten akademischen und semiakademischen Berufen angestrebt und zum Gutteil auch erreicht. Die (Volksschul-)Lehrerschaft sowie die Gerichte und Staatsanwaltschaften wurden binnen weniger Jahre mit neuem, wenn auch nur dürftig qualifiziertem Personal ausgestattet.[3] Doch auch für die Revolutionierung der Bildungsschichten insgesamt waren die Weichen früh gestellt. „Vorstudienanstalten“, Stipendienregelungen und eine zunehmend sozial selektive Studienzulassungspraxis kehrten die Vorzeichen der bisherigen Bildungsdiskriminierung an den Universitäten um.[4] Der Sog verwaister Positionen und der Druck immer neuer Mobilisierungs- und „Delegierungs“-Kampagnen der SED schleusten zahlreiche Unterschichtenangehörige vor allem aus der Arbeiterschaft in Leitungspositionen. Enorme Aufstiegsmobilität und massenhafte so-

ziale Deklassierung - freilich gemildert durch die Chance, in den Westen auszuweichen. - prägten schichtenspezifisch hart kontrastierende Generationenerfahrungen. Mehr als in der vorhergehenden NS-Gesellschaft und sicher auch mehr als in der sich konsolidierenden westdeutschen Nachkriegsgesellschaft waren Lebenschancen in der SBZ und der frühen DDR *politisch* definiertes *Klassenschicksal*.

Die umfassende „Entbürgerlichung“ der entstehenden DDR-Gesellschaft erstreckte sich auf Wirtschafts- wie Bildungsbürger. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich indes, daß der Umbruch der Elitenrekrutierung nicht für alle Gruppen galt, ja daß ihr Erfolg sogar davon abhing, daß *Teile* der alten Elite vorläufig erhalten blieben. Neben den Pfarrern und Ärzten, Gruppen, die jede für sich als Sonderfall anzusehen sind [5], gilt dies besonders für das wissenschaftliche Personal der Hochschulen.[6] Als Lehrer und Forscher nahmen sie eine Schlüsselfunktion ein. Ohne sie war weder an den Aufbau einer primär proletarisch rekrutierten Funktionselite der „Neuen Intelligenz“ noch an das ehrgeizige Ziel einer sozialistischen Industriegesellschaft zu denken.

Damit stellten sie die SED vor ein schwer aufzulösendes Dilemma, denn die akademische Reproduktionseelite überbrückte nicht nur fachlich die Kluft zwischen alter und neuer Gesellschaft, sondern auch sozial und kulturell. Nach Herkunft, Selbstverständnis, politischen Sympathien und kulturellen Ansprüchen repräsentierten die Professoren zu Beginn

der DDR in ihrer großen Mehrheit all' das, was der SED als „bürgerlich“ galt: Trotz gewisser Öffnungstendenzen vor allem in den ersten Jahren der Nazi-Herrschaft, als kleinbürgerliche Profiteure des Verdrängungsterrors Lehrstühle eroberten, war die Universitätslehrerschaft eine Domäne bildungs- und (in geringerem Maße) wirtschaftsbürgerlicher Herkunftgruppen geblieben. Die während der NS-Zeit berufenen Professoren stammten noch zu über 70% aus dem Bürgertum.[7] Diese ausgeprägt bürgerliche Homogenität verdankte sich nicht nur zahlreichen ökonomischen Hürden auf dem langen Weg in die Universität, sondern auch einer Berufsstruktur und Berufskultur, bei der das egalitäre Leistungsprinzip nur zu leicht durch ererbte Milieunähe, die Prestigerelevanz kultureller Kompetenzen und Patronagebeziehungen überspielt werden konnte, die am besten funktionierten, wenn Ordinarius und Nachwuchsmann bürgerlichen Habitus und Duktus teilten. Kurz: Die „Festung Wissenschaft“ war eine bürgerliche Hochburg, als FDJ und SED zum Sturm antraten, und sie blieb es in gewisser Beziehung noch Jahre danach.

Eine angemessene Beschreibung der Formen bürgerlicher Kontinuität und der sich schließlich durchsetzenden Entbürgerlichung der Professorenschaft hat vier Aspekte zu berücksichtigen: „Bürgerlichkeit“ ist erstens eine unscharfe Kategorie der kommunistischen Kampfsprache, die bestimmte politische oder wissenschaftliche Meinungen und Positionen stigmatisiert, deren Beziehung zu sozialer „Klassen“-Lage nur diffus asso-

ziativ angedeutet wird. In diesem Sinne redete man von „bürgerlicher“ Philosophie, Geschichtswissenschaft oder Betriebswirtschaftslehre. Ein solches ideologisches Begriffsverständnis ist mit einer sozialhistorischen Terminologie nur schwer und am ehesten dann in Bezug zu bringen, wenn man - wie dies neuere Definitionen tun - mit (Bildungs-)Bürgerlichkeit auch den Anspruch „gesamtgemeinschaftlicher Sinnstiftungs- und Normsetzungskompetenz“ verbindet [8], gegen den sich der Vorstoß der SED richtete. Entbürgerlichung meint in diesem Sinne die Unterdrückung von Haltungen und ihrer Repräsentanten, die diesen Deutungsanspruch vertraten bzw. die dem ideologischen Hegemonialanspruch der SED im Wege standen.

Bürgerlichkeit kann zweitens in einem präziseren Sinne eine Kategorie der sozialen Herkunft meinen, und so ist sie auch oft von der SED-Kaderplanung operationalisiert worden. Jede interne Personalstatistik der Universitäten erfaßte die soziale Herkunft aller Beschäftigten, die üblicherweise am Beruf des Vaters gemessen und einem meist sechsstufigen Kategorienraster zugeordnet wurde, das von „Arbeiter“ bis „Kapitalist“ reichte. Auch wenn diese Globalkategorien unscharf und manipulationsanfällig sind, bieten sie doch einen höheren Objektivierungsgrad als die erstgenannte, sehr willkürlich zu füllende Dimension von Bürgerlichkeit. Je routinierter die SED ihre Personalpolitik im Wissenschaftsbereich betrieb, desto mehr konzentrierte sie sich auf diesen Indikator als Maßstab ihres Erfolgs.

Drittens kann unter Bürgerlichkeit der

Universitätslehrereine Statureigenschaft verstanden werden, die mit dem Beruf selbst zusammenhängt. Hochschullehrer waren herausragende Vertreter akademischen Bildungswissens, aus dem sie Prestigeerwartungen, Berufsautonomie und staatlich zu garantierende Versorgungsansprüche ableiteten.[9] Der Professorenberuf war bürgerlicher Beruf *par excellence*. [10] In seiner traditionellen deutschen Form verband er charismatische Aspekte mit Laufbahnelementen des Beamtentums. Er stellte den Professor in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Universität und Staat, beanspruchte aber zugleich ein größtmögliches Maß an Autonomie. In berufsethischen Idealen wie dem Glauben an Begabung, Individualismus, Konkurrenz, Leistung und die Zweckfreiheit wissenschaftlicher Wahrheitssuche kann man wie in der auf Stelle, Charisma und akademischem „Vollbürgerstatus“ gegründeten Macht des Ordinarius viele Elemente des bürgerlichen Wertekanons entdecken. Entbürgerlichung kann auch Zerrüttung dieses Berufsmodells meinen.

Viertens und letztens zielt Entbürgerlichung auf die Zerstörung der Reste einer kulturell vermittelten Form „ständischer Vergesellschaftung“, an der die Professoren einmal Anteil hatten. Die Verfügung über prestigeträchtige Bildungsgüter, die Teilhabe am repräsentativen öffentlichen Kulturleben, die Zugehörigkeit zu exklusiven - „bürgerlichen“ - Verkehrskreisen und die Sicherung und Weitergabe all' dieser symbolischen Distinktionsgüter an die nachfolgende Generation in einem bewußten

Erziehungs- und Bildungsprozeß wären zu untersuchen, wenn es um den Anteil der Professoren am Bürgertum als Kultur und die Veränderungen geht, denen die verbliebenen Rudimente dieser Kultur unter der SED-Diktatur ausgesetzt waren.

Legt man diese mehrdimensionale Vorstellung dessen, worauf sich Bürgerlichkeit und Entbürgerlichung der Hochschullehrer in der DDR beziehen können, zugrunde, zeichnet sich ein dreiphasiger Umbruch ab, der sich über die ganze Ulbrichtära erstreckte und in dessen Verlauf je unterschiedliche Aspekte bürgerlicher Existenz der Hochschullehrer tangiert wurden.

I. Zur ersten Phase lassen sich grob gesprochen die Jahre von 1945 bis zum Beginn der 50er Jahre zusammenfassen, in denen weitreichende Eingriffe in den Personalbestand mit erheblicher struktureller Kontinuität kontrastierten. Veränderungen der Hochschullehrerschaft brachten in erster Linie Entlassungen bzw. Verdrängungsmaßnahmen, zunächst im Zuge der Entnazifizierung, dann während der „Stalinisierung“ ab 1948.

Nach eher halbherzigen Ansätzen zur Selbstreinigung der Universitäten durch akademische Gremien schaltete sich ab September 1945 die SMAD aktiv in den Entnazifizierungsprozeß ein und setzte eine harte Linie durch, als deren Resultat der Bestand des wissenschaftlichen Personals der Universitäten zwischen 55% (Greifswald) und 85% (Berlin) reduziert wurde.[11] Dies sind eindrucks-

volle Zahlen und doch kann man sie nicht als Hinweis auf eine beginnende Entbürgerlichung lesen. Zunächst spricht das Ziel der Säuberung dagegen, die belastete NS-Anhänger entfernen sollte und keine soziale Revolutionierung der Bildungselite bezweckte. Es ist im Gegenteil zu vermuten - Nachweise stehen aus -, daß die Entnazifizierung die bürgerlichen Kräfte an den Universitäten kurzfristig eher stärkte, da die neuen Männer der Nazis, die jetzt gehen mußten, überproportional aus nicht-bürgerlichen Schichten stammten und die alten Hochschullehrer aus Weimarer Tagen, die man da und dort reaktivierte, dem klassisch bürgerlichen Gelehrertypus entsprachen. Hierzu bestanden auch, selbst wenn es in der Absicht von SMAD und SED gelegen hätte, kaum Alternativen. Es gab schlicht keine nicht-bürgerlichen Wissenschaftler, die die Vakanzen hätten füllen können. Anders als 1933 hatte die neue Macht nach 1945 kein stellenhungriges Alternativpersonal im Gefolge. Die den Kommunisten nahestehenden Emigranten, die jetzt zurückkehrten und für einschlägige Posten qualifiziert waren, blieben eine winzige Minderheit, selbst wenn Personen wie Steinitz, Bloch, Krauss oder Kuczynski erhebliche Ausstrahlungskraft entfalten. Und überdies: bürgerliche Gelehrte waren sie allesamt.

Eher schon als Schwächung bürgerlichen Einflusses an den Universitäten wirkte die zweite Säuberungswelle, der Ende der 40er Jahre etliche Vertreter vor allem geisteswissenschaftlicher Fächer zum Opfer fielen. Jetzt ging es nicht mehr um NS-Belastung, sondern um die

Bekämpfung „bürgerlicher“ Lehrmeinungen in ideologisch sensiblen Fächern. Pressionen verschiedenster Art trieben etwa Philosophen wie Litt, Spranger, Gadamer oder Leisegang in den Westen.[12] Wenn man diese fachspezifische „Stalinisierung“ als Entbürgerlichung bezeichnen will, dann im Sinne der ersten Dimension als Beseitigung der als „bürgerlich“ apostrophierten Lehrmeinungen. Ein Schwächung bürgerlichen Einflusses durch die Plazierung neuer Leute mit untypischem sozialen und beruflichen Hintergrund läßt sich dagegen am ehesten in den neugeschaffenen Pädagogischen und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten beobachten, die den Universitäten angegliedert wurden, ohne die Traditionsfakultäten zu verändern. Entbürgerlichung in der ersten Phase war so hauptsächlich Verdrängung ideologischer Opponenten und institutionelle Neubildung. Weder das Rekrutierungsmuster noch die Berufskultur der Hochschullehrer konnten davon in der Substanz getroffen werden.

II. Die Eröffnungsbilanz des 1951 neu geschaffenen „Staatssekretariats für das Hochschulwesen“ fiel denn auch ernüchternd aus: Von den 467 erfaßten Professoren der sechs Universitäten der DDR stammten ganze 7,7% aus der Arbeiterschaft, 23,1% gehörten der SED an und immerhin 19,5% waren ehemalige NSDAP-Mitglieder.[13] Diese Werte erhöhten sich in den Folgejahren, allerdings nicht so dramatisch, daß man von einer strukturellen Entbürgerlichung der Hochschullehrer in allen Dimensionen sprechen könnte. Vor allem zwei Hindernisse vermochte die Kaderpolitik der

SED trotz ihrer erklärten Absicht, den Umbau der Intelligenz auf allen Ebenen voranzubringen, nicht zu umspielen: den Mangel an geeignetem Nachwuchs mit passendem sozialen und politischem Hintergrund und die starke Verhandlungsmacht der bürgerlichen Ordinarien. Während der ganzen 50er Jahre steckten Hager, Harig und Girmus in einem Konflikt zwischen ideologischen Zielen und pragmatischer Notwendigkeit, der solange nicht autoritär gelöst werden konnte, wie es die offene Westgrenze den Professoren gestattete, steigendem Druck durch Abwanderung zu entgegen. Sehr deutlich zeigen die Höhepunkte der „Republikflucht“-Wellen unter den Hochschullehrern zu Beginn und zum Ende der 50er Jahre, wie sensibel eine ohnehin mobile Berufsgruppe auf wachsende Pressionen reagierte. Der ersten Fluchtwelle folgte für einige Jahre ein milder „neuer“, in Teilen geradezu restaurativer Kurs, der zweiten die Mauer. Milderungstendenzen lassen sich am wenigsten auf der Ebene politisch sensibler Inhalte feststellen. In den herrschaftsnahen „Ideologie“-Disziplinen gab die SED kein Terrain auf. Allerdings dauerte es selbst in einem so sensiblen Fach wie den Rechtswissenschaft bis zur Babelsberger Konferenz von 1958, bis die Reste „bürgerlicher“ Lehrmeinungen ausgeschaltet wurden.

Viel klarer sind stagnative Züge auf der Ebenen der sozialen Herkunft der Hochschullehrer. Nur in einigen Fächern machte die Etablierung der neuen „Arbeiter- und Bauern-Kader“ merkliche Fortschritte, so in den Wirtschaftswissenschaften, bei den Juristen oder in der Pädagogik,

während in den Naturwissenschaften, bei den Technikern und vor allem bei den Medizinern die bürgerliche Hegemonie fast unangefochten blieb.[14] Als vielleicht eindrucksvollsten Indikator eines pragmatisch-restaurativen Kurses kann man die recht hohe und während der 50er Jahre steigende Zahl NS-belasteter Hochschullehrer lesen. Bis Anfang der 60er Jahre lag ihr relativer Anteil an der Professorenschaft bei knapp 30%.[15] Von den Naturwissenschaftlern und Technikern, die nach 1945 für mehrere Jahre in die UdSSR deportiert worden waren, traten etliche nach ihrer Rückkehr in die DDR steile akademische Karrieren an, auch wenn sie - wie Peter Adolf Thießen, dessen Akademiemitgliedschaft 1945 wegen NS-Belastung aufgehoben worden war und der 1957 zum Vorsitzenden des neugegründeten Forschungsrates ernannt wurde - eine anrühige Vergangenheit hatten.[16]

Auf die *Bindung* der bürgerlichen Experten, vor allem der naturwissenschaftlichen Fächer, nicht auf deren Verdrängung war die Personalpolitik der 50er Jahre gerichtet, und hierzu war die SED bereit, einen hohen Preis zu zahlen. Dieser bestand in einer kostspieligen, anti-egalitären Privilegierungspolitik, die den Spitzen der Wissenschaft hohe Einkommen, Reisemöglichkeiten, Baukredite, gut dotierte Ehrungen wie den Nationalpreis und andere Annehmlichkeiten bescherte - freilich stets als willkürlich gewährte oder verweigerte Sondervergünstigung, nicht als verbrieftes Recht.[17] Der Preis bestand aber auch in einem anhaltenden strukturellen Konservatis-

mus des Hochschullehrerberufs. Auch wenn man sie - wie die Leipziger Alma Mater - nach Karl Marx benannte und ihre Leitungsorgane auf die Herrschaftsinteressen der SED zuschnitt, blieben die Hochschulen auf der Ebene der Lehrstühle und Institute lange Ordinarienuniversitäten. Clevere Institutschefs hatten nicht geringe Chancen, durch geschickte Verhandlungen, u.U. mit Verweis auf einen möglichen Ruf aus Westdeutschland, Personal, Ausstattung und Einkommen nach ihren Wünschen zu gestalten. Wer begehrt war, befand sich in einer starken Position, aus der heraus auch Spielräume für die Wissenschaft verteidigt werden konnten. Vom schon erwähnten Thießen kolportiert einer seiner Mitarbeiter aus diesen Jahren die unter vier Augen gefallene Äußerung: „Die Nazis haben wir beschissen, und die Kommunisten beschießen wir genauso.“[18] In dieser nicht sehr bildungsbürgerlichen Formulierung stecken sicherlich eine gute Portion Selbstüberschätzung und Legendenbildung; zugleich signalisiert sie aber auch das robuste Selbstbewußtsein eines Mannes, der weiß, daß er gebraucht wird. Aller Reibungen mit den sich an den Hochschulen etablierenden SED-kontrollierten Gremien und Organisationen zum Trotz blieben die beruflichen Mikrostrukturen der Hochschullehrerschaft weitgehend unberührt.

Aber auch die Professoren hatten ihren Preis zu zahlen. Nicht nur, daß sie seit Anfang der 50er Jahre auf ihre Lehrfreiheit verzichten mußten, in Gestalt des „Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums“ wissenschaftsfremde Lehrbe-

standteile zu dulden hatten und die Selbstverwaltungsstrukturen der Universität zur Farce herabsanken. Vor allem in der Dimension von Bürgerlichkeit als berufsübergreifender Vergesellschaftung schrumpfte der Freiraum in den 50er Jahren erheblich. Dabei bestanden auf der Ebene der öffentlichen repräsentativen Kultur bis zum Bitterfelder Signal von 1959 angesichts einer dezidiert konservativen, am „Klassischen“ orientierten Kulturpolitik wenige Reibungsflächen, an denen sich Konflikte zwischen SED und Bildungselite hätten entzünden können.[19] Spannungsträchtig war eher die repressive Religions- und die illiberale und politisierte Schulpolitik der SED, die die Erziehungsautonomie und die Tradierung bürgerlicher Lebensweise bedrohten. Mancher „republikflüchtige“ Wissenschaftler begründeten seinen Schritt mit dieser außerberuflichen Beschneidung seiner Vorstellungen von bürgerlichen Lebensweise.[20]

Auch bildungsbürgerliche Vergesellschaftung war kaum mehr möglich, da eine nichtreglementierte Öffentlichkeit, autonome Vereine und Gesellschaften nicht mehr existierten und die Universitätsprofessoren auf die offiziell lizenzierten Organisationen wie den „Kulturbund“ verwiesen waren. Rückzugsmöglichkeiten boten wissenschaftliche Vereine, solange diese noch gesamtdeutsch und noch nicht durch reine DDR-Gesellschaften ersetzt worden waren. Die größte Bedeutung als Forum eines fachübergreifenden Diskurses, gesamtdeutscher wissenschaftlicher Kommunikation und nicht kontrollierter Verbindungen bürger-

licher Wissenschaftler dürfte in diesen Jahren die in Halle ansässige „Deutsche Akademie der Naturforscher - Leopoldina“ gehabt haben, deren starker und unabhängiger Präsident Kurt Mothes es mit Geschick, Mut und persönlicher Autorität verstand, diese wissenschaftliche Gesellschaft gegen den Kontrollanspruch der SED weitgehend abzuschirmen.[21] Fast nichts weiß man bisher über lokale Zirkel, „Professorenkränzchen“ und Diskussionsgruppen, in denen hier und da so etwas wie eine verkapselte bürgerliche Geselligkeit gepflegt wurde. Der Hallenser „Spirituskreis“, der örtliche Hochschullehrer und Kirchenleute verband, könnte hierfür ein Beispiel sein.[22]

Zusammengefaßt läßt sich festhalten, daß die Entbürgerlichung der Hochschullehrerschaft in der DDR der 50er Jahre am weitesten fortschritt, soweit man mit (Bildungs-)Bürgerlichkeit eine Dimension öffentlich wirksamer, berufsübergreifender Deutungs- und Sinnstiftungskompetenz verbindet. Auf dieser Ebene setzte die SED ihr Deutungs- und Ideologiemonopol diktatorisch durch, und sei es durch die personelle Umwälzung ganzer Fächer wie der Philosophie. Erhebliche Kontinuität von Bürgerlichkeit zeigt sich dagegen in der sozialen Rekrutierung der Professoren wie in der Struktur und Kultur des Berufes. Da aber gerade in diesem Mikrobereich die Reproduktion der Gruppe in individuellen Patronage- und Schüler-Lehrer-Beziehungen stattfand, drohten die Bemühungen der SED um einen sozial nivellierten und politisch loyalen Nachwuchs zu scheitern, da dieser entweder ausgegrenzt oder „verbür-

gerlicht“ wurde.[23] Es war daher nur folgerichtig, daß der Ende der 50er Jahre einsetzende SED-Vorstoß zur endgültigen Entbürgerlichung der Hochschullehrer an der Frage der Nachwuchsentwicklung ansetzte.

III. Vom Ende der 50er Jahre - den Startschuß gaben der V. Parteitag und die III. Hochschulkonferenz der SED - bis zum Ende 60er Jahre reicht die dritte Phase des soziokulturellen Umbruchs der Hochschullehrerschaft, die auch die bisher weniger betroffenen Bereiche bürgerlicher Kontinuität erreichte. Die Sozialstruktur der Professoren glich sich jetzt mit großer Zeitverzögerung dem revolutionierten Rekrutierungsmuster anderer „Intelligenz“-Berufe an. Stammten 1954: 12,9% der Professoren aus „Arbeiter- oder Bauernfamilien“, waren es 1961: 18,6%, 1965: 23,5%, 1969: 35,5% und 1971: 39,1%. Dieser Prozeß ging einher mit der endgültigen Etablierung der SED-Hegemonie unter der Professorenschaft. Der Mitgliederanteil stieg von 1954: 28,8%, 1961: 31,0%, 1965: 39,7%, 1969: 56,5% auf 1971: 61,5%. [24]

Zwei Ursachen sind für den Aufwärtsknick in den Kurven in Betracht zu ziehen. Einmal erleichterte in diesen Jahren ein längst fälliger akademischer Generationenwechsel die Plazierung des „richtigen“ Nachwuchses, der in den 50er Jahren aus den Reihen der „Neuen Intelligenz“ herangezogen worden war. Dann intensivierten und perfektionierten die SED und die von ihr gesteuerten staatlichen Instanzen ihre Personalpolitik. Die Assistentenordnung von 1957 unterstell-

te die Auswahl des Nachwuchses dem politischen kontrollierten Prorektorat für den wissenschaftlichen Nachwuchs und schwächte die Chancen der Hochschullehrer, ihre Schülerschaft nach eigenem Gutdünken auszuwählen. Der Selbstrekrutierungskreislauf der wissenschaftlichen Elite war damit an entscheidender Stelle durchbrochen. An diesem neuralgischen Punkt der Nachwuchsauswahl und -plazierung stärkte die SED auch in den folgenden Jahren systematisch ihren Einfluß. Kaderpläne machten die Personalentwicklung der einzelnen Fächer durchsichtig und prognostizierbar. Wo man bislang eher unsystematisch ins Berufungsgeschehen eingegriffen hatte, konnte man jetzt auf Basis seines größeren Reservoirs an berufungsfähigen und „kaderpolitisch“ tauglichen Nachwuchses zum bewußten soziopolitischen „Design“ einzelner Fächer übergehen.

Eine zusätzliche, unerläßliche Voraussetzung hierfür war der Mauerbau, der die Verhandlungsmacht der Hochschullehrer erheblich schwächte. Erst die Mauer enthob die SED der Notwendigkeit, nach ihrem Vorstoß von 1958 wie früher einen Rückzieher zu machen. Kaum daß die Assistentenordnung und anderen Maßnahmen zur „weiteren sozialistischen Umgestaltung des Hochschulwesens“ griffen, ging nämlich die Welle der „Republikfluchten“ aus den Hochschulen in die Höhe. Wie schon Anfang der 50er Jahre richtete sich die staatliche Hochschulverwaltung auch jetzt darauf ein, den Abwanderungsstrom durch Zugeständnisse zu dämpfen. Die Pläne dazu - von der Milderung des politischen Selektionsdrucks auf die As-

sistentenschaft bis zur Verbesserung des kulturellen Angebots für die Professorenkategorien - lagen bereits in der Schublade.[25] Die Mauer machte solches Einlenken überflüssig. Sie erst setzte den gesamtdeutschen akademischen Arbeitsmarkt außer Kraft, der bis dahin den ostdeutschen Professoren vor allem der Naturwissenschaften und der Medizin erhebliche Verhandlungsmacht gesichert hatte. Die aus der deutsch-deutschen Staatenkonkurrenz erwachsene Marktconstellation für hochqualifizierte Arbeitskräfte hatten den politischen Nivellierungsdruck gemildert und den Entbürgerlichungsprozeß bisher verzögert. Ab dem 13.8.61 war es damit vorbei.

Weitgehend ungebremst von taktischer Rücksichtnahme konnte die SED nach 1961 darangehen, den Beruf des Hochschullehrers neu zu schneiden, so daß er viele seiner traditionellen Prägungen verlor, die bislang noch spezifisch bürgerliche Werte gestützt hatten. Je besser die Kaderplanung von Partei und Staatssekretariat griffen, desto mehr gerieten die bürgerlichen Basiswerte des Berufs - Konkurrenz, Individualismus, selbstläufige Entfaltung der wissenschaftlichen Begabung, Wissenschaft als zweckfreie Wahrheitssuche, Freiheit der Forschung etc. - unter Druck. Planung, Außenkontrolle, Praxisorientierung, Kollektivität und Erziehung lauteten die neuen Leitbegriffe. Der Beruf des Hochschullehrers bekam neue Konturen. Forschungsfunktionen wurden zugunsten von Ausbildungs- und politisch-ideologisch verstandenen Erziehungsfunktionen geschwächt. Die Expansion der

Akademie der Wissenschaften flankierte eine tendenzielle, wenn auch nie konsequent durchgesetzte Differenzierung des klassischen integralen Berufsbildes vom Lehrer-Forscher: Primär forschende Wissenschaftler konzentrierten sich an der Akademie, vornehmlich lehrende an der Universität. Andere Eingriffe wie die Abwertung der Habilitation zur nur noch fakultativen Berufungsvoraussetzung durch die neue Habilitationsordnung von 1968 rundeten den Trend zu abnehmender Berufsautonomie und wachsender Außensteuerung nach wissenschaftsfremden Kriterien ab. Einen gewissen Schlußpunkt setzte die III. Hochschulreform Ende der 60er Jahre, mit der u.a. die traditionelle Fakultäts- und Institutsstruktur aufgelöst und damit die letzte institutionelle Bastion der alten Ordinarienmacht geschleift wurde.

IV. Die Entbürgerlichung der Bildungselite in der DDR war, anders als beim Wirtschaftsbürgertum der Unternehmer und Manager, kein kurzer revolutionärer Akt, sondern ein langgezogener und nicht immer geradliniger Prozeß. Im hier erörterten Fall der akademischen Reproduktionseleite der Hochschullehrer wurde er dadurch geprägt, daß Lehr- und Forschungsfunktionen in einen soziokulturellen Kontext eingewoben waren, aus dem sie bei Strafe dramatischer Leistungseinbußen nicht willkürlich herauszulösen waren. Schichtweise fielen zunächst die Bereiche bürgerlich geprägter Wissenschaft dem diktatorischen Formierungsvorstoß zum Opfer, die - wie im Fall der Philosophie und anderer geisteswissenschaftlicher Fächer - in den Augen der SED als quasi professio-

Professoren an Wissenschaftlichen Hochschulen und Universitäten der DDR

	Summe	Soziale Herkunft Arbeiter / Bauern		SED Mitgl.	ehem. NSDAP
1951	467	7,7%	7,0%	23,1%	19,5%
1954	605	12,9%		28,8%	28,4%
1961	1100	16,0%	2,6%	31,0%	29,5%
1962	1102	16,6%	2,2%	36,4%	28,5%
1965	1249	23,5%		39,7%	k.A.
1969	1629	35,5%		56,5%	k.A.
1971	1841	39,1%		61,5%	k.A.

Erfasste Hochschulen und Quellen:

1951: Rostock, Greifswald, Leipzig, Halle, Berlin zum 15.-31.12.51, Jena Sept. 1951. BAP R-3, 6064, 6065.

1954: Alle 6 Univ. und die TH Dresden, BAP R-3, 6075.

1961 u. 1962: Alle Universitäten, Technischen Hochschulen und Medizinischen Akademien, BAP R-3, 6060.

1965: Alle Universitäten, Technischen Hochschulen und Medizinischen Akademien, BAP R-3, 3963.

1969: Alle Universitäten, Technischen Hochschulen, Medizinischen Akademien und Ingenieurhochschulen, BAP, Stiftung Parteien u. Massenorg., ZK d. SED, IV/9.04/97.

1971: Ordentliche Prof. der Universitäten und Hochschulen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, Ebd.

k.A.: es liegen keine Angaben vor.

nalisierte Sinnstiftungskonkurrenten galten. Der Umbau der sozialen Rekrutierung und des Berufsmilieus dagegen zogen sich lange hin - gebremst durch taktische Rücksichtnahmen der SED, durch erfolgreiche Verteidigung von Besitzständen durch die Betroffenen, durch Nachwuchsmangel und durch die offene Westgrenze. Die Entbürgerlichung der Professorenschaft gelang in der geschlossenen Gesellschaft der Mauerzeit.

Erst jetzt rissen die verbliebenen Kontinuitätslinien des bürgerlichen akademischen Milieus ab. Der 13. August 1961 war auch in dieser Hinsicht das heimliche Gründungsdatum der DDR-Gesellschaft.

*Ralph Jessen, Dr., ist
Wissenschaftlicher Assistent
am FB Geschichtswissenschaften
der FU Berlin*

Anmerkungen:

[1] Clemens Vollnhals (Hg.), *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen 1945-1949*, München 1991; Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln 1992 [zuerst 1955]; Manfred Wille, *Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. 1945-48*, Magdeburg 1992.

[2] Hans-Hermann Lochen, *Grundlagen der Enteignungen zwischen 1945 und 1949*, in: *Deutschland Archiv*, 1991, S. 1025-1038; Jörg Roesler, *Enteignung, Verdrängung, Integration. Die Entwicklung des kapitalistischen und werktätigen Privateigentums in der DDR außerhalb der Landwirtschaft*, in: D. Keller u. a. (Hg.), *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bonn-Berlin 1993, S. 171-190; Wolfgang Zank, *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, München 1987; Arnd Bauerkämper, *Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945-1952*, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 119-143.

[3] Vgl. Andreas Gängel, *Die Volksrichterausbildung*, in: *Im Namen des Volkes. Über die Justiz im Staat der SED. Wissenschaftlicher Begleitband zur Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz*, Leipzig 1994, S. 47-55; Brigitte Hohlfeld, *Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945-1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat*, Weinheim 1992; Joachim Petzold, *Die Entnazifizierung der sächsischen Lehrerschaft 1945*, in: J. Kocka (Hg.), *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*, Berlin 1993, S. 87-103.

[4] Max Gustav Lange u. a., *Das Problem der „Neuen Intelligenz“ in der sowjetischen Besatzungszone. Ein Beitrag zur politischen Soziologie der kommunistischen Herrschaftsordnung*, in: *Veritas-Iustitia-Libertas. Fs. zur 200-Jahrfeier der Columbia University New York*, Berlin 1954, S. 191-246; Herbert Stallmann, *Hochschulzugang in der SBZ/DDR 1945-1959*, Sankt Augustin 1980; Hans-Joachim Lammell (Bearb.), *Dokumente zur Geschichte der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten der Universitäten und Hochschulen der DDR*, Tl. 1: 1945-1949; Tl. 2: 1949-1966, Berlin (O) 1987 / 1988.

[5] Vgl. Christoph Kleßmann, *Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR*, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 254-270.

[6] Im Prinzip gilt dies auch für die außeruniversitär tätigen Wissenschaftler, auf die hier nicht eingegangen wird. Die vorgestellten Überlegungen stammen aus dem Zusammenhang eines größeren Forschungsprojekts zur Sozialgeschichte der Hochschullehrer in der DDR der Ulbricht-Ära. Vgl. zu weiteren Details: Ralph Jessen, *Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära*, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 217-253 und *Ders., Zur Sozialgeschichte der ostdeutschen Gelehrtschaft (1945-1970)*, in: Martin Sabrow/Peter Walther (Hg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur*, Leipzig 1995 (im Erscheinen).

[7] Fritz Ringer, *A Sociography of German Academics. 1863-1938*, in: *Central European History* 25, 1992, S. 251-280; R. Zneimer, *The Nazis and the Professors: Social Origin, Professional Mobility and Political Involvement of the Frankfurt University Faculty 1933-1939*, in: *Journal of Social History* 12, 1978, S. 147-158.

[8] Ulrich Engelhardt, *„Bildungsbürgertum“: Begriffs- und Dogmengeschichte eines Etiketts*, Stuttgart 1986, S. 205; vgl. auch Rainer M. Lepsius, *Das Bildungsbürgertum als*

ständische Vergesellschaftung, in: Ders. (Hg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Tl. III: Lebensführung und ständische Vergesellschaftung, Stuttgart 1992, S. 8-18.

[9] Vgl. Engelhardt, Bildungsbürgertum, S. 28.

[10] Siehe Hannes Siegrist (Hg.), Bürgerliche Berufe. Beiträge zur Sozialgeschichte der Professionen, freien Berufe und Akademiker im internationalen Vergleich, Göttingen 1988.

[11] Die Zahlen nennt Roland Köhler, Zur antifaschistisch-demokratischen Reform des Hochschulwesens der DDR 1945-1950 (unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit der Deutschen Verwaltung für Volksbildung und des Ministeriums für Volksbildung der DDR) (Diss. A), Leipzig 1969, S. 94. Vgl. auch Wille, Entnazifizierung, S. 92 f.

[12] Hierzu immer noch wichtig die detailreiche Darstellung von Marianne Müller/ Egon Erwin Müller, „...stürmt die Festung Wissenschaft.“ Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, Berlin 1953. Siehe jetzt auch Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller, Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994.

[13] BAP R-3, 6064, 6065

[14] Jessen, Professoren im Sozialismus, S. 241.

[15] 1954: 28,4%; 1961: 29,5%. Zum Vergleich der Anteil der Professoren mit SED Parteibuch: 1954: 28,8%, 1961: 31,00%. BAP R-3, 6075 u. 6060.

[16] Werner Hartkopf, Die Berliner Akademie der Wissenschaften. Ihre Mitglieder und Preisträger 1700-1990, Berlin 1992.

[17] Beispiele finden sich in: BAP R-3, 265-267.

[18] Hartmut Linde, in: Guntolf Herzberg/Klaus Meier (Hg.), Karrieremuster. Wissenschaftlerporträts, Berlin 1992, S. 16-39, hier: 21.

[19] Wolfram Schlenker, Das „Kulturelle Erbe“ in der DDR. Gesellschaftliche Entwicklung und Kulturpolitik 1945-1965, Stuttgart 1977, S. 73 ff.

[20] Siehe etwa die Abschiedsbriefe des Physiko-Chemikers E. Kordes und des Landwirtschaftswissenschaftlers W. Schleusner aus dem Jahre 1953 in: BAP R-3, 3950.

[21] Siehe Benno Parthier (Hg.), Die Leopoldina. Bestand und Wandel der ältesten deutschen Akademie. Fs. d. Präsidiums der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina zum 300. Jahrestag der Gründung der heutigen Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1994, Halle 1994.

[22] Hinweise auf diesen Kreis in: BAP R-3, 344, 175.

[23] Vgl. Fallschilderungen in BAP R-3, 223, 1284, Bd. 2, 1345.

[24] Jessen, Professoren im Sozialismus, S. 225, 241 f und BAP R-3, 6060.

[25] Siehe die Vorgänge in: BAP, Stiftung Parteien und Massenorganisationen, ZKd. SED IV 2/9.4./17 und BAP R-3, 1334, 172.

Sabine Gries & Dieter Voigt (Bochum):

Reisekader der DDR - Kundschafter und Erfüllungsgehilfen der SED

1. Die Reisekader

Seit der Gründung des Staates DDR im Jahre 1949 haben Zentralkomitee und SED ihre Machtpolitik nach sowjetischem Vorbild auf *Kader* gestützt, auf politische Eliteeinheiten, die für alle Abteilungen des Staatsapparates und für alle Funktionen der politischen Führung herangebildet wurden. Ein besonderes Augenmerk galt den Kadern der Außenpolitik.

Für den Aufstieg in Kaderpositionen boten Partei und Staat eine Vielzahl von Anreizen. Wer in der DDR dem wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Führungskader angehörte, verfügte - allen Gleichheitsbeschwörungen zum Trotz - über mannigfaltige Privilegien, die sich parallel zum "sozialistischen Aufstieg" vervielfältigen konnten.

Manche Kader genossen auf Grund ihrer Stellung und des Vertrauens, das Staat und Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in sie setzten, ein spezielles Privileg - als *Reisekader* waren ihnen Dienstreisen ins Ausland möglich, auch ins westliche Ausland, eine Belohnung, deren Wert und Anreiz sich für den Untersucher gar nicht überschätzen läßt. Häufig waren diese privilegierten und

auch beneideten Reisekader zugleich *Inoffizielle Mitarbeiter* (IM) des MfS (Felber, 1970; Klein/Linthe/Schulze 1985; Hinkel/Budan/Sebbin 1988).

Wie sah nun die Arbeit der Reisekader mit besonderem Auftrag aus? Lobend schreibt ein Führungsoffizier über den von ihm betreuten IM "Traugott", einen Professor für evangelische Theologie: "Der IM übergab einen ausführlichen Reisebericht, der nicht nur die theologischen Seiten einschätzte, sondern auch die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse in Schweden" (Reisekader-Bericht Nr. 10).

In einem achtseitigen Bericht, der dieser Begutachtung beigelegt ist, informiert "Traugott" seinen Führungsoffizier und das MfS detailliert über den durchschlagenden Erfolg der DDR-Delegation während einer Theologenkonzferenz in Uppsala; selbst auf dem Gebiet neutestamentlicher Forschung waren Wissenschaftler der atheistischen DDR demnach denen aus der "BRD" durchweg überlegen. Darüber hinaus legte der MfS-treue Theologe eine Teilnehmerliste dieser Konferenz bei, sondierte das politische Verhältnis Schwedens zur DDR,

erhellte innenpolitische Schwierigkeiten des Gastlandes und vergaß weder, die Randständigkeit der Forscher aus der Bundesrepublik Deutschland zu beto-

2. Sinn und Aufgabe der Pflichtberichte

Wenn es darum geht, die Wirkungsgeschichte des SED-Regimes von der sozialen Basis her zu dokumentieren, dann kommt den Pflichtberichten der Reisekader der DDR zentrale Bedeutung zu, weil in ihnen der Horizont sowohl gesteuerter als auch freier Erfahrung präzise beschrieben ist. Man erkennt, wie die reisenden Bürger ihrer Berichtspflicht genügten, wie sie sich schriftlich in ein Verhältnis zu ihrem Staat setzten, ob sie sein Selbstbild akzeptierten und wie sie über andere Staaten, deren Institutionen und Bürger urteilten.

Codiert und statistisch ausgewertet wurden von uns bisher 251 in Inhalt und Form höchst unterschiedliche Reisekaderberichte; von diesen stammen 107 aus der Hand von Akademikern, von denen wiederum 46 den Professorentitel führten. 39 der 107 wissenschaftlichen Berichtersteller waren offenkundig informelle Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit. Offizielle Gründe der Auslandsreisen dieser Akademiker waren vor allem wissenschaftlicher Art: Kongresse (35), Studienaufenthalte (20), Tagungen und ähnliche Veranstaltungen (insgesamt 15). Wenn unsere bisherigen eigenen Forschungsergebnisse auch schwerpunktmäßig den 70er und 80er Jahren zuzurechnen sind, so schickte die DDR ihre Wissenschaftler schon von Anbeginn an zur Informationsbeschaffung und aus "Koexistenz"

nen, noch sich selbst, sein eigenes Können und seine besondere wissenschaftliche Wirkung dem MfS gegenüber ins rechte Licht zu setzen.

gründen ins "befreundete" und ins "feindliche" Ausland. Die Berichte der Reisekader wurden detailliert nach Kriterien ausgewertet, die zumindest den Reisekader-IM in ihren Grundzügen schon vor Reisebeginn bekannt gewesen sein müssen.

Einschätzung eines Reiseberichts des IM "Robert" durch den zuständigen Führungsoffizier, Hauptmann Pavlus (14.4. 1982):

"Der Bericht wurde auftragsgemäß und entsprechend der Einsatzrichtung des IMS Robert erarbeitet. Aus dem Bericht gehen im Wesentlichen Stimmungen und Haltungen in Betrieben der BRD hervor, wie sie gegenwärtig typisch sind. Es muß dabei eingeschätzt werden, daß vorrangig Probleme angesprochen werden, die mit der sozialen Lage der Werktätigen der BRD in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Operativ bedeutsame Probleme bzw. Vorkommnisse gab es nach Angaben des IM während dieser Dienstreise nicht. Der IM wurde beauftragt, die im Bericht getroffene Einschätzung zu den Personen zu konkretisieren.

Maßnahmen:

Bericht abschriftlich zur NSW-Firmenakte
Überprüfung der im Bericht genannten Personen in den Speichern der HA VI mit dem Ziel ihrer Identifizierung" (Reisekaderbericht Nr. 232).

Grundsätzlich sollte jede Reise eines Bürgers der DDR ins Ausland den Prinzipien der Außenpolitik genügen, so daß der Reisende einen Beitrag zur Selbstdarstellung der DDR im Ausland leistete. Von Anbeginn an haben die SED und die staatlichen Leitungs- und Aufsichtsorgane der DDR alle Auslandsreisen ihrer Bürger einer strengen staatlichen Kontrolle unterworfen.

Auch für die Innenpolitik der DDR hatten die Auslandsreisen eine große Bedeutung: die Aufnahme in den Reisekader oder die Sondergenehmigung für eine Auslandsreise wurden abhängig gemacht von einer positiven Einstellung des jeweiligen Bürgers zu Staat und Partei. Die Kontakte mit der Sowjetunion und den Ländern des Ostblocks wurden in das Programm der Freundschaft und der Vorbildlichkeit eingebunden. Ziel aller Auslandsreisen innerhalb des Ostblocks war daher die Förderung und Verbesserung von Kontakten auf allen Ebenen des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Dabei stellten vor allem die wissenschaftlichen Reisekader sich selbst gern in der Rolle des Lehrers oder (überlegenen) Beraters dar und urteilten über gesellschaftliche und politische Verhältnisse der "Bruderländer" - mit Ausnahme der Sowjetunion oft in einer Mischung von Herablassung und Leutseligkeit. Über Erfahrungen aus Warschau wird etwa berichtet:
"Hinsichtlich meiner Absicherung gab es keine Probleme. Meine Legende wurde mir abgenommen. Ich bin auch in 2 Fällen allein weggegangen, um meine persönlichen Dinge zu klären, wozu es auch

keine weiteren Fragen gab. Gefolgt ist mir dabei niemand.

Meine persönlichen Sachen hatte ich stets unter Kontrolle. Ich habe auch keine Veränderungen bemerkt. Ich schätze ein, daß meine beiden ungarischen Salami bei meiner Ankunft mit beigetragen haben, daß ich von meinen Gesprächspartnern akzeptiert worden bin.

Ich halte die geknüpften Kontakte für ausbaufähig" (Reisekader-Bericht Nr. 62).

Anders verhielt es sich mit den Reisen ins westliche Ausland. Sie wurden einerseits durch die Deutschlandpolitik und andererseits durch die Politik der Westabgrenzung im Sinne der jeweiligen Parteitagebeschlüsse eingeschränkt. Vor allem sollte der DDR-Bürger im westlichen - und das meint immer feindlichen - Ausland ein eigenes Staatsbewußtsein entschieden vertreten. Das führte zum Beispiel dazu, daß in den Reisekaderberichten akribisch notiert wurde, ob am Tagungsort die DDR-Flagge gehißt war, die richtigen Fähnchen auf den Konferenztischen standen, die "BRD" als Deutschland bezeichnet wurde etc. Denn es handelte sich bei Westreisen um Aufenthalte im *feindlichen* Ausland, dessen Bürger und dessen Politiker (und natürlich die überall vermuteten Agenten und Spione) auf unterschiedliche Weise - durch "Imperialismus", Kapitalismus, Bürgerlichkeit, "reaktionäre" Deutschlandpolitik und vieles andere mehr - den Staat DDR und sein Sozialismuskonzept zu bedrohen schienen. Reiseerfahrungen der DDR-Bürger sollten vor allem auch der Staatssicherheit ein breites Feld von Informationen und

eine Grundlage für ihre Aktivitäten liefern: nach der Rückkehr des Reisenden waren kurze und formale Sofortberichte abzuliefern, nach vier bis fünf Wochen ausführliche Sachberichte.

Erich Mielke verstand jede Auslandsreise als *"Tätigkeit sozialistischer Kundschafter an der unsichtbaren Front"* (Frikke 1989, S. 144). Im Vordergrund der Genehmigung einer Reise stand also immer das staatliche und gesellschaftliche Interesse der SED-Führer. *"Der Reisende muß die DDR würdig vertreten"* (Richtlinien 1974, S. 5). Reisen, die zum ungesetzlichen Verlassen der DDR ausgenutzt werden könnten, waren zu untersagen (ebd., S. 6). Daher wurden alle Reisen so vorbereitet, daß auf Grund der konkreten politischen Situation *"Festlegungen für das Auftreten im Ausland"* (ebd., S. 16 f.) bestimmt werden. Schon der Prozeß der Auswahl der Reisekader läßt erkennen, welche genauen personellen Vorprüfungen vor jeder Genehmigung durchgeführt wurden. Es ging nicht nur um das politisch-ideologische Profil einer Person, sondern um die ganze Skala des Charakters und Verhaltens in Arbeit und Freizeit. Insbesondere wurden auch alle familiären Beziehungen in den Prüfungsprozeß einer Dienstreisegenehmigung einbezogen, zumal wenn Verbindungen zu Verwandten im Ausland bestanden.

Eines aber ist heute schon sicher: *die IM* - auch die aus leitenden Positionen - wurden kaum einmal auf dem Wege von Druck und Erpressung geworben. Solche Mitarbeiter waren dem MfS viel zu unzuverlässig und auch persönlich zu labil, neigten zur gefürchteten "Dekon-

spiration" (der Aufdeckung der eigenen IM-Rolle in Familie, Betrieb und Bekann-tenkreis), zu Ausweichmanövern und wenig ergiebigen Berichten und hätten schon gar nicht als Reisekader im "nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet" eingesetzt werden können.

Auch bei der fachlichen Qualifikation der Reisekader ging es nicht nur um Spezialkenntnisse und Fachkompetenz, sondern um Treue zur DDR, um einen festen Klassenstandpunkt und um die sozialistische Moral des Reisenden.

"Zur würdigen Vertretung des Sozialistischen Staates im nichtsozialistischen Ausland gehört in erster Linie, daß sich seine Gesandten durch ihr gesamtes Auftreten in jeder Phase ihres Auslandsaufenthaltes zu ihrem Staat und der von ihm verfolgten Politik bekennen, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben den höchsten Nutzeffekt anstreben und allen Versuchen ihrer Beeinflussung durch die kapitalistischen Kontrahenten und das kapitalistische System insgesamt widerstehen" (ebd., S. 9).

Alle Dienstreisenden erhielten eine genaue Programmanweisung mit Weg, Aufenthaltsort, Kontaktpersonen und den Direktiven für den entsprechenden Einsatz. Diesen Direktiven lagen sehr konkrete Vorgaben zugrunde.

"Die wiederholt bekräftigte Forderung des Genossen Minister, die Potenzen von Aufklärung und Abwehr noch wirksamer auf die *Beschaffung von Informationen, Materialien und Gegenständen zu Spitzenerzeugnissen und Technologien* führender kapitalistischer Unternehmen und Einrichtungen auszurich-

ten, stellt sich ... prononciert in qualitativ neuen Dimensionen und Anforderungen" (Hinkel/Budan/Sebbin 1988, S. 161).

Gruppenreisende unterstanden grundsätzlich einem Delegationsleiter, der die Direktiven der zentralen Staatsorgane zu befolgen hatte. Für das westliche Ausland haben die Direktiven immer den Charakter eines (gefährlichen) Feindeinsatzes. Damit rückte der erfolgreiche Reisekader allein durch seine Westreise in die Rolle eines Helden auf.

Daß die DDR aber auch ihren eigenen Reisekadern trotz strenger Auslese nicht wirklich traute, beweist die Tatsache, daß diesen Personen ihrerseits Reisekader-IMs zur Überwachung beigegeben wurden. In einer Dissertation der MfS-Hochschule Potsdam aus dem Jahre 1982 ist in diesem Zusammenhang zu lesen:

"Unter Beachtung der Erfordernisse zur deliktspezifischen Bearbeitung des operativen Materials sind mittels des IM-Einsatzes vor allem zu folgenden Fragen Informationen zu erarbeiten:

3. Formen, Zielvorgaben und Inhalte der Reisekaderberichte

Ziele aller Maßnahmen, Analysen und Erfahrungen waren ein schneller Informationsfluß und eine umfängliche Informationsgewinnung für alle zentralen Institutionen von Partei, Staat, Wissenschaft und Wirtschaft. Außerdem sollten die Informationen für das zukünftige Verhalten und Auftreten von anderen Reisekadern nutzbar gemacht werden. Der politische Nutzen, den die Reise in den Augen der Reisekader für den Staat

Unterhält die operativ interessierende Person [gemeint ist der Reisekader; d.V.] Kontakte und Verbindungen zu Bürgern des nichtsozialistischen Auslands und Westberlin oder versucht sie solche herzustellen, und worin besteht der Charakter der Verbindungen?

Bestehen Kontakte und Verbindungen zu Personen des sozialistischen Auslands, die als Gegner des real existierenden Sozialismus bereits bekannt sind oder wo anzunehmen ist, daß sie zu oppositionellen Gruppen in diesen Staaten gehören?

Unternimmt die operativ interessierende Person Handlungen zur Realisierung von Straftaten im sozialistischen Ausland allein oder in Verbindung mit Personen aus dem nichtsozialistischen Ausland und Bürgern sozialistischer Staaten, und welche Mittel und Methoden wendet sie dabei ein?

Versucht die Person, die Kontakte und Verbindungen zu obengenannten Personen gegenüber Familienangehörigen, Mitgliedern der Reisegruppe und anderen Personen zu konspirieren?" (Ott/Tichter/Schweinoch 1982, S. 232).

DDR haben mußte, wurde in vielen Reisekaderberichten angegeben.

Bei den Sofortberichten über Reisen *"zu Institutionen, Konzernen, Firmen, Einzelpersonen und zu Planveranstaltungen wie wissenschaftlich-technischen Tagungen, Kongressen, Messen, Ausstellungen"* (Richtlinien 1974, S. 29) ging es nach den Erklärungen der Richtlinie um eine möglichst genaue Erkundung

der ideologischen und fachlichen Gegebenheiten, die immer als Spiel feindlicher Kräfte verstanden wurden (ebd.). Dem Kaderleiter und dem Reisenden wurden eine Reihe von Fragen vorgelegt, die mit Deutlichkeit erkennen lassen, daß die Berichte auch ein Aufklärungs- und Spionageinteresse verfolgten:

· "Welche Anmeldevorschriften am Aufenthaltsort, einschließlich im Hotel waren erforderlich?" (ebd., S. 28).

· "Wurden Kontrollhandlungen während des Aufenthaltes festgestellt?" (ebd.).

· "Gab es Formalitäten beim Betreten der besuchten Objekte und wurden besondere Sicherungsmaßnahmen festgestellt?" (ebd.).

· "Welche Rolle spielen sie [die besuchten Einrichtungen, Konzerne, Unternehmen und Personen, d.V.] für die DDR und welche Position nehmen sie in ihren Beziehungen zum sozialistischen Wirtschaftsgebiet ein?" (ebd., S. 30).

· "In welcher Atmosphäre wurde verhandelt und wie ist die Glaubwürdigkeit der Verhandlungspartner einzuschätzen? Gab es Aktivitäten zur Störung der Beziehungen zur DDR und der sozialistischen ökonomischen Integration, wurde *außerordentliches* Entgegenkommen gezeigt?" (ebd., Hervorhebung durch d.V.).

· "Wurde ein auffälliges Interesse an politischen, wissenschaftlich-technischen, ökonomischen, kommerziellen oder anderen Vorgängen in der DDR bzw. anderen RGW-Staaten sichtbar?" (ebd.).

· "Werden Waren aus der DDR diskriminiert?" (ebd.).

· Mit "welchem Status" erfolgte "die DDR-Teilnahme"? (ebd.).

· "Mit welcher Resonanz erfolgte die Teilnahme der DDR-Delegation Einschätzung gehaltener Vorträge auf Tagungen, Öffentlichkeitswirkung und Bewertung der Qualität der DDR-Beteiligung an Messen und Ausstellungen?" (ebd.).

Bei allen Auslandsreisen und Gruppenreisen wurde vermutet, daß man deren Teilnehmer im westlichen *Feindgebiet* nicht nur ständig kontrollierte, sondern auch bewußt ideologisch beeinflusste.

"Mit dem Übergang der USA-Administration und anderer reaktionärer imperialistischer Kräfte besonders in den anderen NATO-Staaten zum Kurs der verschärften Konfrontation gegenüber den sozialistischen Ländern haben sich seit dem Beginn der 80er Jahre die Angriffe des Gegners auf die Reise- und Auslandskader der DDR weiter verschärft. Ausdruck dieser Verschärfung ist sowohl die ständig wachsende Zahl der Versuche des subversiven Mißbrauchs dieser Kader für Spionage, Handlungen im Rahmen der wirtschaftlichen Störtätigkeit und der politisch-ideologischen Diversion sowie für weitere feindliche und andere schadensverursachende Handlungen als auch die Zunahme von Provokationen, Festnahmen und Diskriminierungen anderer Art der Reise- und Auslandskader" (Klein/Linthe/Schulze 1985, S. 11).

Was in der DDR selbstverständliche Praxis des Aushorchens und ideologischen Beeinflussung war, wurde allen anderen Staaten, zumal denen im Westen, als

"aggressives Verhalten" unterstellt. So wurde auch nach Gepäckdurchsuchungen gefragt, nach Schwierigkeiten bei der Zollabfertigung, die in der DDR gang und gäbe waren. Dabei kam es bisweilen zu der grotesken Situation, daß der Reisekader den im Westen normalen Hotelzimmerservice als einen Beweis für ständige Bespitzelung wertete und so in seinem Bericht darstellte. Auch freundliche Einladungen durch westliche Kollegen (etwa zu einem Glas Wein) wurden in diesem Sinne gedeutet und eingeschätzt. Ein weiterer Punkt des speziellen Informationsinteresses: "*Trafen ehemalige Bürger der DDR in Erscheinung*" (Richtlinien 1974, S. 31) oder in Kontakt mit den Reisenden? Eine eigene detaillierte Anlage zur Richtlinie läßt erkennen, mit welcher Sorgsamkeit Personaldaten, Reisedokumente, Reiseziele und Antragsformalitäten gehandhabt wurden.

Für die Sofortberichte war eine Frist von drei Arbeitstagen nach Beendigung der Auslandsreise gesetzt. Alle Berichte haben zumindest einen einfachen Geheimhaltungsgrad: *Nur für den Dienstgebrauch*. Adressat des Originals des Sofortberichtes war der "Ministerrat der DDR, Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Vorsitzenden, Abteilung Auslandsdienstreisen, 102 Berlin, Klosterstr. 47". Ein zweites Exemplar ging an den Leiter der Institution, die die Reise beantragt und genehmigt hatte. Ein besonders angefordertes drittes Exemplar diente unter "*strenger Beachtung der Geheimhaltungsvorschriften*" dem Informationsfluß im "*Verantwortungsreich*".

An Stelle der Sofortberichte, die nach den allgemeinen Anweisungen frei formuliert waren, konnten bisweilen auch Berichtsformulare treten, die ausgefüllt werden mußten. Durch Formularfragen wurden der richtlinien- und plangemäße Ablauf der Reise kontrolliert und besondere Vorkommnisse oder wichtige Daten der Reise und spezielle Erfahrungen sogleich erfaßt.

Die Hauptberichte, für deren Abfassung drei bis fünf Wochen zur Verfügung standen, folgten dem allgemeinen Schema einer Reiseverlaufsskizze und enthalten ausführliche Darlegungen der Aktivitäten und Beobachtungen des Reisenden während der Erfüllung seiner Reiseplanaufgaben. Bei Teilnahme an Kongressen oder bei Besuchen von Institutionen der Wissenschaft, Technik, Arbeitswelt, Schule oder Kultur enthält der Bericht Sachinformationen über Orte, Personen, Objekte, Vorträge, Gespräche und Demonstrationen, aber immer auch Angaben über die eigene Leistung oder die Leistung der Reisegruppe aus der DDR. Erfolge werden stets in den staatlichen Zusammenhang eingebracht und als Steigerung des Ansehens der DDR gewertet. Sachinformationen aller Art erhalten vom Reisenden ein Wertungsurteil, das stets die Wichtigkeit für die DDR mitbemißt. *Es gibt in den Berichten kaum eine unpolitische Fachinformation.*

Auch die außerfachlichen Erlebnisse und Erfahrungen wurden in fast allen Berichten sorgsam notiert. Sie enthalten Angaben über den Grenzübertritt, über den Aufenthaltsort/orte, über die Art der Unterkunft, über alle Begegnungen und

Gespräche mit Personen, über die Würdigung des Reisenden als DDR-Bürger, über die Flagge der DDR, über die Position des DDR-Bürgers im Ausland, über auffälliges Verhalten, über Mitgehörtes, das die DDR betrifft, über politische Haltungen der Gesprächspartner bzw. Kongreßteilnehmer oder Institutsleiter. Grundsätzlich wurde angemerkt, ob man die DDR-Teilnehmer als gleichberechtigt akzeptierte, gelobt oder provoziert hatte. Auch das Verhalten der Mitglieder einer DDR-Delegation wurde positiv oder kritisch notiert. Über den Reiseerfolg wurde ein Fazit im Blick auf den Reiseauftrag und das Ziel der Auslandsreise gezogen. Form und Verlauf der Rückreise wurden mehr oder weniger ausführlich beschrieben. Daß durchweg Erfolge festgestellt wurden, erscheint natürlich; freilich fehlt auch hier selten der partielle oder staatliche Aspekt.

Wissenschaftliche Reisekader aus den Bereichen Naturwissenschaft und Medizin oder auch Techniker lieferten - auch als IM - zumeist kürzere Berichte als die Geisteswissenschaftler und die Theologen, in denen vor allem wissenschaftliche Sachfragen abgehandelt wurden. Dennoch wurde das Ministerium für Staatssicherheit auch mit anderen Details versorgt. So schreibt IM "Labor", ein Mediziner, über einen westdeutschen Fachkollegen desselben Forschungsgebiets:

"Auf BRD-Seite nahm ein Dr. X. [Name im Original geschwärzt; d.V.] vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft aus Erlangen teil. ... X. hinterließ keinen kooperativen Eindruck, offenbar reaktionär" (IM-Bericht Nr. 2).

Auch mit einer Analyse der westdeutschen Gesellschaft beschäftigte sich "Labor".

"Im Rahmen der Beratung fand auch eine Hafensrundfahrt [in Hamburg; d.V.] statt. Es wurde eingeschätzt, daß diese mehr als viele Artikel überzeugend wirkte, wie weit der Niedergang bereits vorangeschritten ist (Güterumschlag, Werften u. ä.). Ergänzt wurde das mit dem Anblick der besetzten und verwahrlosten Häuser" (ebd.).

Für den unbefangenen Leser klingen solche Aussagen zunächst einmal völlig harmlos; warum sollte ein Wissenschaftler seine im Ausland gewonnenen privaten Eindrücke und Erkenntnisse nicht weitergeben? Doch hier muß deutlich gesehen werden, daß der IM (und auch jeder andere Reisekader) im Auftrag einer staatlichen Institution handelte, deren zumindest dubiosen Charakter er auch zu DDR-Zeiten hätte erkennen müssen. Dazu kommt das geheime Operieren unter Menschen, die mit einer solchen Ausspionierung nicht rechneteten und unter den gegebenen Verhältnissen (wissenschaftliche Fachtagung, Gemeindetreffen, Verwandtenbesuch etc.) auch nicht rechnen konnten. Neben allem anderen ist auch der eklatante Bruch des Gastrechts moralisch zu verurteilen. Einige Reisekader scheuten sich nicht, mit den von ihnen Bespitzelten über Jahre hinweg eine enge persönliche oder sogar intime Beziehung einzugehen und das durchaus stolz auf die eigene Leistung in ihrem Bericht zu vermerken, wobei sie unbefangene Details des Intimlebens der von ihnen Bespitzelten ausplauderten:

"X [Name im Original geschwärzt; d.V.] ist homosexuell. Er hat einen sehr umfangreichen Bekanntenkreis und hat auch ständig homosexuelle Kontakte, wo ich der Meinung bin, daß er einen Teil dieser Kontakte finanziell bezahlen muß. Also es ist so, daß er mehrmals am Tage, wenn er frei hat, losgeht und sich Leute holt. ... In seinem Charakter möchte ich sagen, er ist unausgeglichen, sehr nervös und vor allem homosexuellen Dingen unterworfen" (Reisekader-Bericht Nr. 65).

Besonders bestürzt in diesem Zusammenhang, daß der berichtende Reisekader-IM selbst homosexuell ist und gerade auf Grund dieser Tatsache das besondere Vertrauen seines polnischen Gastgebers genoß.

Zu all dem kommt ein weiteres. Über verschiedene Verbindungswege hatte das MfS auch in der Bundesrepublik einen nicht zu unterschätzenden Einfluß, gerade auch in solchen sich unabhängig wählenden links-liberalen Kreisen, die mehr oder weniger offen mit einem "Salon-Kommunismus" oder dem "sozialistischen Experiment DDR" liebäugelten, partiell vom MfS finanziert wurden und den Staat DDR als einen gelungenen und erhaltens-, möglicherweise sogar übertragungswerten sozialistischen Versuch ansahen und darstellten, ein "besseres Deutschland" zu gestalten. Zu den Ansichten solcher "Freunde der DDR" meint der Engländer Timothy Garton Ash:

"Es wäre tatsächlich überraschend, würde er [ein vom Autor Ash befragter DDR-Bürger; d.V.] dem wohlüberlegten Urteil

eines ernsthaften, sympathisierenden englischen Schriftstellers zustimmen, daß die DDR ein 'präsentables Modell nach Art der autoritären Wohlfahrtsstaaten ist, wie es die osteuropäischen Nationen geworden sind'. Andere sprechen von einem 'akzeptablen Experiment'. Man muß sich fragen: akzeptabel für wen? Akzeptabel für den wohlgesonnenen, gutbetuchten Besucher, der einfliegt, eine Weile bleibt, mit ausgewählten, privilegierten, wohlsituierten Bürgern spricht; der dann nach Hause fliegt, um sein 'präsentables Modell' einer offenen Gesellschaft zu präsentieren?" (Ash 1981, S. 23 f.).

Wenn nun - auf durchaus verschiedenen Wegen - vom MfS signalisiert wurde, Herr X oder Frau Y seien "reaktionär" und der DDR feindlich gesonnen, seien "Anti-Kommunisten" oder "Ewig-Gestrigte", so bedeutete dieses Urteil für manche "progressiven" Kräfte auch und gerade im Bereich der Wissenschaft der Bundesrepublik Deutschland soviel wie "nicht tragbar". In der Folge konnte es durchaus geschehen, daß diese verurteilten "Reaktionäre" plötzlich von Fachkollegen angegriffen oder geschnitten wurden, daß Einladungen zu Kongressen ausblieben, schon bestätigte Vortragstermine kurzfristig annulliert oder zuerst angeforderte Manuskripte unter fadenscheinigen Gründen zurückgeschickt wurden, ohne daß die Betroffenen verstanden oder auch nur ahnten, was da eigentlich vor sich ging, zumal sie ihre wissenschaftlichen Ansätze und Ansichten nicht geändert hatten.

Hin und wieder gibt es Berichte - vor allem aus den frühen Jahren der DDR,

deren Verfasser erkennen lassen, daß sie ihrem Staat mit echter Hingabe dienen und daß sie selbst vom Sieg des Sozialismus überzeugt sind. So schreibt der IM "Norbert" (Reisekaderbericht Nr. 54 vom 22. 9. 1959), ein Archäologe, über westdeutsche Arbeiter:

"Die Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen ist sehr groß, aber ein Weg zur Veränderung ist nicht sichtbar. Die Möglichkeit einer Veränderung der Situation sieht man in einer sog. 'Befreiung', die man ungefähr in folgender Formulierung zum Ausdruck brachte - wenn die Russen oder Ihr kommen würdet, wären auch hier sehr viele Freunde. Republikflüchtige werden von diesen Menschen sehr negativ angesehen. ... *Die Parole vom schlechten Standard in der DDR wird nicht mehr anerkannt.* Der Berliner Rundfunk [DDR-Sender; d.V.] wird sehr viel gehört, weil die Sendungen gut sind" (Hervorhebung durch d.V.).

War das nun eine wahrheitsgetreue Schilderung westdeutscher Verhältnisse? Diente die Darstellung als Beweis eigener Tüchtigkeit oder handelt es sich hier um reines Wunschdenken? "Norbert" schildert nämlich auch Akademikerkollegen, selbst solche, die er mit Attributen wie *"fest konfessionell gebunden"* oder *"stammt aus dem Mittelstand"* versieht, als Menschen, die der DDR viele positive Seiten abgewinnen können. *"Besonderen Eindruck hat bei ihm die Regelung des Hochschulbesuchs in der DDR gemacht, die er als vorbildlich ansieht"*, heißt es an einer Stelle, *"der Osten ist durch sein System vielleicht stärker als der Westen"* an einer anderen.

Einem Wissenschaftler, der als Autodidakt Schwierigkeiten mit westdeutschen Prüfungsordnungen hat, wird ein Studienplatz in der DDR angeboten. Lobend erwähnt "Norbert" in diesem Zusammenhang:

"In allen Gesprächen kam eine Bereitwilligkeit zum Ausdruck, sich mit Fragen über die DDR zu beschäftigen. Die Gefahr, in die die Bundesrepublik durch die Bonner Politik getrieben wird, wurde im allgemeinen richtig eingeschätzt."

Und über sein "konspiratives" Gespräch mit einem Professor berichtet "Norbert": Während des Gesprächs

"gab er eine offene Einschätzung des Bonner Staates ab. Danach wird der gesamte Staat von einer kleinen Gruppe von Menschen beherrscht, die jede Opposition, wenn sie konkretere Formen annimmt, unterdrückt. Die herrschende Rolle spielen dabei die Kapitalisten und der Klerus. Nach seinen Ausführungen werden sogar bürgerliche Kräfte, die Verbindungen mit der DDR haben oder sich nur gegen den augenblicklichen Kurs der Bonner Regierung stemmen, benachteiligt. Als Beispiel führte er dann seine Person an, so wurde er nicht zum ordentlichen Professor ernannt - diese Ernennung war 1959 fällig - sondern erhielt den Titel wissenschaftlicher Rat, was das Ende seiner Hochschullaufbahn bedeutet. Als Grund für diese Maßnahme gab er seine Beziehung zu Prof. X [Name im Original geschwärzt; d.V.], seine Reise nach Moskau und verschiedene Äußerungen gegen die Bonner Politik an. ... Weiterhin führte er aus, daß sich das System der DDR, trotz Fehler durchsetzen wird, weil es das bessere

System in Deutschland ist. Als Fehler bezeichnete er z.B. das Paßsystem; wenn mehr Menschen die DDR besuchen könnten, würden die Lügen über die DDR schneller entlarvt werden" (ebd.).

Immerhin hat "Norbert", selbst wenn sein Bericht geschönt sein sollte, bei seinem Einsatz zwei mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland Unzufriedene aufgetan, die das MfS gegebenenfalls als Informanten in Westdeutschland "aufbauen" konnte. Dabei spielt es keine Rolle, daß die Information Fehler im Blick auf die Berufungs- und Ernennungspraxis an westdeutschen Universitäten enthält. Es geht allein darum, Personen kennenzulernen, die sich vom System benachteiligt fühlen und offen sind für ideologische Beeinflussung oder Kooperation mit Reisekadern und IMs oder Kontaktoffizieren. Zudem berichtete "Norbert" auch über ihm bekannt gewordene militärische Fakten und betrat damit das Gebiet der Spionage. Er fotografierte militärische Objekte wie eine Pontonbrücke und eine Kaserne und versorgte seinen Führungsoffizier mit der Adresse einer Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer. Zu betonen ist in diesem Zusammenhang noch einmal, daß "Norbert" als Archäologe auf Einladung der Universität Bonn an einer wissenschaftlichen Ausgrabung teilnahm und Gast eines Staates war, dessen Bürger er bespitzelte und dessen militärische Einrichtungen er auskundschaftete.

Auch 30 Jahre später, im Jahre 1987, wurden dem Staat DDR Informationen zugeführt, die wissenschaftliche Reisekader auf dem Wege der Industriespio-

nage gewonnen hatten. Zwar klingen die Aussagen über Gewinnspannen bei der Arzneimittelherstellung und die Entwicklung neuer medizinischer Geräte harmlos, doch dienten sie - auf wissenschaftlichen Kongressen gewonnen - als Mosaiksteinchen bei der Entwicklung DDR-eigener Produkte, bei denen man sich die aufwendige und langdauernde Forschungsarbeit ersparen konnte. Auch wurde das Endprodukt auf dem Weltmarkt verbilligt und konnte kostbare Devisen einbringen. Nicht umsonst ergänzte ein medizinischer Institutsdirektor seine Ausführungen über Retroviren, Medikamentenentwicklung und Handelsspannen mit dem Zusatz: *"Für VEB Berlin-Chemie wichtig!"* (Reisekader-Bericht Nr. 81). Andere Reisekader hatten jedoch weit detaillierte Aufträge.

"Zur Erhöhung des eigenständigen Beitrags der Linie XVIII sind stärker solche potentiellen Quellen zu erschließen, wie der Einsatz von Reisekadern, Wirtschafts- und Wissenschaftskadern aber auch die offiziellen Möglichkeiten der Reisetellen und des Betreuersystems für Einreisende aus dem NSW für die Zielstellungen der wissenschaftlich-technischen Aufklärung. Konkretisiert bedeutet das für die operativen Mitarbeiter u.a., sich in IM-Berichten von Reise- und Auslandskadern nicht mit der Darstellung ökonomischer oder kommerzieller Problem zufrieden zu geben. Vielmehr ist auf den politisch-operativen Hintergrund zu dringen und sind die in Reisetellen oder im Betreuersystem zum Einsatz kommenden Kader so zu instruieren, daß sie zu einer systematischen und zielgerichteten Abschöpfung auch

tatsächlich befähigt werden" (Hinkel/Budan/Sebbin 1988, S. 163 f.)

Hier zeigt sich nicht nur deutlich die Tatsache, daß Reisekader mit detaillierten Spionageaufträgen ins Ausland geschickt wurden, auch ein weiteres Faktum wird klar: manche Reisekader erfüllten die in sie gesetzten Hoffnungen offensichtlich nicht. So sind auch in den uns vorliegenden Berichten banale Darstellungen zu finden, die offensichtlich nur dem Ziel dienen sollten, dem Reisekader möglichst bald eine neue Auslandsreise zu ermöglichen.

Die DDR-Führung widmete der Ausbildung ihrer Mitarbeiter ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit und kontrollierter Förderung; vor allem diejenigen, deren Wirkungsfeld auch im Ausland lag, waren strengen Richtlinien unterworfen. Alle Dienstweisungen für das Verhalten und die Arbeit im Ausland hatte durchgängige Geltung, so daß es kaum noch darauf ankam, ob der jeweilige Kader seine Rolle als offizieller Repräsentant, als "normaler" Reisekader oder als IM erfüllte; groß war der Unterschied sowie so nicht, und häufig war er nicht einmal vorhanden.

Es gab sicherlich auch ehrliche und moralisch hochstehende Reisekader, aber das blieben Ausnahmen. Es steht schlecht um die Genossen Reisekader (unter den Reisekadern gab es übrigens nur verschwindend wenig Frauen). Nicht nur, daß sie ihre Gastgeber bespitzelten und ausspionierten, manche leisteten auch Beihilfe zu Verbrechen oder begingen selbst welche. In einer Disserta-

tion der "Juristischen Hochschule Potsdam" (Hochschule des MfS) findet sich etwa eine detaillierte Anweisung zum Diebstahl von Computer-Software (Hinkel/Budan/Sebbin 1988, S. 296-302).

Reisekader unter dem arglosen Schutz ihrer westdeutschen Gastgeber waren willfähige Werkzeuge der SED-Führer. Wenn sie nicht tatsächlich vom eigenen Kampf gegen "Monopolbourgeoisie" und "Imperialismus" überzeugt waren, so half ein gewisser innerer Druck: Auslands-, besonders Westreisen machten "süchtig" und damit erpreßbar; denn der Ausschluß aus dem Reisekader und damit der Verlust einer gewissen Machtposition konnte jederzeit erfolgen.

Das Spektrum der verwerflichen Handlungen von Reisekadern ist breit. So verschieden die Tätigkeiten und Einsatzbereiche dieser Kader auch waren, gemeinsam war ihnen ihr Auftrag, konsequent im Sinne der Partei zu wirken und, zumal im westlichen Ausland, "Aufklärungs"-Arbeit zu leisten. Im Ausland wirkten die Reisekader, ob gewollt oder nicht, ob wissentlich oder in naiver Unwissenheit, immer auch als Spitzel und Spione. Die offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter hatten darüber hinaus auch Aufträge zu Entführung und Mord, getarnt als operative Aufgaben oder Maßnahmen besonderer Art (Hummitsch/Fiedler et al. 1975; Fricke 1994 passim).

*Sabine Gries, Dipl.-Soziologin,
und Dieter Voigt, Prof. Dr. phil., sind
an der Sektion Soziologie der Ruhr-
Universität Bochum tätig*

Literatur

Ash, Timothy Garton: "Und willst du nicht mein Bruder sein..." Die DDR heute, Hamburg 1981.

Felber, Horst: Psychologische Grundsätze für die Zusammenarbeit mit IM, die im Auftrag des MfS außerhalb des Territoriums der DDR tätig sind. Jur. Diss. an der Juristischen Hochschule Potsdam-Eiche, 1970.

Fricke, Karl Wilhelm: "Jeden Verräter ereilt sein Schicksal". Die gnadenlose Verfolgung abtrünniger MfS-Mitarbeiter. In: *Deutschland Archiv*, 27. Jg., H. 3, Köln 1994, S. 258-264.

Hinkel, Ulrich/Wolfgang Budan/Stefan Sebbin: Zur sicherheitspolitischen Durchdringung der weiten Anwendung der Schlüsseltechnologien, insbesondere Mikroelektronik, Rechentechnik und CAD/CAM. Zu damit verbundenen Anforderungen an die Einleitung und Realisierung leistungs- und effektivitätsfördernder Maßnahmen bei der Gewährleistung der Einheit von Feindbekämpfung, vorbeugender Schadensabwendung und Unterstützung. Jur. Diss. an der Juristischen Hochschule Potsdam-Eiche, 1988.

Hummitsch, Manfred/Heinz Fiedler et al.: Organisierung der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels. Jur. Diss. an der Juristischen Hochschule Potsdam 1975.

Klein, Günter/Manfred Linthe/Gerd Schulze: Die politisch-operative Sicherung der Reise- und Auslandskader für nichtsozialistische Staaten und Westberlin. Jur. Diss. an der Juristischen Hochschule Potsdam-Eiche, 1985.

Ott, Werner/Helmut Tichter/Hubertus Schweinoch: Aktuelle und perspektivische Erfordernisse sowie politisch-operative Arbeitsprozesse zur Sicherung des Reise- und Touristenverkehrs aus der DDR nach anderen sozialistischen Staaten, Jur. Diss. an der Juristischen Hochschule Potsdam-Eiche, 1982.

Klaus von Lampe (Berlin/Newark):

Einige Anmerkungen zur politischen Stellung der Wissenschaftler im System der DDR

Interessenartikulation und Interessendurchsetzung am Beispiel der Gentechnik

Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit im Wissenschaftsbereich scheint sich bislang weitgehend auf die Aspekte Stasi, die Instrumentalisierung von Forschung und Lehre durch den SED-Staat und die Frage der Qualität akademischer Abschlüsse zu beschränken. Es entsteht der Eindruck, als stünde dabei im Hintergrund jeweils das gleiche dichotomische Bild eines totalitären Systems, in dem es nur Unterdrückte und Unterdrücker und im nachhinein nur Sieger und Verlierer geben könne.

Im folgenden soll mit der Gentechnik-Diskussion ein Kapitel der DDR-Geschichte beleuchtet werden, das eine andere Sichtweise nahelegt oder zumindest die Frage aufwirft, ob nicht die DDR eher ein autoritäres System gewesen ist, gekennzeichnet u.a. durch einen begrenzten Pluralismus und den Verzicht auf eine alle Lebensbereiche durchdringende Ideologie. Eckart Jesse hat kürzlich in diesem Sinne gegen die vorherrschende „Totalitarismus-Doktrin“ die These eines zumindest in der Spätphase der DDR zunehmenden Spielraums für Andersdenkende und eines Rückzu-

ges der Ideologie von einer Anleitung zu einer bloß noch manipulativ einsetzbaren Rechtfertigungsfunktion gestellt.[1] Damit knüpft er an die offensichtlich im Zuge der Stasi-Diskussion etwas in Vergessenheit geratenen Erkenntnisse der westlichen DDR-Forschung an.

Speziell auf den Wissenschaftssektor bezogen schrieb Eckart Förtsch in einer 1988 erschienenen Bilanz der Ära Honecker: „Den repressiven Steuerungsmodus gibt es nicht mehr (...) Der administrative Steuerungsmodus (zentrale Planung der Ziele und Verwertungszusammenhänge, ökonomieförmige Beziehungen usw.) wird heute durch einen partizipativen Modus nicht ersetzt, wohl aber ergänzt: Wissenschaftliche Einrichtungen bestimmen die sie betreffenden Aufgaben und Bedingungen mit.“ Förtsch beschreibt das Wissenschaftssystem der DDR als Oligopol, bestehend aus einem Bündnis von politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten. Die Politik gebe zwar gewisse Prioritäten, Strukturen und normative Grenzen im Sinne von „Parteilichkeit“ vor, ergänzt durch

von den wirtschaftlichen Eliten formulierte ökonomische Imperative, die Wissenschaft bringe jedoch über ihre Repräsentanten in das Oligopol Expertenwissen und eigene Interessen ein. Innerhalb der scientific community erlaube die Entwertung der Ideologie als Leit- und Kontrollinstanz scheinbar autonome Debatten. Gleichwohl, in den gesamtgesellschaftlichen Raum hinein sah Förtsch diese Pluralität nicht fortgesetzt: „Öffentlichkeit ist Objekt, nicht Teil des Oligopols“.[2]

Förtsch deutet damit drei Sphären an, die als (wissenschafts-) politisches Aktionsfeld in Betracht kommen: der wissenschaftsinterne Bereich, der Komplex Staat/Wissenschaft und schließlich der gesellschaftliche Raum.

Am Beispiel der Gentechnik, über die seit den 60er Jahren in verschiedenen Publikationen der DDR diskutiert wurde, soll untersucht werden, welche Spielräume hier jeweils bestanden und wie sie genutzt worden sind. Als Datengrundlage dienen rd. 110 einschlägige Veröffentlichungen, deren Auswertung durch - nichtrepräsentative - Interviews mit vier Akteuren [3] ergänzt wurde. Die Aussagekraft der Daten für die hier gewählte Fragestellung ist sicherlich begrenzt, kann doch verlässlich eine Feststellung allein darüber getroffen werden, was tatsächlich gedruckt und veröffentlicht wurde. Zu Qualität und Quantität der hinter den Kulissen ausgeprägten Konflikte geben sie nur vereinzelte Hinweise. Nach Maßgabe dieser Einschränkungen bietet sich die Gentechnik-Diskussion für die aufgeworfene Fra-

gestellung gleichwohl in besonderem Maße an, geht es doch um einen grundlegenden Konflikt zwischen ethischen, d.h. auch ideologischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Belangen, in dessen Zentrum die Wissenschaft für sich eine Standortbestimmung vornehmen muß. Dieser Konflikt hat sich mehr als andere Auseinandersetzungen in der DDR-Öffentlichkeit niedergeschlagen, obwohl sein Gegenstand spätestens seit den 70er Jahren konkret und eingrenzbar ein Element staatlicher Politik betraf. Als Sonderfall einer ansonsten gelenkten Öffentlichkeit bietet die Gentechnik-Diskussion so eine relativ breite, im nachhinein nicht manipulierbare Materialgrundlage.

Die Gentechnik-Diskussion ist bereits an anderer Stelle dargestellt worden [4], so daß hier die Erörterung auf die wesentlichen Entwicklungslinien und Hauptcharakteristika beschränkt werden kann.

Die Anfänge der Diskussion liegen in den 60er Jahren, also zeitlich vor dem weltweit ersten gentechnischen Experiment (1972) und der - in erster Linie auf Initiative der daran interessierten Wissenschaftler erfolgten [5] - Aufnahme gentechnischer Forschung in der DDR (1973). Sie gehen einher mit der endgültigen Überwindung des Lysenkoismus und damit dem Ende der ideologischen Bevormundung der Genetik in der DDR.[6] Ganz im Gegenteil schien die politische Führung nunmehr und bis in die 70er Jahre hinein unsicher in der Bewertung der sich abzeichnenden neuen Möglichkeiten, wie sich aus verschiedenen Verlautbarungen ablesen läßt. Die

marxistisch-leninistische Philosophie wurde aufgefordert, Lösungen für die „in weltanschaulicher und ethischer Hinsicht neue(n) Probleme“ zu finden, wenngleich eine unethische Anwendung des genetischen Wissens im Sozialismus a priori als unmöglich galt.[7]

Anknüpfungspunkt der Diskussion waren Spekulationen im Westen über mögliche manipulative Eingriffe in das menschliche Erbgut, z.B. um eine Anpassung an die Erfordernisse der Weltraumfahrt zu erreichen. Entsprechend der Frontstellung des kalten Krieges konnten diese Überlegungen als „biologistisch“ zurückgewiesen werden.[8] Dennoch wurde in der Folgezeit die Frage der Zulässigkeit genetischer Eingriffe am Menschen auch unter Geistes- und Naturwissenschaftlern der DDR heftig diskutiert. Ab Mitte der 70er Jahre trat das Problem der Laborsicherheit hinzu. Der Kreis der Diskutanten erweiterte sich Ende der 70er Jahre um Kulturschaffende, die die Debatte auf die Ebene einer grundsätzlichen Problematisierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft hoben. Ansätze einer Verbindung beider Diskussionsstränge gab es in der Endphase der DDR.

Den Auslöser der DDR-internen Diskussion bildete ein 1969 in der kulturpolitischen Zeitung „Sonntag“ gedruckter Artikel des Leiters der damals neugeschaffenen Abteilung für Genetik der Universität Rostock, Erhard Geißler, der über die Heilung von Erbkrankheiten hinaus für die Eliminierung „defekter“ Gene eintrat, im Sinne einer „Zucht“ von Menschen mit maximaler Resistenz gegen

krankheitserregende und mutationsauslösende Agenzien“.[9] Geißler erntete massiven Widerspruch, die Reaktionen blieben jedoch auf die scientific community beschränkt, sieht man einmal davon ab, daß zwei der Hauptkritiker, der Philosoph Rolf Löther und der Biologe Helmut Böhme, ihren Standpunkt über das SED-Organ „Einheit“ öffentlich darlegen konnten.[10]

Geißler traf im Prinzip der gleiche Vorwurf, der zuvor in Richtung Westen erhoben wurde: Die Propagierung einer „Verbesserung“ des Menschen folge einer inhumanen, weil den Menschen unterordnenden Fortschrittslogik. Bei näherem Hinsehen erweist sich die Differenz zwischen Geißler und seinen Kritikern, was die praktischen Konsequenzen anbelangt, als gering, wurden Eingriffe in das menschliche Erbgut doch keineswegs prinzipiell abgelehnt. Ganz im Gegenteil fand die Entwicklung genetischer Eingriffe zum Zwecke der „Heilung und Vorbeugung“ von Erbkrankheiten (Löther) bzw. des „Ersatzes defekter Gene“ (Böhme) breite Zustimmung.

Erst in der Folge der ersten praktischen Erfahrungen mit der Gentechnik kamen Zweifel auf, inwieweit angesichts der Komplexität der menschlichen Erbanlagen ein Eingriff jedenfalls in Keimzellen überhaupt kontrollierbar sei. Die wichtigste Vertreterin dieser Position war die DDR-Gentechnik-Pionierin Sinaida Rosenthal.[11] Sie gehörte auch zu jenen, die das Problem der Laborsicherheit ansprachen. Aber gerade in diesem damals für die DDR bedeutsamsten Aspekt blieb die Debatte konturenlos, und die

anfängliche Geheimniskrämerei um gentechnische Forschung zeigt sich hier besonders deutlich. Konkrete gentechnische Forschungsvorhaben in der DDR wurden, soweit ersichtlich, erst 1981 publik gemacht.[12] Eine Öffentlichkeit für die praktischen Probleme beim Aufbau gentechnischer Forschungsstätten gab es zu keinem Zeitpunkt. Staat und Wissenschaft begnügten sich mit einer 1978 gemeinsam erarbeiteten Sicherheitsrichtlinie, die insgesamt vage formuliert war und deren Kernstück, eine mit Fachleuten besetzte Kontrollkommission, erst 1981 in die Praxis umgesetzt wurde.[13]

Kennzeichnend für die innerhalb der scientific community geführte Diskussion sind demnach drei Aspekte: 1. die Ablehnung auf den Menschen bezogener „biologistischer“ Züchtungskonzeptionen, bei gleichzeitig 2. der Befürwortung therapeutischer Eingriffe in menschliche Körperzellen, ohne Keimzellentherapien für die Zukunft kategorisch auszuschließen, und 3. die fehlende Thematisierung konkreter Probleme gentechnischer Forschung in der DDR.

Die Ausrichtung der Gentechnik-Diskussion erfuhr einen grundlegenden Wandel, als Ende der 70er Jahre Kulturschaffende begannen, sich zu Wort zu melden. Hintergrund dieses Engagements war eine zivilisationskritische Strömung in der DDR-Literatur [14], die sich auch in dem 1976 erschienenen Roman „Krabat oder Die Verwandlung der Welt“ des sorbischen Schriftstellers Jurij Brezan niederschlug. Darin geht es um die potentielle Gefährlichkeit der Gentech-

nik als Problem der moralischen Reife der Menschheit schlechthin.[15] Nachdem die zentrale Aussage des Buches in Rezensionen nur marginale Beachtung gefunden hatte, äußerte sich Brezan nochmals in zwei Interviews, 1976 in der „Berliner Zeitung“ und 1979 in „Sinn und Form“: „Die genetischen Forschungen, die uns über kurz oder lang in die Lage versetzen werden, in das Wesen der Menschen überhaupt einzugreifen, zählen zu den schrecklicheren Dingen. Das, was hier kommen kann, ist so schaurig, daß man es sich überhaupt nicht ausmalen kann“.[16]

Mit diesen Äußerungen rief Brezan Geißler auf den Plan, der seit 1969 seinen Standpunkt weiterhin, wenn auch in abgeschwächter Form, in einer Vielzahl von Publikationen vertreten hatte. Geißler versuchte vor allem den Berufsstand des Biologen zu verteidigen und erhob im Gegenzug den Vorwurf der Wissenschaftsfeindlichkeit. Brezan ging hierauf ein, indem er die Gentechnik nur noch als „pars pro toto“ ansprach.[17] Seine Warnungen müssen als elementare Bedrohung empfunden worden sein. Jedenfalls trugen die mit einiger Verzögerung folgenden Reaktionen ihrerseits existenzvernichtende Züge.

Anfang 1982 warf der Philosoph Hermann Ley in der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ (DZfPh) Brezan und anderen Schriftstellern vor, sie würden sich „gegen wesentliche Elemente der (...) Strategie der Arbeiterklasse wenden“, bei der es darum gehe, „aus den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen einen maximalen Zuwachs an ökonomi-

scher Kraft zu gewinnen". Brezans Forderung, auf die Gentechnik zu verzichten, sei „eine überzogene Aufforderung an die sozialistische Gesellschaft, sich selbst zu entmachten“.[18] In ähnlicher Weise machte sich - der parteilose - Geißler den Vorwurf der Parteifeindlichkeit zu eigen, als er auf die von der SED propagierte Verbindung von wissenschaftlich-technischer Revolution und Sozialismus hinwies und zu einer verstärkten „Auseinandersetzung mit allen Spielarten 'grüner' bürgerlicher Ideologie“ aufrief.[19]

Tatsächlich hatte sich die SED 1981 auf ihrem X. Parteitag erstmals ausdrücklich, und nicht nur implizit mit den Oberbegriffen „Biowissenschaften“ oder „Biotechnologie“, zur Entwicklung der Gentechnik in der DDR bekannt. Dies geschah wohl unter dem Eindruck der im gleichen Jahr begonnenen kommerziellen Nutzung der Gentechnik im Westen (Insulin). In der Folgezeit verstärkte sich der propagandistische Aufwand, bis auf dem XI. Parteitag 1986 ausführliche Erfolgsmeldungen aus dem Bereich der Genforschung vorgetragen wurden.[20]

In dieser Situation mag es nicht überraschen, daß die weitere Diskussion nicht am Thema Gentechnik anknüpfte, sondern am Verhältnis Schriftsteller/Wissenschaftler. In einer Reihe von Leserbriefen, die 1985 in „Sinn und Form“ erschienen, wurde Brezan in der von ihm wahrgenommenen Rolle als Wissenschaftskritiker und „vox populi“ (Werner Creutziger) [21] in Schutz genommen. Man könnte hier, wie der Physiker und Schriftsteller John Erpenbeck es tat, an

die „zwei Kulturen“-These C.P. Snows denken, derzufolge zwischen Literaten einerseits, Wissenschaftlern andererseits, „eine Kluft gegenseitigen Nichtverstehens“ liege.[22]

Ein Versuch, diese Kluft zu überwinden, wurde Ende 1986 mit der sog. Gaterslebener Begegnung von Biologen, Philosophen und Kulturschaffenden unternommen. Die dortige Diskussion wurde 1987 in der AdW-Zeitschrift „spektrum“ auszugsweise veröffentlicht. Erstmals beantworteten Genforscher öffentlich wahrnehmbar konkrete Fragen zu ihrer Tätigkeit. Allerdings blieben angesichts der Bandbreite der angesprochenen Themen Details weitgehend ausgespart, und bis zur Wende wurde dieser Ansatz in der Öffentlichkeit nicht weiterverfolgt.

Kennzeichnend für die Diskussion zwischen Wissenschaftlern und Kulturschaffenden sind demnach folgende Aspekte: 1. die Überlagerung der Gentechnik-Problematik durch den Vorwurf der Wissenschaftsfeindlichkeit, 2. die Verstärkung dieses Vorwurfs durch den Vorwurf der Parteifeindlichkeit und 3. die Stellvertreter-Rolle der Kulturschaffenden als „vox populi“.

Anknüpfend an die voranstehenden Darlegungen sollen abschließend folgende Thesen zur Diskussion gestellt werden:

1. Die Entwicklung der Gentechnik erfolgte in der DDR über lange Zeit in einem ideologischen Vakuum auf Initiative interessierter Wissenschaftler. In diesem Kontext gab die staatlicherseits pro-

pagierte wissenschaftlich-technische Revolution der scientific community die Möglichkeit, gegenüber dem Staat die eigenen Berufsinteressen zu legitimieren.

2. Systembedingte Beschränkungen gab es hauptsächlich in Form des Mangels an Geräten und Materialien und der Behinderung des internationalen Informationsaustausches.[23] In welchem Maße diesbezüglich eine Interessenvertretung im Rahmen des wissenschaftspolitischen Oligopols stattgefunden hat, muß in weitergehenden historischen Forschungen geklärt werden.

3. Die eigene ethische Verantwortung wurde von der Wissenschaft anerkannt und öffentlich diskutiert. Dabei spielte die offizielle Ideologie nur eine untergeordnete Rolle. Das Gebot der „Parteilichkeit“ wurde insofern beachtet, als ein „Mißbrauch“ der Gentechnik allein im Kontext des Systemgegensatzes thematisiert wurde. Grenzen des Vertretbaren wurden eher aus einem nicht spezifisch marxistischen Menschenbild und aus technischen Erwägungen abgeleitet, nicht zuletzt weil, so der Wissenschaftsphilosoph Reinhard Mocek, das Menschenbild der marxistisch-leninistischen Philosophie „vom Entwurf her die Idee von Eingriffen in eine humangenetische und zellbiologische Basis überhaupt nicht“ kennt.[24] So konnten unter rhetorischer Bezugnahme auf den Marxismus-Leninismus entgegengesetzte Positionen vertreten werden. Einerseits bedürfe der Mensch als gesellschaftliches Wesen keiner biologischen Verbesserung, sondern der Verbesserung seiner materiellen Lebensumstän-

de. Andererseits können auch die Erbanlagen als Teil dieser materiellen Lebensumstände aufgefaßt und damit ein gezielter Zugriff gerechtfertigt werden.

4. Die Gesellschaftswissenschaften nahmen gegenüber den Naturwissenschaften keine gesonderte Position ein. Vielmehr unterstützten sie die Entwicklung der Gentechnik im Rahmen einer allgemeinen Rechtfertigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.[25]

5. Gegenüber Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung, die stellvertretend von Kulturschaffenden artikuliert wurden, konnte die offizielle Ideologie instrumentalisiert werden. Was den Zugang zur Öffentlichkeit betrifft, so dürfte die Interessenidentität von Staatsführung und scientific community im Vortreiben des wissenschaftlich-technischen Fortschritts weniger durch direkte staatliche Lenkung als vielmehr durch vorausseilenden Gehorsam der Medien zu einer Überrepräsentanz der Gentechnik-Befürworter geführt haben.[26] Die von wissenschaftlicher Seite wiederholt unterbreiteten Dialogangebote an den Kultur-Sektor erfolgten so immer aus einer Position der Stärke.[27] Der öffentliche Dialog mit der Bevölkerung wurde - abgesehen von Urania-Vorträgen - soweit ersichtlich nicht gesucht.[27]

6. Die DDR-Führung scheint die Auseinandersetzung über die ethischen Grenzen der Gentechnik zunächst ermuntert zu haben. Später hat sie diese offensichtlich geduldet. Brezan selbst, als schärfster Kritiker dessen, was sich als offizielle Linie darstellte, war keinen staat-

lichen Repressionen ausgesetzt. Die „Sinn und Form“-Diskussion wurde von Kurt Hager sogar ausdrücklich gutgeheißen.[29]

Fazit: Die Gentechnik-Diskussion zeigt, daß die DDR-Wissenschaft bei der Wahl von Forschungsinhalten Freiräume genutzt hat und diese nicht nur gegenüber der Partei- und Staatsführung, sondern vor allem auch gegenüber der Gesellschaft verteidigt hat. Das Verhältnis von Staat und Wissenschaft scheint im Bereich der Genforschung eher von Interessenidentität als von Bevormundung und Kontrolle gekennzeichnet gewesen zu sein. In gewissem Sinne könnte von einer Meinungsführerschaft der Wissen-

schaft gesprochen werden, der sich die politische Führung angeschlossen hat. Die öffentliche Auseinandersetzung zwischen Wissenschaft und Kultur, diese stellvertretend für eine kritische Bevölkerung, wurde staatlicherseits geduldet, vielleicht weil die Entstehung eines ernstzunehmenden Protestpotentials nicht befürchtet wurde. Tatsächlich war wohl die Zustimmung zur Gentechnik unter der DDR-Bevölkerung wesentlich höher als in der Bundesrepublik.[30]

Klaus von Lampe, Dipl.Pol., Ass.jur.,
Doktorand an der FU Berlin, z.Z.
Gastforscher an der School of Criminal
Justice, Rutgers University,
Newark, New Jersey, USA

Anmerkungen:

- [1] E. Jesse, War die DDR totalitär?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 40/94, 7.10.1994, S. 12 - 23
- [2] E. Förtsch, Die bedrohliche Produktivkraft - Zur Pluralisierung des Wissenschaftsverständnisses in der DDR, in: G.-J. Glaesner (Hrg.), *Die DDR in der Ära Honecker*, Opladen 1988, S. 563 - 573
- [3] Jurij Brezan, Erhard Geißler, Heiner Grienitz, Joachim Mörke
- [4] vgl. K. v. Lampe, Die Gentechnik-Diskussion in der DDR - Ein Fallbeispiel zum Spielraum ungelentkter Öffentlichkeit in der Vor-Wende-Zeit, in: *deutsche studien* Nr. 121, April 1994, Seite 75 - 94; einen Insiderrückblick bietet E. Geißler, Genetik zwischen Angst und Hoffnung, ethischen, ideologischen und ökonomischen Zwängen, in: Fischer/ders. (Hrg.), *Wieviel Genetik braucht der Mensch?*, Konstanz 1994, S. 43 - 74
- [5] so E. Geißler im Gespräch mit dem Autor
- [6] vgl. E. Geißler a.a.O. (Anm. 4); R. Hohlfeld/H.-B. Nordhoff, Probleme gesellschaftlicher Entwicklung und die Rolle der humanwissenschaftlichen Forschung in der DDR, in: *Die DDR vor den Herausforderungen der Achtziger Jahre*, Edition Deutschland Archiv, Köln 1983, S. 141 - 157
- [7] vgl. K. Hager, Wissenschaft und Kultur in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft der DDR, in: ders., *Zur Theorie und Politik des Sozialismus*, Berlin 1972, S. 289 - 299; ders., *Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution*, in: ders., *Wissenschaft und Wissenschaftspolitik*, Berlin 1987, S. 6 - 43
- [8] vgl. R. Löther, Es geht um die Zukunft des Menschen, in: *Biologie in der Schule* 3/1967, S. 97 - 102, 144

- [9] E. Geißler, Die genetischen Chancen des Menschen, in: *Sonntag* 2.2.1969, S. 3 - 6
- [10] vgl. R. Löther, Humangenetik und die Zukunft des Menschen, in: *Einheit* 2/1970, S. 203 - 214; H. Böhme, Molekular- und Zellgenetik in der Gegenwart, in: *Einheit* 10/1973, S. 1198 - 1208
- [11] vgl. S. Rosenthal, Der Mensch ist kein Spielzeug, in: *Sonntag* 27.8.1978
- [12] vgl. E. Geißler/W. Scheler (Hrg.), *Genetic Engineering und der Mensch*, Berlin 1981
- [13] vgl. K. v. Lampe a.a.O. (Anm. 4); F. Gloede/G. Bechmann/L. Hennen/J.J. Schmitt, *Biologische Sicherheit bei der Nutzung der Gentechnik*, August 1993, Bundestags-Drucksache 12/7095
- [14] vgl. H. Knabe, *Umweltkonflikte im Sozialismus*, Köln 1993
- [15] K. v. Lampe a.a.O. (Anm. 4)
- [16] Gespräch mit Jurij Brezan, in: *Sinn und Form* 5/1979, S. 1006
- [17] Briefwechsel zwischen Erhard Geißler und Jurij Brezan, in: *Sinn und Form* 5/1980, S. 1112
- [18] H. Ley, Über die Schwierigkeit der Wirklichkeitsbewältigung, in: *DZfPh* 2/1982, S. 234 - 247
- [19] E. Geißler, Soziologismus contra Biologismus, in: *DZfPh* 3/1982, S. 303 - 316
- [20] vgl. K. v. Lampe a.a.O. (Anm. 4)
- [21] Brief an Erhard Geißler, in: *Sinn und Form* 2/1985, S. 416 - 420; vgl. zur gesellschaftlichen Stellung der Literaten Knabe a.a.O. (Anm. 14)
- [22] J. Erpenbeck, Poesie und Technik, in: *Sonntag* 33/1986, S. 9
- [23] vgl. S. Rapoport, *Moderne Biowissenschaften und Gesellschaft*, Berlin 1988; E. Geißler, Anmerkungen zur Situation in der Molekularbiologie in Berlin-Buch vor und nach der Wende, in: *Das Hochschulwesen* 2/1994, S. 82 - 89
- [24] R. Mocek, Ethik als Orientierungshilfe, in: *spectrum* 2/1987, S. 28
- [25] vgl. hierzu auch die gemeinsamen Veröffentlichungen von Natur- und Geisteswissenschaftlern, z.B. E. Geißler/H. Hörz/H. Hörz, Eingriffe in das Erbgut des Menschen?, in: *Wissenschaft und Fortschritt* 5/1980, S. 188 - 191
- [26] die „spectrum“-Redakteure Grienitz und Mörke, die die Gaterslebener Begegnung dokumentierten, mußten sich über „warnende Stimmen“ hinwegsetzen, das Manuskript werde nie das Licht der Welt erblicken, vgl. K. v. Lampe a.a.O. (Anm. 4)
- [27] neben der Gaterslebener Begegnung vor allem die im meist zweijährigen Abstand auf Initiative Geißlers abgehaltenen Kühlungsborner Kolloquien, vgl. E. Geißler/W. Scheler a.a.O. (Anm. 12)
- [28] zur Situation nach der Wende vgl. F. Gloede u.a. a.a.O. (Anm. 13)
- [29] vgl. K. Hager, *Marxismus-Leninismus und Gegenwart*, in: *Neues Deutschland* 6.11.1986, S. 4
- [30] vgl. F. Gloede u.a. a.a.O. (Anm. 13), S. 136

Sabine Kebir (Berlin):

Bertolt Brecht als archetypischer DDR-Intellektueller

Nicht erst seit dem 1989 eingeleiteten Epocheumbruch soll mit dem in der Literaturkritik eigentlich schon lange ausgedienten Mittel der moralischen Verunglimpfung oder mit der oft wiederholten Behauptung, Brechts Werk sei mittlerweile nun wirklich uninteressant geworden, ein offenbar doch vorhandenes Publikumsinteresse erstickt werden. Diese im Falle Brechts keinesfalls neuen Manöver stoßen vor allem bei den Theaterintendanten auf offene Ohren, die den Mann wegen seiner angeblich veralteten ästhetischen und politischen Ansichten nicht mehr auf die Bühne bringen wollen. Es geben sich eher kleinere Gruppen mit Brecht ab, insbesondere in der Musikszene. Auch die Brechthäuser in der Berliner Chausseestraße und in Buckow sind - vornehmlich von Westberlinern - vielbesuchte Museen, die sich wegen der hohen Besucherzahlen um ihre öffentliche Stütze kaum Sorgen zu machen brauchen.

Der Epocheumbruch zwingt freilich auch diejenigen, die Brecht mochten und noch immer mögen, ihn neu zu lesen. Das, was er für das „schlechte“, aber verbesserungsfähige „Neue“ hielt, hat sich als zu wenig verbesserungsfähig erwiesen

und ist historisch nun ein Altes geworden. Das von ihm als das „schlechte Alte“ bezeichnete, wird von den Osteuropäern gegenwärtig als ein „Neues“ erlebt. Die in der DDR entstandenen politischen und ästhetischen Schriften können auf manchen Jüngeren deshalb heute weniger aktuell wirken als seine Schriften aus den zwanziger, dreißiger und vierziger Jahren - in denen Brecht eine nicht nur in politologischer, sondern auch in philosophischer Hinsicht in Deutschland einzigartige Analyse der kapitalistischen Ordnung und ihres Hinübergleitens in den Faschismus erarbeitete. Diese und seine nach der Heimkehr in die DDR gemachten Aufzeichnungen sind jetzt in den 1994 erschienenen sechs Bänden „Schriften“ der „Großen kommentierten Berliner und Frankfurter Ausgabe“ vollständiger als früher erfaßt. Weil Brecht seine außerordentlich komplexen Analysen und Selbstverständigungstexte nicht in wissenschaftlichem, sondern in essayistischem und aphoristischem Stil oder einfach als prägnante Notiz verfaßte, sind sie eigentlich einem großen Leserkreis zugänglich.

Ich kann und möchte hier keine - aus anderen Publikationen erfaßbare Ge-

samtsicht von Brechts Gesellschaftsanalysen und seinen ästhetischen Schlußfolgerungen darbieten, sondern eher auf einige Motive verweisen, die bei der Neulektüre - freilich unter Aufgabe des strengen Historisierens - als außerordentlich aktuell empfunden werden können. Dazu gehören in meinen Augen Texte, die die Zuspitzung der Krise des kapitalistischen Systems betreffen. Einem jungen Deutschen kann heute die um 1933 entstandene lapidare Zusammenfassung der Bedingungen, unter denen die „Beteiligung an den Märkten“ möglich wird, in die Augen springen:

„1. Durch Kriege
2. durch Dumping
also : Wehgedanke und Arbeitsdienstpflicht, Zerschlagung der Gewerkschaften.“ (XXII/1, S. 29)

Auch der junge Deutsche erlebt, daß sein Land wieder auf Kriegsführung vorbereitet wird, daß die Weltmarktfähigkeit der deutschen Produkte zwar nicht durch Preisdumping, aber doch durch Anpassung der Löhne an immer niedrigere Standards erreicht werden soll. Sogar von der Wiedereinführung des Arbeitsdienstes für die Jugend wird ja gegenwärtig öffentlich geträumt - was dann tatsächlich ein Lohndumping auf Drittelniveau bedeuten würde. Und die Auflösung der Gewerkschaften ist in vollem Gange - wenn auch nicht auf autoritär-gesetzgeberischem Wege wie bei den Nazis, sondern durch die systematische Ausweitung tariflich ungebundener Arbeitsverhältnisse.

Es handelt sich hier um eine im kapitalistischen System potentiell mögliche Zu-

spitzung. Sie erzeugt bei den Menschen- gruppen, die sozial zu ihren Opfern geworden sind, ähnliche, bereits von Brecht sehr genau beobachtete Stimmungen. Setzt man im folgenden Text für 'Kultur' den modischeren Begriff der 'Identität', erkennen wir das ideologische Grundraster, auf dem heute wieder weltweit - äußerlich gesehen - ethnische und religiöse Konflikte eskalieren, deren eigentliche Ursachen freilich die hauptsächlich vom Weltmarkt erzeugten Wirtschaftskatastrophen sind: „Es ist durchaus üblich und keineswegs von den Nazis eingeführt, daß man, wenn man sonst nichts zu sagen hat, von Kultur redet. Kultur, wenigstens das, was uns unter diesem Titel vorgestellt wird, ist etwas, was ein Volk auch dann noch sein eigen nennt, wenn es sonst nichts mehr besitzt. Kultur ist das einzige, was es noch gibt, wenn der Hunger über die Hälfte eines Volkes zum Siechtum verurteilt und die Ausbeutung ins Ungeheuerliche gestiegen ist. Auch ziehen Völker selten in aussichtslose und unendliche Kriege aus anderen Gründen, als um diese Kultur zu verteidigen.“ (XXII/1, S. 51)

Aus diesem Text von 1934 wird ersichtlich, weshalb Brecht auch von den Künstlern Kenntnisse der Ökonomie verlangte. Eine solche Forderung wirkt angesichts der weltweit verbreiteten postmodernen Spielkultur vielleicht antiquiert. Da diese harmlos scheinende, an ihrer Oberfläche entpolitisierte Postmoderne aber gegenwärtig praktisch überall durch die Versuchung fundamentalistisch-identitärer Kulturpraxen abgelöst wird, gewinnt sie in meinen Augen außerordentliche Dringlichkeit.

Selbstredend würde eine um die kämpferische ökonomische Dimension erweiterte Kunstpraxis zugleich eine dialektische Kunst sein: „Jede Wahrheit bedarf des Wahrwerdens durch andere Wahrheiten. So wie es kein einzelnes Ding gibt, gibt es keine einzelne Ansicht. Freilich sind die Ansichten über die Dinge keineswegs im Verstande so angeordnet und so verknüpft wie die Dinge, sondern in anderer Weise. Wenn die Erfahrung zustande gekommen ist durch einen Eingriff, bei dem der Erfahrene (wahrscheinlich ein Druckfehler: Erfahrende-S.K.) Subjekt oder Objekt des Eingriffs war, (Text bricht hier ab)“ (XXII/ I, S.97)

In Brechts Augen waren durch die Existenz der Sowjetunion und einer von ihm noch stark wahrgenommenen Arbeiterbewegung die historischen Subjekte vorhanden, die das kapitalistische System überwinden könnten. Der Sieg über den Faschismus, die Entstehung des sozialistischen Lagers bestärkten ihn noch in dieser Ansicht. Seine Hoffnung konzentrierte sich daher weder vor noch nach 1945 auf etwaige „Selbstreinigungskräfte der bürgerlichen Demokratie“. Dennoch zieht sich mit der Kategorie der Vernunft - die sich in der Kunst freilich nicht agitatorisch-platt, sondern sinnlich ausdrücken soll - ein starkes Erbe der Aufklärung durch sein Werk, das sich durchgehend als effizientes antidogmatisches Rüstzeug erwiesen hat. Auch der Schauspieler auf der Bühne sollte in der epischen Spielweise sein eigenes Nachdenken auf der Bühne demonstrieren und damit die Entstehung von Vernunft als einen Prozeß zeigen. Der Ver-

nunftbegriff ist bekanntlich durch die Postmoderne ebenfalls in Verruf geraten. Wenn heute aber die Stärkung des demokratischen Bewußtseins bei möglichst breiten Bevölkerungsschichten als einzig mögliche Gegenmacht erscheint, so kann dies nur mit einer Rehabilitierung von Vernunft und Aufklärung einhergehen. Zu diesem Thema bietet Brecht bekanntlich unendliche Variationen.

Wenn die Demokratie in den 'traditionellen' Ländern der bürgerlichen Demokratie heute institutionell erstarrt erscheint, so konstatiert man in den ehemals unter 'Dritter Welt' zusammengefaßten Regionen weltweit die Zunahme republikanisch-demokratischer Bewegungen - die den konkreten Gegner der fundamentalistisch-identitären Bedrohungen verkörpern. Sie streben keineswegs das bloße Kopieren der westlichen Demokratien an, sondern können durchaus auch auf eigene Traditionen von Aufklärung zurückgreifen und sind sich des notwendigen Zusammenhangs der politischen und der ökonomischen Demokratie zumeist sehr bewußt. Insofern ist ihre Zielrichtung den Imperativen der bei Brecht doch immer wieder auch betonten „bürgerlichen Freiheiten“ durchaus ähnlich:

„Katalog der Menschenrechte
Freiheit
Gleichheit (vor dem Gesetz) der Schulbildung
Fraternité
Gedankenfreiheit
Freizügigkeit
freier Wettbewerb
Demokratie

allgemeine Bildung
Recht auf Arbeit“ (XXII/I, S.62)

Diese Notiz stammt von 1935. Aber auch für den Sozialismus forderte Brecht 1951/52 die „Völlige Freiheit des Buches...des Theaters...der bildenden Kunst, der Musik, des Films mit einer Einschränkung ...: Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen, und für solche, welche den Völkerhaß fördern.“(XXIII, S.156)

Das Motiv der freien Meinungsäußerung zieht sich als roter Faden durch die 'Schriften' bis hin zu Brechts Tod. Dies entspricht seiner Vorstellung eines 'basisdemokratischen' Sozialismus, dessen allmähliche Entwicklung aus dem Kokon des bürokratischen Sozialismus heraus er für möglich hielt. Aus heutiger Sicht nimmt es sich freilich illusionär aus, wenn Brecht 1956 hofft, daß die „Liquidierung des Stalinismus...nur durch eine gigantische Mobilisierung der Weisheit (Vernunft!-S.K.) der Massen durch die Partei gelingen“ könne. Bringt man den Text in Bezug zu Brechts Zeithorizont, so zeigt sich aber, daß das Konzept einer politischen „Avantgarde“ angesichts der von ihm immer wieder beobachteten erheblichen Überreste faschistischen Denkens bei der Bevölkerung in der Tat unverzichtbar war.

In der Frage, wie sich die Beziehungen zwischen dieser 'Avantgarde' und der Bevölkerung (Brecht hatte vorgeschlagen, eine Zeit lang nicht mehr vom 'Volk' sondern von der 'Bevölkerung' zu reden [XXIII, S.101]) zu entwickeln hätten, dar-

in stand er im Dissens zur realen Entwicklung und zwar nicht nur mit der Partei (der sich zum Beispiel in der nach dem 17. Juni geäußerten bekannten Äußerung zeigte, daß sich „die Partei ein neues Volk suchen“ solle), sondern auch mit der 'Bevölkerung'. Denn diese war befangen in der alten, ganz „deutschen' Gewohnheit, Änderungen eben nicht selbst zu initiieren, sondern von den Behörden zu erwarten.

Die auch vom Realsozialismus strukturell durchgesetzte Entmündigung der Bürger führte nach Brechts Beobachtungen zum Beispiel an den Theatern offensichtlich zu noch weniger Eigeninitiative, als er sie aus den zwanziger und beginnenden dreißiger Jahren kannte. In seinen Ausführungen vor der Sektion Dramatik zum IV. Deutschen Schriftstellerkongreß beklagt er den „ganz speziellen Mißstand bei uns, daß man, wenn man irgend etwas gründen will, sofort mahnend auf die Behörden schaut: das Ministerium soll das machen! Etwas könnten wir ruhig von früher beibehalten: daß man es selber macht. Das wäre ein ganz großer, echter Fortschritt. Sie können sich Ihre Revolutionen nicht von Ihren Ministerien allein machen lassen...“ (XXIII, S. 369)

Brecht war klar, daß das Ingangsetzen des dialektischen Austauschs zwischen 'Bevölkerung' und 'Regierung' nicht nur eine Frage der Bewußtseinsentwicklung war, sondern auch institutionelle Änderungen erforderte. Aus offizieller Sicht der DDR wirken seine Bemerkungen über wünschenswerte Funktionen der Gewerkschaften geradezu ketze-

risch. Um 1951 schreibt er über 'Die Rechte der Gewerkschaftsmitglieder': „Wenn ein Mitglied verhaftet wird, braucht er so lange (mit der Polizei -S.K.) nicht mitzugehen, bis ein andres Mitglied seiner Gewerkschaft, das er nennt, zur Stelle ist und mit ihm geht.

Ein Ankläger, der fünf Fälle gegen die Gewerkschaften verloren hat, muß seinen Posten abgeben; ein Verteidiger, der fünf Fälle gegen den Staat gewonnen hat, kann einen Posten im Staatsapparat als Ankläger verlangen.“ (XXIII, S.157)

Weist der erste Abschnitt auf Brechts Empörung angesichts realer Prozesse gegenüber Gewerkschaftern, so zeigt sich im zweiten Abschnitt wieder eine illusionäre Sicht über den Grad erreichbarer Rechtsstaatlichkeit im Realsozialismus: Politisch brenzlige Fälle wurden bekanntlich vor Prozeßbeginn abgekartet und insofern war auch kaum ein Verteidiger denkbar, der in Brechts Sinne fünf Fälle gegen Staat hätte gewinnen können. Die um 1952 entstandene Notiz „Wir werden dialektische Institutionen bauen, die veränderlich sind und unveröhnliche Gegensätze aufweisen“ (XXIII, S.223) sollte eine Illusion bleiben. Aber sollte sich in Zukunft ein sozialistisches Experiment mit Rechtsstaatlichkeit verbinden, ließe sich über den Vorschlag reden. (XXIII, S.157)

Ein weiterer, in ähnliche Richtung weisender Vorschlag Brechts von 1954: „Jeder Verurteilte hat das Recht, nach der Verurteilung seinen Fall weiter zu bearbeiten. Allein oder mit Hilfe von Beratern darf er Fehler des Gerichts, sowohl sol-

che, die dem Gericht anhafteten, oder solche, die es machte, einer gerichtlichen Revisionstelle und seiner Gewerkschaft mitteilen. Auch darf er behebbare Fehler im Aufbau der Gesellschaft, die Vergehen wie das seine hervorbringen oder begünstigen, nennen und Vorschläge zu Ihrer Abstellung machen.

An jeder Anklage sind zwei Institutionen des Staats beteiligt. Die Gerichtsbehörde klagt an, die Gewerkschaft verteidigt. Die Gerichtsbehörde vertritt die Rechte der Allgemeinheit, die Gewerkschaft die Rechte des einzelnen. Die Gewerkschaft vertritt das Interesse der Allgemeinheit an der Arbeitskraft des einzelnen, die Gerichtsbehörde an der Zusammenarbeit aller (Hier scheint eine Verwechslung vorzuliegen. Der Logik des Textes entspräche besser, wenn in obigem Satz 'Gewerkschaft' und 'Gerichtshörde' ausgetauscht würden. -S.K.) Die Gerichtsbehörde spricht das Urteil, die Gewerkschaft hat das Recht, an eine Kontrollbehörde zu appellieren, welche Ihre Entscheidung öffentlich begründen muß. Diese Begründungen von Urteilen sind rechtschaffend und können nur von der Kontrollbehörde selber umgestoßen werden.“ (XXIII, S.321-322)

Obwohl die neue Gesellschaftsordnung von sich selbst behauptete, schlimmstenfalls noch 'nichtantagonistische' Widersprüche mit sich zu schleppen, erlebte Brecht sie doch als komplex widersprüchlich und warnte unablässig davor, gerade diese Widersprüchlichkeit aus der Ästhetik auszusperrten. Die Erfahrung der ständig neu produzierten realen Widersprüche der Welt durch die Kunst verweigerte sich seiner Auffassung nach nicht

mit vorgefertigten Paradigmen von Stil und Form, sondern machte gerade deren vollkommene Freiheit der Form erforderlich. 1953: „Der sozialistische Realismus wird viele Spielarten haben oder ein Stil bleiben und bald durch Monotonie eingehen (weil zu wenige Bedürfnisse befriedigend)... Es hat keinen Sinn, eine Ästhetik aufzustellen, auszudenken, aus Bekanntem zusammenzukleben und zu erwarten, die Stückeschreiber liefern dann, was die Ästhetiker ausgedacht haben.“ (XXV, S.442) Über den sozialen 'Zweck' von Kunst sollte freilich diskutiert und progressiv höheres Bewußtsein erlangt werden.

Seit in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion um die Konzeption des sozialistischen Realismus gestritten und schließlich bürokratisch entschieden wurde, warnte Brecht vor Schönmalerei (1935: „Das kritische Element im Realismus darf nicht unterschlagen werden.“ [XXII/1, S.136]), die praktisch der Aufgabe der Dialektik gleichkommt. Er wehrte Auffassungen ab, daß eine vielschichtige, d.h. dialektische Betrachtungsweise von den Arbeitern nicht verstanden werden könnte: „Wir hören immerzu 'Unser Arbeiter wünscht das' und 'Das und das widersteht dem gesunden Sinn unseres Arbeiters', aber beruhen solche Phrasen auf Untersuchungen? ... Es gibt da nämlich noch eine (mich nicht berührende) Besorgnis, der Arbeiter möchte Ungesundes in der Kunst in sich hineinfressen! Nein?“ (XXIII, S. 196)

Bislang war wenig bekannt, daß Brecht in seinem Bestreben, dialektische Kunstformen durchzusetzen, auch nicht vor Vergleichen der Bemühungen der sozialistischen Kulturbürokratie mit dem Faschismus (den er ja auch einmal als 'formalen Sozialismus' bezeichnet) zurückschreckte, worauf auch schon seine Ablehnung des Begriffs des „Ungesunden“ im vorigen Zitat hinwies. Noch deutlicher wird das, wenn er fragt: „Was ist der Unterschied zwischen entarteter Kunst und volksfremder Kunst?“ (1951, XXIII, S.143)

Die Vorhersage, daß sich der enge Kanon des sozialistischen Realismus, weil er zu wenige Bedürfnisse befriedigte, schnell totlaufen würde, hat sich noch während des Bestands der DDR bestätigt. Brechts Ästhetik hat dort, wo sie nicht mechanisch nachgebaut, sondern als Anregung verstanden wurde, doch noch auf vielfältige Weise gewirkt. Die Versuche aber, ihn schließlich zum Staatsdichter zu stilisieren, blieben ebenso unglaubwürdig wie die heutigen Versuche, Brechts noch immer revolutionäre Ästhetik als unaktuell ad acta zu legen.

Sabine Kebir, Dr. phil.habil., Politologin, ist Privatdozentin am FB Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. und freie Publizistin

Zum "subversiven" Potential der ostdeutschen Literatur. Möglichkeiten seiner Beschreibung*

Ostdeutsche Literatur und die mit ihr Befassten haben sich seit 1990 wiederholt fragen lassen müssen, ob überhaupt etwas - und wenn ja: was denn eigentlich - von ihr bleibe. Dieses vehemente Bezweifeln substantieller Bedeutsamkeit des in der DDR literarisch Hervorgebrachten geschah großteils unter der Prämisse, daß ein wirkliches Spannungsverhältnis zwischen Geist und Macht selten sichtbar gewesen, jedenfalls nirgends durchgehalten worden wäre, DDR-Autoren "in Dienst", in Staatsdienst gestellt gewesen seien und ihr Widerspruchsrecht, jenes unveräußerliche Erb-Recht der Kunst, per Anpassung verhökert hätten. Politisch sollte das heißen: ostdeutsche Schriftsteller haben mit den Verhinderern der Demokratie paktiert, poetisch: sie haben die - laut Herbert Marcuse - "einzige Nachricht", die Literatur seit je zu übermitteln hat, gerade *nicht* versorgt, die Nachricht nämlich: "das, was ist, muß ein Ende haben".

Läßt man den affirmativen Teil im Gesamtbestand der DDR-Literatur, auf den solch bissige Befunde durchaus zutreffen, beiseite, erweist sich der Frageansatz, dem die Verdikte entsprangen, frei-

lich sogleich selber als fragwürdig. Denn vorausgesetzt war/und abgefordert wurde - pauschal für vierzig Jahre ostdeutscher Literaturgeschichte - Subversivität im Sinne eines Nichtkonformismus von Grund auf. Eine solche Subversivität aber hat es nicht gegeben, ja hatte es - aus der Sicht der nichtaffirmativen, also der meisten, DDR-Autoren gesprochen - gar nicht geben sollen. Ostdeutsche Literatur war - dem Selbstverständnis der Mehrheit ihrer wichtigen Vertreter nach - anfangs und lange Zeit, partiell sogar noch in der bleiernen Phase gestockter Widersprüche des Realsozialismus, einer Phase, in der diese Wirklichkeit zu "symmetrischer Welt" verfestigte, Kunst aus der Position historischer Bejahung eines Experiments größter Tragweite, der Bejahung eines einst einzulösenden "Gemeinwesens der Gerechtigkeit", wie Peter Weiss' berührender Begriff für menschenfreundlichen Sozialismus lautete.

Diese Position kann man belächeln, und zweifellos bezeichnet dieses über der Misere des DDR-Alltags aufrechterhaltene Ideal das zunehmend illusionäre der kritischen und provokatorischen Anstrengungen ostdeutscher Schriftsteller.

Doch muß man diesen Sachverhalt erst einmal zur Kenntnis nehmen, will man nicht Gefahr laufen, über ein Konstrukt von DDR-Literatur statt über sie selbst, über - nachträgliche - "Empfehlungen" an sie statt über die Vorschläge zu reden, die sie tatsächlich gemacht hat.

Die Möglichkeit, diese Literatur angemessen und plausibel darzustellen, hat sich erweitert, seitdem sie (diese Literatur) geschichtlich geworden ist. Ungeachtet der fortschwellenden Aufregung um sie, sollte seriöse Literaturhistoriographie nun (wieder) die Oberhand gewinnen: mit dem Versuch, DDR-Literatur aus der Logik (der intentionellen Logik) ihres Produziertseins zu beschreiben, aus ihren Ausgangsbedingungen und in ihren Weiterungen und jenseits des wissenschaftlich unerheblichen Aspekts (man ist versucht zu sagen: albernen Aspekts), ob einem diese Literatur gefällt oder nicht.

In einem überaus kritischen Aufsatz über seine in der DDR verbliebenen ehemaligen Schriftsteller-Kollegen hatte Wolf Biermann 1990 den bemerkenswert solidarischen Satz geprägt: "Wir kommen aus derselben historischen Hoffnung", erinnernd an eine gemeinsame weltanschauliche Wurzel. Volker Braun brach diesen Satz, gleichfalls 1990, in die Gedichtzeile um: "Die Hoffnung lag im Weg wie eine Falle", abhebend auf die Not, den Doppelcharakter der Utopie(n), dem laut Jan Robert Bloch selbst sein Vater, der heimliche oder erklärte Säulenheilige vieler ostdeutscher Autoren, ausgeliefert gewesen sei:

"Bloch", schrieb er 1989, "hat den auf-

rechten Gang' als moralische Orthopädie der Menschenwürde, als Herausbildung von Rückgrat gegen Demütigung, Abhängigkeit, Unterwerfung gesehen", *nicht* aber habe Bloch, der in der Sowjetunion die längste Zeit seines Lebens die historische Alternative erblickte, *nicht* aber habe er sehen wollen, daß zur Realgeschichte des aufrechten Gangs die Erniedrigung und Beleidigung "Aufrechter durch Aufrechte" gehört: "Blochs Herz (war) so sehr beim neuen Jerusalem, bei Lenin, daß er bis in unsere Gegenwart die früh vermuteten 'roten Zaren' (- also Stalin und seine die Kinder der Revolution mitausrottenden Helfershelfer, K. W.-) übersah"; anders gesprochen: daß dem Festhalten an der Utopie ein Verlust an Realitätssinn einherging, eine "eigentümliche Ausgrenzung des Wirklichen"...

Das gelegentliche Ausblenden des Reichs der Notwendigkeit und Banalität - weil die Hoffnung wie eine Falle, wie eine Augenklappe vors Konkretwirkliche fiel -: *das* ist sicherlich eines der neuralgischen, heiklen Momente literarischer Reproduktion gesellschaftlicher Realität und alternativer Entwürfe bei DDR-Schriftstellern gewesen, das eigens diskutiert werden mußte. Für unseren Zusammenhang aber ist von Belang, daß Subversivität (vorerst) in Gänsefüßchen zu setzen ist, weil ostdeutsche Literatur für geraume Dauer nicht Anfechtung des Ganzen betrieb, sondern die seiner Teile, die das Ganze, wie sehr deutlich gemacht wurde, freilich im Kern zu beschädigen vermögen. Günstiger, zwingender als der Wertmaßstab des Subversiven, das Einverständnis

ausschließt, erscheint mir für die Charakterisierung des kritischen Potentials ostdeutscher Literatur daher die Kategorie der Widerständigkeit, der die Zwecksetzung aus dem Gegebenen heraus eingeschrieben ist: Mindestens in ihren letzten gut zwei Jahrzehnten wollte DDR-Literatur widerständige Literatur sein, widerständig gegenüber vormund-schaftlichem Denken und verordnetem Schönreden, sie wollte ideologische Verkrustungen aufbrechen und der machtpolitischen Verkehrung eines ursprünglich guten Programms die Stirn bieten, wohl wissend, wie zählebend und zerstörerisch ein administratives System ist, das seine 'Energie' aus Subordination bezieht.

Darauf zielte offenbar Walter Jens ab, als er, 1990, resümierte: "Welch konsequente Absage an harmonistische Weltbilder und... welche Entschlossenheit, innerhalb der sozialistischen Gesellschaft, Widersprüche, nachwirkende - ja gesteigerte! - Entfremdungs-Tendenzen, Antagonismen zwischen oben und unten, Führern und Geführten (- hier zitiert er eine vieldeutige Braunsche Formel von 1966!, K. W.-) sichtbar zu machen!" "Nicht, daß es (- dieses DDR-Land, K. W.-) so wenig kapitalistisch-westlich war, sondern, im Gegenteil, daß es sich als schein-sozialistisches Gemeinwesen präsentierte, trug ihm den Vorwurf jener Künstler ein, die sich heute noch als Sozialisten in der Weise Gramscis und Gorbatschows, Münzenbergs und Rosa Luxemburgs verstehen..."

Welche Möglichkeiten der Beschreibung

dieser widerständigen literarischen Tendenzen böten sich an?

Zum einen die Übersetzung literarästhetischer Abbilder von DDR-Realität, also der puren oder verdeckten Thematisierung der an diese Realität gebundenen Gegenstände und Sachverhalte, in Aussagen- und Bedeutungskorrelate, was einem werkanalytischen Verfahren, nämlich der Interpretation solcher Arbeiten entspräche, die, vorrangig seit Beginn der sechziger Jahre, in Lyrik, Prosa und Dramatik die sozialismusinterne Auseinandersetzung eröffnet und befördert haben.

Zum anderen ein auf die Richtungskämpfe in der ostdeutschen Literatur orientierter synchron vergleichender Beschreibungsansatz, unter dem die unterschiedlichen, gegensätzlichen Kommunikations- und Wirkungsstrategien affirmativer und gesellschaftskritischer (später auch sezessionistischer) Literatur in der DDR zutage treten würden.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, hier eine weitere Möglichkeit vor Augen zu rücken, die mir unter dem Aspekt der Offenlegung des Widerspruchsbegehrens ostdeutscher Schriftsteller besonders ergiebig, spannend und noch längst nicht ausgeschöpft erscheint: die Beschreibung der Rezeption des literarischen Erbes durch ostdeutsche Autoren, ihres durch die Zeiten sich erstreckenden Dialoges mit den Vorläufern, die auf intertextuellem Wege darzustellen vermag, daß hiesige Literatur im Zuge ihres Selbstbewußtwerdens, ihrer, wie Mittenzwei gesagt hat, ästhe-

tischen Emanzipation sich beileibe nicht nur in einem aktuellen, sondern vielmehr auch in einem literaturhistorischen Jahrhundert-Kontext begriff, sich über einen epochebezogenen Umwälzungsgedanken hinaus sehr wohl in die Pflicht einer längerwährenden ideengeschichtlichen Tradition genommen wußte.

(Für die akademische Unterrichtspraxis heißt, nebenbei bemerkt, Behandlung ostdeutscher Literatur daher immer auch Aktivierung von Literaturgeschichte!)

Die auffälligste Erscheinung in der Klassiker-Rezeption - um nur sie zu berühren - war nun unstrittig die, daß, vornehmlich von den siebziger Jahren an, DDR-Schriftsteller statt der Zentralgestalten der Vergangenheit zu einem Medium der Verständigung gemacht haben und dadurch überraschten, ja aufschreckten, daß sie gedemütigte und widerborstige Dichter wie Hölderlin und Kleist, E.T.A. Hoffmann und Heine, Jean Paul und Büchner zu Dialogpartnern erhoben. Die sich derart differenzierende Aufnahme des Erbes über die kulturpolitisch kanonisierten Bezugsautoren hinaus erwuchs aus der Konfrontation mit den Ungereimtheiten und Widersinnigkeiten realsozialistischer Gesellschaft, hatte zu tun mit den tiefgreifenden Ernüchterungen, denen sich die DDR-Schriftsteller im Kontext der systemimmanenten Entwicklungen - Stichwort, noch einmal: "symmetrische Welt" - ausgesetzt sahen. Hineingestellt in die seinerzeit vielzitierten Kämpfe der Zeit, nach innen wie nach außen, mußten insbesondere den engagierten Künstler,

der sich überdies der Zumutungen machtpolitischen Kalküls und zweckheiliger Parteilichkeit zu erwehren hatte, zeitgenössische Existenz zunehmend problematisch werden, des Befragens wert - jedenfalls bot sie sich nicht mehr schlechthin ausrechenbar dar, wie in jenen enthusiastischen Jahren, in denen sich die sozialistischen Länder in einem historisch beglaubigten Aufbruch wähnten.

Im Lichte der Sympathie mit großen und bis dato gleichwohl vernachlässigten Dichtern der Vergangenheit interessierten an ihnen primär Gesinnungen und Haltungen, die, bewahrt und bewährt unterm Eise des Despotismus oder auf den Brachfeldern der Bürgerlichkeit, tauglich erschienen für das Behaupten persönlicher Integrität und authentischen Lebens unter dem Zugriff heutiger autoritärer Gesellschaft, die, wie im Falle der sozialistischen, ihren Zielen erkenn- und spürbar untreu geworden war.

"Wir haben zu wenige Maßstäbe für ein Verhalten, das die Irrtümer nicht potenziert, sondern reduziert. Einer der Vergleichswerte könnte das Schicksal der großen Künstler sein, ihr vergangenes und ihr nachfolgendes...", überlegte Gunter Kunert und wandte sich Lenau zu und Heine und Kleist. "Ein Zufall kann es nicht sein, daß wir begonnen haben, den Abgeschriebenen nachzufragen, das Urteil, das über sie verhängt wurde, anzufechten..., getrieben von dem nicht mehr abweisbaren Bedürfnis, uns selbst zu verstehen: unsre Rolle in der Zeitgeschichte, unsre Hoffnungen und deren Grenzen, unsre Leistung und unser Ver-

sagen, unsre Möglichkeiten und deren Bedingtheit", schrieb Christa Wolf im Zusammenhang mit Karoline von Günderode.

Von den "retuschierten Kolossalgemälden" der Klassiker abrückend, erweiterten und modifizierten ostdeutsche Autoren den Vorstellungsinhalt dessen, was für 'klassisch' zu gelten habe, indem sie ihm, dem 'Klassischen', das Negativmuster der zerreißen Unvereinbarkeit von Dichtung und Dasein, Poesie und Politik hinzufügten. Das in den ignorierten Schriftstellern von gestern Gestalt gewordene Aufbegehren gegen die Unnatur des Bestehenden, deren Niederlagen und die Nichtzerstörbarkeit ihrer individuellen humanen Mitte, gewann an Bedeutung, seitdem die DDR-Autoren selber unterwegs waren in die eigene Subjektivität und sich entschlossen zeigten, auf den Rechten der Literatur als einer durch keine andere Bewußtseinsform (nicht durch Politik, nicht durch Philosophie, nicht durch Gesellschaftswissenschaft) ersetzbaren Weise der Weltaneignung und Wirklichkeitskritik zu beharren und eine Polarisierung von Kunst und Staat in Kauf zu nehmen (wie sie spätestens nach der Ausweisung Wolf Biermanns, 1976, als künftighin unkorrigierbar in Erscheinung treten sollte). Nicht zuletzt durch diesen Dialog mit den, wie hatte Christa Wolf formuliert?, "Abgeschriebenen", durch das Anrufen herausragender, zu ihrer Zeit nichtetablierter und in der DDR mehr oder weniger beiseite geschobener Vertreter der Dichtungsgeschichte, durch das Insistieren auf deren künstlerisch-weltanschaulichen Entwürfen wuchs der ostdeutschen

Literatur ein widerständiges Potential zu, daß gar nicht überschätzt werden kann.

Einige Beispiele (mit der Vorbemerkung hinsichtlich des intertextuellen Charakters der nachfolgenden Beschreibungen, daß ich im Vortrag natürlich nur das Moment der Kommunikativität, des referentiellen Bezugs der Gegenwarts- auf die Vergangenheitsautoren kenntlich machen kann, nicht jedoch gestalterische Verwandtschaften, die dort zu beobachten sind, wo Rezeption sich auch strukturell formiert, Aneignungs-, Seh- und Redeweisen der Vorläufer übernommen, d. h.: schöpferisch wiederholt werden):

Die (schon in den sechziger Jahren feststellbare) *Hölderlin*-Rezeption (aus der anfangs Johannes Bobrowski - "Böhmlendorff" - und Stephan Hermlin - "Scardanelli" - mit besonders fundierten Beiträgen herausragten) stand quasi unter der Schlüsselfrage aus Schelling-Hölderlin-Hegels "Ältestem Systemprogramm des deutschen Idealismus" (1795/96): "Wie muß eine Welt für ein moralisches Wesen beschaffen sein?" Gesellschaftstheorie in der DDR pflegte anders zu fragen, etwa so: Wie hat sich der einzelne nach dem Ganzen zu richten? Welche Einsichten in historische Notwendigkeiten sind ihm aufgetragen? Angesichts des erbarmungslosen Schicksals des Tübingers kehrten DDR-Autoren die Recherche um, prüften am Eigentümlichen des Dichter-Ichs die unwiderlegliche Berechtigung individueller Bedürfnisse und vollzogen am Exempel Hölderlins nach, wie fatal und gräßlich die prätendierte Freiheit unseres Wol-

lens mit dem eisernen Gang der Geschichte zusammenstößt. Zur Anschauung gebracht wurde der in die Knechtschaft gesellschaftlicher Zwänge geratende Mensch, aufgerichtet jedoch auch ein Denk-Mal für "Naturen, die so empfindlich und unbeugsam" zugleich sind wie jener Hölderlin vorzeiten. Die von ihm artikulierte Sehnsucht nach dem "Offenen" - "Komm! ins Offene, Freund!" (heraus aus der geschlossenen Gesellschaft) - ist später nachgerade zu einem Code-Wort der jüngeren ostdeutschen Lyriker geworden.

Bei der *E. T. A.-Hoffmann*-Rezeption, an der Franz Fühmann wesentlichen und hellichtigen Anteil hatte, ging es nicht allein um das Wiederverfügbarmachen romantischen Bildungsguts, sondern auch - und mehr noch - um die Abwehr einer Kunstauffassung, die Literatur auf das Genehme und in die Schulweisheit der aktuellen weltanschaulichen Lehrmeinung integrierbare zu beschränken liebte. Fühmann beschäftigte sich nicht nur mit scheinbar abwegigen 'Spuk'geschichten Hoffmanns - er interpretierte sie normverletzend sogar als realistische (realistische!) Übertragungen "wesenhafter Erfahrung", als präzise Modelle modernen (und mithin auch realsozialistischen) Daseins: Wenn uns "Klein Zaches genannt Zinnober" als paradigmatisches "Märchen allseitiger Verkrüppelungen" entgegentrete, so sei "viel unheimlicher" noch als das darin abgebildete "die (- vergleichbare, K. W. -) Bereitwilligkeit der das Bürgerliche ablösenden Gesellschaft, die Attrappe als das Echte zu nehmen und... keine Mühen für einen Schein zu scheuen, dem

das Sein so demonstrativ mangelt". Fühmann erwies sich als gelehriger Schüler Hoffmanns, wo er den Mißwuchs zwischenmenschlicher Beziehungen im DDR-Sozialismus literarisch sinnfällig machte. Man lese seine "Spiegelgeschichte" (das entlarvende Porträt eines Parteisekretärs im Rollenspiel angemäßer Macht) oder die Erzählung "Drei nackte Männer" (deren Schärfe darin besteht, daß das Kleider-machen-Leute-Motiv konsequent zu Ende gedacht ist, insofern vorgeführt wird, daß die Leute selbst im nackten Zustand bleiben, was sie in der Hierarchie bekleiden).

Die *Heine*-Rezeption (der siebziger Jahre, bei der man, genauer, von einer Zweit-rezeption sprechen muß, da sie im Unterschied zu der in den fünfziger und sechziger Jahren erfolgten Ernst machte mit der Anwendung Heinescher gesellschaftskritischer Kundgebungen auf uns) könnte man, vor allem wenn man den Ansatz Volker Brauns hervorhebt, unter dem Aspekt betrachten, daß hierbei lauthals über die Möglichkeit einer "Steigerung" vorgefertigten Lebens räsoniert, eine sensualistische Verwirklichung gesellschaftlicher Ideale eingefordert und "das 'Eigentliche' menschlicher Zielsetzungen" neu erwogen wurde. Indem Braun den Abstand vermaß, der uns von jener sinnlichen, im Fluß befindlichen Gesellschaft trennte, an die Heine dachte, als er von einem Zustand sprach, in dem alle Menschen gleichberechtigt und gleichherrlich sein werden, erinnerte er ungehorsamst an eine (wie er sagte:) "reiche" Demokratie, die anzumahnen die Literatur nicht müde werden dürfe, vortragend die vom ökonomischen

misch-sozialen Selbstlauf zugeschütteten und ins Vergessen verbannten wirklichen Freuden und Leiden:

*Während wir selbstsicheren Affen
Uns auf den Bildschirmen feilhalten
Wissen wir kaum, was wir eigentlich
wollen:*

*In unserm Redensarten, Freunde
Kann der Sinn nicht ganz liegen.*

Die *Büchner*-Rezeption (um die Beispiele damit abzuschließen) gipfelte in zwei essayistisch verdichteten Äußerungen: in Brauns (in der DDR gut zehn Jahre ungedruckt gebliebenem) Kommentar zu Büchners Briefen (entstanden 1977) und in Heiner Müllers *Büchnerpreisrede* (von 1985). Während Braun in bis dahin beispielloser Offenheit den Mythos von der vollzogenen gesellschaftlichen Umwälzung in der DDR zerschlug, indem er die Frage, ob sich "die Revolution gelohnt" habe, mit der "kühle(n), illusionslose(n) Antwort" quittierte, daß die "Revolution des Apparats" - denn nur um eine solche habe es sich bisher gehandelt - "von der subordinierten Klasse" der Geführten, der Genasführten, "aufgefressen" werden müsse (!) durch ein unablässiges "Training des aufrechten Gangs", legte Müller den Finger auf die nichtverheilte "Wunde Woyzeck", Zukunft absprechend den entwicklungs-hemmenden, gepanzerten Machtblöcken in Ost und West und den Rest seiner Zuversicht der Dritten Welt widmend: "Woyzeck lebt, wo der Hund begraben liegt, der Hund heißt Woyzeck. Auf seine Auferstehung warten wir mit Furcht

und/oder Hoffnung, daß der Hund als Wolf wiederkehrt. Der Wolf kommt aus dem Süden. Wenn die Sonne im Zenit steht, ist er eins mit unserem Schatten, beginnt in der Stunde der Weißglut, Geschichte."

Ich breche hier ab: Als äußerst verknappter und fragmentarischer Einblick in die Erbe-Rezeption seit den siebziger Jahren, die, aus der Sicht der Ideologen, Elemente des Ungebürhlichen und Widersetzlichen ausbildete, möge dieser Exkurs genügen. Über die Kommunikation mit den Dichtern der Vergangenheit machten die Gegenwartsautoren etwas schmerzlich bewußt, das den Stachel der ideellen Unbotmäßigkeit in sich barg: Wie sehr sich doch die einstigen und jetzigen Weltläufte ähnelten! Die hausgemachte Prämisse des historischen Fortschrittes untergrabend, führten die mit ihren Vorläufern Zwiesprache haltenden Schriftsteller die DDR-Literatur auf die vornehmste Funktion zurück, die aller(bedeutsamen) Kunst eignet: auf die Funktion, durch den Zweifel an dem, "was man hat", unerbittlich und einleuchtend "etwas anderes" transparent zu machen (Heiner Müller), "Erinnerung an Zukunft" zu kräftigen (Peter Hacks, Christa Wolf), indem man auf dem Unabgeltbaren besteht - der, so Adorno, "Herstellung richtigen Lebens".

*Klaus Werner, Prof. Dr. phil., ist
Literaturwissenschaftler und
lebt in Leipzig*

Anmerkungen:

* Vortrag im Rahmen eines an der Universität Leipzig stattgefundenen Berufungsverfahrens für Neueste Deutsche Literatur.

Literatur:

Biermann, Wolf: Nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Der Streit um Christa Wolf, das Ende der DDR, das Elend der Intellektuellen: Das alles ist auch komisch. In: *Die Zeit* (Hamburg) vom 24.8.1990.

Bloch, Jan Robert: Wie können wir verstehen, daß zum aufrechten Gang Verbeugungen gehörten? In: *Sinn und Form* (Berlin) 3/1993.

Braun, Volker: Drei ausgelassene Antworten (1972)./Das Eigentliche (1972). In: ders., Es genügt die einfache Wahrheit. Notate. Leipzig 1975.

Ders.: Büchners Briefe (1977). In: ders., Verheerende Folgen mangelnden Anscheins innerbetrieblicher Demokratie. Schriften. Leipzig 1988.

Ders.: Das Eigentum. In: Deutsch in einem anderen Land. Die DDR (1949-1990) in Gedichten. Hg. v. Rüdiger Mangel, Stefan Schnabel u. Peter Staatsmann. Berlin 1990.

Fühmann, Franz: Ernst Theodor Amadeus Hoffmann. Rede in der Akademie der Künste der DDR (1976)./Klein Zaches genannt Zinnober" (1978)./Fräulein Veronika Paulmann aus der Pirnaer Vorstadt oder Etwas über das Schauerliche bei E. T. A. Hoffmann (1979). In: ders., Essays, Gespräche, Aufsätze 1964-1981. Rostock 1983.

Jens, Walter: Plädoyer gegen die Preisgabe. In: *Sinn und Form* (Berlin) 5/1990.

Kunert, Günter: Ein anderer K. Hörspiele. Berlin und Weimar 1977.

Müller, Heiner: Die Wunde Woyzeck (1985). In: Heiner Müller Material. Texte und Kommentare. Hg. v. Frank Hörnigk. Leipzig 1989.

Wolf, Christa: Die Schatten eines Traumes. Karoline von Günderode - ein Entwurf (1979). In: dies., Die Dimension des Autors. Essays und Aufsätze/ Reden und Gespräche/ 1959-1985. Bd. II. Berlin und Weimar 1986.

Karl Lewin (Hannover), Ulrich Heublein (Leipzig),
Dieter Sommer & Heidi Cordier (Hannover):

Studienabbrecher - ihre Motive und Perspektiven Ergebnisse einer bundesweiten Befragung im Studienjahr 1993/94

In einer bundesweit repräsentativen Untersuchung befragte HIS Studienabbrecher des Studienjahres 1993/94 (Sommersemester 1993 und Wintersemester 1993/94). Im Mittelpunkt der Untersuchung standen dabei das Abbruchverhalten, die Abbruchursachen und die Perspektiven nach dem Studienabbruch. Dabei ging es nicht nur darum, Aussagen zu treffen, die für die gesamte Bundesrepublik Geltung haben, sondern auch die diesbezügliche Situation in den neuen Ländern zu erhellen. Für sie fehlten bisher jegliche Daten zum Studienabbruch. Aus diesem Grunde sollen im

1. Einige Charakteristika der Studienabbrecher

Der Anteil von Frauen unter den Abbrechern beträgt 47%. Das sind fünf Prozentpunkte mehr als bei den Studierenden. Somit sind Frauen unter den Studienabbrechern überdurchschnittlich häufig vertreten. Die Ursachen dafür erge-

folgenden hier vor allem einige wesentliche Aussagen der Studie zu den Studienabbrechern in den neuen Ländern im Vergleich zu denen in den alten Ländern dokumentiert werden. Dabei wird differenziert nach Studienabbrechern an den Universitäten in den alten Ländern, Studienabbrechern an den Universitäten in den neuen Ländern und nach Studienabbrechern an den Fachhochschulen in den alten Ländern. Aussagen zu den ostdeutschen Fachhochschulen sind nicht möglich, da bei ihnen im Untersuchungszeitraum der Studienabbruch noch keine relevante Größenordnung erreichte.

ben sich vor allem aus den verschiedenen Gründen, die zum Studienabbruch führen.

Innerhalb der einzelnen Hochschularten stellt sich allerdings das anteilmäßige

Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Abbrechern unterschiedlich dar. So entspricht an den Fachhochschulen in den alten Ländern der Anteil der Studienabbrecherinnen mit 28% exakt dem entsprechenden Anteil weiblicher Studierender. Dagegen ist die Zahl der Abbrecherinnen an den west- wie ostdeutschen Universitäten anteilmäßig deutlich größer - auch größer als der entsprechende Frauenanteil in der jeweiligen Vergleichspopulation der Studierenden. Frauen nehmen unter den Abbrechern an den westdeutschen Universitäten einen Anteil von 51% ein; bei den Studierenden beträgt er nur 42%. An den Universitäten in den neuen Ländern liegt das Verhältnis von weiblichen zu männlichen Abbrechern sogar bei 55% zu 45%, während es in der Vergleichspopulation ostdeutscher Universitätsstudierender nur 48% Frauen, aber 52% Männer sind. Damit ist von einer überdurchschnittlichen Abbruchneigung bei den Studentinnen an den Universitäten sowohl in den neuen als auch in den alten Ländern auszugehen.

Gruppiert man die nach Fächergruppen differenzierten Studienabbrecher noch nach Hochschularten, dann widerspiegeln sich hier die Besonderheiten der jeweiligen Fächerstruktur. So zeigt sich bei den Fachhochschulen in den alten Ländern (wie nicht anders zu erwarten), daß die Mehrzahl der Abbrecher aus ingenieurwissenschaftlichen sowie aus wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen kommt (vgl. Abb 1). Ein anderes Fächerprofil weisen dagegen jene Studierende auf, die die westdeutschen Universitäten ohne Examen ver-

lassen haben. Unter ihnen dominiert vor allem der Studienabbruch aus den Sprach- und Kulturwissenschaften, aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie aus Mathematik und Naturwissenschaften. Diese drei Fächergruppen zusammen umfassen über drei Viertel des Studienabbruchs an den Universitäten in den alten Ländern. An den Universitäten in den neuen Ländern dagegen ist der Anteil der Studienabbrecher aus den sprach- und kulturwissenschaftlichen sowie aus den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen nicht ganz so hoch. Gerade bei der letzten Fächergruppe ist das bemerkenswert, da die Wirtschaftswissenschaften in den neuen Ländern einen prozentual noch größeren Zuspruch verzeichnen als in den alten Ländern (vgl. Lewin, K. u. a.: Studienanfänger im Wintersemester 1993/94 in den alten und neuen Ländern. HIS Hochschulplanung 107, Hannover 1994). Dafür nehmen aber innerhalb der ostdeutschen Univer-

Fächergruppe	Art und Region der Hochschule		
	Fachhochschulen in den alten Ländern	Universitäten in den alten Ländern	Universitäten in den neuen Ländern
Sprach-, Kulturwissenschaften, Sport	3	38	30
Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	26	22	19
Mathematik, Naturwissenschaften	9	18	19
Medizin	-	2	4
Agrar-, Forst-, Ernährungswissenschaften	2	2	3
Ingenieurwissenschaften	56	9	13
Kunst, Kunstwissenschaften	3	4	5
Rechtswissenschaften	-	5	7
Insgesamt	100	100	100

HIS-Studienabbrecherbefragung 1993/94

sitäten die Abbrecher aus ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen einen deutlich größeren Anteil ein als bei den westdeutschen Universitäten.

Insgesamt nehmen von den ostdeutschen Universitäten sowohl die weiblichen wie die männlichen Studienabbrecher jeweils etwa doppelt so große Anteile an der Gesamtzahl männlicher bzw. weiblicher Abbrecher ein wie die entsprechenden ostdeutschen Studentinnen bzw. Studenten an der Gesamtheit männlicher bzw. weiblicher Studierenden. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Studienabbruch hier erheblich häufiger stattfindet als an den westdeutschen Universitäten. Denn in den neuen Ländern war zum Befragungszeitpunkt die Studiendauer vom Studienbeginn bis zum Examen wesentlich kürzer als in den alten Ländern. Ohne daß repräsentative Daten über die durchschnittliche Studiendauer ostdeutscher Absolventen vorliegen, läßt sich das zum einen daran erkennen, daß die in dieser Untersuchung als Kontrollgruppe enthaltenen ostdeutschen Universitätsabsolventen im Durchschnitt vier Hochschulsemester weniger bis zum Examen brauchten als ihre ebenso befragten westdeutschen Kommilitonen. Zum anderen lag in den neuen Ländern das Verhältnis von Stu-

dienanfängern zu Studierenden im Wintersemester 93/94 bei rund vier Studierenden auf einen Studienanfänger, in den alten Ländern betrug diese Relation dagegen 1:7 (vgl. Lewin, K. u. a.: Studienanfänger im Wintersemester 1993/94 in den alten und neuen Ländern. HIS Hochschulplanung 107, Hannover 1994). Längere Studienzeiten erhöhen immer die Zahl der Studierenden. Je länger ein Studium im Durchschnitt dauert, desto mehr Studenten gibt es bei unveränderter Zahl der Studienanfänger. Daher sind durch die kürzeren Studienzeiten im Osten die Verhältniswerte für den Abbrecher-Studierenden-Vergleich verschoben. Pro Studienabbrecher Ost gibt es weniger Studierende als pro Studienabbrecher West. Deshalb kann im Grunde auf der Basis der vorliegenden Daten keine genaue Einschätzung der Häufigkeit des Abbruchs an den ostdeutschen Universitäten vorgenommen werden. Es läßt sich nur die Feststellung treffen, daß der Studienabbruch an den ostdeutschen Universitäten keinesfalls weniger verbreitet ist als an den westdeutschen; wahrscheinlich ist hier angesichts der Relation der Studienzeiten zwischen ost- und westdeutschen Absolventen die Studienabbruchneigung sowohl bei den Männern wie bei den Frauen leicht überdurchschnittlich.

2. Studiendauer und Zeitpunkt der Exmatrikulation

An den Universitäten in den alten Ländern ist die durchschnittliche Studiendauer der Studienabbrecher bis zu ihrer Exmatrikulation mit über sechseinhalb Hochschulsemestern am höchsten (vgl. Abb. 2). Allerdings gibt es dabei keinen

wesentlichen Unterschied zu den Fachhochschulen im Westen Deutschlands. Bei ihnen liegt der entsprechende Wert etwas unter sechseinhalb Semestern. Allein an den ostdeutschen Universitäten stellt sich die Situation anders dar.

Art und Region der Hochschule	Frauen	Männer	Insgesamt
Fachhochschulen in den alten Ländern	4,9	6,8	6,3
Universitäten in den alten Ländern	6,4	7,0	6,7
Universitäten in den neuen Ländern	4,4	4,4	4,4
Insgesamt	5,9	6,6	6,3

HIS-Studienabbrecherbefragung 1993/94

Mit durchschnittlich viereinhalb Hochschulsemestern verlassen deren Studienabbrecher die Universität im Schnitt zwei Semester früher als ihre Kommilitonen in den alten Ländern.

Analog fallen die Unterschiede in den Fachstudienzeiten aus. Hier sind die Abstände zwischen den jeweiligen Studienabbrechern mit fünfeinhalb Fachsemestern (Universitäten West) bzw. fünf Fachsemestern (Fachhochschulen West) in den alten Ländern und vier Fachsemestern (Universitäten Ost) in den neuen Ländern etwas geringer (vgl. Abb. 3/2). Dieses Ergebnis weist darauf hin, daß die Studierenden an den Hochschulen im Osten Deutschlands bei vielen Abbruchgründen früher als ihre Studienkollegen in den alten Ländern Gewißheit über die Fortführung bzw. den Abbruch ihres Studiums gewinnen.

13 % der Studienabbrecher haben vor ihrer Exmatrikulation schon ein- oder mehrmals die Hochschule gewechselt - ohne daß hinsichtlich dieses Anteils größere Unterschiede zwischen den einzelnen Hochschularten bestehen. Ein solcher Schritt verlängert die durchschnittliche Studiendauer bis zum Abbruch. So

liegt der Abbruchzeitpunkt bei Hochschulwechslern, die zuletzt an einer westdeutschen Universität studierten, bei durchschnittlich zehneinhalb Semestern. Ein halbes Semester weniger beträgt dieser Wert an den Fachhochschulen in den alten Ländern. Auch an den Universitäten

in den neuen Ländern liegen die Hochschulwechsler mit sieben Semestern deutlich über dem Durchschnitt der sonstigen Abbrecher. Verursacht werden die verlängerten Studienzeiten dadurch, daß die Hochschulwechsler unter den Abrechern im Mittel vier Hochschulsemester an einer oder mehreren anderen Hochschule(n) studiert haben als an derjenigen, von der sie sich exmatrikulierten.

Bei den Abrechern von Universitäten in den neuen Ländern - männlichen wie weiblichen - ist des weiteren auffällig, daß offensichtlich für sie die Zwischenprüfungen einen besonderen "Stolperstein" darstellen. Über ein Viertel von ihnen gibt an, sich nach - bestandenen oder nicht bestandenen - Zwischenprüfungen zu einem Verlassen der Hochschule entschlossen zu haben. Das sind zwei Drittel mehr als bei den Abrechern von westdeutschen Universitäten und immer noch ein Drittel mehr als bei den vorzeitig Exmatrikulierten von Fachhochschulen in den alten Ländern. Dagegen entschließen sich die Ostdeutschen etwas weniger noch zur Examenszeit zu einem Studienabbruch, zeigen in dieser Phase

dann aber mehr Beharrungsvermögen als die entsprechenden westdeutschen Studienabbrecher, die meist schon vor dem Examensversuch resignieren.

3 Studienabbrecher des Studienjahres 1993/94: Studienphase der Abbruchentscheidung nach Geschlecht, Hochschulart, Region der Hochschule, Hochschulwechsel und Fachwechsel in Prozent									
Studienabbrecher	Studienphase der Abbruchentscheidung								
	Studium nicht ange-treten	direkt nach Studienbeginn	vor der Zwischenprüfung	nach nicht bestandener Zwischenprüfung	nach bestandener Zwischenprüfung	kurz vor Examen	im Examen	nach nicht bestandem Examen	keine Antwort
nach Geschlecht									
Frauen	5	37	22	7	8	8	1	2	9
Männer	4	30	25	15	7	8	1	2	9
nach Art und Region der Hochschule									
Fachhochschulen in den alten Ländern	5	30	21	14	5	9	1	2	13
Universitäten in den alten Ländern	5	34	25	9	7	9	1	2	9
Universitäten in den neuen Ländern	2	31	24	15	12	4	1	4	8
Insgesamt	4	33	24	11	7	8	1	2	9

HIS-Studienabbrecherbefragung 1993/94

3. Gründe für den Studienabbruch

Die Ursachen für den Studienabbruch sind vielfältiger Natur. Dabei wird die Entscheidung, das Studium ohne Examen zu beenden, in der Regel von mehreren unterschiedlichen Motiven getragen. So gibt im Durchschnitt jeder

Befragte drei verschiedene Ursachen an, die bei der Abbruchentscheidung eine Rolle gespielt haben. Auf der Grundlage von Cluster- und Faktorenanalysen ergeben sich folgende Ursachenbündel (vgl. Abb. 4): 73% der Studienabbrecher

4 Studienabbrecher des Studienjahres 1993/94 nach Gründen (zusammengefaßt) für den Studienabbruch, Hochschulart, Region der Hochschule sowie Geschlecht vertikal prozentuiert (Mehrfachnennungen)						
Gründe für den Studienabbruch (Ursachenbündel)	Hochschulart und Region der Hochschule			Geschlecht		Insgesamt
	Fachhochschulen in den alten Ländern	Universitäten in den alten Ländern	Universitäten in den neuen Ländern	Frauen	Männer	
geplante Studienunterbrechung	4	7	14	4	11	8
Überforderung	42	30	37	28	39	34
Distanz zum Studium	72	75	68	75	71	73
günstige Berufserwartungen auch ohne Examen, Wunsch nach Praxis	47	57	49	54	53	53
Studium zu lang, schlechte Arbeitsmarktchancen nach Examen	43	52	47	50	49	49
Kritik an Didaktik und Begleitumständen des Studiums	57	66	61	67	60	63
finanzielle Gründe	52	35	31	34	42	38
familiäre Gründe	20	18	17	25	13	18
sonstige Gründe	8	7	9	8	7	8

HIS-Studienabbrecherbefragung 1993/94

begründen ihre Abbruchentscheidung mit einer gewissen Distanz zum Studium. Den dabei am häufigsten genannten Einzelgrund - Studium war zu theoretisch/weltfremd/abstrakt - gibt jeder zweite Studienabbrecher an. Rund zwei Fünftel der Abbrecher beurteilen ihre Erwartungen in bezug auf das Studium im nachhinein als falsch und verlassen im Studienjahr 1993/94 die Hochschule. Diese Einschätzung korreliert stark mit der Angabe, das Interesse am Studienfach habe abgenommen, die bei jedem dritten Studienabbrecher mit in die Entscheidung einfloß.

An zweiter Stelle rangieren berufs- und arbeitsmarktbezogene Ursachen, mit denen 71% aller Abbrecher ihren Entschluß begründen. Hierbei lassen sich einerseits positive Aspekte zusammenfassen, wie der Wunsch nach praktischer Tätigkeit bzw. das Angebot eines fachlich interessanten oder finanziell attraktiven Arbeitsplatzes. Andererseits hat die Einschätzung, daß die Arbeitsmarktchancen für Absolventen des jeweiligen Studienfaches schlecht seien, bei jedem dritten mit zu der Entscheidung geführt, das Studium abzubrechen. Oftmals auch in Anbetracht der zu erwartenden langen Studiendauer kommen diese Abbrecher zu dem Ergebnis, daß sich ein Studium für sie nicht lohnt.

63% der Studienabbrecher kritisieren Begleitumstände des Studiums wie die Betreuung durch die Dozenten, die Organisation des Studiums bzw. die Studienbedingungen, Frauen durchgängig häufiger als ihre ehemaligen männlichen Kommilitonen. Dabei hat bei 37% aller

Abbrecher die Anonymität in der Hochschule mit dazu geführt, das Studium aufzugeben. Jeder dritte beklagt überfüllte Lehrveranstaltungen bzw. eine mangelhafte Betreuung durch den Lehrkörper.

Finanzielle Gründe nennen 38% aller Studienabbrecher, Männer häufiger als Frauen.

34% der Studienabbrecher äußern direkt, daß sie den Anforderungen des Studiums nicht gewachsen seien. Sie fühlten sich überfordert durch die Fülle oder die Inhalte des Studienstoffs, hatten Schwierigkeiten mit einzelnen Scheinen oder Prüfungen bzw. scheiterten an der Zwischenprüfung oder im Examen. Bei männlichen Studienabbrechern spielen diese Angaben durchgängig häufiger eine Rolle als bei ihren ehemaligen Kommilitoninnen.

Hingegen haben bei den Frauen vergleichsweise häufiger familiäre Gründe mit zum Studienabbruch geführt. So nennt jede vierte Studienabbrecherin dieses Ursachenbündel, jedoch nur 13% der Männer.

8% der Studienabbrecher unterbrechen nach eigenen Angaben das Studium, um z.B. Wehr- oder Zivildienst abzuleisten, ein Praktikum zu absolvieren oder Wartezeiten auf einen neuen Studienplatz zu überbrücken.

Die regionale Differenzierung nach Hochschularten zeigt, daß die geplante Studienunterbrechung bei Studienabbrechern von Universitätsstudiengängen in den neuen Ländern überdurchschnittlich häufig als Ursache genannt wird. Abbre-

cher von Universitäten in den alten Ländern geben hingegen vergleichsweise häufiger berufs- und arbeitsmarktbezogene Ursachen für die Aufgabe des Studiums an und äußern Kritik an Didaktik und Begleitumständen des Studiums. Darüber hinaus führte bei ihnen am häufigsten mangelnde Identifikation mit der Hochschule bzw. nachgelassenes Interesse am Studienfach zur Studienabbruchentscheidung. Von ihren ehemaligen Kommilitonen, die sich im Studienjahr 1993/94 in den alten Ländern aus einem Fachhochschulstudiengang heraus exmatrikulierten, nennt jeder zweite vergleichsweise häufiger familiäre Gründe an sowie Schwierigkeiten mit dem Studienstoff.

Eine Differenzierung nach dem ausschlaggebenden Grund ergibt folgende Ergebnisse (vgl. Abb. 5): Das - bei den Mehrfachnennungen - am häufigsten genannte Ursachenbündel "Distanz zum

Studium" rangiert auch bei den ausschlaggebenden Exmatrikulationsgründen an erster Stelle mit 29 % der Nennungen. Gleichauf an zweiter Stelle (mit 14 %) waren Ursachen aus den Bereichen "Arbeitsmarkt/ Beruf" bzw. "finanzielle Engpässe" für den Studienabbruch entscheidend.

Exmatrikulationsgründe, die in das Ursachenbündel "Kritik an Didaktik und Begleitumstände des Studiums" fallen, werden zwar häufig von den Probanden genannt, sind jedoch zum überwiegenden Teil Gründe, die andere ergänzen und stellen nur in Einzelfällen die entscheidende Ursache zum Studienabbruch dar.

Auffällig ist, daß nicht alle, die laut eigener Angabe bei der Zwischenprüfung oder im Examen durchgefallen sind, dies auch als den entscheidenden Grund angeben. Dies könnte u.a. auch damit zusammenhängen, daß ein Teil dieser Studienabbrecher ihr Scheitern am lieb-

ausschlaggebender Grund für den Studienabbruch (Ursachenbündel)	Hochschulart und Region der Hochschule			Geschlecht		Insgesamt
	Fachhochschulen in den alten Ländern	Universitäten in den alten Ländern	Universitäten in den neuen Ländern	Frauen	Männer	
geplante Studienunterbrechung	3	4	9	1	7	4
Überforderung	14	8	14	7	13	10
Distanz zum Studium	29	29	27	30	28	29
günstige Berufserwartungen auch ohne Examen, Wunsch nach Praxis	11	16	10	15	13	14
Studium zu lang, schlechte Arbeitsmarktchancen nach Examen	5	10	12	9	10	9
Kritik an Didaktik und Begleitumständen des Studiums	4	6	9	8	5	6
finanzielle Gründe	21	13	8	11	17	14
familiäre Gründe	10	10	6	15	4	9
sonstige Gründe	4	4	6	4	4	4

HIS-Studienabbrecherbefragung 1993/94

Was hätte Sie bewegen können, Ihr Studium fortzusetzen?	Hochschulart und Region der Hochschule			Geschlecht		Insgesamt
	Fachhochschulen in den alten Ländern	Universitäten in den alten Ländern	Universitäten in den neuen Ländern	Frauen	Männer	
nichts	15	16	17	16	16	16
bessere Studien- und Prüfungsbedingungen	10	10	12	11	10	10
bessere Betreuung, qualifiziertere Dozenten	3	4	4	3	4	4
ein interessanteres Lehrangebot, mehr Praxisbezug	6	8	7	8	7	8
anderer Studienaufbau/Studienverlauf, bessere Integration ins Studentenleben	4	6	6	6	5	6
kürzere Studiendauer, mehr Zeit für das Studium	4	4	2	4	3	4
ein Studienplatz in einem anderen Fach bzw. näher zum Heimatort	6	5	4	5	4	5
Erfolge im Studium	10	7	9	4	11	8
weniger Selbstzweifel, mehr Motivation zum Studium	4	3	2	3	3	3
bessere Berufsaussichten	6	10	13	11	9	10
wenn sich keine berufliche Alternative ergeben hätte	2	4	3	4	4	4
gesicherte finanzielle Unterstützung	20	13	8	13	14	14
bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten	2	3	1	5	0	2

HIS-Studienabbrecherbefragung 1993/94

sten verdrängen möchte und einen anderen Hauptgrund vorschiebt. Andererseits ist es aber auch möglich, daß diese Studienabbrecher ihrem Studium schon seit längerem nicht mehr motiviert folgten und sich dann auch nur noch aus mehr formellen Gründen - oder auch zur "Befriedigung" ihres Umfeldes - zur Prüfung meldeten.

Der bei den Mehrfachnennungen am häufigsten angegebene Einzelgrund - das Studium war zu theoretisch/abstrakt/weltfremd -, den knapp die Hälfte aller Studienabbrecher nannte, war lediglich bei jedem Fünften von diesen ausschlaggebend. Insgesamt zeigt sich jedoch eine weite Streuung unter den ausschlaggebenden Exmatrikulationsursachen.

4. Tätigkeit nach Studienabbruch

Tätigkeitsspektrum

Drei Viertel der deutschen Studienabbrecher des Studienjahres 1993/94 - Frauen wie Männer - haben bundesweit im Anschluß an den Studienabbruch eine Berufsausbildung begonnen oder sind berufstätig geworden. Das Verhältnis von Berufsausbildung und Berufstätigkeit ist

nahezu 1:1. Weniger als ein Zehntel der Studienabbrecher ist arbeitslos (8%). 4% absolvieren ein Praktikum oder Freiwilliges Soziales Jahr. 12% der Frauen widmen sich Mutterschaft und/oder Haushaltstätigkeit, 8% der Männer kommen ihrer Wehr/Zivildienstpflicht nach. Frauen haben häufiger als Männer eine Berufsausbildung begonnen, Männer sind

entsprechend häufiger berufstätig geworden. Von der Arbeitslosigkeit sind Männer um ein Drittel häufiger betroffen als Studienabbrecherinnen.

Der Vergleich zwischen den Studienabbrechern aus den verschiedenen Hochschularten bzw. Regionen weist das höchste Erwerbspersonenpotential - mit um 90% - für die Studienabbrecher aus Fachhochschulen (in den alten Ländern) aus. Diese Studienabbrecher sind zu fast drei Fünfteln berufstätig, nur ein knappes Viertel absolviert eine Berufsausbildung (vgl. Abb. 7, Mitte). Hingegen befinden sich zwei Fünftel der Studienabbrecher aus Universitäten sowohl der alten als auch der neuen Länder in Berufsausbildung. Studienabbrecher aus Universitäten in den neuen Ländern sind am seltensten berufstätig, am häufigsten arbeitslos und leisteten dreimal so häufig - zu fast einem Zehntel - Wehr-/Zivildienst ab wie die Studienabbrecher aus den alten Ländern. Letzteres ist nicht auf unterschiedliche Geschlechterpro-

portionen zurückzuführen. Es mag damit zusammenhängen, daß Studienanfänger in den neuen Ländern - so zeigen die HIS-Studienanfängeruntersuchungen - das Studium im Mittel deutlich früher beginnen als diejenigen in den alten Ländern. Außerdem erfolgt der Studienabbruch in den neuen Ländern im Mittel früher als in den alten Ländern, und für Studienabbrecher in frühen Semestern ist die Pflicht, diesen Dienst abzuleisten, überdurchschnittlich häufig das Motiv für die (ggf. vorläufige) Studienaufgabe. Ebenso wenig ist auf Unterschiede in der Geschlechterproportion zurückzuführen, daß Studienabbrecher aus den Universitäten in den neuen Ländern mit nur 3% weniger als halb so häufig Haushalts-/Familientätigkeit ausüben als diejenigen aus den Universitäten in den alten Ländern. Auch hier ist die im Mittel niedrigere Semesterzahl bei Studienabbruch eine wesentliche Ursache neben der in den neuen Ländern derzeit allgemein besonders niedrigen Geburtenrate.

7 Studienabbrecher des Studienjahres 1993/94 nach Tätigkeit zum Befragungszeitpunkt, Geschlecht, Hochschulart, Region der Hochschule und ausgewählten Studiengängen horizontal prozentuiert

Studienabbrecher	Tätigkeit zum Befragungszeitpunkt						
	Berufsausbildung	Berufstätigkeit	Arbeitslosigkeit	Haushalts-/Familientätigkeit	Wehr-/Zivildienst	Praktikum/Freiwilliges soziales Jahr	andere Tätigkeit
nach Geschlecht							
Frauen	39	34	6	12	-	5	4
Männer	33	42	9	1	8	3	4
nach Art und Region der Hochschule							
Fachhochschulen in den alten Ländern	23	57	8	5	3	2	3
Universitäten in den alten Ländern	40	34	7	7	3	5	4
Universitäten in den neuen Ländern	39	30	9	3	9	6	5
Insgesamt	36	38	8	6	4	4	4

HIS-Studienabbrecherbefragung 1993/94

Wege in die Erwerbstätigkeit

Im folgenden sind nur diejenigen Studienabbrecher in die Betrachtung einbezogen, die nach Studienabbruch berufstätig geworden sind oder eine Berufsausbildung (betriebliche/duale, schulische oder Beamtenanwärterausbildung) begonnen haben. Sie werden folgend als "erwerbstätige" Studienabbrecher bezeichnet in Unterscheidung zu den "nur" berufstätigen.

Ein Viertel der Studienabbrecher ist über Arbeiten, die diese zur Studienfinanzierung bereits während des Studiums ausübten oder über Praktika, die im Rahmen des Studiums absolviert wurden, in die jetzige Stelle gelangt (vgl. Abb. 8). Dies ist der typische Fall des "gleitenden Übergangs" vom Studium in das Erwerbsleben, bei dem meist zunächst Geldverdienen zur Finanzierung des Studiums im Vordergrund steht und allmählich das Studium in immer stärkeren Ma-

ße in den Hintergrund tritt, bis ein Angebot des Arbeitsgebers oder der Schritt in die Selbständigkeit den "Werkstudenten" oder Praktikanten zum Erwerbstätigen werden läßt. Ein weiteres Fünftel der erwerbstätigen Studienabbrecher hat eine Stelle über Bewerbungen auf Anzeigen gesucht und gefunden, ein Zehntel ist über das Arbeitsamt vermittelt worden. Private Kontakte, die Vermittlung durch Bekannte und Freunde haben weiteren 16 % der erwerbstätigen Studienabbrecher den Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz eingebracht. Besonders starke Eigeninitiative hat eine - allerdings sehr kleine - Gruppe gezeigt: Sie haben selbst inseriert und auf diese Weise im Erwerbsleben Fuß gefaßt.

Studienabbrecherinnen haben ihre Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze häufiger als Studienabbrecher über Bewerbungen gefunden, Männer hingegen um etwa die Hälfte häufiger als die Frauen über den Job während des Studiums. Letzte-

8 Zum Befragungszeitpunkt erwerbstätige¹⁾ Studienabbrecher des Studienjahres 1993/94 nach Zugang zur zum Befragungszeitpunkt ausgeübten Tätigkeit, Geschlecht, Hochschulart, Region der Hochschule und ausgewählten Studiengängen horizontal prozentuiert

Studienabbrecher	Zugang zur zum Befragungszeitpunkt ausgeübten Tätigkeit						
	Erwerbstätigkeit während des Studiums	Bewerbung auf Anzeige	eigenes Inserat	Arbeitsamt	Bekanntete	andereweitig	keine Angabe
nach Geschlecht							
Frauen	19	22	2	10	15	26	5
Männer	28	17	2	11	17	22	5
nach Art und Region der Hochschule							
Fachhochschulen in den alten Ländern	31	17	2	9	14	21	7
Universitäten in den alten Ländern	22	19	2	10	16	26	5
Universitäten in den neuen Ländern	19	24	2	13	19	19	4
Insgesamt	24	19	2	10	16	24	5

1) als "Erwerbstätige" sind die Personen zusammengefaßt, die entweder berufstätig sind oder eine Berufsausbildung absolvieren

HIS-Studienabbrecherbefragung 1993/94

res ist auch bei Studienabbrechern aus Fachhochschulen im Verhältnis zu denen aus Universitäten der Fall. Studienabbrecher in den neuen Ländern haben deutlich seltener als die in den alten Ländern den Weg in den Beruf über die Erwerbstätigkeit zur Studienfinanzierung gefunden. Dies korrespondiert mit Ergebnissen aus anderen HIS-Erhebungen (HIS-Studienanfängerbefragungen und Sozialerhebung), daß Studierende in den neuen Ländern dank der Förderung gemäß BAföG seltener dazu veranlaßt sind, ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise durch Werkarbeit zu verdienen und demzufolge die dortigen potentiellen Studienabbrecher auch seltener über einen geeigneten Kontakt zum Arbeitsmarkt verfügen. Statt dessen finden sie ihren Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz deutlich häufiger als Studienabbrecher in den alten Ländern durch Bewerbungen auf Anzeigen, über Vermittlung des Arbeitsamtes und durch private Beziehungen.

9 Zum Befragungszeitpunkt erwerbstätige ²⁾ Studienabbrecher des Studienjahres 1993/94 nach ausgewählten Berufsgruppen, Geschlecht, Hochschulart, Region der Hochschule und ausgewählten Studiengängen horizontal prozentuiert

Studienabbrecher	Berufsgruppe							
	Fertigungsberufe	Techniker	Warenkaufleute	Bank-/Versicherungskaufleute	Organisations-/Verwaltungs-/Büroberufe	Schriftwerkschaffende Berufe ¹⁾	Gesundheitsdienstberufe	Sozialberufe
nach Geschlecht								
Frauen	7	4	8	10	27	7	19	5
Männer	21	7	8	10	26	5	6	1
nach Art und Region der Hochschule								
Fachhochschulen in den alten Ländern	24	9	7	9	25	6	4	3
Universitäten in den alten Ländern	12	4	8	11	26	7	14	3
Universitäten in den neuen Ländern	12	4	10	9	27	4	14	3
Insgesamt	15	5	8	10	26	6	12	3

1) ausführlich: Schriftwerkschaffende, -ordnende sowie künstlerische Berufe; darunter Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare und zugeordnete Berufe
 2) als "Erwerbstätige" sind die Personen zusammengefaßt, die entweder berufstätig sind oder eine Berufsausbildung absolvieren
 HIS-Studienabbrecherbefragung 1993/94

Beruf der Erwerbstätigen

Gut ein Viertel der Studienabbrecher, die ein halbes Jahr nach Studienabbruch erwerbstätig sind - also berufstätig sind oder eine Berufsausbildung absolvieren -, übt Organisations-/Verwaltungs-/Büroberufe aus, ein Fünftel Fertigungs- oder technische Berufe. Je etwa ein Zehntel steht in Gesundheitsdienst-, Bank-/Versicherungs- oder kaufmännischen Berufen, die restlichen erwerbstätigen Studienabbrecher sind Schriftwerkschaffende (Publizisten, Dokumentare, Künstler, Dolmetscher u. ä.) oder üben Sozialberufe aus (vgl. Abb. 9).

Wirtschaftszweig

Wie die oben skizzierte Verteilung auf Berufsgruppen vermuten läßt, konzentrieren sich die erwerbstätigen Studienabbrecher in den Wirtschaftszweigen Handel/Dienstleistungen und öffentlicher Dienst (zusammen drei Fünftel von ih-

Studienabbrecher	Wirtschaftszweig						
	Industrie	Banken/Versicherungen	Handel/Dienstleistungen	öffentlicher Dienst	Handwerk/Landwirtschaft	anderes	keine Angabe
nach Geschlecht							
Frauen	9	8	37	26	8	5	7
Männer	13	9	37	17	16	3	5
nach Art und Region der Hochschule							
Fachhochschulen in den alten Ländern	17	7	39	14	15	3	6
Universitäten in den alten Ländern	11	9	36	23	11	5	7
Universitäten in den neuen Ländern	7	8	35	28	12	4	5
Insgesamt	11	8	37	21	12	4	6

1) als "Erwerbstätige" sind die Personen zusammengefaßt, die entweder berufstätig sind oder eine Berufsausbildung absolvieren
 HIS-Studienabbrecherbefragung 1993/94

nen). In Handwerk/Landwirtschaft, Industrie und Bank/Versicherungen arbeitet je ca. ein Zehntel. Während Abbrecherinnen im öffentlichen Dienst überwiegen, sind dies in der Industrie die Männer, die zudem in Handwerk/Landwirtschaft dominieren.

Studienabbrecher aus Fachhochschulen sind stark überdurchschnittlich in der Industrie, in Handel/Dienstleistungen und in Handwerk/Landwirtschaft vertreten (vgl. Abb. 10, Mitte). Diejenigen aus den Universitäten in den neuen Ländern sind stark überdurchschnittlich im öffentlichen Dienst vertreten, stark unterdurchschnittlich in der Industrie.

Einkommen

Werden die Einkommensverhältnisse der mit voller Stundenzahl (Arbeitszeiten von 37 Stunden/Woche und mehr) Berufstätigen betrachtet, also diejenigen in Berufsausbildung und Teilzeitarbeit außer Betracht gelassen, so

zeigt sich: Ein Zehntel der berufstätigen Studienabbrecher verdient bis zu DM 2.000; fast die Hälfte hat Bruttoeinkünfte zwischen DM 2.001 und 3.500, knapp ein Drittel verdient zwischen DM 3.501 und 5.000 und etwa ein Siebtel über DM 5.000 monatlich (vgl. Abb. 11). Dabei liegt das Einkommensniveau bei Frauen niedriger als bei Männern. Studienabbrecher aus Fachhochschulen stehen alles in allem finanziell etwas günstiger da als diejenigen aus Universitäten in den alten Ländern. Sehr niedrig ist vergleichsweise das Einkommensniveau der berufstätigen Studienabbrecher aus Universitäten in den neuen Ländern. Sinnvolle fächerspezifische Vergleiche läßt die Gruppengröße in der Stichprobe bei dieser Detailtiefe nicht mehr zu.

Zufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit

Wie zufrieden sind die erwerbstätigen Studienabbrecher mit ihrer beruflichen

11 Zum Befragungszeitpunkt vollzeitberufstätige ¹⁾ Studienabbrecher des Studienjahres 1993/94 nach Einkommen, Hochschulart, Region der Hochschule und ausgewählten Studiengängen horizontal prozentuiert

Studienabbrecher	Einkommen				
	bis zu DM 2.000	2.001 bis DM 3.500	3.501 bis DM 5.000	mehr als DM 5.000	keine Angabe
nach Geschlecht					
Frauen	11	49	28	4	8
Männer	9	37	31	18	6
nach Art und Region der Hochschule					
Fachhochschulen in den alten Ländern	6	36	37	16	6
Universitäten in den alten Ländern	7	44	30	13	7
Universitäten in den neuen Ländern	28	43	15	6	9
Insgesamt	9	41	30	13	7

1) Berufstätige mit mindestens 37 Arbeitsstunden je Woche im Durchschnitt
HIS-Studienabbrecherbefragung 1993/94

Tätigkeit alles in allem? Knapp zwei Drittel sind nach eigenen Angaben zufrieden, knapp ein Zehntel ist unzufrieden, ein Viertel sieht seine Situation als zwar nicht rosig, aber auch nicht schlecht an ("teils - teils"). Männer sind etwas zufriedener als Studienabbrecherinnen, Studienabbrecher aus Universitäten zufriedener als die aus Fachhochschulen, diejenigen aus Universitäten in den neuen Ländern dabei etwas weniger zufrieden als die aus Universitäten in den alten Ländern.

Werden bei einem Vergleich zwischen einzelnen Studiengängen die Störeinflüsse unterschiedlicher Anteile von Befragten ohne Angabe ausgeschaltet, so ergibt sich: Mit Abstand am zufriedensten mit ihrer beruflichen Tätigkeit sind erwerbstätige Studienabbrecher aus der Humanmedizin. Am wenigsten zufrieden erweisen sich diejenigen aus Mathematik (U) und BWL (FH).

Langfristig geplante Studienwiederaufnahme

Alles in allem äußern 30% der Studienabbrecher, sie streben langfristig die Wiederaufnahme des Studiums an. Nähere Analysen dieser Studienabsichten weisen aus, daß rund ein Sechstel dieser Absichtserklärungen so vage sind, daß ihre spätere Einlösung unwahrscheinlich ist. So wird letztlich ca. ein Viertel der Studienabbrecher in das Studium zurückkehren.

Studienabbrecher aus Fachhochschulen in den alten Ländern wollen am seltensten - zu einem Viertel - erneut studieren, Studienabbrecher aus Universitäten in den neuen Ländern am häufigsten - zu über einem Drittel (vgl. Abb. 12, Mitte). Entsprechend streben Studienabbrecher aus Universitäten in den neuen Ländern am seltensten (56%), diejenigen aus Fachhochschulen am

12 Studienabbrecher des Studienjahres 1993/94 nach langfristigen Tätigkeitsabsichten, Geschlecht, Hochschulart, Region der Hochschule und ausgewählten Studiengängen horizontal prozentuiert

Studienabbrecher	langfristige Tätigkeitsabsichten					
	(neue) Berufsausbildung	Erwerbstätigkeit	Haushalts-/ Familien-tätigkeit	andere Tätigkeit	erneutes Studium	keine Angabe
nach Geschlecht						
Frauen	10	48	6	4	29	3
Männer	7	54	0	5	30	3
nach Art und Region der Hochschule						
Fachhochschulen in den alten Ländern	8	56	4	6	25	3
Universitäten in den alten Ländern	8	51	4	4	30	3
Universitäten in den neuen Ländern	11	45	1	4	36	3
Insgesamt	9	51	3	4	30	3

HIS-Studienabbrecherbefragung 1993/94

häufigsten (64%) in das Berufsleben (Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit). Alles in allem will knapp die Hälfte der an die Hochschulen Zurückstrebenden wieder in denselben Studiengang zurückehren oder einen Studiengang aus derselben Fächergruppe wie zuvor wählen.

Die AutorInnen sind wissenschaftliche Mitarbeiter/in beim Hochschul-Informationssystem

(Der Text beruht auf "Studienabbruch: Gründe und anschließende Tätigkeiten. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung im Studienjahr 1993/94", veröffentlicht als HIS-Kurzinformation A 1/95)

Sabine Manning (Berlin):

Westeuropa im Blickfeld ostdeutscher Bildungsforscher*

Das Thema Westeuropa ist ein Spiegel, in dem Veränderungen der Sichtweise ostdeutscher Bildungsforscher im Verlaufe des letzten Jahrzehnts deutlich

werden. Zugleich lassen sich aus dieser veränderten Betrachtung Westeuropas Anregungen für die vergleichende Bildungsforschung gewinnen.

Wandel der Ziele

Meine erste These ist, daß die spannungsvolle Annäherung an den Forschungsgegenstand Westeuropa einen besonderen Erkenntnisgewinn und ein aktives Verhältnis zur Europäischen Union hervorgebracht hat.

Dies will ich am Wandel der Ziele in drei Phasen der Forschung erläutern: in der DDR-Zeit, in der Vorwende und in der Gegenwart. Als Beispiele dienen ausgewählte Untersuchungen zu Westeuropa von Wissenschaftlergruppen, denen ich selbst angehörte bzw. jetzt angehöre.

1. PHASE: Untersuchungen in der Systemauseinandersetzung. Beispiel: Studie über die Hochschulpolitik der Europäischen Gemeinschaft (1985) /1/

Mitte der 80er Jahre wurde am Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, die Hochschulpolitik der Europäischen Gemeinschaft (EG) innerhalb eines breit angelegten Projektes analysiert. Anliegen der Studie war es, die Wechselbe-

ziehungen von kapitalistischer Internationalisierung und Hochschulentwicklung zu erkunden. Auch sollte der Frage nachgegangen werden, ob sich arbeitsteilige Verflechtungen zwischen nationalen Hochschulsystemen selbst herausbilden.

Die Studie widerspiegelte Veränderungen in der Beurteilung Westeuropas im Laufe der 80er Jahre. Noch war die vorangegangene Stagnationsphase der westeuropäischen Integration im Blickfeld, interpretiert als Bestandteil der „allgemeinen Krise des Kapitalismus“. Doch einige Analysen, und dazu gehörte die zitierte Studie, wiesen bereits auf Anzeichen eines neuen Aufschwungs in Westeuropa mit Herausforderungen an das sozialistische System hin.

Zum Beispiel wurde in der Studie darauf aufmerksam gemacht, daß die Förderung des Europagedankens in der Bildung auch die politische und wirtschaftliche Verflechtung der westeuropäischen

Staaten voranbringt. Solche Wirkungszusammenhänge kennzeichneten, zumindest perspektivisch, ein Niveau der Integration, von dem der Ostblock noch weit entfernt schien.

Eine vergleichende Gegenüberstellung der Hochschulzusammenarbeit in der EG und im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) wäre aufschlußreich gewesen. Dahingehende Vorschläge von einigen Bildungsforschern wurden jedoch abgeblockt - ein möglicher Nachweis westlicher Überlegenheit im Integrationsprozeß hätte gegen politische Dogmen verstoßen.

2. PHASE: Neue Betrachtungen in der Vorwendezeit. Beispiel: Zwei Beiträge über westeuropäische Bildungspolitik in der „Vergleichenden Pädagogik“ (1990) /2;3/

Diese Beiträge, noch vor der Wende geschrieben, stellen den eingetretenen Aufschwung in der westeuropäischen Integration, markiert durch die Einheitliche Europäische Akte 1987, heraus. Es wird als notwendig erachtet, die bildungspolitischen Bestrebungen neu zu bewerten. /2/

Die Breite der Bezüge zwischen dem Bildungswesen und der EG wird umrissen: in welcher Weise Bildungsaktivitäten mit wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlich-technischen, politischen und kulturellen Aspekten der Integration verknüpft sind. /3/ Ganz deutlich zielen die Beiträge darauf, die noch verbreiteten Vorstellungen von Krisenhaftigkeit und ökonomischer Enge des Integrati-

onsprozesses zu überwinden und die Dynamik dieser Entwicklungen in Westeuropa zu veranschaulichen.

3. PHASE: Wissenschaftliche Begleitung und Partnerschaft. Beispiel: EG-Forschungsprojekte des Wissenschaftsforums Bildung und Gesellschaft e.V. (WIFO), Berlin (1991-95) /4;5/

Nach Abwicklung der DDR-Institute wandten sich einige Bildungsforscher, z.B. im Wissenschaftsforum Berlin, neuen Feldern der auftragsgebundenen Forschung über Bildungsentwicklungen in der EG bzw. Europäischen Union (EU) zu.

Eine Gruppe von Projekten /4/ begleitet die Einführung von EU-Bildungsprogrammen, wie ERASMUS und PETRA, in den neuen Bundesländern, und zwar im Zusammenhang der Umgestaltung des ostdeutschen Bildungswesens. Diese Forschung spannt den Bogen von grundlegenden bildungspolitischen Bestrebungen in Westeuropa bis zu Fragen der praktischen Umsetzung der Programme im Kontext der Umgestaltung der ostdeutschen Bildungslandschaft. Ihr Ziel ist die Beratung von Politikern, Programmteilnehmern und der breiteren Öffentlichkeit.

Ein anderes Projekt /5/ lief im Rahmen einer westeuropäischen Forschungspartnerschaft zum Thema „Module in der beruflichen Erstausbildung“. Das Ziel dieser Untersuchung - die erstmalige Aufarbeitung von Entwicklungen modularer Berufsbildung in sechs westeuropäischen Ländern - ist von dieser Partnerschaft gemeinsam entwickelt worden.

Doch auch hier wurde ein besonderer Aspekt ostdeutscher Bildungsforscher eingebracht: der kritische Abstand zum bundesdeutschen Bildungssystem und

die Aufgeschlossenheit für ein Thema (Module), das im dualen System der Berufsbildung (noch) weitgehend tabu ist.

Wandel in der Methodik

Was können die vorgestellten Untersuchungen in den Fundus der Bildungsforschung zu Westeuropa einbringen? Betrachten wir hierzu einige methodische Aspekte dieser Arbeiten, insbesondere den Bezug zwischen vergleichender Bildungsforschung und anderen Bereichen der Erziehungs- und Sozialwissenschaften.

Meine zweite These ist, daß aus den spezifischen Ansätzen dieser Analysen Anregungen für die Bildungsforschung über Westeuropa sowie für die vergleichende Bildungsforschung zu gewinnen sind.

Es lassen sich drei Typen von Untersuchungen - nicht deckungsgleich mit den Zeitphasen - unterscheiden:

TYP I: Untersuchung von Bildungsentwicklungen im Rahmen der Integrationsprozesse Westeuropas / 1;2;3/

Charakteristisch für die erstgenannten drei Arbeiten bis zur Wende sind Erklärungsmuster, bei denen transnationale Bildungsprozesse zur politischen und wirtschaftlichen Integration in

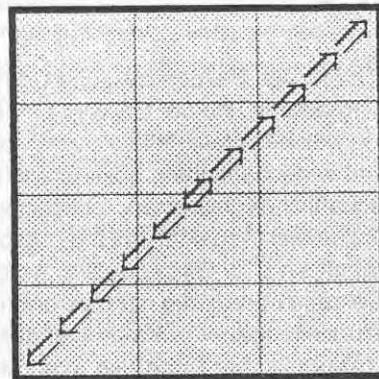
Beziehung gesetzt werden. Der Vergleich zwischen den nationalen Bildungsentwicklungen ist dem untergeordnet. (Vgl. Schema I)

Dieser Ansatz öffnet zwar breiten Raum für Behauptungen, die empirisch kaum zu überprüfen sind. Doch er ist geeignet, die Wechselbeziehung zwischen Bildungs- und Gesellschaftssystemen zu erhellen.

Von besonderem Interesse ist der Zusammenhang zwischen den Integrationsprozessen und der Annäherung der nationalen Bildungssysteme. Hierzu stellt z.B. der Artikel von 1990 /3/ vorausschauend fest:

Schema I

Bildungsprozesse im Rahmen der EU



Wesentlich für die effektive Einbeziehung der beruflichen Bildung in den Integrationsprozeß wird es sein, die kritischen Punkte zu treffen, die sowohl für die Infrastruktur des Binnenmarktes bedeutsam sind als auch mobilisierende Wirkung für die Annäherung zwischen den Bildungsbereichen haben. Als einen solchen Punkt führt der Artikel die berufliche Anerkennung von Abschlüssen vor allem für Facharbeiter an. Wie kritisch diese Frage immer noch ist, zeigen die bis heute anhaltenden Bemühungen der Europäischen Union um eine Lösung dieses Problems.

TYP II: Untersuchung von Aktivitäten der westeuropäischen Bildungspolitik im eigenen Land /4/

Die Untersuchung zur Umsetzung von EU-Förderprogrammen in den neuen Bundesländern läßt sich teilweise in den Bereich von Regionalstudien einordnen. Sie hat aber auch vergleichende Züge, indem die verschiedenen regionalen Ebenen - Westeuropa und Bundesländer - zueinander in Beziehung gesetzt werden. (Vgl. Schema II.)

Diese Begleitforschung bezieht allgemeine Rahmenbedingungen ein: vom Fördersystem der EU bis hin zum Umgestaltungsprozeß des ostdeutschen Bildungssystems.

Der Kern der Untersuchung sind empirische Analysen, gestützt auf statistische Er-

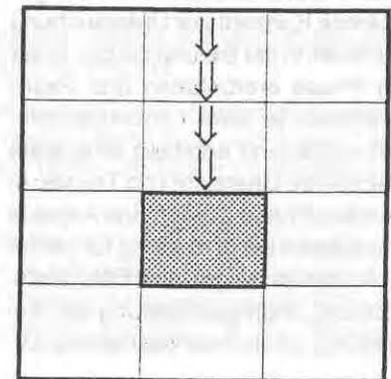
hebungen, schriftliche Befragungen und standardisierte Interviews. Damit lassen sich gesicherte Erkenntnisse, z.B. über die tatsächliche Umsetzung der Programme und die Einstellung von Beteiligten zu diesem Prozeß, gewinnen.

Unter anderem wird die widersprüchliche Situation nachvollziehbar, daß für die Programmaktivitäten an Hochschulen eine starke und vielschichtige Motivation vorhanden ist, doch die Probleme der Umgestaltung und Existenzunsicherheit die Umsetzung der Programme teilweise hemmen.

Die Möglichkeiten dieser regional bezogenen Wirkungsforschung könnten durch parallele Untersuchungen in mehreren Ländern oder Regionen erweitert werden. So ließe sich die Bildungsförderung der EU in ihren nationalen Besonderheiten ausloten, und diese Erkenntnisse könnten in einem länderübergreifenden Vergleich verarbeitet werden.

Schema II

EU-Bildungsaktivitäten in einem Land



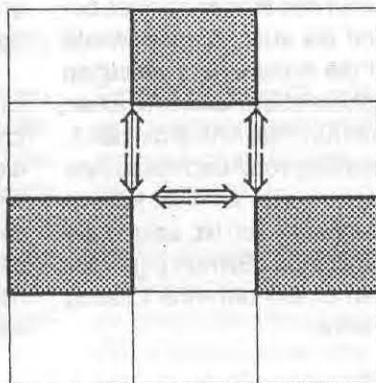
TYP. III: Vergleichende Untersuchung nationaler Bildungsentwicklungen in einer EU-Forschungspartnerschaft /5/

Das Besondere an diesem Typ (vgl. Schema III) ist der Forschungsprozeß in einem interdisziplinären Team aus Vertretern der zu untersuchenden Länder. Methoden der vergleichenden Forschung verbinden sich in dieser Arbeit mit anderen aus den Erziehungs- und Sozialwissenschaften.

Wie funktioniert die interdisziplinäre Forschung in dieser westeuropäischen Partnerschaft? Die Teilnehmer kommen aus sechs Ländern (Spanien, Frankreich, Niederlande, Schottland, Luxemburg und Deutschland) und bringen Forschungserfahrungen aus den Bereichen Pädagogik, Soziologie, Psychologie und vergleichende Bildungsforschung mit.

In dem genannten Projekt verständigten sich die Partner zunächst auf ein gemeinsames Konzept zur Untersuchung von Modulen in der Berufsbildung. In der ersten Phase erarbeiteten drei Paare von Partnern je zwei Länderberichte. Darauf aufbauend entstand eine erste vergleichende Übersicht von Trends. In der zweiten Phase wurden drei Aspekte der modularen Berufsbildung für vertiefende Analysen ausgewählt: Fähigkeitsentwicklung, Individualisierung und Koordinierung. Je ein Paar bearbeitete die

Schema III
Bildungsprozesse in EU-Ländern



se Aspekte länderübergreifend, und die Ergebnisse wurden in einem gemeinsamen Bericht zusammengeführt.

Zwei Besonderheiten des methodischen Vorgehens in diesem Projekt sind hervorzuheben:

1. Als Grundlage für die vertiefende Analyse diente eine standardisierte mündliche Befragung von Berufsschullehrern und Ausbildern, die die Partner in den sechs Ländern nach einem gemeinsamen Raster durchführten.
2. Für die Prozesse des Vergleichens, Verallgemeinerns und Bewertens konnte außer belegbaren Informationen auch die jeweilige nationale Kompetenz der Partner genutzt werden. Das heißt, bei der Analyse war die unmittelbare Kenntnis der Bildungszusammenhänge in den beteiligten Ländern allgegenwärtig. Dies

erwies sich vor allem angesichts der bildungspolitischen Rolle dieses Projekts im Rahmen von PETRA als bedeutsam.

Bemerkenswert ist schließlich die Rolle der Forscher selbst: Die Mitwirkung von Fachleuten des Bildungsvergleichs in einem solchen internationalen und interdisziplinären Team ist unverzichtbar. Doch die Vergleichler müssen sowohl ihr eigenes Bildungssystem gut kennen als sich auch mit Methoden anderer Disziplinen vertraut machen. Ebenso sind die anderen Partner gehalten, sich die Methoden vergleichender Bildungsforschung anzueignen.

Diese Zusammenarbeit erweitert also das methodische Vermögen der Forscher und regt zum Denken in westeuropäischen Zusammenhängen an. Aus der Erfahrung dieser Partnerschaft stellt sich auch das Thema des vorliegenden Beitrags neu: Man arbeitet in dem Team nicht als ostdeutscher Forscher, sondern als deutscher Vertreter, und man blickt nicht auf Westeuropa, sondern gestaltet es selbst mit.

Sabine Manning, Dr. habil., ist im Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V. (WIFO), Berlin, tätig

Anmerkungen:

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf dem 14. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) vom 14. bis 16. März 1994 in Dortmund (Symposium 6: Erziehungswissenschaft und Bildungsreformen im größeren Europa)

Quellen:

- /1/ Die Gestaltung der Hochschulpolitik und Entwicklung des Hochschulwesens in Hauptländern des Kapitals unter den Bedingungen der kapitalistischen Internationalisierung (Autorengruppe)/Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hrsg.). Berlin 1985 (Studien zur Hochschulentwicklung)
- /2/ Thomas, Rudolf: Tendenzen einer Europäisierung von allgemeiner Bildung und Erziehung innerhalb des Europarates und der EG. In: *Vergleichende Pädagogik* 26(1990)2, S. 126-133
- /3/ Manning, Sabine: Ausrichtung der beruflichen Bildung auf den EG-Binnenmarkt 1992. In: *Vergleichende Pädagogik* 26(1990)2, S. 134-143
- /4/ Bildungsförderung durch EG-Programme in den neuen Bundesländern/Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V.(Hrsg.). Berlin 1992. - (Projekte): „ERASMUS in den neuen Bundesländern“ (1992 bis 1995); „PETRA in Deutschland“ (1993 bis 1995)
- /5/ Modularisation in initial vocational training: Recent developments in six European countries/Centre for Educational Sociology at the University of Edinburgh (Hrsg.). Edinburgh 1992; Current issues in modular training: An interview study with trainers in six European countries/Centre for Educational Sociology at the University of Edinburgh (Hrsg.). Edinburgh 1993

Mecklenburg-Vorpommern: Neue Landeshochschulplanung vorgelegt

Nachdem die Kultusministerin das Kabinett bereits Anfang Januar d.J. über die zukünftigen Zielzahlen unterrichtet hatte, ist im Februar die Absenkung der Zahl der flächenbezogenen Studienplätze auf 24.000 beschlossen worden. Sowohl im Hinblick auf die Strukturen der Universitäten und Hochschulen als auch hinsichtlich des Umfangs des Hochschulbaus existiert jetzt eine tragfähige Grundlage, die die Planung und Umsetzung der Hochschulpolitik ermöglicht.

Dazu erklärt die Kultusministerin Regine Marquardt im einzelnen:

- Flächenbezogene Studienplätze

"Mit dieser Planung - auf diesen Punkt lege ich Wert - ist keine Aussage über die Studentenzahlen in Mecklenburg-Vorpommern unmittelbar verbunden. Die flächenbezogenen Studienplätze sind eine Größe zur Feststellung des Investitionsbedarfes im Hochschulbereich. Auf der Grundlage der heute beschlossenen Zahl von 24.000 haben wir in den Haushaltsverhandlungen der Landesregierung ein Investitionsvolumen von jährlich 170 Mio. DM durchsetzen können. Das Land

verpflichtet sich darüber hinaus, zusätzliche Hochschulbauförderung des Bundes bis zu einer Höhe von 290 Mio. DM zu komplementieren.

Zu den Studentenzahlen ist folgendes zu sagen. Wir haben gegenwärtig etwa 16.000 Studierende in Mecklenburg-Vorpommern. Selbst unter Annahme optimistischer Trends werden wir bis zum Jahr 2005/2006 nicht wesentlich über die Zahl von 30.000 Studierenden an den Hochschulen des Landes kommen.

Ab 2007/2008 wird die Zahl der Studenten drastisch zurückgehen - auch unter der Annahme, daß mehr als ein Drittel der Absolventen jeden Jahrgangs früher oder später eine Hochschule besucht, und daß die Abwanderung von Studierenden aus Mecklenburg-Vorpommern vollständig durch Zugänge aus anderen Bundesländern ausgeglichen wird. Mit 24.000 flächenbezogenen Studienplätzen können wir eine Studentenzahl von mindestens 32.000 mühelos an unseren Universitäten und Hochschulen unterbringen, da alle Fachleute einen sog. Überlastfaktor von 1,3 je flächenbezogenen Studienplatz als vertraglich anse-

hen und deshalb allen Planungen zugrundelegen."

- Strukturentscheidung

"Mit der vorliegenden Planung ist allerdings nicht nur über den Umfang der Hochschulbauten, sondern auch über die Strukturen der Hochschullandschaft entschieden worden. Die wichtigste Entscheidung ist zweifellos, daß die Landesregierung an zwei Universitäten im Lande festhält.

Die Reduzierung um 4.000 flächenbezogene Studienplätze geht ausschließlich zu Lasten der Universitäten (Rostock: -2.300, zukünftig 9.400, und Greifswald: -1.700, zukünftig 6.200). Während das Verhältnis in der Größe der Universitäten von etwa 60 : 40 (Rostock - Greifswald) erhalten bleibt, werden die Fachhochschulen durch die Absenkung an den Universitäten proportional an Bedeutung gewinnen.

Von den insgesamt 24.000 Plätzen im Lande werden 8.000 den Fachhochschulen zur Verfügung stehen. Damit entsprechen wir einer durch den Wissenschaftsrat erhobenen Forderung, den Anteil der Fachhochschulausbildung auf wenigstens ein Drittel anzuheben."

- Personalstellen

"Eine im Zusammenhang mit der Absenkung der flächenbezogenen Studienplätze geäußerte Sorge ist die Befürchtung, mit dieser Absenkung ginge auch ein Personalabbau im wissenschaftlichen Bereich einher. Das ist für mich jedoch ausgeschlossen. Die Betreuungrelation 'Wissenschaftler - Student' an unseren Universitäten und Hochschulen ist ein Faktor, der nicht nur über die Attraktivität, sondern auch über die

Qualität von Lehre und Forschung wesentlich mitentscheidet.

Deswegen lege ich Wert auf die Feststellung, daß mit der Reduzierung der flächenbezogenen Studienplätze kein Abbau an Wissenschaftlerstellen einhergeht. Diese Aussage habe ich im Kabinett mit dem heutigen Beschluß ausdrücklich verbunden. Es wird bis 31.12.1997 ein Hochschulgesamtplan erstellt werden, der ein Personalkonzept enthalten wird. Bis zu diesem datum wird der aktuelle Stellenbestand für Wissenschaftler garantiert. Die Finanzierbarkeit, aber auch die Qualität unserer wissenschaftlichen Einrichtungen ist für die Zukunft des Landes von grundlegender Bedeutung."

- Heiligendamm

"In der gebotenen Kürze möchte ich auf den Standort des Fachbereiches 'Graphik/ Design und Innenarchitektur' der Fachhochschule Wismar eingehen, der in den vergangenen Tagen und Wochen Gegenstand einer emotional geführten öffentlichen Diskussion war. Die Problematik stellt sich folgendermaßen dar:

Im Februar 1994 meldete die frühere Landesregierung die Vorhaben des Landes zum 24. Rahmenplan für den Hochschulbau beim Wissenschaftsrat an. Darin wurde der Umzug des Fachbereiches nach Wismar festgeschrieben. Aus der Sicht des Wissenschaftsrates sprach nichts für den Verbleib in Heiligendamm. Es gibt keine Hinweise darauf, daß der Wissenschaftsrat seine diesbezügliche Auffassung zwischenzeitlich geändert hat. Dies war leider auch das Ergebnis der Gespräche, die ich kürzlich mit Vertretern des Wissenschaftsrates geführt habe.

Außerdem muß ich auf das grundsätzliche Kriterium des Wissenschaftsrates verweisen, Außenstellen von Hochschulen durch den Bund nicht zu fördern, wenn sie nicht mindestens drei Fachbereiche mit wenigstens 1.000 Studenten umfassen.

Zweitens haben wir einen finanziellen Mehrbedarf von 16 Mio. DM für den Ver-

bleib in Heiligendamm festgestellt. Der Aufbau am Standort Wismar kostet 24 Mio. DM und der Verbleib 28 Mio. DM. Doch trägt im Falle des Umzugs der Bund 50 Prozent der Kosten.

Daher ist der Umzug nach Wismar Bestandteil der heutigen Beschlußfassung."

(Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern)

Neuestes zum Standort Heiligendamm

In der Landtagssitzung am 16. März 1995 nahm Kultusministerin Regine Marquardt erneut Stellung in der Diskussion um den Standort des FB Graphik/Design, Innenarchitektur der FH Wismar:

"Gestern erreichte mich spät, aber nicht zu spät ein Schreiben des Generalsekretärs des Wissenschaftsrates. Er nimmt darin Bezug auf mein Schreiben, das ich ihm nach Abschluß unserer Gespräche Ende Februar 1995 zugeschickt und in dem ich dem Wissenschaftsrat die Argumente für den Erhalt des Standortes Heiligendamm ausgeführt hatte. In seinem Antwortschreiben teilt mir der Generalsekretär mit, daß Mecklenburg-Vorpommern diese Argumente dem Wissenschaftsrat erneut vortragen und im Falle einer positiven Empfehlung dieses Gremiums noch zum 25. Hochschulbaurahmenplan Baumaßnahmen am Standort Heiligendamm anmelden könne.

In seinem Schreiben gibt der Generalsekretär desweiteren zu erkennen, daß ein Schreiben, wie das von Februar 1995, wäre es bereits ein Jahr früher beim Wissenschaftsrat eingegangen, die Chancen auf den Erhalt des Standortes Heiligendamm wesentlich verbessert hätte.

Natürlich gibt der Generalsekretär keine Prognose zu der schlußendlichen Empfehlung des Wissenschaftsrates ab. Das Entscheidende ist jedoch, daß trotz Ablaufens der Frist zum 25. Rahmenplan das Land die Möglichkeit erhält, ggf. Baumaßnahmen am Standort Heiligendamm anzumelden. Ich bin über diese Reaktion des Wissenschaftsrates sehr froh. Wir werden diese Möglichkeit nutzen, um noch einmal nachdrücklich auf die Bedeutung des Standortes Heiligendamm in Deutschland hinzuweisen."

(Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern)

Sachsen: 183 Frauen zu Professorinnen berufen

Insgesamt 183 Frauen wurden an sächsische Universitäten und Hochschulen zu Professorinnen berufen. Bei 1917 Stellen für Professoren entspricht das einem Anteil von 9,5%. Damit liegt Sachsen deutlich über dem Durchschnitt der alten Bundesländer, bei dem der Anteil der Frauen nur etwa 5% beträgt.

Am günstigsten ist der Anteil von berufenen Professorinnen gegenüber ihren männlichen Kollegen an den Kunsthochschulen: Hier wurden auf die insgesamt 164 Stellen 45 Frauen (= 27,7%) zu Professorinnen an die vier Kunsthochschulen in Leipzig und Dresden sowie an die Palucca Schule Dresden - Akademie für Künstlerischen Tanz berufen.

Auch in den Hochschulen für Technik und Wirtschaft (Fachhochschulen) ist der Anteil der Frauen mit 67 von insgesamt 678 Professorenstellen relativ hoch.

Die vier Universitäten in Leipzig, Dresden, Chemnitz-Zwickau und Freiberg verzeichnen mit 60 Professorinnen von 943 Stellen einen Anteil von 6,4%, allerdings ohne die medizinischen Fakultäten. Bei den medizinischen Fakultäten nehmen in der TU Dresden von 54 Stellen fünf Frauen (= 9,6%) eine Professur wahr, in Leipzig sind es von 78 Stellen sechs Frauen (= 7,7%).

(Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst)

Die Hochschul- und WissenschaftspolitikerInnen in ostdeutschen Regierungen und Landtagen

Das Jahr 1994 hat infolge von zahlreichen Wahlen veränderte Zusammensetzungen auch von ostdeutschen Landesregierungen und -parlamenten gebracht. Wir stellen in folgender Übersicht die dort jeweils mit Wissenschafts- und Hochschulpolitik Befassten vor. Die Angaben beruhen weitgehend auf Mitteilungen der Fraktionen und Ministerien. Für Berlin werden die Angaben nach der anstehenden Abgeordnetenhauswahl und der sich daraus ergebenden Senatsneubildung nachgetragen. (Red.)

Mecklenburg-Vorpommern

Landesregierung:

Kultusministerin:

Regine Maquardt, geb. 1949 in Grevesmühlen, verheiratet, drei Kinder; nach zehnjähriger Schule 1966-67 Kirchliches Oberseminar Potsdam, 1968 Sonderreifeprüfung, 1968-74 Theologiestudium an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, 1977 II. Theologisches Examen, ab 1977 Angestellte der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche (Gemeindepädagogik, Leiterin des Probsteikonvents der Katechetinnen, Koordinierung von Bau- und Restaurationsarbeiten), Herbst 1989-01/90 Mitarbeit im Neuen Forum und Mitglied der DDR-Programmkommission, 1990-93 Herausgeberin und Chefredakteurin der Wochenzeitung „Mecklenburger Aufbruch“, 1993/94 freie Journalistin.

Staatssekretär im Kultusministerium:

Hans-Christoph Ehmann, geb. 1943 in Bielefeld, verheiratet, eine Tochter; 1968/69 Vorsitzender des Verbands Deutscher Studentenschaften (VDS), seit 1970 Mitglied der SPD und der ÖTV, 1971-74 Referent bei der Westdeutschen Rektorenkonferenz, 1974-76 wissenschaftlicher Assistent beim Deutschen Bildungsrat, 1976-79 Leiter der Planungsabteilung der Fernuniversität Hagen, 1979-86 Abteilungsleiter beim Bundesinstitut für Berufsbildung Berlin, 1986-94 Senatsdirektor in der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung und Leiter des Amtes für Berufs- und Weiterbildung in Berlin, seit 1991 Vorsitzender des Hauptausschusses Fort- und Weiterbildung der Kultusministerkonferenz, seit 1984 Mitglied der Kommission für Bildungspolitik beim SPD-Parteivorstand.

Landtag:

CDU-Fraktion:

Steffie Schnoor, geb. 1948, verheiratet; Lehrerin, 1990 Wahl ins Berliner Abgeordnetenhaus, Januar 1990 Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung, Februar - Dezember 1991 Vorsitzende der Amtschef-Konferenz der Kultusminister, 1992-94 Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Hans-Jürgen Zobel, geb. 1928, evangelisch, verheiratet, 2 Kinder; Studium der evangelischen Theologie, Semistik und Arabistik, Theologie-Professor, bis 1989 Mitglied des CDU-Bezirksvorstandes, 1990-94 Rektor der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

SPD-Fraktion:

Manfred Reißmann, geb. 1939 in Hüttenrode/harz, evangelisch, verheiratet, 2 Kinder; 1959-

64 Medizinstudium an der Universität Rostock, 1969 Facharzt für Kinderheilkunde, ab 1970 tätig am Klinikum Südstadt in Rostock, zuletzt Oberarzt und Leiter der Neugeborenenabteilung, im November 1989 SDP-Eintritt, Kreisvorstandsmitglied, 1990 Landesvorstandsmitglied, seit Oktober 1990 Landtagsabgeordneter, in der ersten Legislaturperiode gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion, seit Oktober 1994 Fraktionssprecher für Hochschul- und Wissenschaftspolitik sowie für Seniorenpolitik zuständig.

PDS-Fraktion:

Gerhard Bartels, geb. 1949; Studium Deutsch/Geschichte an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, 1972 Abschluß als Diplomaltehrer, 1979 Promotion im Fach Deutsche Sprache, 1984 Dr. sc. phil. (1990 anerkannt als Habilitation), wissenschaftlicher Assistent, seit 1986 Hochschuldozent für Deutsche Sprache der Gegenwart, hochschul- und wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion.

Brandenburg

Landesregierung:

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Steffen Reiche, geb. 1960 in Potsdam, verheiratet, 3 Kinder; 1979 Abitur, Aufnahme Theologiestudium am Sprachenkonvikt Berlin, Wehrdienstverweigerung, 1982-83 Tischlerlehre, anschließend Fortsetzung des Studiums, 1988-90 Pfarrer in Christinendorf, Oktober 1989 SDP-Gründungsmitglied, März 1990 Parteivorstandsmitglied, Mai 1990 Volkskammerabgeordneter, Oktober 1990 SPD-Landesvorsitzender in Brandenburg, desweiteren Landtagsmitglied Brandenburg, Fraktionsvorstandsmitglied, 1990-94 Mitglied im Landtagsausschuß für Wissenschaft, Forschung und Kultur, seit

12.10.94 Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Friedrich Buttler, geb. 1941 in Bodenwerder, verheiratet; VWL-Studium ab 1967, 1972 Promotion zum Dr. rer. pol., Habilitation 1973, SPD-Mitglied seit 1971, Professor in Paderborn 1976-87, 1988 Rektor der Universität GHS Paderborn und Wissenschaftsratsmitglied, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, 1991-94 Vorsitzender der Brandenburgischen Kommission für Wissenschaft und Forschung, seit 12.10.94 Staatssekretär in der Landesregierung Brandenburg.

Landtag:

CDU-Fraktion:

Martin Habermann, geb. 1943 in Sagan, katholisch, verheiratet, 3 Kinder; Berufsausbildung Maschinist für Dampferzeuger und Turboanlagen, 1960-62 Arbeiter- und Bauernfakultät der TH Dresden, 1962-68 Studium der Wärmetechnik ebenda, 1968-91 Mitarbeiter am Institut für Kraftwerke, seit 1990 CDU-Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnetenversammlung Lübbenau, seit Oktober 1990 Landtagsabgeordneter, Landtagsvizepräsident seit September 1991.

Markus Vette, geb. 1956 in Weißwasser, verheiratet, 2 Kinder; 1975 Abitur, 1976 Elektronikfacharbeiter, 1978-83 Physikstudium an der Humboldt-Universität, 1983-85 Forschungsstudium an der IHS Berlin-Wartenberg, dann an der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften Potsdam-Bornim, 1986 Dr. rer. nat., Landtagsmitglied seit Oktober 1990, Stellv. Landtagsausschußvorsitzender Wissenschaft, Forschung und Kultur, Ständ. Gast der CDU-Grundsatzprogrammkommission, ORB-Verwaltungsratsvorsitzender, Kuratoriumsmitglied Stiftung Entwicklung und Frieden, Mitglied Diözesanrat Erzbistum Berlin, Mitglied im CDU-Bundesfachausschuß Forschung und Technologie.

SPD-Fraktion:

Klaus-Dietrich Krüger, geb. 1936 in Falken-

berg/Mark, verheiratet, 3 Kinder; 1954-61 Studium Elektrische Energietechnik an der TH Ilmenau, 1975 Promotion, anschließend Tätigkeit in der Forschung und Entwicklung, seit Oktober 1990 Landtagsmitglied, Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

PDS-Fraktion:

Andreas Trunschke, geb. 1959 in Brandenburg, verheiratet, 2 Töchter; 1979 Arbeit im Bezirkskabinet für außerunterrichtliche Tätigkeit in Cottbus, 1979-83 Studium Lehrer für Mathematik und Physik an der PH Potsdam, 1983-84 Forschungsstudium auf dem Gebiet der Analysis, 1986-89 Forschungsstudium in der Wissenschaftsgeschichte - betreut an der Universität Leipzig, 1991 Promotion Universität Leipzig, 1989-90 Arbeit im Rektorat der Brandenburgischen Landeshochschule Potsdam, zuletzt Leitung des Akademischen Auslandsamtes, 1991 Mitarbeiter der Fraktion PDS-LL im Landtag Brandenburg, zuständig für Wissenschaft, Forschung und Kultur, seit Januar 1994 Stadtverordneter in Potsdam, seit Januar 1994 Redaktion der „Brandenburgischen wissenschaftspolitischen Hefte“, seit Oktober 1994 Mitglied des Landtages Brandenburg, Mitglied im Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und Kultur, stellv. Mitglied im Ausschuß für Wissenschaft, Mittelstand und Technologie und im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport, wissenschafts- und kulturpolitischer Sprecher der Fraktion.

Sachsen-Anhalt

Landesregierung:

Kultusminister:

Karl-Heinz Reck, geb. 1949 in Magdeburg, evangelisch, verheiratet, 3 Kinder, Hobbys und besondere Interessen: Lesen (von Zola bis Strittmatter, auch H. Kant), Musik (von Mozart

bis Grönemeier, auch Gitte Haenning); Abitur, Berufsausbildung als Landmaschinen-Traktoren-Schlosser, Studium an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, seit 1972 Lehrer für Mathematik und Physik an der Polytechnischen Oberschule und Erweiterten Oberschule Salzwedel, 1985 Fachberater Physik, Abgeordneter des Kreistags Salzwedel, Vorsitzen-

der der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich, stellvertretender Bundesvorsitzender AfB, MdL der 1. Wahlperiode und Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft, seit 22.7.94 Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt.

Staatssekretär im Kultusministerium:

Klaus Faber, geb. 1940 in Berlin, evangelisch, verheiratet, ein Sohn, Hobbys und besondere Interessen: Wanderung nicht nur durch die Mark Brandenburg, Archäologie, Kulturgeschichte, Schach, GO, vor allem mit dem Sohn; Abitur in Stuttgart, Studium der Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften und orientalischer Sprachen in München, Saarbrücken, Heidelberg, 1. und 2. Juristisches Staatsexamen, ab 1971 im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) in Bonn tätig, 1972 Mitarbeiter der Gruppe für Bildungs- und Kulturfragen der EG-Kommission in Brüssel, ab 1978 Referatsleiter im BMBW, u.a. für die Bereiche Hochschulgesetzgebung, Hochschulrecht, Bund-Länder-Vereinbarungen im Hochschulwesen, 1990 Mitglied der vom DDR-Minister für Bildung und Wissenschaft berufenen Kommission zur Vorbereitung der Hochschulordnung der DDR, ab November 1990 Leiter der Abt. Wissenschaft und Forschung im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Ministerialdirigent), seit Juli 1994 Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt (Allgemeine Angelegenheiten, Wissenschaft, Forschung und Kultur).

Staatssekretär im Kultusministerium:

Jürgen Wolf, geb. 1942 in Braunschweig, evangelisch, verheiratet, Hobbys und besondere Interessen: ökologischer Gartenbau, Veröffentlichungen zur Pädagogik, Herausgeber von Schulbüchern; Studium der romanischen Philologie (Französisch, Italienisch), Geschichte und Politologie in Göttingen und Lille, Lehrbefähigung für das höhere Lehramt (Gymnasium), Durchführung von Schulversuchen und Lehrplanarbeit im Regierungspräsidium Hannover, seit 1990 Mitarbeit am Unterrichtsmini-

sterium in Berlin, Lehrerfort- und -weiterbildung in Sachsen-Anhalt, seit 1991 bildungspolitischer Berater der SPD-Landtagsfraktion in Magdeburg, seit Juli 1994 Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt.

Landtag:

CDU-Fraktion:

Walter Remmers, geb. 1933 in Papenburg, katholisch, verheiratet, 4 Kinder; Jurastudium in Münster und Berlin (West), Referendarzeit in Osnabrück/Oldenburg, 1963-70 Richter in Niedersachsen, 1972-82 Rechtsanwalt und Notar, 1965 CDU-Eintritt, zuvor in der Jungen Union, 1968-90 Kreistagsmitglied Emsland, 1979-90 Landtagsabgeordneter in Niedersachsen, währenddessen Umweltausschuß- und Innenausschußvorsitzender, 1982-90 Justizminister in Niedersachsen, 1990-94 Justizminister von Sachsen-Anhalt, 1993/94 Innenminister von Sachsen-Anhalt, Diözesanleiter des Maltserhilfsdienstes, Sprecher des Beirats der Verkehrswacht Niedersachsen, Vorsitzender der Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt, seit 1994 Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt, Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Verfassung und Mitglied im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion.

Bernhard Ritter, geb. 1950 in Wolkenburg, evangelisch, verheiratet, 6 Kinder; 1968 Abitur an der Volkshochschule, 1969 Elektromonteur, 1970-77 Theologiestudium, 1979 Ordination, Pfarrer in Bennungen, 1984-87 Qualifizierung zum Pastoralpsychologen, 1990 CDU-Eintritt, Abgeordneter Gemeindevertretung Bennungen und Gemeindevertreter-Vorsteher, seit 1990 Landtagsabgeordneter, 1991 Mitglied CDU-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, 1993 Vorsitzender CDU-Kreisverband Sangerhausen, 1993 Vorsitzender Gemeinschaftsausschuß der Verbandsgemeinde Roßla, 1994 Gemeinderat Bennungen, Vorsitzender des „Arbeitskreises Befreiende Seelsorge in Deutschland“, des Vereins „Südharzer Karstlandschaft“, stell. Vorsitzender der „Gesell-

schaft für Demokratie- und Zeitgeschichte", Arbeitskreisleiter Bildung und Wissenschaft der CDU-Fraktion.

SPD-Fraktion:

Madeleine-Rita Mittendorf, geb. 1950 in Magdeburg, geschieden; 1966-69 Berufsausbildung mit Abitur als Industriekauffrau, 1969-73 Studium an der PH Magdeburg, Abschluß als Diplomfachlehrerin Russisch/Deutsch, 1973-76 Lehrerin an der POS „Hermann Danz“, Magdeburg, 1976-93 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der PH Magdeburg, seit November 1990 stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, April-Juni 1993 Mitarbeiterin im International Office der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Juni 1993 - Dezember 1994 freigestellte Hauptpersonalratsvorsitzende beim Ministerium Wissenschaft und Forschung Sachsen-Anhalt, März 1991 - Mai 1993 Beisitzerin im GEW-Hauptvorstand, seit 1.7.94 Landtagsabgeordnete.

Wolfgang Eichler, geb. 1938 in Halle/Saale, verheiratet, 2 Söhne; 1956 Abitur, Studium der Physik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 1962 Diplom-Physiker, 1975 Promotion, 1962-92 Assistent/Oberassistent an der Sektion Physik der MLU, seit März 1990 Mitglied der SPD, seit 1992 Referatsleiter in der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, stellvertretender Vorsitzender des Landesparteiirates, seit 2. Wahlperiode MdL.

Wolfgang Ernst, geb. 1951 in Staßfurt, 1965-69 Berufsausbildung zum Chemieanlagenbauer mit Abitur, 1969-74 Studium an der TH Magdeburg, 1974 Diplom-Ingenieur für Chemische Apparate und Anlagen, 1974-1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschung des MAW Magdeburg, seit 1990 Mitglied des Landtages, wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion 1993-94, Leiter des Arbeitskreises Bildung und Wissenschaft der SPD-Fraktion seit 1994, Leiter des Landtagsausschusses für Bildung und Wissenschaft seit 1994, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion.

PDS-Fraktion:

Petra Sitte, geb. 1960 in Dresden, ledig, 1979 Abitur in Berlin, 1983 Ökonomiestudium an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Forschungsstudium und 1986 Promotion Dr. oec. an der MLU, befristete Assistenz und ab 1990 B-Aspirantur ebendort, 1988/89 2. Sekretär der FDJ-Kreisleitung der MLU, Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung Halle/Saale, seit 1990 MdL, wissenschaftspolitische Sprecherin und Fraktionsvorsitzende.

Bündnis 90/Grüne-Fraktion:

- keine Meldung -

Sachsen

Landesregierung:

Staatsminister für Wissenschaft und Kunst:

Hans Joachim Meyer, geb. 1936 in Rostock, katholisch, verheiratet; 1955 Abitur, 1955-58 Studium der Rechts- und Staatswissenschaft in Potsdam-Babelsberg, aus politischen Gründen exmatrikuliert, 1958-59 Hilfsarbeiter im

Lokomotivbau Babelsberg, 1959-64 Studium Anglistik/Amerikanistik und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin (HUB), 1964-82 Sprachlehrer und wissenschaftlicher Oberassistent an der HUB, 1971 Promotion zum Dr. phil., 1973-75 Mitglied der Pastoralynode der Jurisdiktionsbezirke der katholischen Kirche in der DDR, 1978-90 Leiter des Bereichs Sprachenausbildung an der HUB, 1981 Promo-

tion B zum Dr. sc. phil., 1982 Berufung zum Hochschuldozenten für Angewandte Sprachwissenschaft, 1985 Berufung zum ao. Professor an der HUB; Studienaufenthalte und Gastlehrertätigkeit in Großbritannien, den USA und der UdSSR, April - Oktober 1990 Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR, seit 8.11.90 Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, 1952-61 und seit August 1990 Mitglied der CDU, seit Februar 1990 Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses katholischer Christen in den neuen Bundesländern, seit November 1990 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), seit 1992 ZdK-Vizepräsident, 06.10.94 Wiederberufung zum Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst.

Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Kunst:

Eckhard Noack, geb. 1941 in Königs-Wusterhausen, 1954 Flucht in die Bundesrepublik, 1962 Abitur, 1962-64 Wehrdienst in Oldenburg i. O. (1979 Major der Reserve), 1964-68 Studium der Staats- und Rechtswissenschaften, 1971 2. Staatsexamen, 1971-80 im nachgeordneten Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung und 2. Rechtsberater bei der 3. Panzerdivision in Buxtehude, 1973-76 CDU-Stadtverbands-Vorsitzender Buxtehude, 1974-79 CDU-Kreisverbands-Vorsitzender Stade 1975-78, 1975-78 Vorsitzender des CDU-Bezirksverbands-Vorsitzender Stade, 1976-80 Landesvorstands-Mitglied der CDU-Niedersachsen, Vorsitzender der CDU-Fraktion des Stadtrates Buxtehude, 1980 Wechsel in den Dienst des Landes Niedersachsen (Kultur-, Sozial-, Bundesratsministerium), 1984-90 dort Ministerium für Wissenschaft und Kunst, 5 Jahre Leiter des Kabinettsreferates/Ministerbüros, seit 10.12.90 Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

Landtag:

CDU-Fraktion:

Uwe Grüning, geb. 1942 in Pabianice bei Łódź, verheiratet, Abitur in Glauchau, Studium der Fertigungstechnik an der TH Ilmenau, 1966 Diplom-Ingenieur, 1970 Promotion zum Dr.-Ing., bis 1975 wissenschaftlicher Oberassistent, 1975-82 Fachschullehrer für Technologie an der Ingenieurschule Jena, seit 1982 freiberuflicher Schriftsteller, seit 1990 MdL, wissenschafts- und hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion.

SPD-Fraktion:

Gunther Hatzsch, geb. 1941, evangelisch, verheiratet, 2 Kinder, Studium Lehrer für Biologie und Chemie an der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1963-90 Lehrer in Freiberg/Sachsen und Leipzig, Dezember 1989 SDP-Eintritt, seit 1990 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich Sachsen, Mai-Oktober 1990 Referatsleiter für Abitur bei der Bezirksverwaltungsbehörde Leipzig, seit 1990 Landtagsabgeordneter, Leiter des Arbeitskreises für Jugend, Bildung und Kultur der SPD-Fraktion und ihr Bildungspolitischer Sprecher.

PDS-Fraktion:

Werner Bramke, geb. 1938 in Cottbus, verheiratet, Historiker, Studium an der PH Potsdam, 1962 Diplom, Promotion 1969, 1969-72 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Militärhistorischen Institut Potsdam, ab 1972 Oberassistent an der Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1976 Promotion B und Berufung zum Hochschuldozenten, 1979 o. Professor, 1987-90 Direktor der Sektion Geschichte, seit 1990 parteilos, jetzt Professor (alten Rechts) am Historischen Seminar der Universität Leipzig, hochschul- und wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, Vorsitzender des Landtagsausschusses für Wissenschaft, Hochschulen, Kultur und Medien.

Thüringen

Landesregierung:

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst:

Gerd Schuchardt, geb. 1942 in Erfurt, verheiratet, 2 Kinder, sportbegeistert (Volleyball, Ski-Langlauf); Funkmechanikerlehre, 1962-64 ABF Halle/S., 1964-69 Elektrotechnikstudium an der TH Ilmenau, 1975 Dr.-Ing. an der TU Dresden, 1981-83 Zusatzstudium Mikroprozessortechnik an der TH Ilmenau, 1985 Nationalpreis der DDR für Wissenschaft und Technik (gemeinsam mit 5 Kollegen), Januar 1990 SPD-Eintritt, Mai 1990 SPD-Landesvorstandsmitglied in Thüringen, Oktober 1990 Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender, 1994 SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl, seit November 1994 Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie Stellvertreter des Ministerpräsidenten.

Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Wolf-Dieter Dudenhausen, geb. 1940 in Königsberg, verheiratet, 2 Kinder; Abendgymnasium in Dortmund, 1963-67 Mathematikstudium mit Nebenfach Physik an der Uni Tübingen, dann wissenschaftl. Mitarbeiter am Lehrstuhl Theoret. Elektronenphysik, 1969 Promotion in Theoret. Physik und Ernennung zum wissenschaftl. Assistenten, 1970-88 im Bundesministerium für Forschung und Technologie, zum Schluß Ministerialrat (B 3), in dieser Zeit Leiter verschiedener Referate („Förderung der Nachrichtentechnik und Elektronik“, „Elektronik; Physikalische Technologien“, „Humanisierung des Arbeitslebens“, „Elektronik; Mikroprozessorsysteme“), 1988/89 Leiter der Abt. „Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung“ und stellv. Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Ministerium für Wirtschaft, Technik und Verkehr, 1989 Ministerialdirigent (B 7) und Investitionsbeauftragter.

Landtag:

CDU-Fraktion:

Hans-Peter Häfner, geb. 1938 in Schmalkalden, evangelisch, verheiratet, 3 Kinder; 1956 Abitur, 1957-62 Studium Bergbau-Tiefbau an der Bergakademie Freiberg, 1970 Promotion, Kalibergbauingenieur (33 Jahre Tätigkeit im Kalibergbau, davon 27 Jahre unter Tage), stellv. Bürgermeister der Stadt Vacha, 1990 Volkammer-Abgeordneter, seit 1990 Mitglied des Thüringer Landtags, CDU-Stadtverbandsvorsitzender in Vacha, Kreistagsmitglied im Wartburgkreis, dort Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses, Gemeindegemeinderatsmitglied in Vacha, Mitglied der Synode der evangelisch-lutherischen Kirche in Thüringen, Sprecher für Wissenschaft, Forschung und Kultur der CDU-Landtagsfraktion.

Christian Köckert, geb. 1957 in Dölzig b. Leipzig, evangelisch, verheiratet, 6 Kinder; 1976 kirchliches Abitur in Moritzburg, 1976-81 Studium der Evangelischen Theologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 1981-87 Assistent für Systematische Theologie, 1987-91 Pfarrer in Stedtfeld, zugleich Dozent am Predigerseminar der Ev.-Luth. Kirche Thüringens in Eisenach, 1991-94 Bürgermeister in Stedtfeld, heute Fraktionsvorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion Eisenach, stellv. Kreisvorsitzender der CDU-Wartburgkreises, Vorsitzender des Zweckverbands WALE, Vorsitzender Abwasserverband Eisenach-Erbstromtal und Stiftungsrat Wartburgstiftung.

Klaus Zeh, geb. 1952 in Leipzig, katholisch, verheiratet, 2 Kinder; 1971-75 Informations-technikstudium an der TU Dresden, 1975-78 Dozent bei Robotron Leipzig, 1978-79 Zusatzstudium Ingenieurpädagogik; 1979-82 Entwurfingenieur Mikrochips im Funkwerk Erfurt, 1979-83 Fernkurs Theologie, 1982-90 Problemanalytiker bei microelektronik erfurt,

1985-89 außerplanmäßige Aspirantur bei der AdW in Dresden, 1990 Promotion zum Dr.-Ing. an der TU Dresden, bis November 1990 Geschäftsführer einer GmbH, bis 1989 keine Funktionen, 1990 stellv. Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs (DA) und Vorsitzender des DA-Landesverbandes Thüringen, 1990-92 stellv. CDU-Landesvorsitzender Thüringen (nach der Fusion von DA und CDU), ab 1992 Vorstandsmitglied der Thüringer CDU, ab 1993 Kreisvorsitzender der Nordhäuser CDU, seit 1994 Kuratoriumsmitglied der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung, 1990-94 Mitglied des 1. Thüringer Landtags, 1990-94 Minister der Finanzen des Freistaates Thüringen, Aufsichtsratsmitglied bei Jenoptik.

SPD-Fraktion:

Andreas Enkelmann, geb. 1958 in Jena, evangelisch, verheiratet, 3 Kinder; 1983 Diplomtheologe an der FSU Jena, 1985 2. Theol. Examen und Ordination, bis 1989 Pfarrer in Graitschen/Kreis Eisenberg, 1989 Studentenfarrer in Ilmenau, 1990 Wahl zum stellv. Landrat des Ilmkreises, seit 1990 Landtagsabgeordneter, SPD-Landesvorstandsmitglied in der 1. Legislaturperiode Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, jetzt

stellv. Vorsitzender, Vorsitzender des Arbeitskreises für Wissenschaft, Bildung, Kultur und Medien der SPD-Fraktion.

PDS-Fraktion:

Klaus Höpcke, geb. 1933 in Cuxhaven, Schulbesuch in Berlin und (nach Ausbombung und Evakuierung) Burg Stargard (Mecklenburg), Universitätsstudium in Leipzig, 1955-60 wissenschaftlicher Assistent und Oberassistent an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Fakultät für Journalistik, 1960-62 stellv. Sekretär der Universitätspartei, später 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Leipzig und Redaktionskollegiumsmitglied der Zeitung „Neues Deutschland“, ab 1973 stellv. Kulturminister (zuständig für Verlage, Buchhandel, Bibliotheken und die Zusammenarbeit mit den Schriftstellerorganisationen), im Herbst '89 Beteiligung an der Herausbildung der PDS, als Mitglied des PDS-Parteivorstandes betraut mit Aufgaben in den Bereichen Wissenschaft und Kultur, 1990 Abgeordneter der Volkammer, seit 1990 Abgeordneter des Thüringer Landtags, dort Ältestenratsmitglied, zunächst kultur- und europapolitischer, jetzt wissenschafts- und hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion.

Brandenburg: „Die Hochschulen konsolidieren - Hochschulen und Forschung enger verknüpfen“

Der neue Staatssekretär im Brandenburgischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Prof. Dr. Friedrich Buttler, hat vor der Landespressekonferenz den Stand des Auf- und Ausbaus der brandenburgischen Wissenschafts- und Forschungslandschaft, wissenschaftspolitische Zielsetzungen und Herausforderungen erläutert:

Die Konsolidierung des Geschaffenen - so läßt sich die wissenschaftspolitische Aufgabe der kommenden Jahre auf den Begriff bringen. Drei Universitäten, fünf Fachhochschulen und eine Reihe von außeruniversitären Forschungseinrichtungen wurden in der vorigen Legislaturperiode gegründet bzw. auf- und ausgebaut. Brandenburg verfügt damit über eine vielseitige, regional differenzierte Wissenschaftslandschaft.

Hochschulen und Forschungsinstitute müssen nunmehr in Lehre und Forschung die volle Wettbewerbsfähigkeit in der deutschen und internationalen Wissenschaftslandschaft erlangen, wobei die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der Landeskommission für Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie für Fachhochschulen zu berücksichtigen sind. Wissenschaft und Forschung können dann als Triebkräfte der Wirtschaftsentwicklung wirken und zu einer modernen leistungsfähigen Wirtschafts- und Infrastruktur beitragen.

Der bereits erreichte Aufbaustand ist überzeugend: Von den im Haushalt 1994 eingestellten Professorenstellen ist mehr als die Hälfte durch Ernennung oder Berufung besetzt. Zählt man die Fälle hinzu, in denen der eigene Ruf vertreten wird, ergibt sich sogar eine Besetzungsquote von rund 75 %. Bei den im Berufungsverfahren befindlichen Stellen ist von einer Besetzung im Jahr 1995 auszugehen. Aber für besondere Eile bei der Besetzung besteht kein Anlaß: Qualitativen Aspekten sowie der Überprüfung der Widmung der noch zu besetzenden Professoren wird verstärkte Aufmerksamkeit gezollt werden.

Die Studentenzahlen im laufenden Wintersemester zeigen, daß für Sorgen wegen mangelnder Studiennachfrage an den brandenburgischen Hochschulen kein Anlaß besteht, sieht man einmal von der konjunkturell bedingten Nachfrageschwäche in den Maschinenbau- und Elektrotechnikstudiengängen ab. Obwohl im Jahr 1994 in Brandenburg ein Abiturientenjahrgang fehlte, haben sich an den Hochschulen des Landes 2.976 Studienanfänger eingeschrieben, wodurch die Gesamtzahl der Studierenden auf 15.697 gestiegen ist.

Die Forschung an den Hochschulen entwickelt sich ebenfalls erfolgreich entsprechend der Zielsetzung, forschungsintensive Hochschulen aufzubauen. So wurden die beiden Innovationskollegs an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Universität Potsdam bestätigt. Die Einrichtung von Graduiertenkollegs und die eingeworbenen Drittmittel für die Forschung, die allein an der BTU Cottbus mehr als 16 Mio. DM betragen, belegen ebenfalls diese Entwicklung.

Im investiven Bereich, insbesondere bei den Bauvorhaben, ist es allerdings zu Defiziten gekommen. Obwohl die Ausgaben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau im Jahre 1994 auf rund 150 Mio. DM gestiegen sind, davon ca. 33 Mio. DM für Bauvorhaben, ist erst ab 1996 mit einer spürbaren Entspannung zu rechnen. Das Gesamtdefizit im Flächenbedarf der Hochschulen beträgt derzeit mehr als 250.000 qm. Durch weitere Anmietungen, vor allem für Laborzwecke, muß dieses Defizit abgebaut werden.

Für den vom Landtag zu verabschiedenden Haushalt 1995 ist für die Wissenschaftsausgaben eine Steigerung um mehr als 10 % gegenüber dem Vorjahr vorgesehen, wobei der größte Zuwachs im investiven Bereich liegen soll. Trotz dieser Steigerung werden sich Engpässe nicht vermeiden lassen, insbesondere bei den Hochschulen, die einen hohen Mietanteil aufweisen.

In der Stärkung der Finanzautonomie der Hochschulen sieht das Ministerium einen geeigneten Weg, aufgetretene Probleme im Haushaltsbereich abzubauen. Mit einem Modellversuch an einer Hochschule des Landes sollen dafür verallgemeinerungsfähige Erfahrungen gesammelt werden.

Bei der außeruniversitären Forschung muß der Bestand gesichert, neu strukturiert und zugleich neu aufgebaut werden. Vier Großforschungseinrichtungen mit Außenstellen, acht Blaue-Liste-Institute, je drei Max-Planck- und Fraunhofer-Institute und eine Reihe weiterer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen bestimmen nunmehr die brandenburgische Forschungslandschaft. Zum Ausgleich für die zusammengebrochene Industrieforschung hat die Förderung wirtschaftsnaher und anwendungsbezogener Forschungskapazitäten besondere Bedeutung, weil von ihnen bedeutende Impulse für die Ansiedlung technologisch ausgerichteter Unternehmen und technologieorientierter Unternehmensneugründungen ausgehen.

Die Forschungsgebiete weisen ein weites Spektrum auf, wie einige Themen beispielhaft zeigen können: „Ökologisches Entwicklungspotential der Bergbaufolgelandschaften im Lausitzer Braunkohlerevier“ an der BTU Cottbus, die Verhaltensstudie „Gesundheit, Ernährung, Krebs“ am Deutschen Institut für Ernährungsforschung/DIFE, die auf die Entwicklung künftiger Chip-Generationen ausgerichtete Forschung des Instituts für Halbleiterphysik Frankfurt (Oder) oder auch die Umset-

zung von Forschungsergebnissen in modernste Chip-Technologien für neue Produkte und Produktionsverfahren in innovationsorientierten Unternehmen im Technologiezentrum Teltow.

Der Auf- und Ausbau von Forschungseinrichtungen der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften genießt besondere Beachtung. Beispielhaft hierfür kann die Entscheidung des Wissenschaftsrates vom 11. November 1994 genannt werden, für die Forschungsschwerpunkte Zeithistorische Studien und Europäische Aufklärung den Standort Potsdam zu empfehlen. Damit wurden die bisherigen Anstrengungen des Landes Brandenburg, die beiden Zentren in die Forschungslandschaft des Landes zu integrieren, vom Wissenschaftsrat gewürdigt. Für den in Leipzig anzusiedelnden Forschungsschwerpunkt Geschichte und Kultur Ost/Mitteleuropas hat darüber hinaus der Wissenschaftsrat eine enge Kooperation mit der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) empfohlen.

Die Förderung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen hat erhebliche positive Auswirkungen auf Brandenburg. So brachte das Land für die neugegründeten Großforschungseinrichtungen, Blaue-Liste-Einrichtungen, Max-Planck-Institute und Fraunhofer-Einrichtungen im Haushaltsjahr 1994 rund 70 Mio. DM auf, konnte damit aber zusätzliche Bundesmittel in Höhe von rund 200 Mio. DM ins Land holen.

Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen arbeiten in Brandenburg gut zusammen. Seit 1992 konnten zwischen den Forschungseinrichtungen und Universitäten des Landes 17 gemeinsame Berufungen durchgeführt werden; angestrebt wird hier eine Gesamtzahl von 55. Darüber hinaus gibt es bereits mehrere gemeinsame Berufungen mit Berliner Universitäten, auch hier sind weitere vorgesehen.

Die dynamische Entwicklung der brandenburgischen Forschungslandschaft läßt sich auch an großen Bauvorhaben ablesen: Beim GeoForschungsZentrum Potsdam werden 80 Mio. DM investiert (Fertigstellung 1997), beim Deutschen Institut für Ernährungsforschung 78 Mio. DM (Fertigstellung 1999).

Eine wettbewerbsfähige Wissenschafts- und Forschungslandschaft wird wesentlich dazu beitragen, für die Brandenburgerinnen und Brandenburger langfristig Arbeit und soziale Sicherheit zu schaffen.

(Brandenburgisches Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur)

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst:

Bundesarbeitsgericht bestätigt: Abwicklung ideologisch belasteter Einrichtungen ist rechters

Mit einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG), das jetzt mit seiner Begründung dem SMWK vorliegt, wurde in höchstrichterlicher Instanz bestätigt: Die Abwicklung ideologisch belasteter Einrichtungen der DDR war rechters. Das Urteil vom 15.12.1994 (8 AZR 23/93), das die Klage eines ehemaligen Hochschullehrers der Sektion Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig auf Weiterbeschäftigung zurückweist, erläutert in seiner Begründung: "Die Aufgabenstellung der Sektion bestand danach nur vordergründig in Forschung und Lehre der Disziplin Medienwissenschaft; das eigentliche Ziel war die Heranbildung parteiischer politischer Funktionäre zur offensiven Verbreitung der Ideologie des Sozialismus."

Dazu der Sächsische Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer: "Dieses Urteil ist klar und deutlich eine Bestätigung der Erneuerungspolitik im Bereich der Hochschulen und Forschungseinrichtungen."

Der Verhandlung vor dem BAG vorausgegangen war die Klage des ehemaligen Hochschullehrers auf Weiterbeschäftigung, die er vor dem Arbeitsgericht in Leipzig und dem Landesarbeitsgericht in Chemnitz erfolgreich durchgesetzt hatte. In beiden Instanzen ging man davon aus, daß die ehemalige Sektion durch eine "Überführungsentscheidung" als neue Bildungseinrichtung fortgeführt worden sei.

Dem schloß sich das BAG nicht an. Es bestätigte: "Die Sektion Journalistik wurde in Vollzug des Kabinettsbeschlusses vom 11. Dezember 1990 aufgelöst und abgewickelt. Ihre wesentliche Aufgabenstellung ist vollständig weggefallen." Damit sei die studentische Ausbildung "schon innerhalb der neugebildeten Einrichtung der Hochschule" zwar weitergeführt worden, dies aber "auf der Grundlage der gänzlich anderen, an der Wissenschaftsfreiheit orientierten Zielsetzung."

Mit dieser Entscheidung wird die Auffassung des Wissenschaftsministeriums bestätigt, daß die ideologisch belasteten Einrichtungen rechtmäßig abgewickelt worden sind. Das wird durch eine weitere Entscheidung des BAG erhärtet, die kürzlich auch die Abwicklung der ehemaligen Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport (DHfK) in Leipzig als korrekt bestätigt hatte. "Wir können davon ausgehen", erklärte Minister Meyer dazu, "daß damit die Abwicklung aller ideologisch belasteten Fachbereiche auch an den anderen Hochschulen rechters ist."

(SMWK)

Zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts Dresden, sächsische Berufungen seien nicht rechtmäßig

Der sächsische Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer weist die Behauptung des Verwaltungsgerichts Dresden, die Berufungen einiger Professoren seien "nicht rechtmäßig", scharf zurück. Auf Presseanfragen teilt der Minister mit:

1. Es entsprach dem Willen des Sächsischen Landtages, die Professoren nicht nur, wie ursprünglich im Regierungsentwurf des Hochschulneuerungsgesetzes (HEG) vorgesehen, durch Personal- und Fachkommissionen auf ihre persönliche Integrität und fachliche Kompetenz zu überprüfen, sondern darüber hinaus für alle Professorenstellen einen neuen Berufungsvorgang durchzuführen. Auf dieser gesetzlichen Grundlage haben das Ministerium und die Hochschulen gehandelt. Daher werden wir die Rechtmäßigkeit dieses Handelns notfalls auch bis zur höchstrichterlichen Entscheidung hin verteidigen.

2. Als die Berufungen auf der Grundlage des HEG und des Hochschulstrukturgesetzes im Mai 1992 begannen, war eine große Zahl von früheren Professoren, teils nach Empfehlung der Personal- und Fachkommissionen, teils auf eigenen Wunsch oder aus Altersgründen ohnehin schon aus den Hochschulen ausgeschieden und kam damit für die neuen Berufungen nicht in Frage. Ein knappes Viertel der Professorenstellen wurden im Zusammenwirken mit der Landeshochschulkommission mit besonders ausgewiesenen Wissenschaftlern besetzt, die anschließend - gemeinsam mit auswärtigen Fachvertretern - die Berufungsverfahren durchführten. Bekanntlich konnte sich dabei jeder Wissenschaftler um eine Stelle bewerben, dessen persönliche Integrität und fachliche Kompetenz nachgewiesen war. Die Mehrheit der inzwischen neu berufenen Professoren kommt aus Sachsen.

3. Wenn in den Medien oder von "Prozeßvertretern" behauptet wird, daß "in Hunderten weiteren Fällen die Neubesetzung der Stellen an Sachsens Hochschulen und Universität unrechtmäßig" wäre, so ist das in jedem Falle schlicht falsch. Ein erster Blick in die Unterlagen zeigt, daß nur etwa ein Prozent der früheren Professoren trotz eines positiven Votums der Personal- und der Fachkommission nicht auf eine Professorenstelle berufen oder mit deren Wahrnehmung betraut wurde. Ursache dafür war, daß sie von den Berufungskommissionen der Hochschulen gar nicht oder nur nachrangig auf die Vorschlagsliste gesetzt wurden, weil die Hochschulen andere Bewerber für fachlich geeigneter hielten. Hier von Benachteiligung zu sprechen, ist unseriös.

(SMWK)

Institut für Ästhetik am FB Kulturwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin (Hg.): *Kritik in der DDR. Ein Projektseminar unter der Leitung von Karin Hirdina* (angebote. organ für ästhetik H. 7). Berlin o.J. (1995). 196 + 15 S. Bezug bei: Institut für Ästhetik am FB Kulturwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, Red. „angebote“, Sophienstr. 22a, 10178 Berlin.

Der Band dokumentiert auf 132 Seiten die Ergebnisse des 1993/94 über drei Semester an der Humboldt-Universität durchgeführten Projektseminars. (Vgl. auch den Projektbericht in *hso* 1/94, S. 74 ff.) Untersucht wurde, welche Haltungen und Denkweisen „kritisch“ genannt werden können, wo sich in der DDR Kritik zeigte, in welchen Institutionen, welche Zivilcourage nötig war, wo Schmerzpunkte des Systems erreicht und wo sie von vornherein vermieden wurden. Die in unserem Kontext interessierenden Beiträge sind im einzelnen: „Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Arbeitsbericht zum Projekt“ (Holger Brohm), „Was ist Kritik?“ (Jens Behrens), „Philosophie am Gängelband. Die Deutsche Zeitschrift für Philosophie in den 80er Jahren“ (Andreas Trampe), „Die Zerrissenheit der Kritik in der DDR-Philosophie“ (Jens Behrens). Neben dieser Projektdokumentation enthält das Heft auf 12 Seiten die Ergebnisse einer Umfrage zu Veränderungen in der ostdeutschen Ästhetik. Personenbezogene Auskünfte werden veröffentlicht von Georg Knepler, Alfred Hückler, Eberhard Lippold, Hans-Jürgen Ketzler, Jaqueline Berndt und Christa Juretzka.

Hafez, Kai: *Orientwissenschaft in der DDR. Zwischen Dogma und Anpassung, 1969 - 1989* (Schriften des Orient-Instituts Hamburg und der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, FU Berlin). Deutsches Orient-Institut, Hamburg 1995. 547 S. DM 68,-. Über den Buchhandel.

Der Autor legt hiermit seine Dissertation vor und untersucht „Die Geschichte der Orientwissenschaft im Spiegel der Außenpolitik der DDR“ ab 1949, die „Funktion und Struktur der Orientwissenschaft im realsozialistischen System der DDR“, wertet die Zeitschrift *asien, afrika, lateinamerika* statistisch aus, diskutiert „Gesellschaftstheoretische Implikationen der marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie und der DDR-Entwicklungstheorie“ sowie einzelne Forschungsfelder. Der Anhang dokumentiert auf 74 Seiten Interviews mit führenden DDR-Orientwissenschaftlern (Lothar Rathmann, Gerhard Höpp, Eberhard Serauky, Günter Barthel und Martin Robbe). Die Arbeit konzentriert sich auf die gegenwartsbezogene Orientwissenschaft und behandelt die klassische Orientalistik nur am Rande.

Horlamus, Wolfgang: *Die Kernenergiewirtschaft der DDR. Von ihren Anfängen bis zur Abschaltung der Reaktoren im Kernkraftwerk Nord* (hefte zur ddr-geschichte 17). Hrsg. von Helmut Meier, Detlef Nakath, Peter Welker/ Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V. & Helle Panke e.V. Berlin 1994. 64 S. DM 4,-. Bezug bei: Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V., Niederwallstr. 12, 10117 Berlin.

Die Studie behandelt u.a. die „Vorleistungen deutscher Wissenschaftler für die Nutzung der kontrollierten Kernspaltung“, „Das Verbot der deutschen Kernforschung und die Interessen der Alliierten“ und den „Einstieg in die Atomforschung und Isotopenanwendung“ in der DDR.

Wolter, Werner/Körner, Helge: *Entwicklung und Struktur des Bildungswesens der DDR. Aspekte der Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung. Teil I* (QUEM-report. Schriften zur beruflichen Weiterbildung in den neuen Ländern Bd. 26). *Berufliche Bildung und Weiterbildung in der DDR. Aspekte der Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung. Teil II* (QUEM-report. Schriften zur beruflichen Weiterbildung in den neuen Ländern Bd. 27). Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Qualifikations-Entwicklungs-Management QUEM. Berlin 1994. 140 + 116 S. Kostenlos bei: Arbeitsgemeinschaft QUEM, Öffentlichkeitsarbeit, Storkower Str. 158, 10402 Berlin.

Die zweiteilige Studie behandelt u.a. Problemkreise wie die Einordnung des Bildungssystems als Ganzem wie mit seinen Teilstrukturen in das Staats- und Wirtschaftsgefüge der DDR, den Vergleich der rechtlich festgeschriebenen Durchlässigkeit und Flexibilität mit den Bedingungen der Praxis, die soziale Stellung und das Prestige von allgemeinen und beruflichen Abschlüssen in der Gesellschaft sowie die Weiterbildung an Ingenieur-, Fach- und Hochschulen.

Fromm, Eberhard/Mende, Hans-Jürgen (Hg.): *Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte. Akademische Tage 1993. Protokoll* (Studientexte - Dokumentation - Berichte zur Kultur- und Sozialgeschichte Berlins und Brandenburgs). Hrsg. vom Luisenstädtischen Bildungsverein. Edition Luisenstadt, Berlin o.J. (1994). 484 S. DM 21,-. Bezug bei: Luisenstädtischer Bildungsverein, Köpenicker Str. 90, 10179 Berlin.

Der Band enthält unter 77 Beiträgen auch einige in unserem Kontext interessierende: „Zu Leistungen, Grenzen und Defiziten der Erbedebatte der DDR-Historiker“ (Walter Schmidt), „Anliegen und Ergebnisse der Erbe- und Traditionsdebatte in der Geschichtswissenschaft der DDR“ (Helmut Meier), „Wie kommen wir zu einem neuen Geschichtsdiskurs in Deutschland?“ (Wolfgang Küttler), „Turning the Tables. Über den beispiellosen Umbau eines Wissenschaftssystems“ (Jürgen Mittelstraß), „Unzeitgemäßes über 'siegreiche' und 'unterlegene' Kulturen“ (Reinhard Mocek), „Intellektuelle und sozialistische Intelligenz. Wer waren die Mandarine der Vereinigung?“ (ders.).

Klinikumsvorstand und Förderverein des Klinikums der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Hg.): *Unser Klinikum in der Wendezeit* (Klinik-Magazin H. 1, 12/1994). Jena 1994. 20 S. Kostenlos bei: Förderverein des Klinikums der FSU Jena e.V., Bachstr. 18, Haus 1, Zi. 201, 07740 Jena.

Das mit diesem Heft neu erscheinende Jenaer Klinik-Magazin widmet sich in seinem Schwerpunktthema der Entwicklung des Klinikums in den Jahren seit 1989.

Trost, Günter (Hg.): *Test für medizinische Studiengänge (TMS): Studien zur Evaluation. 18. Arbeitsbericht: 1. Februar 1993 bis 31. Januar 1994*. Hrsg. vom Institut für Test- und Begabungsforschung der Studienstiftung des Deutschen Volkes. Bonn 1994. 220 S. Kostenlos bei: Institut für Test- und Begabungsforschung, Koblenzer Str. 77, 53177 Bonn.

Die nach Ost- und Westdeutschland (sowie bezüglich ausländischer TestteilnehmerInnen) differenzierende Studie kommt u.a. zu den Ergebnissen, daß ostdeutsche BewerberInnen „deutlich ungünstiger“ als ihre westdeutschen MitbewerberInnen abschnitten, sie dabei vor allem Probleme beim Textverständnis, bei der Bewertung von Diagrammen und Tabellen sowie beim medizinisch-naturwissenschaftlichen Grundverständnis hätten und diese Ergebnisse sich seit 1990 von Jahr zu Jahr verschlechterten.

Kultusministerkonferenz (Hg.): *Die deutschen Fachhochschulen*. Bonn 1995. 77 S. Kostenlos bei: KMK, Nassestr. 8, 53113 Bonn.

Die Broschüre stellt den Typus der Fachhochschule vor, untersetzt die Erläuterungen mit statistischen Angaben und verzeichnet alle Fachhochschulstudiengänge. Erstmals sind in diese Veröffentlichung, die zuvor bereits in zwei Auflagen erschienen war, die ostdeutschen FHs mit einbezogen.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Wissenschaft und Forschung in Deutschland (Das Parlament 11/10.3.1995)*. Bonn 1995. 16 S. Kostenlos bei: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Diese Themenausgabe der Wochenzeitung *Das Parlament* enthält u.a. zahlreiche Beiträge zu den ostdeutschen Entwicklungen: zu „Aufbau und Neustrukturierung von Wissenschaft und Industrie in den neuen Bundesländern“ (Werner Meske), zur Geschichtswissenschaft in der DDR (Gerd Fesser) und in Jena (Matthias Werner), zum Geschichte-Studieren in Jena (je eine west- und ostdeutsche Studentin), zum FSP „Zeithistorische Studien“ in Potsdam (Christoph Kleßmann) und zu den Geisteswissenschaftlichen Zentren (FSP) in Ostdeutschland (Mechthild Küpper), zum GeoForschungsZentrum in Potsdam und zur Wissenschaftsvereinigung in Berlin (Manfred Ronzheimer) sowie zur Europa-Universität Frankfurt/Oder (Bernd Aischmann).

Rosa-Luxemburg-Verein Leipzig (Hg.): *4. Alternativer Hochschultag. Ausgewählte Veröffentlichungen zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik*. o.O. (Leipzig), o.J. (1995). 67 S. Bezug bei: Rosa-Luxemburg-Verein e.V., Rosa-Luxemburg-Str. 19-21, 04103 Leipzig.

Der Reader dokumentiert in Nachdrucken andernorts erschienener Beiträge repräsentativ die aktuellen Debatten zu Hochschule und Wissenschaft in der Bundesrepublik insgesamt wie in Ostdeutschland, wobei ausschließlich 1994 erschienene Artikel berücksichtigt werden. Mit Beiträgen zu den ostdeutschen Entwicklungen von Kurt Reumann, Dieter E. Zimmer, Bernd-Reiner Fischer, Gerd Neuweiler, Peter Porsch, Hans Joachim Meyer.

Lüthke, Thorsten/ Staschen, Heiner/ Wien, Johannes (Hg.): *Wissenschaftslandschaft im Umbruch. Dokumentation Kongreß der Juso-Hochschulgruppen in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie. Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus 17. bis 19. Januar 1992*. Hrsg. von den Juso-Hochschulgruppen. Bonn 1995. 192 S. Kostenlos bei: Juso-Hochschulgruppen, Ollenhauerstr. 1, 53113 Bonn.

Die Dokumentation der drei Jahre zurückliegenden Veranstaltung erweckt Interesse vornehmlich wegen der abgedruckten Podiumsdiskussionen und eines Beitrags von Tom Maercker zur Geschichte der ostdeutschen Konferenz der Studentenschaften.

Juso-Hochschulgruppen (Hg.): *Einholen ohne zu überholen? Hochschule, Staat und Gesellschaft nach der Einheit. Kongreß der Juso-Hochschulgruppen in Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion und dem Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie, Bonn, Bundestag, 24. bis 26. März 1995*. Bonn 1995. 72 + V S. Kostenlos bei: Juso-Hochschulgruppen, Ollenhauerstr. 1, 53113 Bonn.

Der Reader enthält acht vorher andernorts erschienene Beiträge (u.a. von Gertraude Buck-Bechler, Gerhard Neuweiler, Thorsten Lüthke, Hans Joachim Meyer und Hans-Ludwig Schreiber) zu Hochschulen und Wissenschaft in der DDR und Ostdeutschland sowie einen bislang unveröffentlichten Bericht von der ersten Studentenräte-Konferenz der DDR im März 1990 in Karl-Marx-Stadt von Thorsten Lüthke.

Durrer, Franz/ Heine, Christoph: **Studienberechtigte 2½ und 3½ Jahre nach Schulabgang. Ergebnisse einer Vorabauswertung der 2. Befragung der Studienberechtigten 90 und Vergleich mit den Studienberechtigten 76, 78, 83, 86** (HIS-Kurzinformation A 14/94). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS. Hannover 1994. 15 S. Kostenlos bei: Hochschul-Informations-System HIS, Gosseriede 9, 30159 Hannover.

Die Auswertung differenziert detailliert zwischen ost- und westdeutschen Studienberechtigten.

Richter, Edelbert: **Wendezeiten. Das Ende der konservativen Ära**. Böhlau Verlag, Köln 1994. 198 S. DM 28,-. Über den Buchhandel.

Der Band interessiert nur insofern in unserem Kontext, als in einem Anhang unter dem Titel „Neue Wachstumspolitik konkret“ drei Papiere abgedruckt sind, mit denen sich Richter (zusammen mit Christian Wipperfürth) als Europaparlamentarier der SPD in die Debatte um die Erhaltung bzw. Reaktivierung ostdeutschen Forschungspotentials eingeschaltet hatte. Diese drei Papiere waren auch jeweils als eigenständige Publikationen der Sozialdemokraten im EP veröffentlicht worden: „Zur Situation der Wirtschaftsforschung in den neuen Bundesländern“ (1992), „Zur Neustrukturierung der gesamtdeutschen Forschungslandschaft“ (1993) und „Zur Reaktivierung des ostdeutschen Forschungspotentials“ (1994).

Meske, Werner: **Veränderungen in den Verbindungen zwischen Wissenschaft und Produktion in Ostdeutschland. Eine Problemskizze**. (Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung P 94-402). Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB. Berlin 1994. 58 S. Kostenlos bei: WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

Die Studie untersucht die Auswirkungen der Transformationsprozesse in Wissenschaft und Wirtschaft Ostdeutschland unter dem Aspekt der Verbindungen zwischen beiden. Problematisiert wird dabei insbesondere, daß der ostdeutsche Wirtschaftszusammenbruch zur weitgehenden Auflösung von Verbindungen zwischen Industrie und Forschung geführt hat und die gegenwärtige Industriestruktur durch das Verschwinden innovativer Großbetriebe und die Dominanz kleiner und mittlerer Unternehmen mit geringen Investitionsmöglichkeiten gekennzeichnet ist.

Meske, Werner: **Science in East and West: Transformation and Integration of the East German Science System** (Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung P 94-404). Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB. Berlin 1994. 19 S. Kostenlos bei: WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

Die Broschüre dokumentiert ein auf der Konferenz „Science, Technology and Multiculturalism“ in New Orleans im Oktober 1994 vorgestellten Beitrag. Der Autor konstatiert trotz des von West nach Ost inzwischen weitgehend vollzogenen Institutionentransfers erheblich quantitative und strukturelle Unterschiede der ostdeutschen Forschung im Vergleich zur westdeutschen. Insbesondere der Niedergang und die strukturelle Deformation der Industrieforschung behinderten die Wiederbelebung von Akademie-Industrie-Beziehungen und ließen in Ostdeutschland Merkmale einer „peripheren Entwicklung erkennen“. Der Autor konzentriert sich auf die vormalige DDR-Akademie- und -Industrie-Forschung.

Höppner, Marion: **Problems of Integration of Newly-Founded „Blue List“ Research Institutes in the New Federal States** (Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung P 94-

403). Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB. Berlin 1994. 25 S. Kostenlos bei: WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

Die Broschüre dokumentiert ein auf der EASST Conference on Science, Technology and Change: New Theories, Realities, Institutions in Budapest (August 1994) vorgestelltes Papier. Dieses stellt empirische Zwischenergebnisse eines DFG-geförderten Projekts dar, welches die Spezifik der im Zuge des west-ost-deutschen Institutionentransfers entstandenen Strukturgefüges im Forschungsbereich anhand der ostdeutschen Blaue-Liste-Institute untersucht.

Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.): **Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft der neuen Bundesländer durch das BMFT**. Bonn 1994. 63 S. Kostenlos bei: BMBWFT, Öffentlichkeitsarbeit, 53175 Bonn.

Überarbeitete Auflage der 1992 erstmals erschienenen Broschüre. Vorgestellt werden die BMFT-Sonderprogramme, Modellversuche und FuE-Förderprogramme des Bundeswirtschaftsministeriums.

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst/ Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.): **Forschungs- und Technologiepolitik im Freistaat Sachsen. Konferenzband zum Workshop**. Dresden 1994. 136 S. Kostenlos bei: SMWK, Öffentlichkeitsarbeit, Wigardstr. 17, 01097 Dresden.

Dokumentiert werden Thesen der sächsischen Staatsregierung zur Forschungs- und Technologiepolitik, die Ansprachen von Ministerpräsident Biedenkopf, der Minister Meyer und Schommer, sodann zahlreiche Reden und Diskussionsbeiträge zu den Themen „Produktinnovationen in Sachsen - Erwartungen der Wirtschaft an Wissenschaft und Politik“ und „Forschung und Lehre in Sachsen - Angebote der Wissenschaft an Wirtschaft und Politik“.

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst/ Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.): **Forschung in Sachsen**. Dresden 1994. 185 S. Kostenlos bei: SMWK, Öffentlichkeitsarbeit, Wigardstr. 17, 01097 Dresden.

Handbuch aller sächsischen Forschungseinrichtungen.

Sächsischer Landtag (Hg.): **Große Anfrage der Fraktion der SPD: Umsetzung Hochschulgesetze** (Landtagsdrucksache 2/0138). Dresden 1995. 49 S. Bezug bei: Sächsischer Landtag, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Postfach, 01067 Dresden.

Die SPD-Fraktion hatte im November 1994 der Staatsregierung/dem Minister für Wissenschaft und Kunst drei Fragen zur Umsetzung des Sächsischen Landeshochschulgesetzes, „das in manchen Punkten neue Wege beschreitet“, gestellt: Welches Konzept verfolgt das SMWK hinsichtlich des Ausbaus der Fachhochschulen? Mit welchen Angeboten sind die Hochschulen bisher ihren Verpflichtungen nach § 4 Abs. 3 und § 27 (Weiterbildung/Weiterbildendes Studium), § 4 Abs. 5 (fremdsprachliche Weiterbildung) und Abs. 7 (ökologische Grundbildung) nachgekommen, und wie wurden diese Angebote genutzt? Wie haben die Hochschulen bislang ihre sich aus § 4 Abs. 4 ergebenden Pflichten wahrgenommen, und wie schätzt die Staatsregierung die Erfüllung derselben ein? Die Drucksache enthält den detaillierten Fragenkatalog und die Antworten der Regierung.

Technische Universität Dresden (Hg.): **Forschungsbericht**. In Einzelheften: Bau-, Wasser- und Forstwesen; Elektrotechnik; Erziehungswissenschaften; Informatik; Maschinenwesen; Mathematik und Naturwissenschaften; Medizin; Philosophie; Sprach- und Literaturwissenschaften; Verkehrswissenschaften; Wirtschaftswissenschaften; Jura. Dresden 1995. 1357 S. Kostenlos bei: TU Dresden, Sachgebietsleitung Forschungsförderung, 01062 Dresden.

Fachhochschule Lausitz, der Gründungsrektor (Hg.): **Fachhochschule Lausitz - Bericht des Gründungssenats**. o.O. (Cottbus) o.J. (1994). 70 S. Kostenlos bei: FH Lausitz, Öffentlichkeitsarbeit, Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg.

Berichtet über die geleistete Arbeit zum Aufbau der FH Lausitz mit den Standorten Senftenberg und Cottbus. Für die einzelnen Fachbereiche wird über Entwicklung und Anforderungen hinsichtlich der Raum- und Bauplanung, Ausstattung, Personalentwicklung, Lehre und Studium referiert. Weitere Abschnitte beschäftigen sich mit der regionalen und überregionalen Einbindung der FH und stellen diesbezügliche Aktivitäten in der Aufbauphase dar.

Universität Potsdam, Rektorat (Hg.): **Dokumentation zur personellen Erneuerung der Universität Potsdam**. Potsdam 1995. 44 S. Kostenlos bei: Universität Potsdam, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 60 15 53, 14415 Potsdam.

Anlaß der Dokumentenzusammenstellung waren die zahlreichen öffentlichen Angriffe auf die Personalpolitik der Potsdamer Universität in den Jahren 1993/94. In sechs Kapiteln wird das Material aufbereitet: Historische, politische und rechtliche Rahmenbedingungen der Gründung der Universität Potsdam; Personal-Ist-Bestand der Vorgängereinrichtungen und Übernahmen in die Universität Potsdam; Gesamt-Personalabbau 1990 - 1994; Maßnahmen der Brandenburgischen Landeshochschule zur Überprüfung des übernommenen Personals; Maßnahmen der Universität Potsdam zur Überprüfung des übernommenen Personals in der Zeit eingeschränkter Personalhoheit (15.7.1992 - 31.12.1993); Ergebnisse der personellen Erneuerung der Universität Potsdam und Stand der dadurch geschaffenen Personalstruktur.

ZUM SCHLUSS

Greifswald: Hannelore Kohl wird trotz Senatsablehnung Ehrendoktorin der Medizin

Es ist eine lange Geschichte um die Verleihung der Ehrendoktorwürde an die Frau des Bundeskanzlers: Zu lang, um sie hier haarklein abzdrukken, andererseits zu kurios und haarsträubend, um irgendetwas weglassen zu können. Wir beschränken uns dennoch auf eine knappe Darstellung der Geschehnisse:

Am 20.11.1993 überreicht Hannelore Kohl der Neurochirurgischen Abteilung einen Scheck über 245.214 DM. Das Geld wird für ein telefongestütztes Bildkommunikationssystem (Bildschirmtelefon) zwischen der Neurochirurgie Greifswald und umliegenden Kliniken in Rostock, Stralsund und Neubrandenburg verwendet.

Im Mai 1994 beantragt die Med. Fak. (allen voran der Chef der Neurochirurgie, Prof. Gaab aus Hannover) die Ehrenpromotion für sie. Ehrenpromotionen werden bei enormen wissenschaftlichen Leistungen vergeben, bei der Nichtmedizinerin Frau Kohl sind diese für das Gebiet der Medizin zu bezweifeln.

Es wird eine außerordentliche Sitzung des alten Senats für den 20.5. einberufen (der neue Senat ist am 18./19.5.

gewählt worden, hat sich aber noch nicht konstituiert). Auf dieser Sitzung gibt es einen mündlichen Antrag (normal = schriftlich) von Prof. Gaab, der jedoch mit einem schriftlichen Gegenantrag abgewehrt wird. Mit 21 Jastimmen, einer Neinstimme und 2 Enthaltungen wird der Antrag Gaabs in den Spätherbst (nach den Bundestagswahlen) vertagt, um "eine einseitige Parteinarbeit der Universität zugunsten einer Partei" auszuschließen. Die Ehrung Frau Kohls im Vorfeld der Bundestagswahlen und der damit verbundene Presserummel hätte das durchaus so erscheinen lassen können - zumal wir ja alle wissen, für welche Partei Ex-Rektor Zobel jetzt im Landtag sitzt.

Bis zum Herbst trifft die Med. Fak. bereits Absprachen mit Frau Kohl, ob sie eine Ehrenpromotion annehmen würde.

Auf der Senatssitzung am 23.11.1994 kommt es zu einem neuen Antrag der Med. Fak.: Nach längerer Diskussion gleitet man dahingehend ab, daß Frau Kohl als Chefin bzw. Vorstandsmitglied von geldverteilenden Verbänden entscheidenden Einfluß auf die Mittelzuweisungen hat (man lese dies genau -

für Geld gibt's Ehre!), z.B. ist sie Präsidentin des Kuratoriums "Zentrales Nervensystem". Die Register, die einige Vertreter der Med. Fak. weiterhin ziehen, um den Senat zu beeinflussen, wollen wir hier lieber nicht nennen. - In der geheimen Abstimmung wird die Ehrenpromotion mit 10 Nein-, 7 Jastimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt! Hannelore Kohl wird nicht Dr. h.c. der EMAU!

Wird sie doch!

Es geschieht nämlich folgendes: Die Mediziner gehen auf eigene Faust weiter vor. Sie finden heraus, daß in der gegenwärtigen Rechtslage nicht eindeutig geklärt ist, ob der Senat seine Zustimmung zu Ehrenpromotionen geben muß. Somit kann im Prinzip die Med. Fak. auch ohne Zustimmung des Senats den Ehrendoktor verleihen. Sie sind fest entschlossen, die Ehrung alleine durchzu-

führen. Dies bringen sie auf der nächsten Senatsitzung am 14.12. zur Sprache, in der Absicht, den Senat von ihrem Eigenspiel zu unterrichten - um ihn vielleicht doch noch umzustimmen?

Es wird zwar keine neue Senatsentscheidung pro Kohl gefällt - doch der Senat kritisiert auch nicht das Vorgehen der Med. Fak. Er duldet, was diese vorhat, er schaut weg. Ja, er läßt sogar zu, daß die Ehrung von Frau Kohl in der Aula in Anwesenheit des Rektors, der Dekane und der teilnahmewilligen Senatsmitglieder stattfinden wird. So ist die Sache letztlich doch wieder zur Uni-Angelegenheit mutiert - trotz der klaren Ablehnung vom 23.11. Mahlzeit.

Bert Lingau (Greifswald)

(aus: *CRASH! Die Greifswalder Studentenzeitung* 1/95)

hso 1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-)Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90 * Streitsache Latinum

AutorInnen: Hans Jürgen Block, Torsten Bultmann, Christian Dahme, Marlis Dürkop, Wolfgang Ernst, Hans-Uwe Feige, Alfred Förster, Christian Füller, Frank Geißler, Monika Gibas, Christoph Kähler, Dietmar Keller, Fritz Klein, Herrmann Klenner, Horst Klinkmann, Larissa Klinzing, Ilko-Sascha Kowalczyk, Wolfgang Küttler, Gotthard Lerchner, Rudolf Mau, Hans Mayer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Wolfgang Nitsch, Erhard Noack, Georg Nolte, Kurt Nowak, Doris Odendahl, Bernd Okun, Martin Onnasch, Peer Pasternack, Klaus Pezold, Peter Porsch, Helmut Richter, Matthias Rösler, Hilde Schramm, Uta Starke, Jürgen Teller, Rudolf v. Thadden, Achim Thom, Michael Tolksdorf, Günther Wartenberg, Rosemarie Will u.a.

13 Hefte. Insgesamt 868 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 100,- DM.

hso 2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Wissenschaft Ost * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * Tagung des SPD-Wissenschaftsforums * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Metho-dologische Wende? * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Verbände(-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz * Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Ost-europa - ausgewählte Länderbeispiele * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

AutorInnen: Gudrun Aulerich, Günther Barthel, Burchard Brentjes, Sonja Brentjes, Birgit Bütow, Michael Daxner, Karin Döbbling, Günther Eiselt, Hartmut Elsenhans, Hans-Heinz Emons, Hans-Uwe Erichsen, Alfred Förster, Ulrich Geyer, Karl-Heinz Heinemann, Erich Hödl, Marion Höppner, Gisela Jähnert, Volker Kahl, Klaus-Dieter Kaiser, Ilko-Sascha Kowalczyk, Wolf-Hagen Kraut, Jürgen Kuczynski, Gert Maibaum, Elke Mehnert, Hansgünther Meyer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Bernhard Muszynski, Wolfgang Nitsche, Bernd Okun, Inge Pardon, Peer Pasternack, Peter Porsch, Karin Reiche, Edelbert Richter, Martin Robbe, Hans Jörg Sandkühler, Roland Schneider, Wolfgang Schluchter, Hans-Jürgen Schulz, Pirmin Stekeler-Weithofer, Eberhard Tiefensee, Günther Wartenberg, Cornelius Weiss u.a.

13 Hefte. Insgesamt 1.045 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 115,- DM.

hso 3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streiffl Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

AutorInnen: Ernst Badstübner, Tino Bargel, Winfried Beck, Sonja Brentjes, André Debüser, Rainer Eckert, Wolfgang Fach, Marion Höppner, Heidrun Jahn, Matthias Jähne, Dietrich Jorke, Hans-Dieter Klein, Siegfried Kiel, Ilko-Sascha Kowalczyk, Marianne Kriszto, Günther Landgraf, Irene Lischka, Thomas de Maizière, Werner Meske, Hans Joachim Meyer, thomas molck, Thomas Neie, Bernd Rabehl, Karin Reiche, Hans-Jürgen Schulz, Jutta & Eberhard Seidel, Peer Pasternack, Gisela Petruschka u.a.

6 Hefte. Insgesamt 869 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 100,- DM.

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fern studieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Osteuropa: Wissenschaft im Transit

AutorInnen: Gertraude Buck-Bechler, Ludwig Elm, Ulrich Geyer, Jochen Golz, Sabine Gries, Wolfgang Knobloch, Irene Lischka, Lothar Mertens, Dieter Voigt, Peter Wicke u.a.

4 Hefte. Je Heft 13,50 DM zzgl. Versand.

Kopiervorlage:

Bestellung

Ich bestelle:

1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen
2.

1. Jahrgang <i>hso</i> 1991/92	DM 100,-
2. Jahrgang <i>hso</i> 1992/93	DM 115,-
3. Jahrgang <i>hso</i> 1993/94	DM 100,-
3.mal *hochschule ost* im Jahresabonnement
(6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten) DM 80,-
zzgl. Versandgebühr
4.mal *hochschule ost* im PrivatabonnentInnen-Abo
(6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten) DM 39,-
5.mal *hochschule ost* im Abo für Nichtverdienende
(6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten) DM 28,-
(Begründung der Anspruchsberechtigung bitte
unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r
- Vorruheständler/in - Pensionär/in -

Sonstiges:.....)

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

Name

Adresse

Datum

Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.

2. Unterschrift

Bitte einsenden an:
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,
PSF 920, 04009 Leipzig